



Jg. 11 Nr. 200 28.4.81

Frauenstreik in den Niederlanden Seite 26

Arbeiterkampf

A. Alterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 3

Förderpreis DM 5,-



Lohnkampf ist Klassenkampf

„Nicht einmal Abschluss von sieben Prozent sind ausreichend, um den Status quo zu erhalten“ – dies ist nicht die Aussage eines besonders radikalen Gewerkschafters zur diesjährigen Lohntarifrunde, sondern es ist die sachlich-zufriedene Feststellung des die Kapitalisten mit Informationen versorgenden Blattes „Wirtschaftswoche“ in Erwartung eines niedrigen Lohnabschlusses. Der derzeitige harte Tarifkonflikt in der Metall-

industrie muß in Relation hierzu gesehen werden: Seit nunmehr über drei Monaten wird verhandelt, seit fast vier Monaten sind die alten Tarifverträge gekündigt. In dieser Zeit haben über drei Millionen Metallarbeiter zum Teil mehrfach an Warnstreiks und Demonstrationen teilgenommen. Sie haben für ihre Forderungen von 7,5% bis 8% gestreikt und sie fordern seit Wochen, daß angesichts der Haltung der Kapitalisten die Urab-

stimmung für Streik und wirksame Kampfmaßnahmen durchgeführt wird. Denn 4,5% mehr Brutto-Lohn sind bei 5,6% Netto-Preissteigerungen im ersten Quartal 1981, bei steigenden Benzinpreisen, bei steigenden Sozialabgaben um 1% und bei der bevorstehenden Anhebung der Krankenkassenzugaben ein Hohn. Sie sind der in der Geschichte der Bundesrepublik bisher schärfste Angriff auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten.

Um was aber wird aktuell verhandelt und bei den bekannten nächtlichen Sitzungen der Tarifpartner gerungen? Es geht um Zehntel-Prozente. „5%“ heißt die magische Grenze, die übersprungen werden soll. Nicht mehr die Abwehr des Angriffs auf den Lohn, nicht mehr die Durchsetzung der Ausgangsforderung der IG Metall steht zur Verhandlung, sondern die Kosmetik eines Abschlusses,

der am Ende wesentlich weniger in den Lohntüten bedeutet. Dafür lohnt es nicht zu streiken, dafür wird auch nicht gestreikt. Es ist eine Lage, was 5 Millionen Medien uns Tag für Tag wieder einzureden bemüht sind, daß die Metallarbeiter für 5% kämpfen.

Weiter auf
Seite 3

Marsch für ein atomwaffenfreies Europa!

Die diesjährigen antimilitaristischen Osteraktionen standen ganz im Zeichen der wachsenden Atomkriegsgefahr. Während in den letzten Jahren vor allem Osteraktionen an Standorten von Atomkraftwerken stattgefunden hatten, haben die geplante Stationierung neuer Atomwaffen und Atomraketen in Europa und die kriegstreiberischen Ankündigungen der Reagan-Regierung eine Rückbesinnung auf die Ostermarschbewegung der 60er Jahre herbeigeführt. Die größte Aktion fand in Brüssel vor dem NATO-Hauptquartier statt, wo aus verschiedenen europäischen Ländern nahe-

zu 10.000 Demonstranten zusammengekommen waren. Die Demonstration geht auf eine Initiative der Russell-Pesce-Foundation zurück, die für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa eintritt. In der BRD fanden Aktionen an verschiedenen Atomwaffenstützpunkten statt, über einige finden sich Berichte in dieser Ausgabe des ARBEITERKAMPF. Die Entwicklung einer breiteren Friedensbewegung im letzten Jahr hat auch verstärkt dazu geführt, daß Sozialdemokraten sich in dieser Friedensbewegung engagieren. In Hamburg fand ein Atomforum vor 2.500 Besuchern statt,

wozu unter anderem 22 Betriebsratsabgeordnete der SPD aufgerufen hatten. Damit sollte ein Dialog aller Friedenskräfte eingeleitet werden. Ziemlich genau ein Jahr ist es her, daß die sogenannten Bremer Krawalle den Militaristen in die Glieder gefahren waren. Wen wundert es, wenn jetzt ein Jahr danach auf einem Beratungstreffen auf der Bonner Hardthöhe Verteidigungsminister Apel versprach, den Traditionserlaß der Bundeswehr in der Versenkung verschwinden zu lassen.

Siehe auch die
Seiten 4 und 5

Sigurd Debus: Tod durch Zwangsernährung

Den Tod von Sigurd Debus hat dieser Staat zu verantworten. Nicht das abstrakte Gebilde, sondern die Bundesregierung mit Justizminister Schmude, das BKA und sein Chef Rebmann, die Länderjustizminister und ihre Behörden, insbesondere der Hamburger Senat mit Eva Loithäuser als Justizsenatorin.

Zu verantworten, weil sie alle die Identitäts- und letztlich lebensvernichtenden Haftbedingungen der hungerstreikenden RAF-Gefangenen scheinbar erhalten haben. Ganz zu schweigen von ihrem Wissen und auch ihrer direkten Beteiligung an der Einrichtung, Erprobung, Perfektionierung von Isolationshaft, totem Trakt bis hin zu den Hochsicherheitstrakten.

Zu verantworten, weil sie das Instrumentarium der Zwangsernährung eingesetzt haben, um die Hungerstreikenden zu brechen.

Nach den Angaben von seinem Anwalt und seinem Bruder ist Sigurd nicht an den Folgen des Hungerstreiks, sondern durch die ihm bereits seit dem 19. März zwangsweise verabreichten Fusionen gestorben. Wir sehen keinen Grund, diese Aussagen anzuzweifeln.

Wir trauern um unseren Genossen Sigurd und wir werden seinen und unseren Feinden nicht den Gefallen tun, in Mutlosigkeit, Hilflosigkeit und Apathie zu verfallen.

siehe auch Artikel Seite 34

Atom-Unfall in Japan

Die sicherste und umweltfreundlichste Energie aller Zeiten hat wieder einmal zugeschlagen. Diesmal in Japan. Im Atomkraftwerk Tsuruga lief am 8. März ein Abwassertank über und 40 Kubikmeter stark radioaktiv versuchtes Kühlwasser flossen ins Meer. Bei den Reparaturarbeiten wurden mindestens 56 Arbeiter einer Strahlung ausgesetzt, die um ein Vielfaches über der als „zulässig“ geltenden Intensität lag. Einen Monat lang schafften es die skrupellosen AKW-Betreiber, den Unfall geheimzuhalten, bis er durch die Information eines ihrer Angestellten bekannt wurde. Eine der Folgen des Unfalls: Die in diesen Gewässern gefangenen Fische hatten eine Radioaktivität, die um das 60-80fache über der offiziell als „harmlos“ bezeichneten Dosis lag. – Bis 1990 plant die japanische Regierung die Fortstellung von 34 neuen AKWs. Daß die Herrschaften durch den Unfall zur Vernunft kommen, ist in Japan so unwahrscheinlich wie hierzulande.

Seite 18

Westberlin vor der Wahl

Eine Woche vor den vorzeitigen Neuwahlen in Westberlin macht sich die FDP Gedanken über Koalitionsmöglichkeiten mit der CDU. In der AL wird diskutiert, ob man unter bestimmten Um-

ständen dem SPD-Vogel zur Bürgermeisterwahl verfallen könnte. Und die Jusos voranstellen einen großen Wahlkampf, um unter dem vorbrachten Motto „Kleinere Über“ noch ein paar linke Stimmen für ihre Vaterpartei zusammenzubringen.

Übrigens: In Westberlin sind mehr als 1.000 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen am Dampfen, davon gehen über 200 auch auf den Vorwurf der „kriminellen Vereinigung“. Nach dem 10. Mai dürfte auch juristisch einiges fällig sein.

Seite 19

Nürnberg und Westberlin – Zwei Taktiken des Staates?

Wenn man der SPD glauben will, so ist sie rührend um den Dialog mit der Jugend bemüht und setzt die Staatsgewalt nur mit allergrößter Behutsamkeit ein, um die große Zahl unzufriedener Jugendlicher nicht dem Terrorismus in die Arme zu treiben. Das „Berliner Modell“ ist zum Symbol dieser SPD-Eigenwerbung geworden, dem auf der anderen Seite die kriminellen Praktiken der CDU/CSU in Nürnberg oder Freiburg gegenübergestellt werden.

Inzwischen ist durch zahlreiche Polizeiaktionen in Westberlin die Legende vom „Berliner Modell“ reichlich angekratzt worden, zumal weithin der begründete Verdacht besteht, daß die real vorhandenen Differenzen dieses „Modells“ zum Vorgehen der CDU/CSU vorwiegend wahltechnisch bestimmt sind und den 10. Mai nicht lange überleben werden.

Seiten 13-15

Wir und der Hungerstreik

Der Hungerstreik von 27 politischen Gefangenen gegen unmenschliche, zerstörerische Haftbedingungen ist beendet. Ein toter Genosse, Sigurd Debus, ist zu beklagen. Und die Diskussion geht weiter bzw. geht jetzt erst richtig los: Wie verhalten wir uns zum Hungerstreik und zu den Gefangenen von der RAF? Worin besteht unsere Solidarität? Wie stehen wir zur Strategie und Taktik der Gefangenen und des „bewaffneten Kampfes“? Ein ausführlicher Diskussionsbeitrag dazu auf

Seite 37

Info-Verbot –

Was stört's uns?

Am Samstag, dem 26.3., erlebten 3.000 Menschen in Niebüll das „Superding 3“, die „größte Schülerfete Norddeutschlands“. Geboten wurde ihnen ein rundes Kulturprogramm. Als Neuheit gegenüber den beiden vorigen „Superdingern“ hatte die Schulleitung dieses Mal die Informationsstände von allerlei politischen Gruppen und Initiativen (BL, JZ, Kriegsdienstgegnern, Grüne, AI, etc.) verbieten lassen und für die Durchsetzung des Verbots eine Eingreiftruppe aus kräftigen Schülern und Lehrern zusammengestellt. Als Begründung für diesen Traditionsbruch auf dem Schulfest wurde die Nichtbeachtung von Auflagen bei den letzten Festen erfunden, sowie ein Flugblatt und eine Wandzeitung herangezogen, deren Inhalt nicht gefallen, oder nicht auf dem Boden der FDGO gestanden habe. Der reale Beweggrund für das Verbot dürfte darin bestanden haben, daß die Infostände die letzten Male allerlei Lasterhaftes angeboten hatten (Gedanken gegen AKWs, gegen den Kriegsdienst, zum Thema Faschismus etc.) und damit bei den Besuchern sehr gut ankamen. Das sollte dieses Mal nicht wieder möglich sein.

Ohne Widerstand ist dieses Verbot jedoch nicht hingenommen worden. Es wurde eine Aktionsgruppe aus 15 örtlichen Initiativen, von den Grünen über die KDVler bis zum BWK (eine KBW-Abspaltung) gebildet, die in einem offenen Brief gegen diese Zensurmaßnahme der Schulleitung protestierten und auch sonst für die nötige Öffentlichkeit sorgten. Die an dieser Gruppe anfangs beteiligten Juso zogen sich leider sehr schnell, wegen der Teilnahme des BWK, zurück, da sie sonst mit dem Parteiausschluß zu rechnen gehabt hätten. Trotz abseits zuschauender Jusos war bis zum Tag des Festes für die nötige Spannung gesorgt worden, so daß der Ablauf der Fete ständig von argwöhnisch droinschauenden Lehrern verfolgt wurde. Und letztlich konnten Infoverbot, Hausrecht der Pauker, Eingreiftruppe und ständige Drohungen den Aufbau der Infostände nicht verhindern. Nach dem Auftritt einer „Banden“-Gruppe „dem Künftigen“ einer Theatergruppe, deren Stück die Infofreiheit beim „Superding“ zum Inhalt hatte und mit dem Aufruf, sich am Aufstellen der illegalen Stände aktiv zu beteiligen, endete, machten sich ca. 50 Menschen, gegen die herbeieilenden Lehrkörper- und Aufsichtspersonen, an der Aufrichtung von allerlei aufreißerischen Infoständen zu schaffen. Die Masse der aktiven und mit ihnen sympathisierenden Informanten gab dieser Aktion dann wohl letztlich den verdient ruhigen Ausklang. Die Erfahrung, daß Mensch die für diesen Staat nicht geduldeten Schriften zum gegenwärtigen Verbot und Verordnungen etc. verbreiten muß und kann, dürfte vielen in guter Erinnerung bleiben.

Ein Genosse aus Niebüll



Stimmung im Streik (bei AEG Nürnberg)

Metalltarifrunde: Chronologie des Versuchs, ein beschissenes Ergebnis „demokratisch“ abzusegnen

Kaum in einer anderen Tarifrunde sind Willkür und mangelndes Demokratieverständnis der IGM-Führung so deutlich zutage getreten. Nicht nur die Gewerkschaftsbasis, auch ihre gewählten Funktionäre in den Großen Tarifkommissionen werden von ihr seit Wochen verarscht und verschaukelt:

– Am 11. 4. brach die IG Metall-Tarifkommission des „Nordverbundes“ ihre Verhandlungen nach der sechsten Runde ergebnislos ab und beantragte zwei Tage später beim Vorstand das Scheitern der Verhandlungen und die Aufforderung nach Vorbereitung und Durchführung der Urabstimmung als ersten Schritt zu einem unbefristeten Arbeitskampf in diesem Tarifgebiet. 350 Mitglieder faßten diesen Beschluß einstimmig! Nun besagt die undemokratische Satzung der IG Metall, daß nicht den Tarifkommissionen, sondern allein dem Vorstand das Recht zusteht, zu entscheiden, wann und wo eine Urabstimmung durchzuführen ist. Und dieser beschloß am 13. 4., die Entscheidung darüber auf den 23. 4. zu verschieben.

– Den nächsten Coup versuchte die IGM-Führung in NRW zu landen. Eine von ihr persönlich geleitete Verhandlungsführung war als erste von der ursprünglichen Acht-Prozent-Forderung abgerückt. Dem angestrebten Kuhhandel von 5,2% wurde anschließend durch eine klare Abstimmung in der Großen Tarifkommission eine Abfuhr erteilt. Die zweite Quidung folgte auf dem Fuß: Nach kurzer Diskussion beantragten 178 Vertreter der Tarifkommission am 21. 4. in Mülheim ebenfalls die Streik-Urabstimmung. Abermals vertagte der Vorstand eine Entscheidung darüber, da „die letzte Hoffnung nach einem Abschluß auf dem Verhandlungswege“ noch nicht ausgeschlossen sei.

Durchbruch in Hessen?

Diesen „Durchbruch“ versuchte die IGM-Führung nun in Hessen zu erzielen.

Fernsehen und Medien, die fast „vergessen“, daß an diesem Tag über eine Million Metaller/innen

bundesweit streikten, machten sich umso mehr wie die Geier über die Verhandlungen her.

Alles war so schön inszeniert worden. Die Kapitalistendelegation hatte ihre Verhandlungsvollmacht bereits an Gesamtmetall übergeben; parallel zu den Gesprächen tagte ständig der IGM-Vorstand, der auch personell in der Verhandlungskommission vertreten war. Der Mittwoch aber verlief ergebnislos. Am Donnerstag wollte man testen, wie es mit einer Verlängerung der Laufzeit auf 13 Monate für die Tarifverträge aussieht, obwohl die Große Tarifkommission dies bereits eine Woche vorher abgelehnt hatte. Das kratzte die Verhandlungsführung aber nicht. Am folgenden Freitagmorgen legte sie erneut einen Kompromiß-Vorschlag zur Entscheidung vor. der 13 Monate Laufzeit vorsah und eine Anhebung der Löhne um ganze 4,7 Prozent sowie eine Einmalzahlung für die unteren Lohngruppen zwischen 42 und 125 Mark. Umgerechnet hätte hier die Verhandlungskommission der IGM also einem Abschluß zugestimmt, der auf 12 Monate Laufzeit ganze 4,2 bis 4,3 % (plus der Einmalzahlung) bedeutete hätte. Sang- und klanglos war mit dem Akzeptieren der Einmalzahlung ohne Anrechnung auf die Lohnhöhe auch die vorher so betonte erhebliche Anhebung der unteren Lohngruppen fallengelassen worden. Auch die Vorstandsmitglieder der Kommission stimmten diesem zu.

Am Freitagmorgen sollte nun über diesen Lohnraub entschieden werden. Nach all den schlechten Erfahrungen mit den Großen Tarifkommissionen wollte man diese jetzt überbieten: Zuerst sollte der in Frankfurt tagende Vorstand seine Empfehlung abgeben, bevor die Große Tarifkommission entscheidet. Diese aber wehrte sich dagegen entschieden und protestierte gegen den Versuch, sie zum Statisten zu degradieren.

Alle Tricks der Vorstandsvertreter, das Ergebnis zu verkaufen, zogen nicht: Da wurde zur Verlängerung der Laufzeit gesagt, daß man damit wieder zu den Bayern aufschließen könne (deren Verträge einen Monat später auslaufen). Die

Verhandlungskommission berichtete, daß die Kapitalisten „unkalkulierbare Schadenersatzansprüche“ geltend machen wollten. Um dieser Gefahr zu entgehen, sollte die Tarifkommission der niedrigen Lohnerhöhung zustimmen, aber zusätzlich eine „Anti-Maßregelungs-Klausel“ fordern. Doch mit klarer Mehrheit von 43 zu 18 Stimmen lehnte die Große Tarifkommission ab und beantragte das Scheitern der Verhandlungen für Hessen.

Urabstimmung oder Vorstandsdictat?

Kurz zuvor war dem Vorstand aus Niedersachsen mitgeteilt worden, daß auch hier ein Antrag auf Urabstimmung besteht.

Nun konnte der IGM-Vorstand nicht mehr umhin, noch am Freitag das Scheitern der Verhandlungen für die vier Tarifbezirke Hessen, den „Nordverbund“, NRW und Niedersachsen zu erklären. Ein Beschluß über Urabstimmung wurde abermals vertagt. Man wolle erst einmal noch das Ergebnis der letzten ausstehenden Verhandlungen im Bezirk Nordwürttemberg-Nordbaden abwarten; deren für Freitag vorgesehene Sitzung wurde auf Antrag der Kapitalisten abgebrochen und auf Dienstag verschoben – mit dem Einverständnis Steinkühlers (IGM). Steinkühler „entschuldigte“ seine Zustimmung damit, daß der Stuttgarter Kapitalistenführer Stihl ihm und einer kleinen Tarifkommission angekündigt hätte, „ein über Hessen hinausgehendes Angebot“ zu machen. Ein Sprecher des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg hingegen bestätigte lediglich, Stihl habe einen „anderen Lösungsvorschlag“ (von einem Angebot war also nicht die Rede) als in Hessen gemacht.

Hiermit dürfte also klargestellt sein, daß von den Kapitalisten keine „Annäherung“ mehr zu erwarten ist. Klar dürfte genauso sein, daß die Große Tarifkommission des kampfstärksten Tarifgebiets einem hessischen Kompromiß die Zustimmung nicht geben würde. Die letzte Chance für die IGM zur Ab-

wendung des Streiks kann also nur noch darin bestehen, daß die IGM-Führung selbst die Verhandlung übernimmt. Sie ist laut Satzung nicht an Beschlüsse der Tarifkommission gebunden! Meinte das auch Steinkühler, als er von einer „kleinen IGM-Kommission“ sprach, mit der Stihl sprechen wollte?

Dahinter steckt immer ein „kluger Kopf“

Es ist eine alte bittere Lehre der Tarifpolitik: Eine Gewerkschaftsführung kann den Geist des Radikalismus als Druckmittel in eine Lohnrunde einbringen. Sie hat es dann aber nicht mehr in der Hand, ihn beliebig wieder zu entfernen. Die Gewerkschaftsführung wollte auf alle Fälle wohl einen großen Streik vermeiden. Radikale Zirkel, nicht zuletzt die in jedem Zweifelsfall ihre Suppe kochenden Kommunisten, haben anders im Sinn. Unverküßelt nehmen sie das Heft in die Hand und bestimmen Geist und Ablauf einer Auseinandersetzung. Wenn jetzt eine Offenbar von allen guten Geistern verlassenem Tarifkommission einen Einigungsvorschlag ablehnt, der für die Gewerkschaft sehr wohl als guter Erfolg darstellbar gewesen wäre, dann ist die erste Rechnung der Radikalen aufgegangen. Urabstimmung und Streiks wären die zweite Etappe. Wo soll dann diese Lohnrunde enden? Der Unvernunft scheinen keine Grenzen mehr gesetzt zu sein. Der Vorstand kann jetzt die Entwicklung nicht weiter treiben lassen. Er muß sich aufraffen und in schwieriger lohnpolitischer Lage seiner Organisation die Richtung weisen.

(Auszug aus einem Kommentar von Ernst Günter Vetter in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 26.4.81). Der drohende Streik und der kommunistische Buhmann sollen dem Gewerkschaftsvorstand sein Diktat erleichtern.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Beckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Abosenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Auslieferung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abosender mit dem Grund der Nichtauslieferung zurück-

Fortsetzung von Seite 1

Lohnkampf ist Klassenkampf

Die Verhandlungsführung wird gleichgesetzt mit den Forderungen der Streikenden. Wenn das so wäre, dann hätte es schon längst einen Tarifabschluß gegeben. Stattdessen erleben wir ein entwürdigendes Beispiel bundesdeutscher Wirklichkeit in den Gewerkschaften: Diejenigen, die in den Verhandlungen als Arbeitervertreter mit den Kapitalisten an einem Tisch sitzen, kämpfen nämlich gar nicht mehr um einen ausreichenden Lohnabschluß. Sie ringen stattdessen um „Kompromisse“, die es den Führungen der Gewerkschaften ermöglichen, einem Reallohnabbau zuzustimmen, ohne daß dabei das Vertrauen in den Betrieben in die Gewerkschaft flöten geht. Die Verhandelnden kämpfen nicht mehr um Lohn, sie ringen um die eigene Basis. Ihr Spielraum ist fast Null. Wer sich der vom Kapital diktierten wirtschaftlichen Vernunft beugt, kann nicht gleichzeitig die eigene Basis zufriedenstellen, der muß einem Lohnraubabschluß zustimmen. Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, das führt uns die Lohnrunde in der heutigen wirtschaftlichen Situation vor Augen. Mit nun mal einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen nicht zu.

Alle Versuche, den Arbeitern ein schlechtes Ergebnis zu verkaufen, sind bislang sowohl beim IGM, als auch in der IG Metall, zuletzt bei den Verhandlungen in Hessen gescheitert. Die Tarifkommission hat 4,7% für 13 Monate abgelehnt, nicht weil dort die besonders kämpferischen Gewerkschafter sitzen, sondern weil die Kollegen dort wie derzeit in allen Tarifbezirken zu spüren bekommen, daß sie mit einem solchen Ergebnis nicht an die drei Millionen streikenden Metaller ranretten können. Unterstützung haben die verhandelnden Gewerkschaftsführer der IG Metall von anderen DGB-Führern bekommen. Die Führer der IG Bau Steine Erden versuchen jetzt zum zweitenmal ein als „Schlichtung“

getarntes Ergebnis von 4% mehr Lohn an der Basis durchzusetzen, nachdem dies vor einigen Wochen schon einmal gescheitert ist. Auch die IG Bergbau, Musterknebe für „Sozialpartnerschaft“ in der BRD, beteiligt sich am großen Durchbruch für das Kapital. Während die IGM schon über drei Monate verhandelt, reichen den Bergbau-Führern knapp drei Wochen, um am 25.4. einen Abschluß von 4,6% ab 1. Mai vorzulegen, der nach Worten des stellvertretenden Gewerkschaftsvorsitzenden Alker „ein gutes Zeichen für die gegenwärtige Tarifsituation geschaffen“ hat.

Die streikenden Metaller haben also nicht nur das kompromißlose Kapital zum Gegner, ihnen werden aus den eigenen Reihen genügend Knüttel zwischen die Beine geworfen. Dies um so mehr, als nicht sie selbst es heute sind, die über die Durchsetzung ihrer Forderungen bestimmen. Die Führung der IG Metall ist mit ihren Versuchen, ein schlechtes Ergebnis „demokratisch“ absegnen zu lassen, vermutlich am Ende. Es liegt jetzt alles in der Hand des Vorstands, welcher Weg gegangen wird, denn er hat laut Satzung die alleinige Entscheidungsgewalt. Er kann jetzt entweder auf Spitzenebene einen Lohnraubabschluß mit den Kapitalisten aushandeln, dann allerdings legt er innergewerkschaftlich Sprengstoff aus – oder er ruft zu Urabstimmung und Streik auf, wie von bereits vier Tarifbezirken gefordert, dann allerdings ist der „soziale Frieden“ in der Bundesrepublik gefährdet, denn die Metaller werden nicht für 5%, sondern für 8% streiken!

Wie auch immer die Entscheidung in diesen Tagen fällt: es gibt am 1. Mai genügend Gründe, in kämpferischer Solidarität mit den Metallern auf die Straße zu gehen – gegen Lohnraub, und falls so entschieden wird – für die Unterstützung der Metaller-Streiks.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

SCHLICHTUNG: DER VERHANDLUNGSGANG DER 4,7% FÜR 13 MONATE ABGELEHNT, nicht weil dort die besonders kämpferischen Gewerkschafter sitzen, sondern weil die Kollegen dort wie derzeit in allen Tarifbezirken zu spüren bekommen, daß sie mit einem solchen Ergebnis nicht an die drei Millionen streikenden Metaller ranretten können. Unterstützung haben die verhandelnden Gewerkschaftsführer der IG Metall von anderen DGB-Führern bekommen. Die Führer der IG Bau Steine Erden versuchen jetzt zum zweitenmal ein als „Schlichtung“

IG-Bau-Führung: Im zweiten Anlauf nun doch 4 Prozent?

Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen kann kaum mehr überraschen, mit welcher Dummheitsartigkeit Entscheidungen in den oberen Gewerkschaftsetagen gegen die Mitgliedschaft getroffen werden. Den Vogel scheint erneut die Gewerkschaftsführung der IG Bau-Steine-Erden abzuschließen zu wollen.

Nachdem am 25. März auf massiven Druck der Gewerkschaftsmitglieder bekanntlich der 4 Prozent-Lohnraub-Abschluß rückgängig gemacht werden mußte, wollen Sperner und seine Vorstandsliebe nun zum zweiten Mal zeigen, daß die Kapitalisten auf ihre Mithilfe als Lohnbrecher an der Tariffront auch weiterhin rechnen können!

Der Bankier und „unabhängige Schlichter“ Hesselbach legte nach der zweiten Verhandlung am 22. März einen „Schlichtungsspruch“ vor, den sowohl die Kapitalisten- als auch die Gewerkschaftsvertreter „schweren Herzens“ akzeptieren und ihren Mitgliedern zur Annahme empfehlen. Auch die Große Tarifkommission der IG BSE folgte mit Mehrheit der Vorstandsempfehlung.

Der „Schlichtungsspruch“ kann kaum provozierender sein: Er sieht Lohnhöhungen von – wie gehabt – 4 % und geringfügige Verbesserungen in der Regelung des 13. Monatsgehalts vor, wonach sich rein rechnerisch ein Gesamtvolumen von 4,8 Prozent ergeben soll. Selbst Hesselbach „gestand ein, daß der materielle Inhalt der Tarifvereinbarung vom Februar in der Schlichtung nicht wesentlich verändert worden sei“ (zitiert nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 23.4.). Sperner hatte bereits nach seiner Schlappe signali-

siert, daß er die Prozentforderung – entgegen dem Votum der Gewerkschaftsbasis – nicht als das Problem sah, sondern die Regelung des 13. Monatsgehalts. Angeblich habe man sich jetzt beim zweiten Punkt durchsetzen können.

Im abgelehnten Beschluß vom Februar war vorgesehen, das 13. Monatsgehalt in zwei Stufen von 76 für das Jahr 1981 auf 90 Arbeitsstunden für 1982 zu erhöhen. Der Schlichtungsspruch sieht nun vor, diesen von 78 auf 102 Arbeitsstunden zu erhöhen. Das entspricht 60 % eines Monatsgehalts. Die Kapitalisten wollten ursprünglich eine „leistungsbezogene Staffelung“, d.h. eine Berechnung auf Grundlage der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, erreichen. Danach wären Kollegen mit hohen Ausfallzeiten (Ausfall durch Schlechtwetter, Krankheit etc.) erheblich benachteiligt. Der „Schlichtungsspruch“ sieht demgegenüber die alte Berechnungsgrundlage vor – hier also weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung.

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ stellt fest: „In der Bauindustrie wurden bisher weniger als bei Metall bezahlt. Es bestand also ein Nachholbedarf.“ Hinzuzufügen bleibt, daß in anderen Branchen bereits um ein 14. oder 15. Monatsgehalt gestritten wird ...

Unterm Strich bleiben also die vier Prozent übrig! Zu dem Ergebnis sollen die Mitglieder erneut befragt werden. Dabei ist die Einspruchsfrist so elegant angelegt (mit Beendigung der Friedenspflicht am 5. Mai), daß dem Mitgliedern kaum die Zeit bleiben soll, diesem Abschlußvorschlag erneut zu widersprechen. So wird hier Politik gemacht.



Mit viel Freude und großer Anteilnahme wurde von den Reynolds-Kollegen der bundesweite Warnstreik-Aufruf vom IG Metall-Vorstand aufgenommen. Bis auf wenige Ausnahmen folgten alle Arbeiter dem Aufruf, so daß sämtliche Produktionsanlagen stillstanden. Auch die Beteiligung von Angestellten war erstaunlich gut.

Die Streikenden zogen in einem kämpferischen Demonstrationzug durchs Werksgelände und brachten auf Transparenten und in Sprechparolen zum Ausdruck, daß sie nicht zwei oder vier, sondern acht Prozent mehr Lohn wollen, und daß Warnstreiks zur Vorbereitung von Kampfmaßnahmen sinnvoll und nützlich sind, jetzt aber Urabstimmung und Streik folgen müssen.

Auf heile Empörung stieß die Information, daß der amerikanische Manager mal wieder einen kräftigen Griff in die Kasse getan hat, und für mal eben 4.500 Mark seinen Garten auf Firmenkosten hat herrichten lassen.

Am Ende wurde noch eine Resolution an die Tarifkommission verabschiedet, in der noch einmal deutlich gemacht wird, daß der in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit gehandelte faule Kompromiß nicht akzeptabel ist. Weiter heißt es in der Erklärung, daß mehr drin ist, wenn der in den vielfältigen Protestaktionen signalisierte Kampfwille voll eingesetzt wird.

Schon über 3 Mio. Metaller/innen an Kampfmaßnahmen beteiligt

Als Begleitmusik zu dem Treffen des Kapitalistenverbandes von Gesamtmetall am 22.4. rief die IGM ihre Mitglieder zu bundesweiten Protestaktionen auf. Nach eigenen Angaben lauten

Hier streikten an diesem Tag allein 500.000 Menschen. — Im Raum Stuttgart waren es 65.000 aus 70 Betrieben. Hervorzuheben sind erneut die Automobilindustrie-

Die Zahlen in Westberlin liegen bei 40.000. Bayern meldet insgesamt 100.000 Streikende. Allein in München streikten 20.000 in acht Betrieben und in

Schon über 3 Mio. Metaller/innen an Kampfmaßnahmen beteiligt

Als Begleitmusik zu dem Treffen des Kapitalistenverbandes von Gesamtmetall am 22.4. rief die IGM ihre Mitglieder zu bundesweiten Protestaktionen auf. Nach eigenen Angaben liegen weit über eine Million (von insgesamt 3,7 Mio.) Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte der metallverarbeitenden Industrie die Arbeit für ein bis zwei Stunden nieder, beteiligten sich massenhaft an Demonstrationen, Kundgebungen und anderen gewerkschaftlichen Protestaktionen. Zur diesjährigen Tarifrunde haben somit bereits über 3 Mio. Menschen die Arbeit kurzzeitig niedergelegt. Überzeugender als durch dieses für bundesrepublikanische Verhältnisse wohl einmalige Mobilisierungsergebnis kann eine Streikbereitschaft eines ganzen Industriebereiches für den Erhalt des Lebensstandards kaum mehr unter Beweis gestellt werden. Die Tatsache, daß die Kolleg/innen die damit verbundenen Ausfallstunden aus eigener Tasche zu zahlen bereit sind, unterstreicht einmal mehr das Bewußtsein über ihre Lage. Der Schwerpunkt der bundesweiten Aktionen am 22. April lag in Baden-Württemberg, der schon traditionell kampfstärksten Region.

Hier streikten an diesem Tag allein 500.000 Menschen. — Im Raum Stuttgart waren es 65.000 aus 70 Betrieben. Hervorzuheben sind erneut die Automobilindustrie- und Unternehmungen waren mal wieder an der Reihe; 16.000 bzw. 15.000 streikten hier, bei Porsche waren es 3.500. Wiedermal waren auch Klein- und Mittelbetriebe miteinbezogen: — So streikten 9.000 Beschäftigte aus 42 Betrieben in Aalen oder 9.000 aus 22 Betrieben Offenbachs.

In Nordrhein-Westfalen streikten nach IGM-Angaben 250.000 Kolleg/innen: — Bei Ford in Köln streikten 12.000, in Bochum wieder mal über 20.000. In Gelsenkirchen gab es eine Demo mit 2.500, in Mülheim/Ruhr streikten 5.380 aus neun Betrieben, und in Oberhausen waren es 2.500, in Essen 10.000.

In Hessen lag der Schwerpunkt bei den Opel-Werken in Rüsselsheim wo 10.000 bis 20.000 die Produktion für Stunden lahmlegten.

Die Bezirksstelle Hannover meldete 17.000 Streikende, 7.000 allein bei VW-Hannover.

Die Zahlen in Westberlin liegen bei 40.000. Bayern meldet insgesamt 100.000 Streikende. Allein in München streikten 20.000 in acht Betrieben und in Nürnberg gab es eine Demo von wiederum fast 6.000 Beschäftigten.

Für den „Noedverbund“ gab die IGM eine Streikbeteiligung von 90 % der insgesamt 260.000 Beschäftigten bekannt. Die Verwaltungsstelle Hamburg meldete 25.000.

Für die Frauen ist der diesjährige Abschluß von besonderer Bedeutung. In den untersten oder Leichtlohngruppen eingestuft, müssen sie zumeist die nervigste und anstrengendste Arbeit leisten. Die Tatsache, daß die IGM-Führung bereits Abschied von der Streichung bzw. der überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen zugunsten einmaliger Almosenbeträge genommen hat, ist ein besonderer Schlag gegen die Frauen. So ist es auch bezeichnend, daß die IGM-Führung über den Kampf der Frauen in der Tarifrunde nicht mehr zu sagen weiß, als daß sie „stark beteiligt“ waren.



Viele Arbeiterinnen beteiligten sich an den Demonstrationen

Ostermärsche

BRÜSSEL

8 - 10.000 Teilnehmer aus zahlreichen westeuropäischen Ländern zählte der Ostermarsch zum Nato-Hauptquartier am Ostersonntag in Brüssel, mit dem die Tradition der internationalen Ostermarschbewegung der 60er Jahre wieder aufgenommen werden sollte. Das stärkste Kontingent stellten die Holländer, Engländer und Belgier mobilisierten jeweils etwa 2000 Teilnehmer, aus der BRD nahm nur eine kleine Delegation teil. Die Demonstration ging auf eine Initiative der Russel-Peace-Foundation zurück, die damit ihre END-Kampagne (END steht für European Nuclear Disarmament) zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa einleitete. Die belgische Friedenskoordination CNAFD hatte die Organisation unterstützt.

In einer Erklärung hieß es in Bezug auf die wesentlichen Forderungen der Aktion:

- Kompromisslose Opposition gegen die Stationierung jeglicher Atomwaffen in Europa, sowohl gegen Cruise Missiles und Pershing 2 als auch gegen die SS 20.

- Unterstützung der Friedensbewegung Belgiens und der Niederlande bei ihren Bemühungen, die Stationierung der neuen Raketen in ihren Ländern zu verhindern.

- Sofortiger Baustopp für alle Atomkraftwerke in Europa.
- Atomwaffenfreie Zone in Europa von Polen bis Portugal.

Eine entsprechende Erklärung wurde vor dem von starken Polizeikräften abgeriegelten Hauptquartier übergeben. Am Ostersonntag fand dann die nach der Konferenz Anfang März in Frankfurt zweite Tagung der an der END-Kampagne beteiligten Gruppen statt. Im ersten Teil dieser Konferenz ging es im wesentlichen um die Möglichkeiten zur Verbesserung des Informationsaustausches und der Koordination zwischen den Beteiligten. Beschlungen wurde, am Wochenende des 24./25. Oktober in mehreren westeuropäischen Hauptstädten Großdemonstrationen gegen die „Nachrüstung“ durchzuführen. Anlaß für dieses Datum sind die für diesen Zeitraum vorgesehenen endgültigen Entscheidungen in Belgien und den Niederlanden über die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in diesen Ländern.

Eine weitere Aktion im Rahmen der END-Kampagne hat am 21.4. bereits begonnen: In Kopenhagen startete der Frauenmarsch, der in zahlreichen Etappen bis nach Paris führen wird.

Der zweite Teil der Konferenz beschäftigte sich dann mit Strategien und Aktionsformen, wie sie etwa von der Anti-AKW-Bewegung oder der Frauenbewegung entwickelt worden sind und der Möglichkeit ihrer Nutzbarmachung und Übertragung auf die Friedensbewegung.

Belgien-Kommission

OPHERDICKE

2.500 bis 3.000 Menschen demonstrierten am Ostersonntag in Holzwicke und Opherdicke gegen die dort gelagerten Atomwaffen. Sie forderten:

- Keine weitere Stationierung von Atomsprenghäupten und Raketen im Ruhrgebiet und im Ruhrgebiet;
- Abbau der dort jetzt schon lagernden Atomsprenghäupte;
- Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen und Neutronenwaffen in Europa;
- Für Abrüstungsschritte in Ost und West;
- Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa;
- Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen.

Obwohl es unter Teilen der Demonstrationsteilnehmer einigen Unmut darüber gab, daß trotz Ankündigung im Aufruf nicht direkt zum Raketenengelände demonstriert wurde, ist es doch insgesamt als positiv zu werten, daß auch im östlichen Ruhrgebiet Aktivitäten gegen die Atombedrohung entfaltet werden. Ein Anfang in diese Richtung ist gemacht.

Kümmern wir uns selber um unser Leben, um unsere Sicherheit, um den Frieden!

Ein Genosse aus Dortmund

RODENKIRCHEN

„Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke“ und „Abrüstung in Ost und West“ – das waren die Hauptlosungen, unter denen Bürgerinitiativen aus Bremen, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Oldenburg, Nordenham und anderen Orten zum Aktionstag am Ostermontag aufgerufen hatten. Neben den genannten Bf's hatten zahlreiche weitere Organisationen, von Friedensinitiativen bis hin zu linken Gruppen einschließlich der DKP, den Aufruf unterstützt. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: An die 1000 waren gekommen, trotz der gleichzeitig stattfindenden Demonstration nur nur wenige Kilometer entfernt auf der anderen Weserseite gelegenen US-Garnison Garlistedt. Hauptaktivität dieses Aktionstages, der mittags durch „Katastrophenschutz-Übungen“ an den Weserfähren und Straßenkreuzungen eingeleitet wurde, bildete die Demonstration zur Raketenstellung Rodenkirchen. Die Stellung, die mit amerikanischen Nike-Herkules-Raketen ausgestattet sind, die taktische Atomsprenghäupte tragen können, war von Bundeswehr und Polizei hermetisch abgeriegelt worden; je ein Hubschrauber der Bundeswehr und der Polizei sowie Wasserwerfer, Hundestaffeln usw. sollten die Demonstranten auf Distanz halten.

Die Kundgebungen – außer der am Raketenengelände fand eine weitere in Rodenkirchen selbst statt – wurden von einigen recht interessanten Rednern bestritten, unter ihnen der Betriebsratsvorsitzende der Schweers-Werft in Bardenfleth und Anni Ahrens, speziell im Kampf gegen das AKW Eschham bekannt gewordene Umweltschützerin aus Bremen. In allen Beiträgen wurde die notwendige Zusammenarbeit von Umweltschutz-Initiativen und Friedensbewegung hervorgehoben und der Auftakt-Charakter dieses Aktionstages betont. Eine Erklärung zum Tod von Sigurd Debus und zur Unterstützung der Forderungen gegen die Isolationshaft war ebenfalls Bestandteil der Abschlußkundgebung. Ein Fest in der Nordenhamer „Friedeburg“ beschloß diesen insgesamt recht erfolgreichen Oster-Aktionstag.

KB/Gruppe Bremerhaven



REUTLINGEN

Über 2.000 Demonstranten folgten dem Aufruf der Friedenskomitees Reutlingen und Tübingen und kamen am Ostermontag nach Großengstingen.

Großengstingen, möglicher Standort für die neuen Mittelstreckenraketen, ist bereits jetzt Standort für Lance-Kurzstreckenraketen. Unterstützt wurde die Aktion u.a. von den Jusos, DKP, DFG/VK, BI gegen AKW, Frauen gegen Militär, KBW, Volkfront, Grüne etc.

Auf der Kundgebung wurde insbesondere auf die atomare Bedrohung und den Nachrüstungsbeschuß der NATO eingegangen. Hauptforderungen der Aktionseinheit waren: Keine Atomraketen in Großengstingen, keine Atomwaffen in Europa, sowie die Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses und die Auflösung der beiden Militärbündnisse. Carola Bloch sowie eine Vertreterin der Gruppe Frauen gegen Militär gingen auf die Rolle der Frau im Krieg ein (Zivilschutz, Kriegsproduktion etc.). Ein Vertreter der BI gegen AKW stellte den Zusammenhang zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie dar sowie das spezielle Interesse der BRD hieran. Ein Vertreter der IGM forderte die Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses sowie die Einstellung aller Waffenexporte. Hasenclever forderte schließlich: Schluß mit dem Rüstungswahn, und bemerke mehrmals, es gäbe genug Alternativen.

Ein Genosse aus Reutlingen

BRITANIEN

Insgesamt über 13.000 Menschen beteiligten sich an Demonstrationen gegen die geplante nukleare NATO-Nachrüstung in Britannien. Während 3000 an einem Festival mit Kundgebung bei der 'Royal Air Force' Basis Greenham Common teilnahmen, wo die 'Missiles' stationiert werden sollen, kamen in Rugby mehr als 10.000 Menschen zusammen, um nachdrücklich ihren Widerstand zu demonstrieren.

Bremer Aktionswoche zum »6. Mai«

Ein Jahr ist es bald her, daß die Bremer Proteste von 15.000 Menschen gegen die öffentliche Rekrutenverdingung im Weserstadion eine neue Phase des antimilitaristischen Widerstands einleiteten. Aus Anlaß dieses „Geburstages“ wollen die verschiedensten politischen Organisationen und Initiativen eine Aktionswoche vom 2. - 9. Mai veranstalten. Ein reichhaltiges Programm zu den Schwerpunkten: internationale Lage, Solidarität mit den Angeklagten des 6. Mai, innere Aufrüstung steht bereits fest und kann auch noch erweitert werden. Für den 6. Mai hat sich die Aktionseinheit auf eine Demonstration geeinigt, die die dezentralen Aktivitäten zusammenfassen soll und unseren Protest gegen Kriegspolitik und staatliche Repression ausdrücken soll. An der AE sind u.a. beteiligt: Nicaragua/El Salvador-Komitee, Falken, Prozeßgruppe zum 6. Mai, Alternative Liste, Krieg dem Krieg, KB und Einzelmitglieder der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“.

- Das Programm im einzelnen:
- 1., 2., 3. Mai im „Cinema“ der neueste Film über El Salvador
 - 4.5., 19.30 Uhr im „Konsul-Hackfeld-Haus“: Veranstaltung der AL zum neuen Polizeigesetz
 - 5.5., voraussichtlich in den „Weserterrassen“: Veranstaltung der Prozeßgruppe zum 6. Mai zur Solidarität mit den Angeklagten
 - 6.5., 14 Uhr, Frauenaktion beim Kreiswehrratsamt zur Totalverweigerung
 - 7.5., 20 Uhr, in „Techno Coop“: Großdemonstration
 - 7.5., 20 Uhr, in „Techno Coop“: Veranstaltung von „Krieg dem Krieg“ zu den Mittelstreckenraketen
 - 8.5., 19.30 Uhr, in „Weserterrassen“: Veranstaltung des „Türkei-Arbeitskreises“ mit J. Roth zur BRD-Türkeihilfe – für was und wen?
 - 9.5.: Abschlußfest auf den Osterdeichwiesen

KB/Gruppe Bremen



Großengstingen Ostermontag 1981, aus „Südwestpresse“ 21.4.81

Der evangelische Kirchentag wird »ein erster Kulminationspunkt der Friedensbewegung im protestantischen Raum«

Parallel zu dem Anwachsen der Kriegsgefahr verstärkte auch die Friedensbewegung in der evangelischen Kirche in Westdeutschland. Es formierte sich eine breite Opposition, die auch sehr deutlich diejenigen benannt und benennet, von denen u.a. die Kriegsgefahr ausgeht: nämlich die Regierungskoalition aus FDP und SPD. Damit scheint auch endlich für die Sozialdemokratie die Zeit vorbei zu sein, in der sie sich relativ unkritischer Unterstützung aus der kirchlichen Basis verschert sah.

Während nun die CSU/CDU der kommenden Auseinandersetzung zwischen Kriegstreibern und -gegnern mit offenem Auge entgegensteht („Das Thema Wehrdienst werde noch zu gewaltigen Auseinandersetzungen im deutschen Protestantismus führen“, Roman Herzog, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, nach FR vom 23.12.80), beginnt die SPD, mit einer Art Doppelstrategie Einfluß auf die Oppositionsbewegungen zu gewinnen. Zu dieser Doppelstrategie gehören einmal die klaren Drohworte und Mahnungen sozialdemokratischer Führer an ihre klerikalen Mitstreiter:

- „Apel mahnte die evangelische Kirche, sie dürfe sich nicht aus der Geschichte „ausklinken“ und meint damit: pazifistisch sein (aus ev. information 6/81). Um auch Pastoren auf Linie zu bringen, empfiehlt er in Anspielung an das Gesetz, nach dem Pastoren vom Kriegsdienst befreit sind: „Ich finde es sehr gut, wenn auch Pastoren mal den Fußschweiß anderer riechen müßten. Das würde ihr Verständnis für Soldaten schärfen“ („Bild“, 3.2.81).

- Schmidt startete einen aggressiven Feldzug gegen pazifistische und neutralistische Tendenzen speziell im evangelischen Raum: diese entsprängen nämlich einer „naïven Gewinnserhik, die auf den Gebrauch der Vernunft und der Erfahrung verzichtet“ (FR, 31.3.81). Die Kirche solle sich da aus der Politik raushalten.

Diese Worte haben in ihrem Charakter als Mahnungen und Drohungen keine berechtigte Grundlage in einem etwaigen Verhalten der Kirchenführer. Zu keiner Zeit haben maßgebliche klerikale Kreise seit der SPD-Regierungszeit die Aufrüstungs- und nun auch die Kriegspolitik überhaupt nur infrage gestellt. Und so sind diese starken Worte der SPD eher als Aufforderungen an die Kirche zu verstehen, in ihren eigenen Reihen die sog. „pazifistischen und neutralistischen Tendenzen“

stärker zurückzudrängen. Denn diese haben tatsächlich in den letzten Monaten beträchtlich an Boden gewonnen und bestimmen mancherorts schon stärker das Bild der Kirche als die

„... den Fußschweiß anderer riechen“

stärker zurückzudrängen. Denn diese haben tatsächlich in den letzten Monaten beträchtlich an Boden gewonnen und bestimmen mancherorts schon stärker das Bild der Kirche als die

kirchenoffizielle Friedhofspolitik. Und so hat's auch der EKD-Sprecher Dietrich Sattler richtig verstanden. Nachdem die Worte Schmidts mit „kritischer Zurückhaltung“ – was immer das auch sein mag – aufgenommen wurden, meint Sattler, „der Kanzler bringe offenbar zweierlei durcheinander. Es sei zu unterscheiden zwischen Stellungnahmen, die nach gründlicher Diskussion in kirchlichen Gremien abgegeben würden, und politischen Diskussionsbeiträgen einzelner kirchlicher Gruppen“ (FR, 1.4.81).

Der andere Flügel der Strategie wird z.Zt. repräsentiert von Koschnick, der Koordinator für die Kontakte der SPD zu den Kirchen ist, und Glotz (dem neuen Bundesgeschäftsführer der SPD). Letzterer schrieb im SPD-Pressedienst, die SPD bereite sich „auf einen großen Dialog über eine alternative Sicherheitspolitik vor. Dabei sei es ihr Ziel, in der Friedensbewegung eine stärkere Rolle zu spielen als bisher“ (FR, 13.4.81). Der Parteivorstand will auf einer sicherheitspolitischen Klausurtagung Mitte Mai „die Prioritäten für die angestrebte Diskussion abstecken“ (ebd.). Diese Klausurtagung solle deswegen noch vor dem Kirchentag (Mitte Juni in Hamburg) stattfinden, weil dieser nach Glotz' Ansicht „ein erster Kulminationspunkt der Friedensbewegung im protestantischen Raum“ sein werde (ebd.). In dieser breiten Friedensbewegung will er auch schon die christlichen Gruppen ausgemacht haben, mit denen die SPD weitgehend einig sein könnte – jedenfalls was das Ziel anbetrifft. Nur das „Wie“ sei noch strittig.

Daß jedoch das „Wie“ auch das Ziel bedingt und daß es insgesamt doch recht wenig christliche Friedensgruppen gibt, die in der Kriegsfrage mit der SPD übereinstimmen, zeigen die Vorbereitungen auf den Kirchentag: Dort soll nämlich nach sozialdemokratischem und klerikalem Wunsch Apel unter dem Thema „Frieden schaffen“ auftreten

(19.6., 11 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben!) wogegen sich sehr breiter Widerstand aus der kirchlichen Basis formiert (Hier wird wohl auch spannend werden, wie sich die Jusos, die sich zum ersten Mal in der Geschichte des Kirchentages aktiv beteiligen wollen, verhalten).

Worum es der SPD wirklich auf ihrer sicherheitspolitischen Tagung geht, drückt viel klarer wahrscheinlich Genascher aus: „Wie Anfang der 60er Jahre die Ostermarschierer könnten demnächst Grüne, linke Freidemokraten, Sozialdemokraten, aber auch kirchliche Gruppen und Kommunisten gemeinsam auf die Straße gehen“. Was den einen ein Alptraum ist, wird unser Ziel sein; und die Zeichen für einen breiten Zusammenschluß aller antimilitaristischen Kräfte – auch auf dem Kirchentag – stehen nicht schlecht.

Kirchenkommission

Antimilitarismus

Hamburger Atomforum

Schüsse auf Ostermarschdemonstranten!

Ein Zivilbulle feuerte auf eine Gruppe von Kriegsgegnern, nachdem er vorher einen von ihnen mit vorgehaltener Pistole festgenommen hatte. Diese kaltschnitzende Anwendung der Schusswaffe ereignete sich während des Ostermarsches von rund 800 Demonstranten in der Garlstedter Heide (nahe Bremen), die trotz Verbotes durch die Bundesregierung zur US-Kaserne bei Garlstedt gezogen waren, um dort gegen den Bau einer Panzertrasse durch die Heide und gegen die Kriegspolitik der NATO zu demonstrieren.

Polizeiprovokateure bei der Arbeit!

Seitens der Demonstranten verlief die Kundgebung vor der Kaserne friedlich, obgleich es hier die erste Provokation durch zivile Polizeibeamte gab: Kurz hintereinander rasten die Bullen in einem roten Mercedes zweimal mit hoher Geschwindigkeit durch die Menge. Bereits bei diesem Vorgehen wurde zumindest die Gesundheit vieler Teilnehmer gefährdet. Dennoch zogen die Demonstranten nach dem Ende der Kundgebung geschlossen wieder ab. Erst als auf einem abseitigen Feldweg der rote PKW erneut gesichtet wurde, aus dem heraus die Polizisten den Demozug fotografierten, griffen Demonstranten ein. Sie liefen über den Acker, um das Treiben der Bullen zu beenden, doch der Mercedes fuhr schnellstens davon. Kurz darauf wurde er in einem unüberschaubaren Waldstück ein drittes Mal gesehen, und einige Demonstranten liefen hinterher, während der Festgenommene in den Wagen gebracht wurde.

Daraufhin feuerte der festgenommene Beamte zunächst einen „Warnschuß“ in die Luft ab und dann sofort ungezielt auf die Demonstrantengruppe. Daß dabei niemand verletzt oder gar getötet wurde, war reiner Zufall. Der Festgenommene wurde nach diesem Vorfall auf das Gelände der US-Kaserne (I) gebracht und dort einer

erkenntnisdienstlichen Behandlung (Fotos, Fingerabdrücke) unterzogen. Nach knapp zwei Stunden ließ die Polizei ihn frei.

Für den Gebrauch der Schusswaffe in der geschilderten Situation gibt es nicht die geringste Entschuldigung, geschweige denn Erklärung; weder das Verbrennen der US- und BRD-Flagge während der Kundgebung noch die reine Teilnahme an der verbotenen Demonstration könnten dazu herhalten. Die ganze Angelegenheit geht allein zu Lasten der Polizisten, die es mit ihrem provokatorischen Vorgehen darauf anlegten, die Möglichkeit zu wenigstens einer Festnahme zu erhalten.

DKP: Bier und Bratwurst ...

... bestimmten die Osteraktion der DKP-orientierten „Initiative Garlstedter Heide“, die seit Jahren unter dem Slogan „Osterfeier statt Atomraketen“ zu Protesten am Ostermontag aufruft. Diesmal war es vorher zu Kontakten zwischen der „Initiative...“ und der autonomen Bremer Gruppe „Krieg dem Krieg“ gekommen. Auch die „Initiative...“ wollte ursprünglich zum Marsch zur Kaserne aufrufen, den sie 1980 selbst veranstaltet hatte. Nachdem aber die Bundesregierung aus Gründen der „Sicherheitspolitik“ der BRD die unmittelbaren Proteste vor der US-Kaserne verboten hatte, beschränkte sich die „Initiative...“ auf eine Fahrradtour von Bremen in die Garlstedter Heide, wo DKP, DPU und andere Ableger für reichlich Bier und Bratwurst anstelle politischen Rückgrats sorgten. „Krieg dem Krieg“ forderte demgegenüber die anwesenden Antimilitaristen auf, sich nicht das Demonstrationsrecht nehmen zu lassen und bis vor die Kaserne zu ziehen. Als jemand von „Krieg dem Krieg“ dies über die eigene mitgebrachte Lautsprecheranlage, mit der vorher der „Initiative...“ bei Durchführung ihrer Kundgebung geholfen worden war, durchsagen wollte, fiel ihm sofort jemand ins Wort. Das nutzte nicht viel, als sich der autonome Zug in Bewegung setzte, folgte ihm die Mehrzahl der rund 1.300 Anwesenden, darunter so manches einfache Mitglied von SDAJ oder DPU. Für kommende Aktionen gegen den Krieg sollte die DKP sich was originelleres ausdenken.

KB/Gruppe Bremen

Am 24./25.4. fand in Hamburg ein Atomforum gegen die geplante „Nach“-Rüstung in der BRD statt. Eine Podiumsdiskussion vor vollem Audimax (2500 bezahlten 5 Mark Eintritt) und 15 Arbeitsgruppen und ein Abschlußplenum mit 600 Teilnehmern waren das Ergebnis. Dieses Forum sollte einen Dialog aller Hamburger Friedenskräfte einleiten und war durch starke sozialdemokratische Teilnahme (22 SPD-Bürgerschaftsabgeordnete sowie der Juso-Landesverband gehörten zu den Erstunterzeichnern) gekennzeichnet, ebenso hatten zahlreiche Gewerkschafter und Initiativen den Aufruf für dieses Forum unterstützt.

Die Arbeitsgruppen am 2. Tag dienten vor allem dem Informationsaustausch. Auf dem Abschlußplenum kamen ein Gewerkschaftssprecher, der Friedensaktivitäten vor allem zum 1. September ankündigte, und ein Sprecher aus der Kirche, der über ihre Planungen zum Kirchentag berichtete, wo u.a. zum 20.6. eine große Demonstration geplant ist (s. diesen AK), zu Wort. Über die Frage, wie dieser Forumskreis weiterzuarbeiten gedenkt, soll auf einem Auswertungstreffen am 13.5. (20 Uhr im CVJM-Haus) beraten werden.

Am erfrischendsten waren im Rahmen der Podiumsdiskussion die Beiträge des Vertreters der Ärzteinitiative und eines Steilshorper Gemeindepfarrers, die – wenn auch beschränkt auf ihren speziellen Arbeitsschwerpunkt – auch nicht mit Kritik sparten.

So betreiben die Ärztevertreter das neue Notstandsgesetz, das Sicherstellungsgesetz im Gesundheitswesen und eine Pflichtenklärung im Katastrophenschutz, obwohl es gegen Strahlenfolgen keine medizinische Behandlung gibt. Die Angestellten im Gesundheitswesen können im Ernstfall die Versuche waschen, sortieren bzw. Verbrennte auf die 300 Spezialbetten der BRD verteilen, die schon im Normalfall nicht ausreichen.

In den Kirchen wird nach der zweimaligen Absegnung der Weltkriege erneut und immer noch die „Verteidigung“ gefordert, nur überleben dürfte man dabei eben nicht. Wenn hier die Verhältnisse wie in Holland wären, wo die Bischöfe eine einseitige atomare Abrüstung fördern, hätte man auch hier auf dem Forum einen Bischoff statt eines Gemeindepfarrers sprechen lassen können. An der Basis der Kirche allerdings wachse die Sorge um die Kriegsgefahr und sie würden sich auch nicht durch die Kampagne gegen den Pazifismus in den Kirchen einschüchtern lassen. Er hoffe, viele hier im Saal bei Aktionen und Blockaden vor Atomwaffenstützpunkten wiederzusehen, erklärte der Pfarrer

kaden vor Atomwaffenstützpunkten wiederzusehen, erklärte der Pfarrer zum Schluß.

SPD'ler und die Friedensbewegung...

Sollte man der Presse glauben, so waren die beteiligten Hamburger Sozialdemokraten schon angetreten, um Helmut Schmidt zu stürzen. Ein Versuch Kloses, die gesamte Fraktion auf eine Erklärung einzuschwören, die den Doppelbeschluß verteidigen sollte, war gescheitert. Auf eine Gegenanzeige von 39 Bürgerschaftsabgeordneten wurde aber versichert (die Erklärung des Atomforum war mit den Unterschriften der 22 SPD-Abgeordneten in der „Hamburger Morgenpost“ erschienen). Auf der anderen Seite war auf Intervention dieser Sozialdemokraten noch eigens der Schlusssapell dahingehend verändert worden, daß ausdrücklich nur noch „einigen US-Strategen“ nachgesagt wird, sie wollten den Atomkrieg führbar machen. Daß die Nachrüstung insgesamt auf einer derartigen Strategie beruht, wurde ebenso gestrichen. So blieb der schmale Konsens, daß man eben gegen neue Atomwaffen sei. In den Redebeiträgen wurde dann auch durch die Bank (und nicht nur von den Parteivertretern) die Bundesregierung als aktiver Teil dieser Strategie ausdrücklich ausgenommen. Recht kämpferisch klang es dann schon, als die Vertreterin der IGM Frauenausschüsse erklärte, daß sich die Bundesregierung wie beim Rapport von Unteroffizieren in den USA verhalte. Gösta von Uexküll, vieljähriger Erstunterzeichner von KOFAP-Aufrufen, wandte sich gegen die betriebene Verteufelung des Pazifismus und fügte vorsichtig an, daß dies doch eher Anlaß sein sollte, über die weitere Nachrüstung hinaus über eine Welt ohne Waffen nachzudenken.

Die Verteufelung des Pazifismus sollte aber auf keinen Fall Anlaß sein, jetzt umgekehrt pauschal andere als „Militaristen“ zu verteufeln, sondern im Gegenteil habe die neue Friedensbewegung die Absicht, der Bundesregierung den Rücken zu stärken, damit sie „standhaft“ gegenüber den US-Anforderungen werde.

Oberst a.D. Weber, Erstunterzeichner des Krefelder Appells, kennzeichnete zwar den SPD-Doppelbeschluß als „Doppelbetrug“, nannte dies aber gleichzeitig als eine „Aufgabe der nationalen Interessen“. Für die Friedensbewegung gebe es nur ein klares Ja oder Nein zur „Nach“-Rüstung. Die Sozialdemokraten liefen mehr oder weniger stark zu Aktionen auf bzw. beteuerten die Größe der Friedensbewegung. Thüsing wollte Aktionen an Standorten von Atomwaffen, William Born von der FDP, den wir hier getrost mit einreihen können, bezeichnete die neue Massenbewegung als die „größte Bürgerinitiative“ der BRD und erklärte sie

senbewegung als die „größte Bürgerinitiative“ der BRD und erklärte seine Verwunderung, daß noch immer mehr Menschen Sorge vor AKWs hätten als vor dem atomaren Untergang.

Auf der anderen Seite waren die Schöpfung der Parteiböden bzw. die Hochjubele dieser Parteien schon mehr als peinlich. Thüsing sprach von der „Legende“, daß die SPD die Nachrüstung beschlossen habe. Karotka meinte, die Voraussetzung zur Zustimmung der Nachrüstung seien nicht mehr gegeben (Nichtverabschiedung von SALT II), er trete in dem von Eppler vorgeschlagenem Sinne für eine Revision des Parteibeschlusses ein.

Der Abgeordnete Hoffmann erklärte immerhin, daß man nicht erst aufrüsten könne, um dann abzurufen. Das war aber auch schon das Optimum. Ansonsten wurde ständig die SPD als Ganzes der Friedensbewegung agnodierte, wobei sie betonten, wie sehr sie dafür kämpfen würden... Die große „Tradition“ der SPD in der Friedensbewegung wurde besprochen, wobei Karotka bezeichnenderweise betonte, daß die SPD ihre größten Erfolge gehabt habe, als sie als Partei des Friedens galt. Ausdrücklich wurde dabei nur die Entspannungsphase gemeint. Die Zeit

als die SPD noch gegen jegliche Atomwaffen in der BRD agierte, wurde nicht einmal erwähnt. Denn gegen damalige Aussagen der SPD-Spitzen nahmen sich die der SPD-Vertreter heute geradezu kläglich aus. So forderte Lober z.B. noch Ende der 50er Jahre einen Generalstreik gegen die Atomwaffen, was ihn allerdings nicht hinderte, später Kriegminister einer mit Atomwaffen vollgestopften BRD zu werden. Ja selbst Strauß – so wird man sich erinnern – hatte sich lieber die „Hand vordorren“ lassen wollen, ehe er zur Waffe greifen würde. Das allerdings ist inzwischen noch länger her und fällt in die unmittelbare Nachkriegszeit. Jedenfalls läßt das Verhalten der SPDler und anderen Parteivertreter nur zwei Schlüsse zu: Entweder sind sie von der SPD-Spitze – für FDP und Gewerkschaften gilt das gleichermaßen – in die Bewegung geschickt, um entsprechende Integrationsarbeit zugunsten der SPD zu leisten bzw. deren Schonung zu betreiben; dies wäre ein Teil des von Giotz geforderten großen „Dialogs“ mit der Friedensbewegung, eine Integrationsaufgabe, die laut Giotz größer sei als die Integration der Apo-Generation; oder diese Sozialdemokraten gehen davon aus, als Parteifunktionsträger nur dann überhaupt waschen können, in der Friedensbewegung zu arbeiten, wenn sie dabei trotz der Kriegstreiberrolle dieser Partei ständig lobende und verharmlosende Worte verlieren.

„MG“-Provokateure

Trotz Kartennellaß schaffte es die MG, 150 - 200 Plätze mit offener bundesweit angereisten Mitgliedern und zwar in der Mitte, geschlossen zu besetzen. Schon bei der anfänglichen Musik wurde klar, daß sie schlicht stören wollten. Schon im Flugblatt der MG hieß es, „gegen den Krieg zu sein ist etwas ganz anderes als vor einem Schlachtfeld BRD zu warnen“. Sie unterstellten damit allen deutschnationalen Vorstellungen. Andersherum müßten sie als US-Bürger dann konsequenterweise „geradezu ein Bekenntnis zur „Abschürpung BRD“ fordern.

In diesem Sinne wurde dann auch konsequent verfahren: „Frieden hier – schafft den Krieg nur anderswo, hört doch mit dem Frieden auf, kommen doch nur Kriege raus; Kriegstreiber raus“ (auf Thüsing bezogen). Wer gegen Atomwaffen sprach, war in ihren Augen dann für einen konventionellen Krieg. Ihre Störaktionen galten genauso dem dänischen Vertreter, der für seine Forderung einer nördlichen atomfreien Zone, bei dem dänischen Vertreter, der für seine Forderung einer nördlichen atomfreien Zone, bei gleichzeitiger Abschaffung dort bestehender Abschürpungen, in die im Kriegsfall Atomwaffen gebracht werden könnten, ebenfalls nur Hohngeklächter ernteten.

Bei allen nationalen Tönen vom Podium wurde einmal mehr deutlich, daß es der MG um nichts anderes als um provokatorische Störaktionen ging. So endet ihr Flugblatt dann ganz „konstruktiv“ mit der Frage: „Warum stellt sich eigentlich niemand die Frage, wie wir den Friedenzeiten entgegen, in denen die Politiker die Kriegsfahr produzieren.“

So trug ihre Störaktion neben längeren Zeitverlusten hauptsächlich dazu bei, daß das rechtliche Publikum auch jedem noch so nationalen Blödsinn erst einmal rhythmisch Beifall klatschte, um die MG-Störaktionen zu überören. Die MG sei eine Gruppe, die sich „darauf spezialisiert hat, bundesweit herumzufahren, um Friedensveranstaltungen systematisch zu stören“, erklärten die Veranstalter.

Totalverweigerer zur Abschreckung in den Knast

Am 28.4.81 beginnt am Landgericht Hannover die Berufungsverhandlung gegen den Totalverweigerer Götz Perle.

Götz Perle hatte nach seiner Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zunächst den Zivildienst angetreten, dann aber eine Weiterführung strikt abgelehnt. Im Dezember 80 – in der ersten Instanz – erhielt er dafür 6 Monate Gefängnis auf Bewährung, 500 DM Geldstrafe (an amnesty) und die Auflage, den Zivildienst anzutreten. Zusätzlich bekam er die Kosten des Verfahrens aufgebürdet. Da Götz den Zivildienst als Teil des Kriegsdienstes (wenn auch ohne Waffen) ablehnt, heißt das Urteil Teilnahme am Kriegsdienst oder Gefängnis und Geldstrafe. Wie der Zivildienst ins militärische Verteidigungskonzept eingebaut ist, hatte Götz an verschiedenen Punkten deutlich gemacht:

Im „Verteidigungs“-fall haben KDV'ler unbegrenzt Zivildienst abzuleisten. Das Zivildienstgesetz ist für den Einsatz von ZDLern im Bereich der „zivilen Verteidigung“ vom Wehrpflichtgesetz abgeschrieben. Obwohl die Behörden dazu inzwischen aus dem Verteidigungsministerium ausgegliedert wurden, sind die Zivildienstbeauftragten entsprechend „Altgediente“ aus der Bundeswehr. Das Weißbuch der Bundesregierung zählt zur Aufgabe der „Verteidigungsgesetze“ (das auch das Zivildienstgesetz einschließt), „schon in Friedenszeiten... Krisenbewältigung und bestimmte... vorbereitende Maßnahmen für die Herstellung der Verteidigungsbereitschaft... herzustellen“. „Technischer Umwelt-

schutz“, Versorgung des Heeres sowie die der Zivilbevölkerung mit Trinkwasser gehören beispielsweise dazu: „... auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft... die für Zwecke der Verteidigung erforderlichen Maßnahmen... treffen“, heißt es dazu in einem Notstandsgesetz. Heute läuft das ganz „harmlos“ als Modellversuch im Umweltschutz. Das Bundesministerium für Soziales (BMA), dem auch der Zivildienst untersteht, hat schon heute die Daten für die „Sicherstellung“ des Personalbedarfes für die „Zivile Verteidigung“ gesammelt. In der Datenbank mit 200 Rechenzentren sind heute 90 % der Bundesbürger mit ihren Daten erfaßt.

Götz errechnet, daß bis zu 70 % der heutigen Zivildienstplätze direkte militärische Bedeutung hätten.

Das Gericht erklärte in seinem Urteil in aller Offenheit dazu, daß auch KDV'ler die „Verteidigungswürde“ der BRD anzuerkennen hätten: „Die Einlassungen des Angeklagten ließen nicht erkennen, daß er sich mit dem Problem, daß die BRD verteidigungswürdig ist und wie dies seiner Meinung nach praktisch gehandhabt werden sollte, beschäftigt hat“. Zusätzlich neben dieser Forderung – jeder ein kleiner Kriegsplaner – erklärte das Gericht ihn schlicht für blöde: Es sei der Ansicht, „daß der Angeklagte sich nicht eingehend mit Argumenten für und gegen den Zivildienst und den Kriegsdienst auseinandergesetzt hat“, er habe nach Argumenten für seine „Dienstflucht“ gesucht, „ohne sich ernsthaft mit den Gedanken des Gesetzgebers ... auseinanderzusetzen“.

Als „Sprecher für seine Freunde“ sei er ja „gezwungen, im Rahmen der einmal festgelegten Argumentations-schablone aufzutreten“.

Um möglichen Nachfolgern gleich Schranken zu setzen, reichte dem Gericht keine Geldstrafe sondern nur eine Freiheitsstrafe. „Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Generalprävention war diese erforderlich, da einerseits in der Bevölkerung, und zwar dort insbesondere bei den Wehrdienstverpflichteten, kein Verständnis dafür aufgebracht werden könnte, daß sich der Zivildienstverweigerer möglicherweise mit einer sogenannten Verpflichtung freikaufen und damit Unbequemlichkeiten des Wehr- bzw. Zivildienstes entgehen könnte“. Interessanterweise unterstellt das Gericht eine Welle von Zivildienstverweigerungen, weshalb eine Abschreckung notwendig sei. Insofern ist dieses Urteil das Eingeständnis, daß der Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen wachsen wird, und es ist ein Zeichen, daß die Herrschenden diesen schon in den Ansätzen brechen wollen.

Kommt zum Berufsprozeß am 28.4.81 im Landgericht Hannover - Volgenreisweg 65, Eingang Rothenstrasse, 13 Uhr, Raum 29.

Der Vorsitzende Richter Töglischbeck ist vielen durch die Grohnde-Prozesse in „einschlägiger“ Erinnerung. Solidaritätsaktionen bitte an das Landgericht Hannover, Abt. 114, 12 ja 590/80 - 46 b 29/81. Spenden an Fach. Amt Hannover Kto.-Nr. 33 77 49 - 306 BLZ 250 100 30 Infos über SOZDL Hannover c/o Ralph Biehle, Engelbosteler Damm 120



Keine neuen Atomraketen in die Bundesrepublik Deutschland!

Klaus Tonner, wiss. Mit./HWP - Anna Lena, Lehrerin, - Dagmar Stiefen, Lehr.-
Schwermacher, Sprachkult.lehr. Dr. Dietrich, o. Prof. - Konstanze Kerschmann, Lehr.-

Lehrer, Gertrud Kath. Yva. Volksh.	Lehrer, Heinrich Friedr. Lehrer, Hartm.
Neumann, Lehrer, Georg Wichmanns.	Drewes, Pastor, Freder. Drewes,
Trennischew, Sabina Harter, Lehrerln.	Lehrerin, Barbel Sandberg, Son. Päd.
Edvard Kathr. Lehrer, Joachim Wortel	Ulrike Stoffen, Lehrerin, Helwig Arndt,
ev. Mädl. Bundesausschuß Alt. E. G. W.	Stud. Andrea Gohring, Stud. Andreas
Wittich Fische, Lehrer, Martin Jacob	Schüler, Stud. Dr. Albert Herke, Dozent
Lehrer, VVN. Dr. Jacoba Bergesol,	Lillemor Mahstedt-Hecke, Barbel
Zacharri, Ulrich Saint-Paul, Biolog.,	Rang, Christian Bach Lehrer, Manfred

Prof. Dr. Roland Mutschler, - Prof. Mar-
cel Wiese, - Margitta Bismarck Lehmann, -
Gottsch. Industriekaufmann - Else Wet-
ter VVN/V. - Inge Muhlmann Sax-Pod.

Schmidt-Holtz, Lehrerin, - Marianow Mar-
 Holand Mutschler, Hochschull.

Die 3. UN-Seerechtskonferenz oder Krieg um die Weltmeere

1970 wurde auf der 25. UN Vollversammlung die Einberufung der 3. UN Seerechtskonferenz (SRK) beschlossen. Eine 1. und 2. SRK hatte es bereits 1958 und 1960 in Genf gegeben, jedoch ohne konkrete Ergebnisse. Auf der 3. UN SRK wird nun seit 1973 bis heute von über 140 Staaten in acht Verhandlungsrunden, drei Ausschüssen und sieben Verhandlungsgruppen diskutiert. Auch hier sind konkrete Ergebnisse wenig greifbar, kein Wunder, wenn über die Schätze verhandelt wird, die unter Wasser liegen. Über 70 % der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt, und was sich im Wasser befindet, besonders jedoch, was darunter ist, ist solch eine Verhandlungsrunde allemal wert, kann man doch gestrotzt von den „Schätzen der Weltmeere“ sprechen, die (noch kaum jetzt, aber) in absehbarer Zukunft gehoben werden können.

Die „Schätze der Weltmeere“

Daß aus den Meeren mehr zu holen ist als Fische, ist seit langem bekannt. In einer Broschüre der Commerzbank über „Meeresnutzung“ werden folgende Punkte als für die Zukunft bedeutsam herausgestellt: Trinkwassergewinnung, Nahrungsmittelgewinnung, Energieerzeugung, Rohstoffgewinnung u.s. Die Rohstoffgewinnung wird als „... das umfassendste und für die nahe Zukunft bedeutsamste ... Erforschungs- und Nutzungsgebiet ...“ herausgestellt (1). Diese Formulierung dürfte die tatsächliche Brisanz der zukünftigen Konflikte bei der Ausbeutung der Rohstoffvorkommen in der See eher noch herunterspielen.

In sog. Seifen und Schlamm, die besonders in küstennahen Gebieten zu finden sind, werden vor allem Schwermetalle wie Gold, Platin, Rutil, Zirkon, u.s.m. gefunden. Die Bedeutung dieser Rohstoffe beweist die Tatsache, daß bereits 1968 93 % der Weltproduktion von Rutil und 83 % der Weltproduktion von Zirkon aus Seifen und Schlamm gewonnen wurden (2).



• Erdöl und Erdgas sind weitere „Schätze des Meeres“. Bereits 1953 wurde mit der Förderung von Erdöl und Erdgas aus dem Meer begonnen (3). Als dann der Ölpreis der OPEC eine bestimmte Grenze überschritten hatte, lief die Produktion in großem Maßstab an. Heute stammen ca. 20 % der Weltölförderung aus den Meeren, genauer gesagt, aus den Schelfgebieten (4). In der Tiefsee finden sich zwar auch noch Vorkommen, doch sind diese heute noch nicht profitträchtig erschließbar (dafür muß der Ölpreis noch höher gedrückt werden).

• In der Tiefsee finden sich in großer Menge Multimetall, „Kartoffeln“, die wegen ihres hohen Anteils an Mangan auch Manganknollen genannt werden. Zur Bedeutung dieser Knollen sei hier Herr Grasshoff, Chemie-Fachmann des Instituts für Meereskunde an der Universität Kiel zitiert: „Allein im Pazifik liegt nach unseren heutigen Kenntnissen 4.000 mal mehr Mangan als in allen bekannten kontinentalen Lagerstätten zusammengekommen. Aber mehr noch als das: Der Gehalt der Knollen an Schwermetallen wie Kobalt, Nickel, Kupfer, Zink ist ganz beträchtlich. So sind in den Knollen 5.000 mal mehr Kobalt, 1.500 mal mehr Nickel, 150 mal mehr Kupfer und zehn mal mehr Zink enthalten, als

in den gesamten bekannten kontinentalen Vorkommen zusammengekommen“ (5). Alles klar?!

• Zur Fischerei sei noch kurz angemerkt, daß sich 90 % aller Fischvorkommen in Schelfgebieten befinden, d.h. daß diese Gebiete schon von daher umstritten sind (Krieg um Fischereizonen und Ausbeutungsrechte).

Diese Ausführungen sollten die Bedeutung des Verhandlungsgegenstandes hinreichend verdeutlicht haben. Doch nun zu den Verhandlungen auf der 3. UN SRK.

Die Verhandlungen

Es geht auf dieser Konferenz im wesentlichen um drei Punkte: 1) die Ausdehnung der Hoheitsgewässer, 2) die wirtschaftliche Nutzung des Schelfgebietes und 3) die wirtschaftliche Nutzung der hohen See.

In den Hoheitsgewässern üben die Küstenstaaten dieselben Rechte wie an Land aus. Dies bedeutet z.B. für Kriegsschiffe oder U-Boote, daß diese nur mit gesetzter Flagge diese Gewässer durchqueren dürfen, U-Boote müssen also auftauchen und sind damit eigentlich keine U-Boote mehr. Insofern ist die Frage, wie weit die Hoheitsgewässer ausgedehnt werden auch von militärstrategischem Interesse. Die meisten Staaten haben eine 12 sm Hoheitszone, doch gibt es auch schon ellische Länder, die bis zu 200 sm Hoheitsgewässer beanspruchen. Auf der SRK scheinen sich die Flottenmächte durchgesetzt zu haben, soll doch die 12 sm Zone als internationales Recht festgeschrieben werden.

Die Einrichtung einer 200 sm Wirtschaftszone, in der der Küstenstaat die exklusiven Rechte der Ausbeutung der Fischvorkommen und Bodenschätze genießt, scheint das Zugeständnis für die Begrenzung der Hoheitsgewässer auf 12 sm zu sein. Betrachtet man sich die Regelung der Wirtschaftszone jedoch genauer, hat diese zwei Haken. Erstens sind nur relativ wenige Staaten bzw. Mächte im Besitz der Technologie

und des Kapitals, die Bodenschätze in dieser Zone zu fördern, d.h. just die Staaten, die mit ihrer Flotte außerhalb der 12 sm Zone ihre Wirtschaftsinteressen militärisch absichern könnten und zum zweiten konnte man sich bisher noch auf keine Definition für die Begrenzung dieser Zone einigen. 1958 hatte man diese Zone als das Gebiet über dem Festlandssockel definiert, das „an der seewärtigen Grenze des Küstenmeeres beginnt und sich bis zu einer Wassertiefe von 200 m erstreckt“ (6). Im jetzigen Entwurf zum Vertragstext heißt es: „Die Grenze soll sich seewärts verschieben, soweit die Tiefe des darüber befindlichen Wassers die Ausbeutung der Bodenschätze dieser Zonen gestattet“ (7). Sollte diese Definition bestehen bleiben, dürften die USA etwa den halben Atlantik für sich beanspruchen, da sie über die entsprechende Technik verfügen, Kuba beispielsweise jedoch nicht. Diese Formulierung trägt ganz eindeutig die Handschrift der Imperialisten.

In der Vergangenheit bezeichnete man die Meere als „freie Meere“. Damit war die Freiheit derjenigen gemeint, die die Möglichkeiten und Macht hatten, die Meere auch zu nutzen. Demgegenüber wurde 1967 von dem UN-Botschafter Maltas, Arvid Pardo, der Satz geprägt, die hohe See sei „das gemeinsame Erbe der Menschheit“. Damit sind auch die beiden wichtigsten Verhandlungspositionen auf der SRK umrissen. Die Industrienationen fordern, daß auch weiterhin die Meere für ihre Kapitale „frei“ zugänglich seien, wogegen die Staaten der „3. Welt“ eine gerechtere Aufteilung der Meeresressourcen bzw. aus deren Gewinnen fordern. Als Lösungsvorschlag haben sie eine „internationale Meeresbergbaubehörde“ vorgeschlagen. Diese soll Förderkonzessionen verteilen und Gewinne „besteuern“. Damit hätte sie weitgehende Möglichkeiten auf dem Rohstoffmarkt „regulierend“ einzugreifen. Entscheidungen der Behörde sollen von einem Kontrollrat getroffen werden, der sich nach einem bestimmten Schlüssel zusammensetzt und alles einstimmig entscheiden muß. Dies würde jedoch in der Praxis bedeuten, daß eine praktische Arbeit der Behörde so gut wie unmöglich ist (vergleichbar etwa dem UN Sicherheitsrat, wo ja nur die Großmächte und nicht jeder Staat Vetorecht hat). Wie wenig die Imperialisten an einer Regelung interessiert sind, zeigt die Tatsache, daß schon vor Abschluß

der internationalen Verhandlungen die USA ein Gesetz verabschiedet haben, das amerikanischen Firmen die Ausbeutung der Ozeane ab 1988 gestattet und dies unter (militärischen) Schutz stellt. In der BRD gibt es eine entsprechende Vorlage.

Nord-Süd-Konflikt?

An den meisten Punkten scheinen sich die Industrienationen und die Staaten der „3. Welt“ gegenüberzustehen. Dies gilt jedoch nur begrenzt. Am meisten trifft dies bei der Frage der Hoheitsgewässer zu. Hier stehen sich Flottenmächte und Nichtflottenmächte gegenüber. Bei der Frage der Wirtschaftszone wird die Phalanx der „Entwicklungsländer“ in den eigenen Reihen durch Nichtküstenstaaten, bzw. durch Staaten mit kleinen Küsten durchbrochen. Diese erhalten dann auch Unterstützung, etwa von Österreich oder der BRD, die die Wirtschaftszonen anderer Staaten gerne mitnutzen möchten.

Noch mehr tritt der Nord-Süd-Konflikt an der Frage der Nutzung der hohen See zurück, spielen hier doch die Interessen von rohstoffexportierenden Ländern der „3. Welt“, eine große Rolle. Denn diese müssen befürchten, daß die Meeresbergbaubehörde den ganzen Rohstoffmarkt durcheinanderbringen könnte.

Krieg um die Weltmeere?

Die Bedeutung der Rohstoffe und die Ergebnislosigkeit der Konferenz zeigen, wie konfliktträchtig dieses Thema ist, d.h. ein skrupelloser Konkurrenz- und Machtkampf diesen Verhandlungen folgen wird. Haben sich die USA bereits an den Punkten Wirtschaftszone und Hoheitsgewässer durchgesetzt, so scheinen sie dies auch an dem Punkt Ausbeutung der Weltmeere vorzuziehen. Von Regierungspropheten wurde angekündigt: „Die USA besitzen sowohl die Technologie, als auch die Kriegsmarine, um ihre Interessen wahrzunehmen und zu schützen“ (8). „Die Kräfte der Welt, die die Weltmeere wahrnehmen und zu schützen“ (8). Offener kann das kaum noch gesagt werden. Doch es geht nicht nur gegen die Länder der „3. Welt“.

Auch innerimperialistische Gegensätze spielen eine große Rolle. So scheint der Juniorpartner BRD im großen und ganzen zu kurz gekommen zu sein. Trotz Kapital und Technologie sind die Möglichkeiten, diese innerhalb eigenen Hoheitsgebietes einsetzen zu können, sehr gering. Die Küstengewässer in Ost- und Nordsee sind etwas klein geraten und an den großen Kuchen Tiefsee will man sie auch nicht heranlassen. Jedenfalls nicht so, wie sie gerne möchten. Und die Möglichkeiten, zu einem Ausgleich innerhalb der EG zu kommen, scheinen auch nicht allzu groß. In diesem Zusammenhang ist die Äußerung von Herrn Westphal, Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister, doch recht eindeutig: „Wenn die Freiheit der Meere beerdigt wird, erhöht sich die Gefahr von Konflikten“ (9).

Sind die deutschen Kapitalisten doch schon bei der Aufteilung der Kolonien zu spät gekommen, so werden sie alles dransetzen, um bei der Aufteilung der Weltmeere nicht wieder das gleiche Schicksal zu erleiden. D.h., neben einem Raub dieser Schätze gegenüber Ländern der „3. Welt“ steht hier auch ein Machtkampf zwischen den Imperialisten ins Haus.

Anmerkungen

- Hrg. Commerzbank AG, Meeresnutzung, 1973, S. 10.
- W. Schott, Das Meer und der Meeresboden als mineralische Rohstoffquelle, in G. Dietrich (Hrsg.): Erforschung des Meeres, Umschau Verlag, Frankfurt, 1970, S. 167ff., zit. nach: M. Tomczak, Das Ende der imperialistischen Seeherrschaft steht, Sender, Frankfurt, 1977, S. 94.
- M. Massarrat, Kampf um die Aufteilung der Weltmeere in: Friedensanalysen für Theorie und Praxis 11, Suhrkamp, Frankfurt 1980, S. 36.
- Der Schelf, auch Kontinentalschelf genannt, ist der unter dem Meeresspiegel liegende Rand der Kontinente, der sich von der Küste bis zum Beginn des stärker geneigten, nach der Tiefsee abfallenden Kontinentalschelfes, d.h. etwa bis zu 200 m Tiefe erstreckt. In: Taschenbuch der Geologie, Hanser 1962, S. 699, zit. nach M. Massarrat, a.a.O. S. 64. Dies ist die geologische Definition des Schelfs.
- zit. nach: M. Massarrat, a.a.O., S. 37.
- M. Massarrat, a.a.O., S. 40.
- zit. nach: M. Massarrat, a.a.O., S. 40.
- zit. nach: M. Massarrat, a.a.O., S. 60.
- zit. nach „Hamburger Abendblatt“ vom 12.9.80.

AKW-Nein-Kommission



BRD will Großmacht am Golf werden

Wenn diese Zeitung erscheint, hat bereits der Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Saudi-Arabien begonnen. Dabei geht es um die Lieferung von 300 Leopard-Panzern modernster Bauweise (für 1,2 Mrd. DM), weiterhin stehen 2.700 Schützen- und Flugabwehrpanzer der Typen Marder und Gepard auf der Wunschliste („Spiegel“, 5.1.), und es geht um die Lieferung von Handfeuerwaffen und 200 Tornados (die auch über Großbritannien geliefert werden könnten).

Angeblieh reist der Kanzler, „ohne Beschlüsse gefaßt zu haben“. Der Besuch sei gar „nicht zum Gespräch über Waffenverkäufe gedacht“, erklärte Kanzler-Sprecher Becker (lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — „FAZ“ vom 24.4.81). Vor einer endgültigen Entscheidung sollen erst noch neue Richtlinien für den Waffenexport erarbeitet werden, die das nationale Großmachtsinteresse am Golf und am Öl festschreiben. Doch schon längst geht es nur noch um die Form, wie dieses Geschäft verkauft werden soll. Die Kommission soll mit ihren Richtlinien lediglich dafür sorgen, daß damit kein „unkontrolliertes Eigenleben“ bei den Waffenexporten beginnt („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 23.4.81). Mit den Richtlinien soll das „Weltkriegstrauma“ (zwei verlorene Kriege) ein großes Stück weiter abgebaut werden, auch wenn noch die Präsenz von deutschen Kriegsschiffen am Golf abgelehnt wurde. Denn „ohne die deutsche Katastrophe nach zwei Weltkriegen und die moralische Erschütterung von 1945 gäbe es die Richtlinien von 1971 vermutlich nicht“ (die Bestimmung, keine Waffen in „Spannungsgebiete“ zu liefern). „Ohne die Judenverfolgung durch das Nazi-Regime gäbe es nicht diese besondere deutsche Verpflichtung gegenüber Israel“, meint der Referent der SPD-Fraktion im Bundestag, G. v. Schenk. Als „Mittelmacht“ müsse die BRD „Machtpolitik in einer der instabilsten Regionen“ betreiben und könne nicht nur zusehen, „wie die USA alles regeln“ (nach „FR“, 6.4.). Parteisprecher aus allen drei Bundestagsparteien haben längst das Waffengeschäft gebilligt. CSU-Zimmermann meinte dazu, „vernünftige Juden und Israelis“ würden das ohne Emotionen einsehen („Welt“, 13.4.). Während Israel den Waffendeckel an eine Beteiligung Saudi-Arabiens an dem Camp-David-Abkommen koppeln will, hat Kanzler Schmidt bereits kategorisch erklärt, der Waffenexport werde allein „von den Interessen der Bundesrepublik bestimmt. Die Bundesregierung werde eine Einflußnahme Dritter nicht zulassen“ („FAZ“, 21.4.). Dabei geht es ja keineswegs um einen freundlichen Akt gegenüber der PLO und den Palästinensern, mit denen Israel weiterhin im Kriegszustand ist und die auch von Saudi-Arabien unterstützt werden,

sondern es geht darum, unabhängig vom „Trauma“ der Judenvernichtung im Dritten Reich wieder militärische Großmachtpolitik zu betreiben und sei es auch in Konfrontation zu den Juden und zu Israel.

BRD als Schutzmacht eines neuen Schahregimes

Bei dem Engagement am Golf geht es allerdings nicht um Waffen. Insgesamt wird dort ein Geschäft vorbereitet, „dessen Umfang die saudischen Waffenwünsche zu einer nachgeordneten Größe schrumpfen“ lassen („FAZ“, 24.4.). Der Umfang soll dazu ansetzen, daß „es politisch nachgerade unmöglich werde, dieses ‚Paket‘ scheitern zu lassen“ (ebenda). Bislang erhält die BRD 27 % ihres Ölbedarfs aus Saudi-Arabien; für 4 Mrd. DM werden dafür Waren geliefert, der Rest wird der BRD gestundet. 5,5 Mrd. pumpt sich die BRD 1980 auf diese Weise, ähnlich groß wird die Summe 1981 ausfallen („Wirtschaftswoche“, 6.2.). Insgesamt übernahm Saudi-Arabien 24 Mrd. DM Bürgschaften und gab 13,6 Mrd. DM Kredite. Zur Abstützung des Waffenhandels soll jetzt ein großes Geschäft gemacht werden: Saudi-Arabien soll 40 Prozent des Ölbedarfs der BRD vertraglich abdecken und dafür soll die BRD in den nächsten fünf Jahren 100 Mrd. DM in Saudi-Arabien investieren. Damit würde sie ein Fünftel des geplanten Investitionsprogramms in diesem Land tragen. Damit wird in Saudi-Arabien genau das geplant, was schon der Schah vorgeschlagen hatte, aber dann nicht mehr verwirklichen konnte. Bezeichnend ist, daß dieser Vorschlag von Betriebsräten und IG Metall-Mitgliedern aus der Waffenindustrie kommt. Namens mehrere Betriebsräte überreichte Peter Grahl, SPD-Mitglied und Betriebsrat bei Kraus-Maffai, Helmut Schmidt „streng vertraulich“ ein entsprechendes Papier. Angeblich würden dadurch 500.000 Arbeitsplätze in der BRD gesichert und man kann sich jetzt schon ausmalen, wozu diese „Arbeitsvertreter“ bereit sind, um das Geschäft zu sichern. Denn natürlich soll das ganze nur laufen, wenn auch das Waffengeschäft gebilligt wird. Offen bleibt lediglich, über welche Tricks die Waffen geliefert werden sollen. Einige Schützen bieten sich jetzt schon an: Die Schützenpanzer werden auch in anderen Ländern in Lizenz gebaut, der Tornado ist eine Gemeinschaftsproduktion mit Großbritannien, die Leo-Ausbilder sollen aus der Türkei kommen. Doch schon jetzt betonte Jamani, daß bei diesem Geschäft auch aus der BRD etwas „Einzigartiges“ geliefert werden müsse. Und man kann sicher sein, daß bei einem solchen Geschäft auch die letzten Skrupel fallen werden.

friedenspolitischer informationsdienst

Der fid bringt monatlich Kommentare, Nachrichten, Interviews, Hintergrundinformationen und Diskussionsbeiträge aus der Friedensbewegung für die Friedensbewegung. Die Einzelnummer kostet drei deutsche Mark und ist zu erhalten bei: INSTITUT FÜR FRIEDENSARBEIT, Hornstweg 32-34, 2 Hamburg 50.

Hamburg:

Ganze Schule beteiligt sich an Hausbesetzung



Eigentlich sollte Ostern ein Großteil unseres 80jährigen Jenckelhauses abgerissen werden. Das Jenckelhaus ist Teil des ehemaligen Altonaer Krankenhauskomplexes, in dem heute unsere Fachschule für Sozialpädagogik untergebracht ist. Dieser Komplex soll im Rahmen der Abrisspolitik im Raum Altona-Altstadt Neubauten weichen. Gleichzeitig verschwinden Pläne, längst überfällige Um- und Erweiterungsarbeiten an unserer Schule durchzuführen in den Schubladen der Hamburger Bürokraten. Stattdessen soll unsere Schule in ungefähr 5-6 Jahren in ein anderes Schulgebäude umziehen. Die Schließung dieser Schule soll dann laut Schulentwicklungsplan abgeschlossen sein.

Gegen diese Kahlschlagpolitik im Schulbereich und in der Stadtplanung richtete sich unsere Besetzung des Jenckelhauses am 14.4.81.

Auf einer Vollversammlung am selben Tag beschlossen über 200 Studierende eine Begehung des Gebäudes zu machen, da uns eine Besetzung angesichts bereits im Gebäude rumlungender Bullen unrealistisch erschien. So betraten wir das Gebäude, während ein Hundeführer den falschen Ausgang bewachte. Daß wir dann nicht freiwillig wieder rausgingen, war klar. Bis abends harrten ca. 80 Besetzer drinnen aus, während die übrigen Studierenden draußen blieben.

Unsere Besetzung war von vornherein auf der Grundlage geplant worden, daß wir mit einer neuen Qualität von Besetzung politischen Druck ausüben. Wir waren sehr viele und hinter der Besetzung stand eine ganze Schule, die man nicht so leicht in die kriminelle Ecke drängen kann. Die Lehrerschaft solidarisierte sich auch spontan mit unseren Forderungen - was ihnen sofort eine Rüge vom Oberschulrat einhandelte. Der Schulleiter, der schon seit Jahren um Erweiterungsarbeiten verhandelt, setzte sich bei den Bullen und der Behörde

für einen Verhandlungskurs ein. In Verhandlungen mit dem Oberschulrat, dem Bezirksamtsleiter, dem Bauinspektor und dem Vorsitzenden der SPD-Bezirksparlamentarierfraktion wurde ein Abrissaufschub von vier Wochen erreicht, in denen wir Gelegenheit haben, ein neues Gutachten zu erstellen. In einer Presseerklärung, die am darauffolgenden Tag verabschiedet wurde, heißt es dazu: Mit der nach sieben Stunden erfolgten Räumung des Hauses „sind wir staatlicher Gewalt gewichen. Die mit behördlichen Vertretern ausgehandelten Positionen sind nicht unsere Positionen. ... (Sie) stellen für uns einen faulen Kompromiß dar. Unsere Forderungen:

- Erweiterung und Umbauten an der FSP,
- Prüfung der Bauzustand durch einen unabhängigen, von der Behörde finanzierten Gutachter,

- sofortige Einrichtung eines Sport-Spiel-Tanzraumes im Jenckelhaus,
 - eigene Kommunikationsräume für die Studierenden,
 - Wohnraum für alle wohnungs-suchenden Fachschüler und alle anderen,
 - Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen Instandbesetzer
- bleiben bestehen. Wir sehen aber auch unbestreitbare Erfolge unserer Besetzung. Sie sind der wesentliche Grund für das Verlassen des Hauses. ... Wir sind die ersten Hausbesetzer in Hamburg, die in der letzten Zeit nicht sofort geräumt worden sind. ...

Wir werden die Zeit nutzen und alles daransetzen, das Haus zu erhalten. Dazu soll u.a. im Mai auf unserem Schulgelände „Rock gegen Abriß“ stattfinden.

FSP-Frauenzelle
KB/Gruppe Hamburg

Freiburg: Adelhauser Schule geräumt

Eineinhalb Jahre hatte die Adelhauser Schule leergefegt. Dann wurde sie im Anschluß an ein Straßenfest am Sonntag, dem 12.4., besetzt. Noch am Abend tauchte ein Typ vom Städtischen Hochbauamt mit einem Statik-Gutachten auf und erklärte, die Schule sei äußerst baufällig, und wir sollten sie doch „zu unserem eigenen Schutz“ schnellstens wieder räumen. Aus dem Gutachten ging allerdings klar hervor, daß die Schule als Wohnraum durchaus nutzbar war, und schließlich hatten ja auch bis vor eineinhalb Jahren ganze Schulklassen darin getobt.

Am nächsten Morgen rückten dann um 10.00 Uhr die Bullen an. Über Nacht hatten über 100 Leute in dem Haus geschlafen, aber der Großteil mußte morgens aus dem Haus, so daß bei Eintreffen der Polizei nur 30 Leute da waren.

Angesichts des zu erwartenden Bulleneinsatzes entschloß man sich, „freiwillig“ vor das Haus zu gehen. Wieder war es das SEK, das in einer Kommandoaktion die Schule stürmte, während zugleich Bullen das ganze Viertel abriegelten. Nachdem die Besetzer zunächst zwischen zwei Bullenketten eingekesselt worden waren, konnten sie später abziehen. Die Stadt sei nur ihrer „Fürsorgepflicht“ nachgekommen, hieß es später in der Presse, und aus reiner Fürsorge hat sie dann offenbar auch die Decken des Gebäudes durchstoßen und die Eingänge zumauern lassen.

Bullenterror gegen Hausbesetzer

Gegen die früheren Schwarzwaldhofbewohner toben sich immer mehr alle möglichen Sonderkommandos der Polizei aus. Am Tag nach der Räumung der Adelhauser Schule wurde ein Auto von einem zivilen Bullenwagen zum Anhalten gezwungen. Als dann auch noch ein Typ mit Knarre in der Hand heraussprang und die beiden Leute im Auto bedrohte,

kriegten diese Panik und fuhren weiter. Der Bulle, Angehöriger eines Stuttgarter Sonderkommandos, ballerte los und traf den Kotflügel (spätere Bullenversion: „Der Schuß löste sich, als der Beamte ins Stolpern geriet.“) Nach einer Verfolgungsjagd quer durch die Stadt wurde schließlich das Auto durch mehrere zivile Bullenwagen eingekreist und per Aufnahmefall zum Stehen gebracht. Die beiden Leute wurden herausgeholt, auf den Boden geworfen und gefesselt. Erst als Passanten die Polizei benachrichtigten wollten, hieß es, die sei „schon da“. Auf der Wache stellte sich heraus, daß einer der beiden mit einem gesuchten Hausbesetzer verwechselt worden war.

Überhaupt ist es in letzter Zeit in Freiburg recht gefährlich, wie ein potentieller Hausbesetzer auszusehen. So wurde einer Frau, die nach Einbruch der Dunkelheit an der Adelhauser Schule vorbeiging, aus einer Hecke heraus Tränengas ins Gesicht gesprüht. Hinter der Hecke stand ein Trupp Bullen. Keiner Straßen-Terror: Anlaß hatte es nicht den geringsten gegeben.

Vor wenigen Tagen, am 23.4., wurde erneut ein Genosse unter der Anschuldigung des Paragrafen 129 („Kriminelle Vereinigung“) verhaftet und sofort nach Baden-Baden verlegt. Damit sitzen nun drei Leute aus der Freiburger Häuserkampf-Bewegung im Knast.

Großveranstaltung in der Stadthalle

Unter dem Motto „Legal - illegal - scheißegal“ fand eine Kulturveranstaltung der „Aktionseinheit“ in der Freiburger Stadthalle statt, die von weit über 3000 Menschen besucht wurde. Am Nachmittag machten Liedermacher, Theater- und Kabarett-Gruppen, die auch im Schwarzwaldhof aufgetreten waren, ein Programm; am Abend spielten Rock- und Punk-Gruppen.

Ein Genosse aus Freiburg

Nürnberg:

Hausbesetzer über drei Wochen in Haft

Am 6. April um 5 Uhr früh wurde die seit drei Tagen besetzte Villa in der Roritzerstr. 5 gewaltsam von der Polizei und einer Einsatzgruppe des SEK/München unter Beihilfe der Berufsfeuerwehr geräumt.

Noch vor der endgültigen Räumung ließ der Einsatzleiter acht der umstehenden Zuschauer verhaften, weil sie angeblich mit Rufen wie „Weitermachen“ u.ä. die Hausbesetzer unterstützten und zur „Gewalt aufrufen“ hätten. Diese hatten nämlich zu ihrer Verteidigung damit begonnen, verschiedenere Unrat aus den Fenstern zu werfen. Obwohl die erwähnten acht Leute innerhalb der nächsten zwei Tage wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, müssen sie mit schwerwiegenden Ermittlungen rechnen: so wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung und schweren Landfriedensbruchs. Bezeichnenderweise wurde keiner der während des ganzen Vormittags umherstehenden „Bürger“ wegen Aufruf zur Gewalt festgenommen, obwohl diese sich lautstark in die blutigsten Gewaltphantasien steigerten: „Schießt sie doch einfach vom Dach runter“, schlugen sie vor, oder: „Alle Hausbesetzer auf dem Hauptmarkt zusammenreiben und mit der MP reinhalten!“ – Wenn das kein Aufruf zur Gewalt ist?...

Von den 18 festgenommenen Hausbesetzern wurden 15 in Untersuchungshaft genommen. Ihnen wird eine geballte Ladung von Vergehen zum Vorwurf gemacht: Neben Hausfriedensbruch und Widerstand

die die Hausbesetzer am Gründonnerstag abgegeben haben. Sie hatten damit gegen die Verhaftung, gegen die Unterbringung in Sicherheitszellen und gegen vorgefertigte, hektographierte Haftbefehle ohne Einzelprüfung protestiert. Gleichzeitig kündigten sie in der Erklärung einen Hungerstreik an. „Eine Viertel Stunde nach der Verlesung wurde mein Mandat nach Bayreuth verlegt“, erklärte der Rechtsanwalt (nach NN, 23.4.). Er vermutet, daß die Inhaftierten mit diesen Mitteln „weichgekocht“ werden sollen, weil sie bisher noch keine

Aussagen gemacht hätten. „Das sind jetzt schon übliche Methoden, hart an der Grenze der Rechtsstaatlichkeit“, sagte der Anwalt.

Eine andere Nachwirkung der Massenverhaftung vom 5. März bekommen die 15 Hausbesetzer aus der Roritzerstr. auch zu spüren: Es bereitet erhebliche Schwierigkeiten, eine breitere Öffentlichkeit auf die Situation der Inhaftierten aufmerksam zu machen. Einschüchterung und Gewöhnung haben das Ihre getan.

KB/Gruppe Nürnberg



AM FRÜHEN MORGEN räumte die Polizei am Mittwoch ein seit anderthalb Wochen besetztes Haus in Elmshorn (Kreis Pinneberg). Die 24 Besetzer, die im Schlaf überrascht wurden, wehrten sich nicht. Sie wurden nach Angaben der Polizei festgenommen, um ihre Personalien festzustellen (junser Bild), und danach wieder freigelassen.

(aus „Frankfurter Rundschau“)

»Gaswerk abgerissen, jetzt habt ihr verschissen«

Bremen Vegesack. Das leerstehende ehemalige Gaswerk der Bremer Stadtwerke haben am 11.4. rund 100 Leute besetzt. Bald waren es 200, die die Aktion unterstützten und mit der Renovierung bzw. der Einrichtung einer Teestube angingen. Am Abend wurde gefeiert. Dann, nicht einmal zwei Tage später, kamen in aller Frühe die Bullen. 200 im Einsatz, 9 Hundeführer und MEK'ler, garniert mit 50 Stadtwerkern, die Abbruchgeräte mitgeschleppt hatten. Bald stürmten die MEK'ler das Dach, denn 18 Leute hatten sich dort verbarricadiert. Dabei wurden einige Instandbesetzer/innen verletzt, darunter zwei 15jährige Mädchen. Inzwischen stand einer auf dem Dachfirst und verzögerte die endgültige Räumung noch um etwa eine halbe Stunde. Die Kommentare der Freunde und Helfer: „Spring doch, du Schwein!“, „Um dich ist es nicht schade!“, „Mit einer MP hol ich den schon runter!“. Erst in Begleitung eines Feuerwehrmannes ging der Hausbesetzer dann freiwillig vom Dach.

Gegen alle 18, die auf dem Dach waren, läuft jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen „Hausfriedensbruchs“. Gleich nach der Räumung folgte der Abriss – natürlich mal wieder ohne Genehmigung... Währenddessen wurde ein Hausbesetzer von einem rabiaten Vorstandsmitglied der Stadtwerke geschlagen und dabei verletzt. Die Polizei schritt nicht ein.

Scharben über Scharben

Noch während des Abrisses zertrümmerten einige Leute die Scheibe eines nahgelegenen SPD-Büros. Am Abend zogen 100-200 wütende Leute durch Vegesack und durchlöcherchten über 100 Scheiben von Banken und Kaufhäusern. Sämtliche Scheiben der

Stadtwerke konnten den Druck nicht ertragen. Die Bullen schnallten erst später, was los war. Nach einer Stunde kamen sie mit Lalulala aus Bremen-Stadt angelauscht. Bis dahin hatten sich die meisten Leute in eine Kneipe begeben (vielleicht sollte der Bierdurst beim nächsten Mal auf mehr Kneipen verteilt werden?...). Jedenfalls hatten die Bullen laut Polizeifunk ursprünglich geplant, nach Nürnberger Modell alle Leute in der Kneipe festzunehmen. Zwar wurde der Plan fallengelassen, aber drei Leute festgenommen, weil in einem Auto angeblich Molllies gefunden worden waren.

Aus ungeklärten Gründen zersplitterte noch in der Nacht die Scheibe einer Bank und ein Bauwagen der Stadtwerke ging in Flammen auf.

Verhandlungen und erneute Besetzung

Einige Tage später liefen Verhandlungen mit der Stadt. Am 16.4. bot die Bremische Gesellschaft für Stadtplanung großzügig ein viel zu kleines und wirklich abbruchreifes Haus an. Während besetzten gleich im Anschluß an die Sitzung rund 100 Leute das nächste Haus, das der Bremer Vulkanwerk gehört und in dem Verwaltungsräume entstehen sollen. Die Herrschaften fürchteten um ihre Österruhe und sagten zu, daß die Besetzer/innen bis nach Ostern drin bleiben dürften und dann ein neues, besseres Haus bekämen.

Um die Forderungen zu unterstreichen, war am Samstag Demo mit erst nur 200 Leuten; später sind es rund 400. Die Bullen hielten sich zurück, hatten aber mit starkem Kontingent die Nebenstraßen besetzt.

Nach einem Bericht aus Bremen

»Zwangsvermietungen ja – Zwangsräumung nein!«

Düsseldorf. Buchstäblich auf die Straße gesetzt werden sollte am 7.4. der 72-jährige Wilhelm P. bei der Zwangsräumung seiner Wohnung. Der Vermieter hatte erfolgreich bei Gericht eine Räumungsklage durchgesetzt.

Da das Sozialamt nicht in der Lage war, eine angemessene Ersatzwohnung zu beschaffen, sollte W.P. am 7.4. vom Gerichtsvollzieher zwangsräumt werden. Doch dem versperren Mitglieder der „Selbsthilfe Düsseldorf“, der „Aktion Wohnungsnot“ und andere Häuserkämpfer/innen den Weg. Ein Transparent mit der Aufschrift „Zwangsvermietung ja – Zwangsräumung nein“ wurde aus dem Fenster gehängt.

Der Gerichtsvollzieher holte Polizeiverstärkung, die sich aber erstmal abwartend verhielt. Zu guter Letzt bequamen sich drei Vertreter des Sozialamtes zu erscheinen. Sie boten W.P. zunächst einen Altenheimplatz an, den dieser aber ablehnte. Daraufhin boten sie ihm ein Zimmer in einem Ledigenheim an, das W.P. nach einer Besichtigung akzeptierte.

Die Zwangsräumung wurde bis zum 8.4. ausgesetzt. Mit Hilfe der Unterstützer/innen zog W.P. um (RP, 8.4. 81).

Detlef/Düsseldorf

Düsseldorf. Offenkundig bekommen etliche Spekulanten angesichts der erfolgreichen Instandbesetzungen kalte Füße. An zahlreichen Fenstern leerstehender Häuser kann man/frau neuerdings Gardinen entdecken, viele Häuser werden zugemauert.

Besonderen Wert auf das weitere Leerstehen seiner Häuser scheint der stadtbekannte Spekulant Wehrhahn zu legen. Seit dem 1.4. läßt er zwei zum großen Teil seit Jahren leerstehende Häuserkomplexe in der Konkordiastraße in Düsseldorf-Bilk von 8 Privatpolizisten des „Westdeutschen Wach- und Schutzdienstes Fritz Köster GmbH & Co KG“ bewachen. Zusätzlich werden Türen und Fenster im Erdgeschoß zugemauert.

Detlef/Düsseldorf

AWN: Nicht Aktion »Wohnen ohne Not«, sondern Aktion gegen Wohnungsnot

Seitdem sich die Spekulanten und Stadt „sanierer“ mit einer recht erfolgreichen Häuserkampf-Bewegung konfrontiert sehen, wird fast täglich in der Lokalpresse von den Stadtgewaltigen die gute Zusammenarbeit mit der „Aktion Wohnungsnot“ (AWN) gelobt. Im Rundfunk (WDR 3, SWF3) wurde das „Modell Düsseldorf“ angepriesen, andere Städte informieren sich bei der Düsseldorfer Stadtverwaltung über die AWN.

Die AWN entstand 1973 aus einer Hausbesetzung. Die Stadt war bereit, den Besetzer/innen das Haus zu überlassen, wenn diese einen Verein gründeten. Diesem Verein, der AWN, wurden in den folgenden Jahren städtische Häuser, deren Abriss nicht unmittelbar bevorstand, überlassen. Studenten, Schüler und Auszubildende (derzeit rund 300) konnten diese Häuser bis zu ihrem jeweiligen Abriss bewohnen.

Das hatte zwar den Vorteil, daß die Wohnungsnot etwas abgemildert wurde, aber auch den Nachteil, daß die Abrisspolitik weitgehend ungehemmt von Protesten durchgezogen werden konnte. Gegen die beständigen Versuche, die AWN gegen Instandbesetzer/innen auszuspielen, hat die AWN-Mitgliederversammlung Anfang April eine Erklärung verabschiedet.

„Wir haben keine Absicht, abzuhauen.“

- AWN-Mitglieder sind an den Hausbesetzungen in der Volmerswerther Str. 41, Benrather Schloßallee 97, Südbertuistr. 122 beteiligt.
- Die AWN-Mitgliederversammlung stellt sich hinter alle Hausbesetzungen.
- Sie will in Zukunft auch wieder zu dem Mittel der Hausbesetzung greifen, um Wohnungsnot und Spekulation in Düsseldorf zu begegnen.
- Verhandeln soll die Stadt mit denen, die sich ihr als Verhandlungspartner vorstellen; nicht nur ein

AWN-Vorstand ist befugter Verhandlungspartner.

SCHLUSS DAMIT:

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht in der Zeitung auf die ach so gute Zusammenarbeit der Stadt mit der AWN hingewiesen wird. Wir werden uns nicht mehr für die städtische Politik mißbrauchen lassen. AWN als das liebe Kind, das den Unartigen als Beispiel vorgehalten wird. AWN wird als Modell in anderen Städten vorgestellt, um den dort tobenden Häuserkampf zu dämpfen und Teile der Bewegung abzukapen.

AWN ALS SPALTUNGSWERKZEUG IN DEN HÄNDEN DER STÄDTE!

Spätestens jetzt wird es Zeit, daß die AWN sich kritisch betrachtet und Stellung bezieht.

Die Praxis der AWN ist überholt! Sie ist in den vergangenen Jahren zu einer Zimmerverteilungsgesellschaft geworden, die man in Anspruch nimmt, wenn man kein Dach über'm Kopf hat. Da gibt's ein paar Bedingungen im Zuteilungsverfahren, durch die man sich durchschmuggeln kann, aber hat man erst einmal ein Zimmer, dann hat man auch Ruhe.

Vom Verein geht dann auch Ruhe aus, und zwar die Ruhe, die die Stadt auch will. Soll ein bewohntes Objekt abgerissen werden, dann zieht man in „den wirt“ und ein bewohntes Objekt abgerissen werden, dann zieht man in ein Ersatzobjekt, – so die alte Vereinbarung, aber wie lange gilt die noch?

Wir werden nicht weiter in unseren Zimmern sitzen und tatlos mitansehen, wie Menschen vertrieben und Städte zerstört werden! Wir unterstützen alle Forderungen der Hausbesetzer in allen Städten. Freilassung aller Hausbesetzer! AWN in einer Reihe mit allen Hausbesetzern!

Detlef/Düsseldorf

Stellungnahme der Grünen zur Instandbesetzung

Dieter Burgmann, Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen, gibt folgende Erklärung ab:

Die Grünen sehen in der gewaltfreien Instandbesetzung von ungenutzten Häusern, die dem Verfall preisgegeben sind, eine Form des berechtigten Widerstandes gegen die Vernichtung von billigem Wohnraum, gegen die Zerstörung gewachsener Stadtteile durch Abriss und im weiteren Sinne auch gegen die Zersiedelung des Umlandes.

Nachdem Politiker, Parteien und Behörden gegen diese Entwicklung und den Mißbrauch des Eigentums (GG § 14 (2) Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen) nichts unternommen haben und damit der Zerstörung unseres Lebensraumes Vorschub leisten, müsse der Bürger sich dagegen mit den Mitteln des gewaltfreien Widerstandes wehren!

Die Grünen bedauern, daß in dieser Auseinandersetzung sich einzelne haben provozieren lassen und Sachbeschädigung vorgenommen sei und dadurch von den eigentlichen Problemen abgelenkt wurde. Es sei aber grundsätzlich abzulehnen, daß einzelne Ausschreitungen als Anlaß genommen werden, die ganze Bewegung zu kriminalisieren.

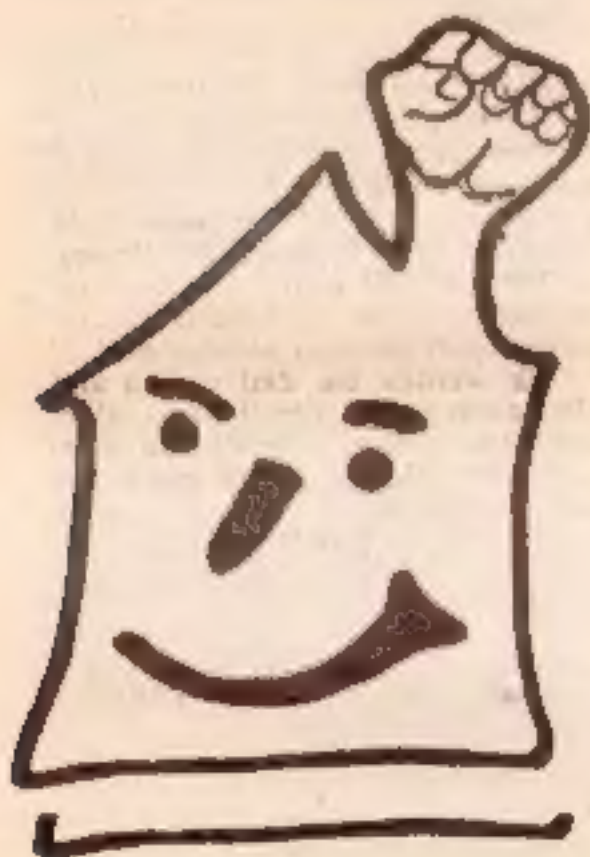
Besonders das jüngste Vorgehen von Polizei und Haftstrichter in Nürnberg ließe jede Verhältnismäßigkeit der Mittel vermissen und vermittele den Eindruck, daß der Widerstand nicht nur gebrochen, sondern auch die politische Bewegung und ihre Ziele als kriminell hingestellt werden solle und in den Bereich des Terrorismus gerückt werde.

Die pauschale Inhaftierung zum Teil völlig unbeteiligter Jugendlicher und Minderjähriger werde nicht das Vertrauen der Jugend in diesen Staat bestärken, sondern vielmehr zur Verhärtung beitragen.

Wenn Herr Ministerpräsident Strauß in den Hausbesetzern die Keimzelle für den neuen Terrorismus sehe, dann laute man mit den in Nürnberg eingeleiteten Maßnahmen eines willkürlichen Polizeieinsatzes solchen Entwicklungen sicherlich Vorschub!

Vor allem aber zeige sich auch besonders wieder an diesem Fall, daß Demokratie und Recht durch die Willkürmaßnahmen des Staates und der Polizei viel mehr bedroht sei als dadurch, daß einige junge Menschen in ihrer Verzweiflung gelegentlich zu ungeeigneten Mitteln greifen!

Die Grünen fordern die sofortige Freilassung aller willkürlich inhaftierten jungen Menschen!



gegen die Staatsgewalt werden die des Besitzes und Einsatzes von Waffen beschuldigt. Propagandistisch ausgenutzt wurde der Fund von Bundeswehr-Übungsbandgranaten im besetzten Haus, obwohl die keine andere Wirkung als normale Feuerwerkskörper haben.

Um den Gerichten die mühsame Arbeit des Einzelnachweises zu ersparen, werden alle der Mittäterschaft und Tatbeteiligung beschuldigt. Daraus folgt dann auch der gemeinschaftlich begangene schwere Landfriedensbruch. Neu für Nürnberg ist der Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Aus den – in übrigen mal wieder hektographierten – Haftbefehlen geht hervor, daß auch ermittelt wird, „ob ein versuchtes Tötungsdelikt in Betracht kommt“. Das bezieht sich auf die Gegenstände, die ungezielt aus den Fenstern des Hauses geworfen worden waren. Selbst in der Presse wurde ein Polizeibeamter folgendermaßen zitiert: es sei „nicht ganz gezielt“ geworfen worden („Nürnberger Nachrichten“, 7.4.).

Der Justiz reicht es aber scheinbar nicht, die Leute „nur“ im Knast schmoren zu lassen. Noch vor Ostern wurde eine Besuchssperre verhängt und die 15 auf verschiedene bayrische Knäste verteilt. Begründung: „aktuelle Verdunkelungsgefahr“. Und zwar deshalb, weil „eine ganze Menge von KOMM-Besuchern die Hausbesetzer besuchen wollten“ – so die Justiz-Pressestelle. Darunter seien auch Leute gewesen, die selbst unter dem Verdacht stehen, an der „gewalttätigen Demonstration, die schließlich zur Massenverhaftung vom 5.3. geführt hat, beteiligt gewesen zu sein.“

Der Rechtsanwalt eines der Inhaftierten sieht allerdings einen anderen Grund für die Verschärfungen. Er sieht z.B. einen direkten Zusammenhang zwischen dem Verteilen der Gefangenen auf verschiedene Gefängnisse und einer Hungerstreikerklärung,

Wohnungskampf

Stadt Frankfurt an Mietervertreibung beteiligt

Das Haus Oederweg 32 im Frankfurter Nordend ist ein Beispiel dafür, wie Kommunalpolitiker direkt an der Verschlechterung der Wohnsituation beteiligt sind. Der Altbau wurde vor 3 Jahren von der Stadt gekauft und ist in den letzten Jahren mit ca. 100.000 DM renoviert worden (neue Gas- und Elektroleitungen). Jetzt hat die Stadtverordnetenversammlung (Mehrheit: CDU) beschlossen, das Haus zu verkaufen. Dem neuen Besitzer wird zur Auflage gemacht, das Haus abreißen zu lassen. An der gleichen Stelle soll dann ein 6 m zurückgesetztes Haus mit Wohnungen entstehen. Diesen kaum zu begreifenden Wahnsinn „erklärt“ die CDU so: Nach einem alten Verkehrsplan sollte der Oederweg um 6 m verbreitert werden. Damals machte man allen Hausbesitzern die Auflage, um 6 m zurückzubauen. Nach Aussage verantwortlicher Verkehrsplaner und von Stadtrat Gerhard hat man die Verbreiterungsabsichten fallengelassen.

Um nun einem möglichen Prozeßrisiko bei Schadenersatzforderungen derjenigen Anwohner, die bereits zurückgebaut haben, aus dem Weg zu gehen, so behauptet die CDU, will sie auch dieses Haus abreißen lassen und dem neuen Besitzer die Auflage machen, um 6 m zurückzubauen – obwohl der Oederweg überhaupt nicht mehr verbreitert werden soll. Schwachsinn in höchster Potenz!

Das Haus ist für die Stadt nicht mehr wirtschaftlich genug. Eine 5-Zimmer-Wohnung mit ca. 110 qm kostet rund 450 DM. Das ist für Frankfurter Verhältnisse preiswert und den städtischen Geldintreibern offenbar zu wenig.

Die Folgen ihrer Politik interessieren die Stadt überhaupt nicht. Ersatzwohnraum für die Mieter soll der neue Besitzer beschaffen. Wo der sein

wird (z.B. für ein alteingesessenes Lederwarengeschäft und ein älteres Ehepaar), ist völlig ungewiss; ebenso ungewiss ist, wie teuer die Ersatzwohnungen sein werden. Weiterhin ist es der Stadt völlig egal, wie teuer die neugebauten Wohnungen dann vermietet oder verkauft werden.

Alle bisher vorgebrachten Argumente fechten die CDU nicht an. Mehrere Artikel in der „Frankfurter Rundschau“, Proteste der betroffenen Mieter, eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung dazu usw. – das alles läßt die Verantwortlichen kalt.

Einen ähnlichen Fall, allerdings noch größeren Ausmaßes, brachte jetzt eine Bornheimer Initiative (benachbarter Stadtteil in Frankfurt) an die Öffentlichkeit. Wegen einer Straßenverbreiterung auf dem Alleenring (von heute 22m auf 45m!) haben die städtischen Ämter in der Höhenstraße mindestens 8 Liegenschaften aufgekauft. Während in jüngster Zeit sogar noch munter weiter gekauft wurde, steht für andere Ämter der Stadt längst fest, daß die Höhenstraße gar nicht mehr verbreitert werden soll. Die Stadt hat indes zahlreichen Mietern gekündigt, läßt die Häuser verrotten und hat auch schon Abrissgenehmigungen in der Tasche (Angaben nach Frankfurter Rundschau v. 19.3.81).

Ob es sich bei der Höhenstraße nur um gigantische „Schildbürgerlei“ handelt, ist sehr zweifelhaft: genauso ist es möglich, daß die (unter der SPD eingeleiteten) großwahnsinnigen Verbreiterungsprojekte nur zurückgestellt wurden, um eines Tages wieder hervorgeholt zu werden.

KB/Gruppe Frankfurt

Interpretations-schwierigkeiten?

Am Abend des 19.3. brannte in der Frankfurter Innenstadt (Zeil) ein Hochhaus aus, in dessen Erdgeschoß sich ein Schuhgeschäft („Salamander“) befindet. Zu diesem Zeitpunkt anwesende Menschen mußten in einer „dramatischen Rettungsaktion“, wie die Presse schrieb, in Sicherheit gebracht werden. Nach der „Frankfurter Rundschau“ (Ausg. v. 26.3.) entstand der Brand „aufgrund eines Defektes an einer technischen Anlage des Schuhgeschäfts „Salamander““. Das ZDF dagegen scheint sich eine andere Version zu eigen gemacht zu haben. So wurde in der Sendung „direkt kontrovers“ (Abendprogramm des 24.3.) ein Film gezeigt, der sich auch mit Beispielen für „gewalttätige Ausschreitungen“ von Hausbesetzern befaßt. Neben vielen zerbrochenen Schaufensterscheiben in Westberlin und anderswo wurde auch die ausgebrannte Fassade des „Salamander“-Geschäfts gezeigt, ganz kurz zwar nur, aber für Frankfurter doch eindeutig erkennbar. Für den unbefangenen Zuschauer mußte sich also der Eindruck eines wie immer gearteten „Zusammenhangs“ zwischen diesem Hochhausbrand und den (in Frankfurt leider sehr wenigen) Hausbesetzungen einstellen. Löwen also besetzte Häuser „technische Defekte“ aus, spirituell vielleicht, aufgrund des gebrochenen Hausfriedens? Oder erzählt Polizeipräsident Gemmer im vertrauten Journalistenkreis andere Versionen? Oder hat das ZDF – bei „direkt kontrovers“ arbeiten, wie man hört, nur einwandfrei „fortschrittliche“ Leute – auf eigene Faust „Kameraterrorismus“ gespielt? Auf eine Klärung harri gespannt die

KB/Gruppe Frankfurt



Hausbesetzer werden vom Dach geholt

Hannover. Nach 30 Tagen wurde das letzte besetzte Haus am 15.4. geräumt. Zwei Hundertschaften sperrten den Block in der Velvetstraße ab, dessen eines Hinterhaus besetzt war. Die 17 Besetzer zogen sich auf das Dach zurück, während ein Spezialkommando das Dach unter ihnen größtenteils abdeckte. Gleichzeitig wurde mit dem Abriß der beiden nebenanliegenden Hinterhäuser begonnen.

Vor dem Block versammelten sich ca. 3-400 Abrißgegner und versuchten, den Bullen bei ihrer schweren Arbeit etwas Abwechslung zu verschaffen, konnten aber nicht viel ausrichten. Während ein Abrißgegner dem NDR ein Interview gab, wurde er von einem Bullen mit dem Stock geprügelt. Leute, die aus den Flurfestern des Vorderhauses das Geschehen beobachteten, wurden von den Bullen herausgetrieben. Allerdings konnten andere auf dem Dach des Vorderhauses die Verbindung zwischen Besetzern und Sympathisanten auf dem Platz herstellen.

Obwohl Abrißgegner beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung gegen die Räumung beantragt hatten, räumten die Bullen gegen Mittag das Dach. Es wurden so furchterregende Waffen wie eine „Steinschleuder“ sichergestellt und stolz der Öffentlichkeit präsentiert. Feinlich nur, daß es sich dabei um eine Negerkutschleuder handelte, die bei einem Besetzerfest wenige Tage zuvor zum Einsatz gekommen war. Nachdem die Personalien der Besetzer aufgenommen waren, konnten

sie bis auf zwei Frauen, die mit zur Wache sollten, gehen. Als die Menge der Abrißgegner die Freilassung der Frauen forderte und die Bullenwagen durch eine Sitzblockade am Abfahren hindern wollte, nutzten die Bullen dies zu einer Knüppelrolle, wobei zwei Leute willkürlich festgenommen wurden. Ein weiterer wurde von einem Bullenwagen angefahren.

Eine abschließende Demo mit 300 Leuten führte zum Spar- und Bauverein, dem die Häuser gehörten, aber ca. 50 Bullen verhinderten eine Teilnahme an der Sprechstunde. Als die Demonstranten ihren Protest vor dem SPD-Büro ausdrücken wollten, gingen im ganzen Haus die Jalousien herunter.

Inzwischen hat die SPD-Stadtratsregierung tatsächlich eine Anzahl leerstehender mißlicher Wohnungen benannt, über deren Belegung sie mit sich reden lassen will. Feinlich nur, daß der Standard der Wohnungen nicht einmal den von Obdachlosen-Asylan erreicht. Wieder ein Verwirrungsmoment, das allerdings voll daneben ging.

Hannovers Polizeipräsident, der bei der Aktion zeitweise zugegen war, sprach sich anschließend für eine Bestrafung der Hausbesetzer aus, wobei „Mehrfach Täter“ auch wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (!) verfolgt werden sollen. Zur Zeit laufen Ermittlungen gegen ca. 200 Leute aus der Hausbesetzerzone, deren Personalien bei den bisherigen vier Räumungen aufgenommen worden waren.

KB/Gruppe Hannover

Obwohl Abrißgegner beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung gegen die Räumung beantragt hatten, räumten die Bullen gegen Mittag das Dach. Es wurden so furchterregende Waffen wie eine „Steinschleuder“ sichergestellt und stolz der Öffentlichkeit präsentiert. Feinlich nur, daß es sich dabei um eine Negerkutschleuder handelte, die bei einem Besetzerfest wenige Tage zuvor zum Einsatz gekommen war. Nachdem die Personalien der Besetzer aufgenommen waren, konnten

daneben ging. Hannovers Polizeipräsident, der bei der Aktion zeitweise zugegen war, sprach sich anschließend für eine Bestrafung der Hausbesetzer aus, wobei „Mehrfach Täter“ auch wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (!) verfolgt werden sollen. Zur Zeit laufen Ermittlungen gegen ca. 200 Leute aus der Hausbesetzerzone, deren Personalien bei den bisherigen vier Räumungen aufgenommen worden waren.

KB/Gruppe Hannover

Sommerlad und Magistrat sind ein Gangstersyndikat!

Gießen wurde bereits im 2. Weltkrieg zu über 3/4 zerstört. Die Stadt wurde demontiert wiederaufgebaut, daß z.B. Darmstädter Architekturstudenten auf Exkursionen diese Stadt als abschreckendes Beispiel vorgeführt bekommen. Die Innenstadt wird unbewohnbar gemacht, für Kauf- und Parkhäuser wird guterhaltener Wohnraum vernichtet und eine Menge Altbauten, die den Krieg überstanden haben, werden zerstört. Stattdessen veranstalten großkotzige Bank- und Kaufhauspaläste das Stadtbild.

Schon seit Jahren kämpfen die letzten Mieter der Straße Flutgraben um ihre Häuser, die der Möbelkapitalist Sommerlad aufgekauft hat, um seine „Möbelstadt“ zu erweitern, für die er einen Teil des Bahnhofsviertels schon entmietet und zerstört hatte. Die hartnäckigsten Mieter waren die des Hauses Nr.4, die alle Räumungsklagen juristisch abschlagen konnten und sich auch nicht rauskeln ließen wie die Mieter von Nr.6 und 8.

Die Mafia schlägt zu

Daß diese Mieter Sommerlad ein Dorn im Auge waren, wußte jeder. Als die Gießener „Szene“ jedoch am 23.3. aus undichten Magistratskreisen das Gerücht vernahm, es sei geplant, mit den (leeren) Häusern Flutgraben 6 und 8, auch gleich das (legal vermietete) Haus Nr.4 „versehentlich“ mit abzureißen (!), so wird dies für zu abenteuerlich gehalten, um daran zu glauben. Aber genau das passiert einen Tag später! Nach dem Abbruch der Häuser Nr.6 und 8 setzt der Bagger an, das Haus Nr.4 zu zerstören. Rechtsanwalt Roth macht den Bauführer an Ort und Stelle auf die Rechtswidrigkeit des

Abbruchs sowie auf den Umstand aufmerksam, daß sich Mietwohnungen im Haus befinden. Der Bauführer widert, „er habe den Auftrag, das Haus bis zum Treppenhause abzureißen“ (!). Eigentlich war der Termin für Sommerlads neue Räumungsklage für den 6.5.81 angesetzt, aber trotzdem läßt Sommerlad einen Teil des rechtmäßig vermieteten Hauses abreißen!

Die Anwälte der Mieter erwirken eine einstweilige Verfügung beim Amtsgericht, nach der der Abriß sofort zu stoppen und der Rest des Hauses abzustützen ist. Was geschieht? Noch am selben Tag verfügt der CDU-Magistrat, eine Woche nach der Wahl, die Räumung und den sofortigen Abriß des Hauses.

Die Bewohner können unterdessen nur über Feuerleitern ihre Wohnungen betreten, da das Treppenhause schon abgerissen ist. Die Räumung erfolgt unter dem Schutz starker Polizeikräfte, nachdem Hunderte empörter Gießener herbeigeeilt sind, um das Haus zu schützen. Die Mieter beantragen eine gerichtliche Entscheidung gegen den Abbruch. „Zum Ortstermin der Kammer vor dem Haus Flutgraben 4 konnte der Prozeßbevollmächtigte der Mieter nicht erscheinen, da er auf höhere Weisung durch die Polizeiketten nicht durchgelassen wurde“ (!).

Nach dem Abbruch

Die Mieter waren ohne Wohnung. Es wurde kein zumutbarer Ersatz angeboten. Für eine Untermieterin wurde noch nicht einmal ein Abstellraum angeboten, „so daß ihre Möbel beim Fuhrant untergestellt werden mußten. Ein weiterer Mieter befindet sich im Ausland und ist ohne Kenntnis,

Fortsetzung nächste Seite

BESIEZT



Vier Familien zogen aus Furcht vor bevorstehenden Kündigungen aus, dreizehn Mietparteien hingegen setzten sich zusammen mit der BI „Rettet Bilk“ zur Wehr. Sie stellten Zweckentfremdungsanzeige wegen der leerstehenden Wohnungen. Darin forderten sie, daß kein Zwangsgeld verhängt wird, sondern die Zwangsbe-

BESIEZT



Vier Familien zogen aus Furcht vor bevorstehenden Kündigungen aus, dreizehn Mietparteien hingegen setzten sich zusammen mit der BI „Rettet Bilk“ zur Wehr. Sie stellten Zweckentfremdungsanzeige wegen der leerstehenden Wohnungen. Darin forderten sie, daß kein Zwangsgeld verhängt wird, sondern die Zwangsbelegung der leerstehenden Wohnungen mit Wohnungsuchenden vollzogen wird (Anzeige wegen Zweckentfremdung vom 25.2.80). Das Amt für Wohnungswesen beschränkte sich aber darauf, eine lächerliche Geldstrafe von 1.500 DM zu verhängen. Um eventuellen weiteren Anzeigen wegen Zweckentfremdung zu entgehen, ließ Brune von einigen Scheinmietern Gardinen aufhängen und einige alte Möbel in die Wohnung stellen. Um diesem Spiel ein Ende zu bereiten, führten die Instandbesetzer/innen die Zwangsbelegung in Eigenregie durch.

Detlef/Düsseldorf

Frankfurt. Das ehemalige Kasinogebäude des stillgelegten Bundesbahnausbesserungswerkes Nied wird seit dem 11. April besetzt gehalten.

Anfangs hatte die Oberpostdirektion als neue Eigentümerin abwartend reagiert und richtig erkannt, daß eine polizeiliche Räumung nur Ärger bringen würde. Nun aber hat sie die Forderung der Besetzer nach einem Nutzungsvertrag abgelehnt und stattdessen Schritte eingeleitet, einen „Räumungstitel“ zu erwirken. Das Gebäude soll trotz bisher fehlender Genehmigung abgerissen werden, um trotz ebenfalls fehlendem Bebauungsplan mit dem Bau eines Fernmeldeamtes beginnen zu können. Die Besetzer halten an ihren Forderungen nach wie vor fest und lehnen einen freiwilligen Rückzug ab („FR“, 23.4.81).

Westberlin. Die R. Polizeiangaben 139. Hausbesetzung traf eine seit vier Jahren leerstehende Villa in Zehlendorf. Es handelt sich um ein historisch wertvolles und unter Denkmalschutz stehendes Gebäude, das sich im Besitz des Bundes befindet und seit dem 18. April von 30 Studenten bewohnt wird („FR“, 21.4.81).

Wohnungskommission

Oberhausen. Ein seit zwei Jahren leerstehendes Haus in einer alten Arbeitersiedlung haben 15 Leute (Arbeiter, Schüler, Studenten und Arbeitslose) besetzt. Die Eigentümerin der Siedlung, die Thyssen Bauen und Wohnen, läßt die Häuser langsam aber sicher verkommen. Mehr als 20 Wohnungen stehen leer, obwohl die Bausubstanz gut ist, so jedenfalls auch Oberbürgermeister Van den Mond.

Oberhausen ist das ein handfester Skandal.

Nach einem Bericht aus Oberhausen

Düsseldorf. Am 14.4. wurde mit der Neußer Str.77 das nunmehr fünfte Haus instandbesetzt. Im Oktober 1979 kaufte der Architekt Walter Brune die Häuser Neußer Str.71-81. Sie liegen in einem Gebiet, das im Rahmen der Stadtteil „saniierung“ von der Stadt als Gewerbegebiet ausgewiesen wurde. An die Mieter der Wohnhäuser Neußer Str.75 und 77 schrieb er u.a.: „Das Gelände habe ich gekauft, um die von der Stadt seit Jahren vorgeplante Sanierung durchzuführen. Insofern wird es unvermeidlich sein, nach einiger Zeit die beiden Wohnhäuser Neußer Str.75 und 77 abzureißen“.

Diese Wohnraumzerstörung dient dem Ziel, das Gebiet in Industrie-reservelfläche zu verwandeln, obwohl kein aktueller Bedarf besteht und Oberhausen auf lange Sicht ausreichend mit Gewerbesiedlungsfläche versorgt ist. Bei 6.500 amtlich registrierten Wohnungssuchenden in

Fortsetzung von Seite 10

daß seine Wohnung nicht mehr existiert. Wenn er in diesen Tagen zurückkehrt, wird er ein leeres Grundstück vorfinden und nicht wissen, wo sich seine Möbel befinden. Eine Ersatzwohnung fehlt“ (2).

Ein Hauch von Zürich

Dieses Gangsterstück brachte eine nie gekannte Bewegung in das sonst so ruhige mittelhessische Kaff. Vom 24.3. an gab es jede Nacht Demonstrationen von vielen hundert Leuten. Sommerlad bündelte einige Schaufenster ein, ein Novum für Gießen, ebenso wie die Stationierung einer Bullen-Hundert-schaft in voller Ausrüstung. Dank der besseren Ortskenntnisse wurden diese jedoch in nächtlichen Verfolgungsjagden von den Demonstranten immer wieder abgehängt. Die Presse heulte auf, zugereiste Krawallmacher würden die Stadt verunsichern. Zugereist waren allerdings nur diejenigen Krawallmacker, die in den Wiesbadener Grünen Minnas saßen.

Am 1. April wurde – nicht nur zum Scherz – ein Haus in der Frankfurter Straße instandbesetzt. Das war das Dritte in Gießen.

Mit einer Nachtdemo von über 600 Leuten in der Nacht zum 2.4. hatten die Bullen nicht gerechnet und glänzten durch weitgehende Abwesenheit. Wohl alle Beteiligten wußten, daß es krachen wird, denn der Zug bewegte sich zum Bahnhofsviertel, und alle hatten Wut im Bauch. Unter den erstaunten wie hilflosen Blicken von drei oder vier Bullen, die inzwischen eine Filiale bei Sommerlad bezogen hatten, wurden sämtliche Schaufenster der „Möbelstadt“ eingeschlagen, ca. 30 Stück.

Während im Polizeifunk zu hören war, daß aus der ganzen Region Verstärkung angelordert wurde, mußten noch einige Banken (die Sommerlad durch großzügige Kredite vor der wachsenden Pleite bewahrt hatten) und Kaufhäuser dran glauben. Etwa 20 große Scheiben gingen im Bullenrevier (Stadthaus) zu Bruch. Bullen verhandeln, „daß die Gießener CDU-Geschäftsstelle völlig verwüstet wurde. Eine der durch die Stadt hetzenden Gruppen hatte bereits die Scheiben eingeworfen und versuchte, in das Haus einzudringen ...“ (3).

Im Ganzen konnte ein Sachschaden von 300 000 Mark erreicht werden. Es gab – zu einem späteren Zeitpunkt – eine Festnahme. „In dieser schlimmsten Nacht der Gießener Krawalle“ kamen die „Randalierer wie ein Heuschreckenschwarm, schlugen kaputt und verschanden wieder. Die Polizei war weder auf das Einschüchtern dieser wilden Horden vorbereitet, noch in der Lage, deren Vandalismus zu bremsen“ (3).

Als die Bullen aus dem Umland eintrafen, war es wieder ruhig in Gießen. Aber nur vorläufig. Am 11.4. gab es eine Großdemo gegen die Stadtzerstörung. Der nächste Konflikt ist bereits vorprogrammiert. Das Haus Westerlage 44 soll abgerissen werden, um einer Parkhauszufahrt Platz zu machen. Es ist aber bewohnt, und die Mieter lassen sich nicht vertreiben.

- Anmerkung
(1) Erklärung Nr. 88
(2) Erklärung der Rechtsanwälte Schmitt, Gerth und Roth vom 24.3.
(3) Gießener Anzeiger, 3.4.81, S.4

Ein heimstverbandener Gießen-Emigrant aus dem Norden

Na, also:

1. Hausbesetzung in Flensburg!

Ob beim Einkauf beim Kaufmann, Schlachter, am Kiosk oder ob im Betrieb, in der Schule oder sonstwo – Flensburg hatte in diesen Tagen nur ein Gesprächsthema. Unser erstes besetztes Haus in der Straße Nordergraben 48. Nicht nur in der „Szene“ herrschte eifrig Freude darüber, belächelte nicht. Da waren die vielen älteren MitbürgerInnen, die voll des Lobes über die vielen „netten jungen Leute“ das Haus besichtigten, und da waren die tollen Geld- und Sachspenden von Opa, Oma, Vadder und Mudder und all den vielen anderen – alles das dokumentiert die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung zu diesem „Angriff auf den Rechtsstaat“, als auch den „sozialen Unmut“ und die Empörung sehr vieler FlensburgerInnen über die „Beton-Sanierung“ der Flensburger Politiker und Geldacke.

Na, also:

1. Hausbesetzung in Flensburg!

Ob beim Einkauf beim Kaufmann, Schlachter, am Kiosk oder ob im Betrieb, in der Schule oder sonstwo – Flensburg hatte in diesen Tagen nur ein Gesprächsthema. Unser erstes besetztes Haus in der Straße Nordergraben 48. Nicht nur in der „Szene“ herrschte eifrig Freude darüber, belächelte nicht. Da waren die vielen älteren MitbürgerInnen, die voll des Lobes über die vielen „netten jungen Leute“ das Haus besichtigten, und da waren die tollen Geld- und Sachspenden von Opa, Oma, Vadder und Mudder und all den vielen anderen – alles das dokumentiert die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung zu diesem „Angriff auf den Rechtsstaat“, als auch den „sozialen Unmut“ und die Empörung sehr vieler FlensburgerInnen über die „Beton-Sanierung“ der Flensburger Politiker und Geldacke.

Seit Jahren wird in den Innenstadtvierteln abgerissen, umgebaut und neugebaut und heute wird das unmenschliche und brutale Gesicht dieses Molochs „Stadtplanung“ immer mehr Betonstütze im Stadtzentrum errichtet worden sind. Kaufhäuser, Parkhäuser, Verwaltungspaläste usw. Darüberhinaus stehen noch weitere einschneidende Veränderungen an. Die Hauptverkehrsader der Stadt – die alte „E 3“ – soll verlegt werden, was weitere Häuserabriss und eine Rennstrecke für die City zum Ergebnis haben wird. Und am Rande der Stadt werden einige schöne Naturflecken durch verschleierte geplante Zubringer- und Umgehungs-Autobahnen weggepflügt werden (u.a. „Osttangente“) – so die Pläne von CDU, SPD und SSW! Ach – fast hätten wir vergessen, es sind noch 7 wunderschöne Parkhäuser in Planung! Aber für ein Jugendzentrum oder Kommunikationszentrum ist selbstverständlich kein Geld da!

Das schöne Flensburg – das war einmal! Schon heute kann sich die Mietpreishölle mit der der großen Städte allemal messen, und das bei einem erwiesenermaßen erheblich niedrigerem Lohnniveau in Flensburg samt Umgebung.

Von daher ist die Resonanz dieser ersten Hausbesetzung in Flensburg nicht verwunderlich. Sie macht auch

deutlich, was für Auseinandersetzungen auf diesem Sektor noch möglich sind – und nötig, wenn die „Sanierung“ verhindert werden soll. Mit dieser Besetzung ist ein furioser Start gemacht worden (nicht nur, Frau einmal vom der sehr informativen und phantasievollen Arbeit der Flensburger „81 gegen Stadtzerstörung“ ab, die es seit einigen Monaten gibt). Zudem ist das Haus selbst ein Beweis für die Brutalität der Stadtplanung, da es vollständig in Ordnung ist. Zwei gekündigte Mietparteien bewohnen z.Zt. noch das Haus. Die drei anderen großen Wohnungen werden von den Besitzern gehalten. Das solidarische Umgehen mit deren Problemen hat den Besitzern die Unterstützung der einen Familie eingebracht, die andere steht der Geschichte eher ablehnend gegenüber. Mittlerweile haben die Besitzer sich im Haus und der damit verbundenen Situation eingelebt. Anfangsschwierigkeiten (z.B.: Wie mit den so zahlreichen Besuchern und freiwilligen Helfern „umgehen“?) sind angepackt worden, genauso erste Sicherheitsvorkehrungen und Instandsetzungsarbeiten.

Verhandlungen mit dem Hausbesitzer, dem Allianz-Konzern, der auch für die geplante Verwüstung des Viertels um das besetzte Haus herum verantwortlich zeichnet, haben stattgefunden. Es ging wohl eher um ein „Abtasten“, da konkrete Absprachen noch nicht getroffen worden sind. Zwar sind befristete Mietverträge als Möglichkeit auch von der Allianz ins Auge gefaßt worden, aber mehr nicht.

Sicher ist aber auch, daß die verantwortlichen Herren auch um den Symbolcharakter dieser Besetzung wissen und dementsprechend wohl auch Nachfolgebesetzungen befürchten, gerade weil schon heute mindestens 10 andere intakte Häuser leerstehen. Sicherlich sehen auch diese Herren die drohende Gefährdung bzw. Verzögerung ihrer gesamten „Kahlschlags-Sanierungs-Pläne“. Von daher ist es sicherlich angebracht, mit dem Schlummern zu rechnen.

Aber wir sollten ihnen ihre Angst deshalb nicht nehmen, denn

Eins, zwei, drei vier – viele Häuser besetzen wir!

KB'lerInnen in Flensburg

Letzte Meldung:

Gerade erreicht uns die Meldung, daß die Allianz des Besitzern bis Sonntagabend einen freiwilligen Rückzug ohne Strafverfolgung ihrerseits ermöglicht, danach aber bei der Polizei Strafanzeige erstatten wird – im Klartext also: Ab Sonntagabend ist mit Räumung zu rechnen!

Gewerkschaften und Wohnungskampf

Zwei Ereignisse der letzten Wochen machten Schlagzeilen. In einem „Bild“-Interview antwortete der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Günter Döding auf die Frage, was denn die Gewerkschaftsmitglieder über Instandbesetzer denken. „Die haben Wut im Bauch. Wenn sie nicht so friedlich veranlagt wären, dann würden sie auf die Straße gehen und diese gewalttätigen Besitzer aus den Häusern hinwegjagen“. Da ja die Arbeiter so friedlich sind, empfahl Döding der Polizei, „hart und energiegel“ vorzugehen, „sonst glauben bald manche, daß man sich mit unserem Staat alles erlauben kann“ („Bild“, 10.3.). Der „Bad Zeitung“ verhalf diese Äußerung zu der Schlagzeile „Hausbesetzung – Arbeiter haben Wut im Bauch“.

Derweil erschien das DGB-Funktionärsorgan „Die Quelle“ (3/81) mit der Überschrift: „Berlin. NEUE HEIMAT gibt den Instandbesetzern eine Chance“. Es wurde berichtet, daß das gewerkschaftseigene Wohnungsbau-Unternehmen Neue Heimat das Haus Seelingstraße 32 den Instandbesetzern zur Verfügung gestellt habe, die jetzt einen Nutzungsvertrag erhalten. Das Beispiel lobte die Gewerkschaftszeitung „Metall“, die die Hausbesetzer in Schutz nahm. „Bei den Instandbesetzern“ handelt es sich überwiegend um Schüler, Lehrlinge, arbeitslose Jugendliche. Aufgestaute Wut und Zorn explodieren dann in unkontrollierter Gewalt, wenn die „Staatsgewalt“ gegen sie vorgeht oder wenn die Justiz, wie in West-Berlin, glaubt, eigenmächtig Politik machen zu können“ („Metall“, 3/81).

Zwischen den Äußerungen Dödings und der „Metall“ liegen Welten, als Verbindendes zwischen den Äußerungen der Gewerkschaftsführer verschiedenster Couleur ist jedoch gegenwärtig das Bestreben zu erkennen, die gewerkschaftseigene Neue Heimat aus der Schußlinie zu bekommen und Wege zur Befriedung der Jugendbewegung zu suchen (die einen setzen auf den Polizeiknüppel, die anderen auf den Dialog mit der Jugend).

Neue Heimat dick im Geschäft

Die Hausbesetzungen und die sich entwickelnde Wohnungsnote haben in den letzten Monaten zu einer Fülle von Artikeln in der Gewerkschaftspressen geführt (z.B. „Das Geschäft mit der Not geht weiter“, Metall 3/81 „Preiswerte Wohnungsgesucht“, Gewerkschaftspost 3/81; „Hunderttausende sind auf der Jagd nach einer menschenwürdigen Unterkunft“, Einigkeit 3/81, siehe auch Druck und Papier 2/81), in denen sich kritisch mit den Praktiken des Staates und der Wohnungsgesellschaften auseinandergesetzt wird. „Viele Stadtverwaltungen haben über Jahre hinweg oder nichts dagegen unternommen, daß Eigentümer, oft große Wohnungsbau-gesellschaften, ihre Häuser aus voller Absicht kerkeln und verfallen lassen, um eine Abrißgenehmigung zu bekommen, um dann – gar noch mit Hilfe öffentlicher Geld – neue Betonbunker aus dem Boden zu stampfen, die ihnen höhere Mieteinnahmen garantieren“ („Gewerkschaftspost“ 3/81).

Neue Heimat dick im Geschäft

Die Hausbesetzungen und die sich entwickelnde Wohnungsnote haben in den letzten Monaten zu einer Fülle von Artikeln in der Gewerkschaftspressen geführt (z.B. „Das Geschäft mit der Not geht weiter“, Metall 3/81 „Preiswerte Wohnungsgesucht“, Gewerkschaftspost 3/81; „Hunderttausende sind auf der Jagd nach einer menschenwürdigen Unterkunft“, Einigkeit 3/81, siehe auch Druck und Papier 2/81), in denen sich kritisch mit den Praktiken des Staates und der Wohnungsgesellschaften auseinandergesetzt wird. „Viele Stadtverwaltungen haben über Jahre hinweg oder nichts dagegen unternommen, daß Eigentümer, oft große Wohnungsbau-gesellschaften, ihre Häuser aus voller Absicht kerkeln und verfallen lassen, um eine Abrißgenehmigung zu bekommen, um dann – gar noch mit Hilfe öffentlicher Geld – neue Betonbunker aus dem Boden zu stampfen, die ihnen höhere Mieteinnahmen garantieren“ („Gewerkschaftspost“ 3/81).

So richtig diese Beschreibung auch ist, so sehr fällt es doch auf, daß der Name Neue Heimat in diesem Zusammenhang nicht fällt. Immerhin ist die gewerkschaftseigene Neue Heimat mit einem Umsatz von jährlich 5 Mrd. DM und einem Bestand von 320 000 Wohnungen mit einem Wert von 12 Mrd. DM absoluter Branchen-niese.

Die Größe kommt nicht von ungefähr. Als unter dem damaligen SPD-Wohnungsbauminister und heutigem Lobbyisten der Neuen Heimat, Lauritz Lauritzen, 1971 das Städtebauförderungsgesetz verabschiedet wurde, kam es in den Städten der BRD und in Westberlin zu einer gewaltigen Sanierungswelle. Nach diesem Gesetz wurde nicht nur der soziale Wohnungsbau, sondern jetzt auch die Stadtsanierung zum Steuer-geldern subventioniert. Als „Plamerraupe-Sanierer“ („Angeklagt, die Neue Heimat“, „Sturm“ 11/80, siehe auch „Neues von der Neuen Heimat“, „Sturm“ 17/80) machte sich die Neue Heimat einen Namen; teure Wohnungen wurden in Trabantenstädten hochgezogen.

Inzwischen ist diese Art der Wohnraumvermehrung kein Geschäft mehr. „Stiegende Baulandpreise und Baukosten haben den sozialen Wohnungsbau zum Faß ohne Boden gemacht“ („Metall“, 3/81). Völlig richtig stellt der Vorstandschef der Neuen Heimat, Albert Victor, fest „Unter heutigen Bedingungen bekommen wir bis 1985 ein

Defizit von einer Million Wohnungen“ (ebd.).

Nur zieht Victor eben nicht den Schluß daraus, die Vernichtung billigen Wohnraums endlich zu stoppen, sondern er setzt weiter auf gigantische Neubauprogramme. Zur Ankurbelung des Wohnungsbaus hat Victor jetzt einen steuerfreien Sozialpandbrief vorgeschlagen. So sollen von privaten Kapitalgebern die für den Wohnungsbau nötigen Gelder beschafft werden („Die Quelle“, 3/81). Um weitere Gelder hereinzubekommen, befürwortet die Neue Heimat auch die Staffelmiete, also eine fest vereinbarte regelmäßige Steigerung der Miete. Denn „Die Neue Heimat befürwortet einen stärkeren Einbau marktwirtschaftlicher Elemente in die Wohnungsbaupolitik“ („Einigkeit“ 3/81).

Den Widerspruch, einerseits der Neuen Heimat neue Kapitalverwertungsmöglichkeiten zu eröffnen und andererseits die Wohnungsnot zu berücksichtigen, kennzeichnet auch das neue DGB-Grundsatzprogramm. Obwohl gerade die Wohnraumvermehrung in den letzten Jahren gigantische Ausmaße angenommen hat, findet sich dazu im Grundsatzprogramm nichts. Es werden weiterhin „Wohnungsneubauprogramme“ gefordert, wobei allerdings pikanterweise der

auch in der Rede Vettors deutlich, als es einerseits forderte, „daß wir Raum geben für die Phantasie, für Experimente, für eigenverantwortliche Tätigkeit, ja sogar für Irrtümer“, aber andererseits darauf hinwies, daß die Gewerkschaften einen „wichtigen gesellschaftlichen Auftrag“ hätten, der es nicht zulasse, daß sie zur „Spielwiese“ würden („Einheit“, 1.4.).

In diesem Spannungsfeld bewegen sich auch die gewerkschafts-offiziellen Äußerungen zu den Hausbesetzungen. Auf der einen Seite gibt es die knallharten Vertreter der Staatsraison wie Döding und den Westberliner IG-Metall-Bevollmächtigten Wagner, der gegen den „harten Kern der Chaoten“ weiterte, die „das Feuer nur noch weiter schüren“ wollen. „Seine Stadtguerilla arbeitet geplant und zielstrebig. Es ist zu fürchten, daß es den Initiatoren dabei auf ein Menschenleben nicht ankommt“ („FR“, 20.3.).

Auf der anderen Seite bemühen sich andere Gewerkschaftsführer um eine etwas differenziertere Sicht der Dinge, wie der IG-Metall-Vorsitzende Loderer, der der Jugendbewegung witzigerweise die Orientierung an der derzeitigen Tarifpolitik der IGM empfiehlt. „Wenn Objekte aus Speku-



Solidarität macht stark. 1971 setzte der damalige Wohnungsbauminister Lauritzen das Städtebauförderungsgesetz durch, das als „Lex Neue Heimat“ in die Geschichte einging.

1972 überreichte Lauritzen dem Chef der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat Victor das Große Bundesverdienstkreuz (Foto). Heute arbeitet Lauritzen als Chef Lobbyist der Neuen Heimat in Bonn.



Solidarität macht stark: 1971 setzte der damalige Wohnungsbauminister Lauritzen das Städtebauförderungsgesetz durch, das als „Lex Neue Heimat“ in die Geschichte einging.

1972 überreichte Lauritzen dem Chef der gewerkschaftseigenen Neue Heimat Victor das Große Bundesverdienstkreuz (Foto). Heute arbeitet Lauritzen als Chef Lobbyist der Neuen Heimat in Bonn.

Zusatz „zu tragbaren Mieten“ (der sowohl im Programm von 1963 als auch im Entwurf von 1979 noch enthalten war) fallengelassen wurde. Neu aufgenommen wurde hingegen der Absatz „Als Grundvoraussetzung zur Verbesserung der Baulandsituation ist die verstärkte Ausweitung von Grund und Boden zu vertretbaren Preisen zu sehen. Dabei tragen die öffentlichen Hände wegen ihres umfangreichen Grundbesitzes eine besondere Verantwortung“. Auch diese Forderung ist auf den Wohnungsneubau ausgerichtet.

Anträge der Gewerkschaften HBV und der Postgewerkschaft zum Grundsatzprogramm, daß Spekulationsgewinne aus dem Mangel an Wohnraum zu verhindern seien, konnten sich nicht durchsetzen. Es wurde lediglich eine allgemeine Passage gegen Mietwucher übernommen.

„Auf die Jugend zugehen“

Die Debatte um das DGB-Grundsatzprogramm charakterisiert auch die Probleme im DGB mit dem anderen Aspekt der Wohnungskampfs. der neuen Jugendbewegung. Hier hatte der Bundesjugendausschuß einen Ergänzungsantrag vorgeschlagen der abgelehnt wurde: „Die Unterstützung der Jugend muß alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen“. In seiner Abschlusssitzung auf dem Programmkongreß sagte DGB-Chef Vetter: „Die Vorfälle in Nürnberg zeigen aber, wie notwendig unsere Feststellung ist, daß ein offener Dialog – ich wiederhole: wenn es sein muß, auch Streik – mit der Jugend geführt werden muß. Auch wenn der Antrag des Bundesjugendausschusses auf diesem Kongreß keine Mehrheit gefunden hat: Ich bekräftige die Unterstützung für unsere Gewerkschaftsjugend. Sie muß ein glaubwürdiger Gesprächspartner für die Jugend insgesamt sein“ („Welt der Arbeit“, 19.3.).

Der Vorgang – Ablehnung des Antrags des Bundesjugendausschusses bei gleichzeitiger verbaler Unterstützung der Gewerkschaftsjugend – kennzeichnet den Widerspruch, in dem die Gewerkschaftsführer sich bewegen. Einerseits soll die Gewerkschaftsjugend in die Jugendbewegung hineinwirken, um diese zu integrieren, andererseits soll sie nicht zu viel Eigenständigkeit erhalten und sich nicht von der politischen Linie der DGB-Führung entfernen. Das wurde

latenzwecken seit Jahren leer stehen, ist das nicht verantwortlich den Menschen gegenüber, die Wohnungen suchen. Wenn sie dann zur Selbsthilfe greifen, haben sie mein Verständnis. Nach dem geltenden Recht ist aber das Eigentum zu schützen. Die Politik muß dafür sorgen, daß es nicht mehr nötig ist, auf diese Art zu demonstrieren. Das Recht zu demonstrieren ist kein Recht zu demonstrieren. Die Arbeitnehmer zeigen in der jetzigen Lohnrunde gerade, wie man es richtig macht“ („Vorwärts“, 26.3.).

Noch etwas weiter ging der Bundesjugendausschuß des DGB in seiner Stellungnahme zu den Ereignissen in Nürnberg. Nach einer Aufzählung über die Wohnungsmisere heißt es dort: „Aus diesen Gründen werden die Aktionen von großen Teilen der Jugend mit Sympathie verfolgt. Statt wirksam gegen die aufgezeigten sozialen Mißstände anzugehen, werden Hausbesetzer und Demonstranten als Kern eines neuen Terrorismus bezeichnet, wird versucht, ihren Protest zu kriminalisieren und das Demonstrationsrecht einzuschränken.“

Allerdings darf auch in dieser Stellungnahme eine Distanzierung nicht fehlen, indem Spekulant und bayrische Justiz mit Hausbesetzern gleichgesetzt werden. „Der DGB-Bundesjugendausschuß bekräftigt seine des öfteren erklärte Auffassung, daß Recht nicht durch Rechtsbruch durchgesetzt werden kann. Er verurteilt solche Versuche, ganz gleich, ob sie von Spekulanten, einigen Demonstranten und Hausbesetzern, staatlichen Organen oder der Justiz unternommen werden.“

Es gibt im DGB allerdings auch Unterstützer von Hausbesetzungen, die sich artikulieren. So gab der AKL (Aktionskreis Leben) anläßlich der skandalösen Wagner-Äußerungen eine Erklärung heraus, in der es heißt: „Wenn die Vernichtung von Lebens- und Wohnraum zu Recht wird, dann wird Hausbesetzung zur Pflicht“. Und aus Protest gegen das Döding-Interview in der „Bild“-Zeitung sammelt eine Stuttgarter Gruppe „Gewerkschafter für Hausbesetzungen“ (c/o U. Austel, Staffelfstraße 1, 7000 Stuttgart 1) Unterschriften unter eine Erklärung, in der es heißt: „Wir müßten eigentlich hart und energiegel vorgehen, sonst glauben bald manche, daß man sich mit uns alles erlauben kann“.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Neulich in.
BERLIN
[WEST]





Hamburg. Räumung des besetzten Hauses in der Amalienstraße

Die Antwort der Herrschenden auf die Protestbewegungen

Zwei Taktiken – ein Ziel

Aus Anlaß der 1980 begonnenen neuen Welle von Jugendprotesten und in Erwartung kommender, noch größerer politischer und sozialer Unruhen diskutieren die Ideologen, „Sicherheitsexperten“ und Politiker der Kapitalistenklasse schon seit längerem – ähnlich wie zur APO-Zeit 1967-1969 – verstärkt über Konzepte zur Krisenbewältigung. Damit sollen die „innere Sicherheit“ und der „soziale Frieden“ auch für den Fall aufrechterhalten werden können, daß die Methoden der letzten zehn Jahre sozialdemokratischer „Befriedungspolitik“ nicht mehr funktionieren sollten.

Nach der Massendemonstration von Brokdorf, angesichts der Ausbreitung der Hausbesetzer-Bewegung, besonders nach den Massenverhaftungen in Nürnberg, nahm der Streit um die zweckmäßigste Gegenstrategie Züge einer harten Konfrontation zwischen SPD/FDP einerseits und CDU/CSU andererseits an. „Berliner Modell“ und „Nürnberger Modell“, „Nordische“ und „Südliche“ werden von SPD/FDP und CDU/CSU wechselseitig als einander ausschließende Alternativen zur Rettung des bedrohten „Rechtsstaats“ angepriesen. Bundeskanzler Schmidt nannte das Nürnberger Vorgehen einen „Exzess“. Strauß, Tandler und Co. bezichtigten ihrerseits die SPD des Opportunismus gegenüber Rechtsbrechern und Terroristen.

Im Kern gibt es freilich zwischen allen Vertretern der etablierten Parteien, einschließlich ihrer „Experten“-Freunde, kaum Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die Protestbewegungen gestoppt und vernichtet werden müssen; gestritten wird lediglich darüber, wie das am zweckmäßigsten geschehen könnte.

„Modell Berlin“: Worte

SPD und FDP versuchen, die angeblich „weiche Linie“ des „Berliner Modells“ als zeitgemäße Aktualisierung der klassischen Methode sozialdemokratischer Befriedungspolitik anzubieten. Damit hatte sich die sozialliberale Koalition 1968/69 angesichts der APO-Unruhen und in Ablösung der krisenverbrauchten CDU/CSU für die Übernahme der Regierung empfohlen. Es folgte eine Kombination von Reformgeschwätz und rasentem Ausbau des Polizeistaats.

Damals formulierte das Bundesinnenministerium sein Rezept im Umgang mit der APO in einem Vorläufer der heutigen VS-Berichte so: „Wurden unabhängig von der revolutionären Bewegung seitens des herrschenden Regimes föhliche Reformen in voraussehender und breitenwirksamer Weise durchgesetzt, so verliert die revolutionäre Bewegung einen großen Teil ihrer Massenbasis. Diese Wirkung wird noch verstärkt, wenn es gelingt, die extremsten und aktivsten Führer der revolutionären Bewegung zu isolieren“ („Zum Thema hier – die Studentenunruhen“, S. 27, 1969).

Ausdruck dieser Politik waren die Reformversprechen der SPD und der bekannte Spruch von Brandt: „Mehr Demokratie wagen“, die zeitweise Liberalisierung des politischen Strafrechts, eine Amnestie für „Demonstrationssträter“, die kurzfristige Öffnung der Jugendorganisationen von SPD und FDP zwecks Integration des Protestpotentials, die Legalisierung der DKP, die Duldung der neuen kommunistischen Gruppen bei gleichzeitiger Entfesselung der politischen Klima der BRD verändernden, sich von Mal zu Mal steigenden „Terrorismus“-Kampagne und, dadurch legitimiert, einer in der Geschichte der BRD beispiellosen Aufrüstung der „Sicherheits-

kräfte“

Heute spricht Westberlins Bürgermeister Jochen Vogel von „politischer Lösung“ des Wohnungsproblems und der Jugendunruhen. Auf der Grundlage der ersten bisher vorliegenden offiziellen Untersuchung der Jugendproteste, den „Thesen“ der Schweizer Kommission für Jugendfragen, spricht Vogel vom „Dialog“, vom „Gespräch zwischen den Generationen“ statt gewaltsamer Unterdrückung der Proteste; er wolle eine „Eskalation vermeiden“ und auf dem Verhandlungsweg den „Rechtsfrieden wiederherstellen“. Seine Politik stellt er so dar: „Es geht also nicht um 'hart' oder 'weich', sondern darum, Fehlentwicklungen zu korrigieren, mit dem Problem fertig zu werden und auch eine nicht ganz unwesentliche Anzahl von jungen Menschen nicht endgültig abzuschreiben und aufzugeben oder dem Staat endgültig zu entfremden. Sicher sind Kriminalität darunter und einige, die dieses Gemeinwesen kaputt machen wollen. Aber es gibt eine Menge junger Leute, bei denen man nachdenken muß.“ („Zeit“, 13.3.81).

Vogels Innenminister Frank Dährendorf, wegen des Stoltzenberg-Giftmüllskandals als Justizminister in Hamburg gefeuert, antwortete dem „Spiegel“ auf die Frage, ob der Häuserleerstand in Westberlin „eine Art übergesetzlicher Notstand (sei), der Rechtsbruch rechtfertigt“: „Ja. Wer den Finger auf eine solche Wunde legt, muß in seinem Willen anders gesehen werden, als irgendein sonstiger Straftäter“. Zudem sei es „sinnlos, ein Haus zu räumen, wenn zwei daneben leer stehen“. Gleichzeitig hat die hier verkündete Großzügigkeit natürlich ihre Grenzen. „Und unsere Linie ist, auf das politische Anliegen politisch zu reagieren, gleichzeitig aber Grenzen zu ziehen. Straftaten, die aus den besetzten Häusern heraus be-

gangen werden, akzeptieren wir nicht, Krawalle akzeptieren wir nicht, da reagieren wir deutlich und konsequent“ („Spiegel“, 13/81).

Westberlins Polizeipräsident Hubner hat sich schon zu APO-Zeiten mit Methode der Zersetzung von Protestbewegungen beschäftigt. Bereits vor der jetzigen Zuspitzung der Auseinandersetzungen war er im Rahmen der Innenministerkonferenz der Länder und im Polizei-Fachzeitsungen mit seinem „Berliner Modell“ der „differenzierten“ Polizeitaktik zur Demonstrationsbekämpfung hervorgetreten. Hubner spricht von einem „notwendigen Differenzierungs- und Geduldungsprozess“ mit dem Ziel, zwischen jungen Leuten mit wohnungspolitischen Absichten und reinen Krawallmachern zu unterscheiden.

Anfang März verschaffte er der „weichen Welle“ sensationelle Publizität, als er sich weigerte, eine staatsanwaltschaft angeordnete Durchsuchung/Räumung eines besetzten Hauses vorzunehmen. Zur Begründung sagte er, er halte es mit Blick auf den „Differenzierungsprozess“ nicht für opportuna, „sich und sofort nach dem Legalitätsprinzip zu handeln“; andernfalls befürchte er, „Krawalle und Ausschreitungen würden explosionsartig zunehmen“ („Frankf. Rundschau“, 7.3.81).

Einen Monat später machte Westberlins Justizminister Meyer erstmals von seinem Weisungsrecht gegenüber der Staatsanwaltschaft Gebrauch. Er ordnete an, daß auf eine von der Staatsanwaltschaft verfügte „Durchsuchung“ eines besetzten Hauses in Kreuzberg „vorerst“ verzichtet werde.

In der Debatte des Bundestages über das Demonstrationsrecht (21.3.) trat Jochen Vogel als Sprecher einer „gemäßigten und verständnisvollen“ Politik gegenüber den Jugendprotesten auf. Inzwischen übernahm die Bundesregierung den von Vogel initiierten Vorschlag der SPD-Bundestagsfrak-

tion zur Einsetzung einer Enquete-Kommission“ über „Jugendprotest und demokratischen Staat nach Schweizer Vorbild“.

Führende Sozialdemokraten und Liberale versuchen durch entsprechende Kommentare den Eindruck zu erwecken, als sei die „weiche Welle“ des „Berliner Modells“ allgemein gültige sozial-liberale Grundlinie. Bundeskanzler Schmidt bekräftigte auf einem „philosophisch-politischen“ Kongreß „Kant in unserer Zeit“ der SPD-eigenen Friedrich-Ebert-Stiftung, ebenfalls das „Gespräch mit der Jugend“ und warnte davor, daß „politisch Andersdenkende an den Rand gedrängt“ werden könnten. Die „Kriminalisierung einer Minderheit“ sei „kein geeignetes Mittel, Bürgergesinnung zu erwecken“.

Bundesinnenminister Baum, schon seit längerem wegen des von ihm propagierten „Dialogs“ mit den reumütigen Ex-Terroristen und mit der „staatsverdrängten Jugend“ von der CDU/CSU als „Sicherheitsrisiko“ angegriffen, bekräftigte seine Position. „Die Ausnahme formeller Rechtsverstöße ist in dieser Situation notwendig“ („Spiegel“, 12/81).

Bundesjustizminister Schmude „Es zählt nicht die Härte des Durchgegens“. Innenminister Pawelczyk, Hamburg: „Mit einer Gesetzverschärfung würde der Dialog mit der kritischen Jugend verbaut“ („Welt“, 12.2.).

Der Chor der Politiker wird begleitet von „besorgten Stimmen“ wie z.B. der des DGB-Vorsitzenden Votter, der über „Abwendung“ der Jugend „auch von den Gewerkschaften besorgt“ ist, der meint, „auf die Jugend zugehen“, „(den) Kern der Ideale sehen“ zu müssen (FR, 13.3.), oder ähnliche Äußerungen Loderers (IG Metall).

An Versprechungen auf „politische Lösungen“ und rasche Schönheitsreparaturen fehlt es nicht. Der Bundeswohnungsbauminister äußert ausgerechnet in der CSU-nahen „Quick“-seiner „Verständnis“ für die Hausbesetzer: „Es ist richtig, auf Mißstände hinzuweisen, man kann dies aber nicht mit Rechtsbrüchen tun“ und philosophiert Kopf an Kopf mit der CDU über die Notwendigkeit einer veränderten Wohnungsbau-Politik. Sein Rezept: „Mehr Marktwirtschaft“. Sein Bundesbildungsminister Björn Enghorn hat schnell ein Berufsausbildungsprogramm für Sonderschüler und Ausländerkinder aus der Tasche gezogen, ohne daß er allerdings „der Wirtschaft ... Konkurrenz machen wollte und könne“ (FR, 27.3.). Das Bundesfamilienministerium hat inzwischen eine Studie „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“ erstellt, wo „gefordert“ wird, „mit allen Kräften mühen die Probleme Jugendarbeitslosigkeit und Wohnungsnot behandelt werden, weil sie bei den aktuellen Unruhen eine sehr große Rolle spielen“ (FR, 6.4.).

... und Taten

Tatsächlich ist in Westberlin von „Dialog“ und von „politischer Lösung“ nicht die Rede – bzw. eben nur die Rede. Was hat der Senat dem Besetzerat Verhandlungen über mögliche abzuschließende langfristige Nutzungsverträge angeboten, zwar wurde auf die Schnelle die sagenhafte Summe von 20.000 DM aus dem Stadtkäse locker gemacht, um städtische Sanierungsvorhaben zu beschleunigen, zwar wurde auf eine sofortige Räumung besetzter Häuser anders als in anderen Städten der BRD verzichtet, so daß die Zahl der besetzten Häuser bis heute auf etwa 150 ansteigen konnte – aber von Anfang an stellte Jochen Vogel klar: „Die Umstände können sich ändern“ („Zeit“, 13.3.), und zwar in demselben Interview, in dem er den „Dialog“ anbot. „Aber es ist schon denkbar, daß wir unterhalb dieser Schwelle (der Nichträumung aus Opportunitätsbetrachtungen – AK) Entscheidungen durchsetzen müssen, die unsere Gesprächsstände verschütten und uns in die fatale Ausgangslage zurückwerfen können“.

Bereits in der „Welt“ vom 14.2. hatte Dährendorf (offenbar alzu vorschnell) gesagt: „Wir werden noch eine Phase von zwei, drei Wochen abwarten. Dann wird sich entscheiden: Geht's oder geht's nicht!“ Bis dahin müsse sich in der Häuserbesetzerzone die „Spreu vom Weizen trennen“. Und ein paar Tage später: „Aber im Endergebnis können wir nicht akzeptieren – selbst wenn es auch immer weniger Straftaten sind –, daß es immer mehr besetzte Häuser werden“ („Welt“, 18.2.). Hier liegt klar auf der Hand: Wenn die SPD in Westberlin könnte, wie sie wollte, dann würde sie dem Häuserbesetzen sehr rasch ein Ende zu machen versuchen. Sie kann aber nicht, wie sie will, da sie die Konkurrenz mindestens zehnjähriger verfehlter SPD-Wohnungs- sowie auch der übrigen gescheiterten SPD-Politik als Hypothek mit sich trägt, insbesondere den Skandal um den mit der SPD verfilzten Millionenbetreiber Garski. Und am 10. Mai sind Neuwahlen ... Wie in keiner anderen Stadt schreit der Wohnungsmaßstand gerade in Westberlin zum Himmel. Mehr als 10.000 Wohnungen stehen leer. Außerdem ist in Westberlin die „Szene“, die die Hausbesetzer-Bewegung trägt, ungleich stärker als in anderen westdeutschen Großstädten.

Vor diesem Hintergrund erweist sich Vogels „Dialogbereitschaft“ als weniger „von demokrati-

Fortsetzung von Seite 13

schen oder sonstweilen edlen Motiven, sondern vielmehr von ganz pragmatischen und wahltaktischen Erwägungen bestimmt. Er zieht in der gegebenen Situation den Versuch vor, die Bewegung Stück für Stück nach der Salami-Taktik zu zerschlagen, statt sich durch eine Massenkonzentration weitere Räumlichkeiten und evtl. Solidarisierung seitens breiterer Bevölkerungskreise einzuhandeln. Daß er diesen Versuch aber auch wieder nicht konsequent betreibt, sondern durch Polizei-Einsätze seine eigene Taktik Lügen straft, ist Vogels Dilemma.

Von einer Legalisierung, d.h. Anerkennung der Ziele des Häuserkampfes, ist heute und von Anfang an nicht die Rede. Im Gegenteil. Obwohl die Besetzer die Freilassung der nach Hausbesetzungs-Unruhen Inhaftierten fordern und das zur Voraussetzung einer möglichen Verhandlungsbereitschaft gegenüber dem Senat machen, sagt Vogel klar: „Was nicht geht ... ist ein Amnestie-Gesetz“ („Zeit“, 13.3.). Dahrendorf wurde noch etwas deutlicher: „Amnestie ist überhaupt nicht verhandelbar. Etwas ganz anderes ist die Tatsache, daß unsere Rechtsordnung eine Fülle von Reaktionsmöglichkeiten zuläßt, wenn die Lage erst einmal entspannt ist“ („Spiegel“, 13/81), d.h. wenn die Bewegung genügend „differenziert“ und aufgesplittet ist ... Amnestie also allenfalls „differenziert“ und auch so nur als eventuelle Belohnung für eine Kampfeinstellung seitens der Bewegung.

Darüber hinaus hat Westberlins Justiz inzwischen in drei Schnellverfahren mehrjährigen Haftstrafen gegen jugendliche „Krawallanten“ verhängt - ohne Bewährung, wahre Terror- und Abschreckungsurteile. Außerdem wurden in den letzten Monaten Hunderte von Ermittlungsverfahren gegen Besetzer eingeleitet. Nach den Massenfestnahmen Anfang April, bei denen der gesamte Besetzerat zur erkennungsrechtlichen Behandlung festgenommen wurde, laufen gegen mindestens Aktion festgenommenen, Ermittlungsverfahren wegen „Zugehörigkeit

Retrachtung als Gemeindeformel, deren Zweck die gezielte Isolierung und Kriminalisierung des „radikalen Kerns“ der Besetzer ist. Polizeipräsident Hübner äußerte sich Anfang März befriedigt zum Ergebnis dieses Vorgehens. Inzwischen hätten viele Instandbesetzer „begriffen, daß die Polizei zumindest vorläufig nicht räumen wird, wenn sie strafbare Handlungen vermeiden und Straftäter nicht schützen“ (FR, 7.3.). In einigen Fällen habe die Polizei ohne Widerstand „Straftäter“ aus besetzten Häusern herausholen können.

Darüber hinaus dient diese Formel entgegen allen Beteuerungen, die Rechtslage für die besetzten Häuser stabilisieren zu wollen) der gezielten Verunsicherung des Besetzer-Alltags. Polizeiliche Maßnahmen sind je - d e r z e i t möglich. Die willkürliche Handhabung der Formel seitens Polizei und Innenminister macht die Einsätze vom Wohlverhalten der Besetzer abhängig und ist damit ein weiteres Mittel der politischen Erpressung und „Differenzierung“. Die konkrete Entwicklung macht deutlich: Anfang März lehnte Hübner eine staatsanwaltschaftlich angeordnete Durchsuchung ab, aber wenig später ließ er drei Häuser am Fränkeler mit 850 Bullen räumen, nachdem hier bereits ein halbes Jahr wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung ermittelt worden war. 25 Menschen wurden festgenommen. Einer ist noch in Haft.

Eine Woche darauf die Weisung Meyers an die Staatsanwaltschaft, „vorerst“ auf eine Räumung zu verzichten, die dann wenige Tage später doch durchgeführt wurde - diesmal mit den bekannten Massenfestnahmen des ganzen Besetzerates in Kreuzberg. Bei diesem „Dialog“ war Bürgermeister Vogel persönlich anwesend, um sich der Überzeugungskraft seiner weiß behelmten „Argumente“ zu vergewissern.

Am Wochenende darauf demonstrierten zwischen 30.000 - 40.000 Menschen. An der FU fand ein Streik zur Unterstützung der Instandbesetzer statt. Es wird sich zeigen, was die SPD in Westberlin angesichts des Zustands der Bewegung und vor der Wahl - und vor allem: was s a c h

haltung der Polizei (in Westberlin AK) wirklich zuende gedacht ist (Hamb Abendblatt/HIA, 26.3.).

Bundesinnenminister Baum traf sich am 5.3. mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth und Justizminister Eynich in Stuttgart, wo man sich auf eine Räumung des Freiburger Schwarzwaldhofes einigte, d.h. wo die Stuttgarter Linie festgelegt wurde, „mit harter Welle gegen illegale jugendliche Hausbesetzer vorzugehen“ (lt. „lat“, 9.3.). Ein Dementi von Baum gegenüber dieser Meldung ist aber wenig bekannt wie eine Kritik Baums an den Freiburger Polizeieinsätzen.

Besonders prägnant führt die Hamburger SPD vor, wie wenig sie sich in der praktischen Realität vom „bayerischen Modell“ unterscheidet. In Hamburg fand in den letzten Monaten keine Demonstration mehr statt, wo nicht f a k t i s c h durch überstarke Polizeipräsenz in Form eines bewaffneten Kordons um die Demo und brutale Einsätze die Demonstrationsfreiheit eingeschränkt worden wäre - auch bei legalen, genehmigten Demonstrationen. Bei der letzten, einer Mieterdemonstration auf der Grundlage eines die ganze Linke, einschließlich Jusos, umfassenden Aktionsbündnisses, wurde das von der SPD scheinheilig abgelehnte „Versammlungs- und Bewaffnungsverbot“ p r a k t i s c h durchgezogen, indem an U-Bahnhöfen und sogar in einem gesegneten Bus Demonstrationsverdächtige „durchsucht“ und Helme etc. einkassiert wurden.

In Hamburg konnte trotz zahlreicher Versuche bisher kein Haus besetzt werden, das nicht innerhalb weniger Stunden von der Polizei wieder geräumt worden wäre, teilweise durch Sonderkommandos (MEK) und Hundestaffeln. Innenminister Pawelczyk kommentiert: man müsse „bei Gewalttätigkeiten die Rädelführer greifen. Die müssen dann schnell und konsequent bestraft werden“ (FR, 25.3.).

Trommelfeuer der Rechten

Ungeachtet der Tatsache, daß die SPD/FDP nach besten Kräften versucht, die Unruhen einzudämmen und - wo möglich - die Bewegungen „neutral“ als Unruhen einzuführen und - wo möglich - die Bewegungen zu zerschlagen, wagt die BRD-Rechte der SPD/FDP Koalition „gefährliches Opportunismusdenken“ vor.

Der Westberliner Generalstaatsanwalt Schultz (SPD) schoß Polizeipräsident Hübner wegen Mißachtung des Legalitätsprinzips an. „Ein ‚Tatverzicht‘ auf ein Rechtsprinzip dürfte nicht erfolgen“ („Welt“, 4.3.). Er lasse prüfen, ob Hübner sich einer „Strafverweigerung im Amt“ schuldig gemacht habe.

Die Anweisung Justizsenator Meyers auf vorläufigen Durchsuchungsverzicht wurde vom Fraktionsvorsitzenden der Westberliner CDU, Diepenbein, als „Freibrief für Bandenkriminalität und Amnestie auf kaltem Wege“ bezeichnet. Die Polizeigewerkschaft am Deutschen Beamtenbund sprach von „Bankrott der Polizei für die innere Sicherheit“ FDP-Rechtsaußen und Ex-Justizsenator Oxford meinte: „Rechtlosigkeit und Anarchie“. Vogel's Wahlgegner Richard v. Weizsäcker (CDU) erhob in der Bundestags-Debatte zum Demonstrationsrecht am 20.2. den Vorwurf: „Was in Wahrheit unter ihrer Verantwortung, Herr Vogel, in Berlin geschieht, ist, daß die vor Gewalt zurückweichen. Sie verbreiten Unsicherheit über den Auftrag staatlichen Handelns. Sie lassen den rechtsfreien Raum anwachsen. Sie entmutigen die Treue zum Recht. Sie gefährden mit ihrer Politik den liberalen Rechtsstaat“. Es sei der Eindruck entstanden, „daß der Staat sich bei Gewalttätigkeiten nicht zu wehren wisse“, daß „Führungslosigkeit“ bestehe, usw. („Welt“, 21.2.).

Helmut Kohl „appellierte“ vor der CDU/CSU-Fraktion an die „unberührte Wahrung des Rechtsfriedens“. Es dürfe kein „opportunistisches Zurückweichen“ vor der „Gewalt“ geben, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, „daß in der Politik ernst derjenige wirklich Gehör findet, dessen Forderungen durch Gewaltaktionen von Chaoten begleitet werden“ (FR, 18.3.). Dreger: „Der Staat dürfe sich nicht seines ‚Gewaltmonopols‘ berauben lassen“ (FR, 13.3.). Albrecht: „Die Erfahrungen in Niedersachsen zeigten, daß ‚Zuwarten‘ gegenüber Hausbesetzungen nichts nütze, da es unter den Besetzern viele organisierte Gewalttäter gebe“ (FR, 24.3.). Albert Vietor, Chef der DGB-Baugewerkschaft „Neue Heimat“, klagte in „Bild“ (3.3.): „Ich vermisse den Staat“. Das sei doch „Anarchie“, wenn der Staat sich in eine solche Situation bringen lasse und „ein Verfall seiner Autorität“.

Tandler beß vornehmen: „Wer, wie der Berliner Senat mit

Rechtsbrechern dieser Art laufend konfrontiert, muß sich nicht wundern, daß ihnen allmählich das Bewußtsein verlorengeht, etwas Unrechtes zu tun“ („Bild“, 9.3.). Und schließlich als Krönung aus der bayerischen Staatskanzlei die Behauptung: „daß der Verdacht gerechtfertigt sei, Teile der SPD stünden nicht mehr auf dem Boden des demokratischen Rechtsstaats und arbeiten damit an dessen Demontage“ („Welt“, 20.3.).

Die Rechtfertigung Vogels gegenüber dieser Kritik besteht regelmäßig darin, durch Aufzählung der Zahl der geräumten Häuser, Festgenommenen und Verhafteten seine Repressions-Effektivität unter Beweis zu stellen und dann die Frage anzuschließen: „Wo sind da die rechtsfreien Räume?“ Daß er aber (vorläufig) eine hohe Zahl „rechtswidriger“ Hausbesetzungen duldet, kann er nicht bestreiten, denn über die „Rechtswidrigkeit“ ist er sich mit der CDU ganz einig.

Das „Nürnberger Modell“

Wie in der gegebenen Situation wirkungsvollen staatliches „Durchgreifen“ Effektivität gegenüber den Hausbesetzungen und anderen Protesten aussehen sollte, demonstrierte die CDU/CSU (bzw. auch der rechte Rand der SPD) in der SPD - Stadt Nürnberg, in München und im baden-württembergischen Freiburg.

Selbstverständlich bekannt sich auch die CDU/CSU zum „Dialog der Generationen“. So Vogels Gegenkandidat Weizsäcker auf dem Westberliner CDU-Parteitag im März. Es könnten einem die Tränen kommen: „Wir Älteren haben heute viel zu lernen. Ja, wird man sagen müssen, wir haben dafür abzugeben, daß unter unserer Mitverantwortung viel menschliche und gefühlsmäßige Arbeit entstanden ist, viel Vereinnahmung und manche tiefen Gräben der Fremdheit unter den Generationen“ („Welt“, 24.3.). Die Reihe ähnlich nichtssagender Äußerungen anderer CDU/CSU - Größen ließe sich beliebig verlängern. Heiner Gelsler, Generalsekretär der CDU, z.B. „forderte, die Beteiligung von Minderjährigen in die Distanz zur Gesellschaft zu ziehen“.

stünden, die junge Menschen in die Distanz zur Gesellschaft treiben. Es könne nicht akzeptiert werden, daß in Berlin tausende Wohnungen leer stehen.“ („FR“, 16.3.). Unmissverständlich sind da schon die Ausführungen, die der CDU-Innenminister von Niedersachsen zur „Zunahme der Gewaltbereitschaft“ unter den Jugendlichen machte: „Die anhaltende Periode des Friedens bringt Teile unserer Jugend dazu, bei Meinungsverschiedenheiten die Lösung mit der Faust zu suchen. Die Aggressivität nimmt zu“ („FR“, 4.2.). Da wäre wohl mal wieder ein Krieg ruhig, oder?

Genauso unmissverständlich sind auch die „Dialog“-Vorstellungen, die der baden-württembergische Ministerpräsident Roman Herzog (CDU) anlässlich der Vorlage von „Leitsätzen für Großeinsätze der Polizei“ vortrug. „Mit Sicherheit würde unsere Polizei mit einer Straßenschlacht schneller fertig als in Berlin, und mit Sicherheit hätten wir auch eine ausreichende Zahl von Festnahmen“. Es müsse wieder deutlich gemacht werden, „daß bei aller Toleranz der Rechtsstaat den permanenten Rechtsbruch nicht dulden kann“. Massive Polizei-Einsätze müßten zeigen, „daß die Demokratie keine schwache Staatsform ist“. Vorreiter ist selbstverständlich Bayern. Bereits vom 5.2. ist ein Brief von F.J. Strauß an seinen Innenminister Tandler bekannt. „Die schweren Ausschreitungen randalierender brutaler Chaoten in Berlin, Frankfurt, Göttingen und Hamburg sind Anlaß zu ernster Sorge. Wie nahe wir ähnlichen Zuständen in Bayern schon sind, zeigen die kürzlich erfolgten Hausbesetzungen in Erlangen und Nürnberg. Ich halte es daher für notwendig, daß Sie schon jetzt alle Maßnahmen ergreifen, damit sich solche Vorgänge nicht ereignen können“ („Neue“, 26.2.). Bei seinem berühmten Aschermittwoch - Auftritt trompetete er: „Die Hausbesetzer sind heute der Kern neuer terroristischer Aktionen“ und mit klarer Drohbärde: „Die großen Lampen muß man schwerer auf den Hirn hauen“.

Von Tandler schaltete es zurück: „Der Eskalation des Straßenterrors gilt unsere besondere Wachsamkeit. Wir werden es auch künftig nicht zulassen, daß sich Rechtsbrecher einen rechtsfreien Raum erkämpfen. Auch darf die Polizei nicht zum Freiwild brutaler Chaoten und Krawallmacher werden. Eine Demonstration der Stärke soll den Krawallverursachern von vorneherein zeigen, was ihnen blüht“ (zitiert nach „AK“ 1971).

Diesen Politiker-Sprüchen stehen polizei-strategische Auswertungen zur Seite, die schon seit längerem von be-



Hamburg: Big Brother is watching you. Kameras zur Verkehrsüberwachung werden eingesetzt, um die Teilnehmer der Häuser- und Mieterkampfdemo am 11. April 1981 auf Videoband festzuhalten.

kannten Scharfmachern wie Polizeipräsident Schreiber in München oder Polizeipräsident Stümper in Stuttgart.

präsident Schreiber in München oder Polizeipräsident Stümper in Stuttgart vorgetragen werden. So hielt Schreiber (bekannt durch seine persönliche Legitimation des Schließbefehls gegen den Bankräuber Rammelemer 1971) erst kürzlich ein Referat auf einer „Arbeitsstagung von Polizeipräsidenten und Leitern von Polizeibehörden in Großstädten“ an der Polizei-Akademie Hiltrup („Die Polizei“, 1/81). Dabei polemisierte er mit Bezug auf „Nicht-Einsätze in Bremen, Berlin, Göttingen, Freiburg und München ... in jüngster Zeit ... aus Zweckmäßigkeitsabwägungen“ gegen „Opportunistischerwägungen“ und forderte schnelles und hartes Durchgreifen mit dem Ziel sofortiger lokaler Eindämmung der Proteste im Keim. „In München bleibt kein Haus länger als 24 Stunden besetzt“, heißt seine Parole. Entsprechende Strafverfolgungsanträge seitens der Besitzer leerstehender Häuser bewogt Schreiber sich präventiv.

Stuttgarts Polizeipräsident Stümper hat sich besonders hervorgetan mit seiner immer wieder vorgetragenen Forderung nach einer „Generaldeklaration Innere Sicherheit“, die das „organisierte Verbrechen“ im Zuge eines „operativen Gesamtkonzeptes“ bekämpfen soll. Dabei geht es ihm besonders darum, das „Verbrechen“ an der „Basis“ zu „neutralisieren, auszuheben und zu beseitigen“. „Wir befinden uns bereits im Krieg, es kommt jetzt darauf an, seine weitere Ausbreitung zu verhindern“ („Kriminalistik“, 2.6./80). Ähnliche Äußerungen sind von Ministerpräsident Stöckert, seinem Innenminister Bartsch und dem Brokdorf-Einsatzleiter Fleischfresser bekannt, die ebenfalls „Stärke zeigen“ für die adäquate Antwort auf Proteste halten.

Auf dieser Linie erfolgten die ersten Einsätze in Freiburg: Räumung des Dreusenecks Ende letzten Jahres, Räumung des Schwarzwaldhofes Anfang März. Die vorübergehende Festnahme von über 70 Leuten erregte in der Szene und in der liberalen Öffentlichkeit ziemlichen Protest.

Die CDU/CSU setzt

Mit der Massenverhaftungsaktion im Nürnberger KOMM am 5.3., in deren Verlauf 141 Haftbefehle pauschal, ohne Angabe konkreter Gründe und Beweismittel ausgestellt und die Inhaftierten ohne Kontakt zu Angehörigen oder Anwälten auf die



Westberlin: Verhaftung und ed-Behandlung im Schnellverfahren

zu einer kriminellen Verneinung“. Damit ist faktisch der gesamte Besetzerat, der ansonsten vom Senat als Gesprächspartner umworben wird, zur „kriminellen Verneinung“ erklärt worden. Daß so eher Solidarisierung statt Spaltung der Bewegung produziert wird, liegt auf der Hand. Linke Sozialdemokraten (z.B. in der „Neuen“) reagieren entsprechend betroffen auf solches staatliches „Ungeschick“. - Insgesamt sind in Westberlin bisher „weit über 1000“ Ermittlungsverfahren gegen „Mitglieder der Hausbesetzerzone“ eingeleitet worden, darunter in über 220 Fällen wegen „krimineller Verneinung“ (lt. FR, 18.4.). 27 Häuser wurden von der Polizei geräumt 27 Menschen befinden sich derzeit wegen Hausbesetzer-Demonstrationen im Westberlin in Haft („Welt“, 22.4.).

Auch die Formel des Senats, Häuser würden nur geräumt, wenn aus dem Haus heraus „Straftaten begangen wurden“, erweist sich bei näherer

der Wahl kommt - glaubt machen zu können. Daß sie auf Terror gegen die Masse der Bewegung bisher aus taktischen Erwägungen weitgehend „verzichtet“ hat, dazu aber unter veränderten Bedingungen bereit ist, hat sich in den Räumungen, Durchsuchungen und Massenfestnahmen schon angedeutet. Immerhin hat Westberlin aber bisher als Ort einer relativ „weichen Linie“ noch einen besonderen - auch experimentellen - Charakter.

Überhaupt nicht repräsentativ ist das „Berliner Modell“, jedoch für die tatsächliche Politik der SPD/FDP in anderen Bundesländern und in der Bundesregierung. So ließ Bundeskanzler Schmidt bei seinem „Dialog“-angebot bereits deutlich genug erkennen, daß zu einem „Gespräch mit der Jugend“ vor allem die „Festigkeit“ gehöre, „Nein“ zu sagen. - Die Springer-Presse will wissen, daß Schmidt „im kleinen Kreis die Frage aufgeworfen habe, ob die Zurück

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 14

bayrischen Haftanstalten vorteilhaft und dort nach Terroristenart behandelt wurden sowie mit den anschließenden Rechtfertigungen der Aktion durch Tandler, der Forderung nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts, nach Aufrüstung der Polizei mit Gummigeschossen und mit Tandler Drohung, eventuell „werde er auch schießen lassen“, wurden von der CSU neue Maßstäbe für die „Sicherheitspolitik“ nach innen gesetzt. Dahinter schrumpt der angebliche Grundsatzstreit um Einhaltung oder Nicht-Einhaltung des „Legalitäts-Prinzips“ auf sein eigentliches Maß einer taktischen Meinungsverschiedenheit zusammen. Das bayrische Innenministerium und die Nürnberger Polizeiführung samt Justiz kümmerten sich jedenfalls

Aus der Ecke der linken SPD klingt's im Prinzip nicht anders. Auch ihre Sorge gilt in erster Linie der Aufrechterhaltung und Glaubwürdigkeit des „staatlichen Gewaltmonopols“. So Frankmut Duve in der „Hamb. Morgenpost“ (mopo) vom 23.3.: „Das Gewaltmonopol des Staates kann nur durchgehalten werden, wenn wieder Verhältnisse einkommen, in denen die jungen und die alten Bürger dieses Landes dieses staatliche Monopol auch durch und durch akzeptieren“. Und das geschehe am besten, indem damit „vorsamer und sensibler“ umgegangen wird. „Es gibt gewaltbereite Gruppen. Sie müssen bekämpft werden. Es gibt viel größere gewaltfreie Gruppen. Sie müssen bestärkt werden“.

Die SPD/FDP-Politiker kritisieren im Grunde nicht die Unterdrückung

offen terroristischer Maßnahmen insgesamt geseht haben. Gegen die Nürnberger Aktion konnte sich neben Springers Bohehäuschen („Bitte nicht auf diese altfränkische Art“, „Spiegel“, 12/81) sogar Späth distanzieren: „Wir können die große Zahl von idealistischen Mitläufern nicht pauschal als Straftäter behandeln“ („MoPo“, 16.3.), um gleichzeitig die von ihm selbst befohlene unglaubliche Polizeistats-Eskalation in Freiburg als „gemäßigte“ Linie zu verkaufen. Die CSU hat mit ihrem Nürnberger Vorgehen dem Staatsterrorismus eine wichtige Bresche geschlagen. Seither sind Massen festnahmen in westdeutschen Städten an der Tagesordnung, in Freiburg, Westberlin und in Hamburg, ebenso wie in kleineren Städten — gleich ob CSU/CDU oder SPD/FDP regiert. Proteste außerhalb der linken Szene gab es kaum noch. Selbst willkürliche Inhaftierungen nach Nürnberger Vorbild (so z.B. in München) lassen inzwischen unsere liberalen und linken Spezialdemokraten ziemlich kalt. Man gewöhnt sich halt daran, nicht wahr, ...

Auch die anfängliche Empörung über Tandler's Ankündigung, notfalls „werde er schießen lassen“, über seine Forderung nach Aufrüstung der Polizei mit „Distanzwaffen“ (Gummigeschosse) sowie seine Ankündigung, Bayern werde das notfalls „am Alleingang“ durchführen, falls andere Bundesländer nicht mitziehen wollen, hat sich inzwischen gelegt. Nachdem man sich auf der Innenministerkonferenz am 13.3. über die Notwendigkeit und die Art der weiteren Polizei-Aufrüstung nicht einigen konnte, soll das nun in aller Ruhe und Kollegialität auf einer Klausurtagung der Innenminister am 6.5. „beraten“ werden. Gegen Äußerungen Möcklinghoffs (Innenminister von Niedersachsen), der Tandler's Forderungen mit der Ankündigung eines weiteren möglichen „Ausgangs“ unterstützte und der meint: „Der Staat müsse sich auf terroristische Angriffe vorbereiten“, erhob sich schon keine Gegenstimme mehr. Im Vorfeld der bevorstehenden Innenministerberatung wurden andererseits bereits jetzt die Polizei „nachgerüstet“. In das letzte Aufrüstungsprogramm der SPD, das „Ausbauprogramm Innerer Sicherheit 1978 — 81“ auslaufen ist, war ohnehin zu erwarten, daß ein „Nachrüstungsprogramm“ jetzt fällig ist. Die politischen Forderungen Tandler's, Möcklinghoffs (der für die Polizei sogar Granatwerfer fordert) und der Polizeigewerkschaft dürften u.a. auch den schlichten Sinn haben, wieder einmal die notwendige Legitimation für so ein Programm zu holen.

Warum das „Mittel Nürnberg“ das „Modell Westberlin“ schlagen wird

Der Methodenstreit zwischen CSU und SPD/FDP um die wirksamste Reaktion auf die neue Pro-

testwelle ist in allererster Linie eine Schmerzenskomödie, erst an zweiter Stelle geht es auch um eine Konkurrenz (geringfügig) unterschiedlicher Konzepte.

Außer in dem extremen Sonderfall Westberlin handelt die SPD/FDP genau nach den von CDU/CSU vertretenen Maximen. Hausbesetzung ist Rechtsbruch. Rechtsbrüche darf der Staat nicht dulden, sondern muß sie im ersten Ansatz bekämpfen und bestrafen. Andernfalls riskiert der Staat und die von ihm vertretene herrschende Klasse, daß sich Rechtsbrüche ausbreiten und das „allgemeine Rechtsbewußtsein“ (vor allem der Respekt vorm kapitalistischen Eigentum) schwindet. Daher darf man von Anfang an keine einzige Hausbesetzung dulden, sondern muß sie in den allerersten Stunden von der Polizei liquidieren lassen. — Nach dieser Maxime handelt Klose (SPD) in Hamburg exakt so wie Strauß (CSU) in Bayern — nur daß Klose's Polizei noch ein bißchen schneller und schlagkräftiger als die bayrische ist. In anderen SPD-regierten Städten ist das nicht wesentlich anders. Es kann auch gar nicht anders sein. Da die SPD das kapitalistische Eigentum verteidigt, kann so etwas wie eine Hausbesetzer-Bewegung (die letztlich das kapitalistische Eigentum insgesamt praktisch in Frage stellt) überhaupt nicht hingenommen werden. Wenn das nun so ist, tut der Staat in der Tat am klügsten, solche entstehenden Bewegungen so früh wie möglich zu zerstören, statt es wie in Westberlin zu weit über 100 besetzten Häusern kommen zu lassen, deren Räumung relativ problematisch wäre.

Westberlin buidet aus einer Reihe von Gründen eine extreme Ausnahme von der allgemein akzeptierten polizeipolitischen Faustregel. So, wie die Dinge heute liegen, hat Westberlin

damit einen bundesweit beachteten Experiment-Charakter für den Methodenstreit zwischen mehr „harten“ und mehr „weichen“ Polizeistategien und konkurrierenden Konzepten zur Erhaltung der herrschenden Besitz- und Machtverhältnisse. Der Ausgang dieses Experiments ist jedoch jetzt schon eindeutig. Das in Westberlin von der SPD vorgeführte „Modell“ könnte allenfalls langfristig seine Effektivität zur Integration von Unruhpotentialen unter Beweis stellen. Die dafür nötige Zeit wird dem Experiment von den Herrschenden aber überhaupt nicht eingeräumt. Stattdessen soll es reichlich kurzfristig seine Wirksamkeit bei der Zählung der akuten Hausbesetzer-Bewegung zeigen. An dieser Aufgabe muß das „Westberliner Modell“ selbstverständlich versagen. Daraus wird sich ergeben, daß das Scheitern des Westberliner Modells an dieser konkreten Aufgabe ein mächtiges Argument für die Befürworter der „harten Linie“ sein wird. So oder so dürfte gleich nach den Wahlen (10. Mai) das Finale des „Westberliner Modells“ beginnen.

Die Alternative wäre, auf unabsehbare Zeit weit über 100 besetzte Häuser in Westberlin zu haben — mit einer starken Wirkung auf alle anderen Städte, wo sämtliche etablierten Parteien nach dem Motto „besetzte Häuser sofort räumen!“ handeln. Dieser Alternative werden sämtliche etablierten Parteien ein möglichst rasches „Ende mit Schrecken“ in Westberlin vorziehen. Wenn das die SPD dann nicht mehr als Westberliner Regierungspartei zu verantworten braucht, wird man in der Parteispitze nicht allzu traurig sein.

An diesem Punkt wird nochmals deutlich, daß der Methodenstreit zwischen SPD/FDP und CDU/CSU eben wirklich nicht viel mehr als ein Theater ist. Was die SPD als ihre angebliche Linie darstellt („Dialog mit der Jugend“, Integration statt Repression), kann und will sie überhaupt nicht praktisch durchführen. Sie kann es gar nicht, weil die Bewegungen vor allem materielle Mißstände und eine völkfeindliche Gesamtpolitik zur Grundlage haben. Diese Bewegungen kann man deshalb nicht durch ein paar alberne Sprüche und Mätzchen (Marke „Generationenkonflikt“) für dumm verkaufen, sondern man muß ihnen zumindest materiell etwas anbieten. Wirklich etwas bieten will die SPD aber schon längst nicht mehr, weder auf dem Gebiet sozialer Investitionen noch auf dem Gebiet der (kostenlosen) demokratischen Reformen. Wer den Protestpotentialen buchstäblich nichts anzubieten hat, um sie wenigstens zu kumpieren, der wird zwangsläufig früher oder später zum Staatsterror auf breiter Front greifen „massen“, um den „Rechtsfrieden“ und das „Rechtsbewußtsein“ wieder herzustellen.

Vorort ergänzen auch die SPD und die CDU/CSU bei diesem Spiel vorzüglich. Wie mit den Nürn-

berger Massenverhaftungen übernimmt die CSU häufig die Rolle des Elefanten, der erst einmal einen Pfad freitrampt. Über die Grobheit und mangelnde Geschicklichkeit des Dickhäutern läßt sich dann noch gut schimpfen, während man ihm auf der freigemachten Schneise gerne nachfolgt. Und wenn Möcklinghoff Granatwerfer für die Polizei fordert, dann werden Tandler's Hartgummigeschosse am Ende geradezu als eine maßvolle Lösung erscheinen können.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß „Führungskräfte der Wirtschaft“ sich neuerdings wieder vermehrt Gedanken über die „unternehmerische Selbstbehauptung“ in den 80er Jahren machen. Unter der Überschrift „Gesellschaftlicher Wandel, Untergang, Krise, Widersprüche war kürzlich in „der arbeitgeber“ (22/32 — 1980), Zeitung des BDA, zu lesen: „Der moderne gesellschaftliche Konsens, wie Dahrendorf ihn nennt, verliert an Problemlösungskapazität ... Seine allmähliche Ablösung scheint daher notwendig zu werden“. In einem späteren Aufsatz heißt es zum „Ausländerproblem“ „Die soziale Marktwirtschaft wird schicksalhaft in Frage gestellt werden. Das könnte eine ernsthaftere Bedrohung des sozialen Friedens, der betrieblichen Funktionsfähigkeit und damit der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedeuten, als es die alten und neuen Linken der 60er und 70er Jahre waren“ („der arbeitgeber“, Nr. 24/32 — 1980).

In dieser Besorgnis scheinen sich diese Herren mit den Herren und ggf. auch Damen der Parteien aller Couleur einig.

Jochen Vogel verweist zur Begründung, warum eine Eskalation in Westberlin vermieden werden müsse, u.a. auf die explosive Entwicklung der Lager der Ausländer in der Stadt. Heinz Kühn, Ex-Ministerpräsident von NRW (SPD), meint, daß „wir wirtschaftlich am Ende der Fahnenstange angekommen“ sind, die „Jungen verlieren den Glauben an die Zukunft“ („Bild“, 3.3.). Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD): „Es wird Konflikte geben, und niemand sollte so tun, als hätte er das Rezept, sie zu verhindern“ (FR, 2.4.). Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU, erwartet „schwere soziale Konflikte“ in den 80er Jahren. Roman Herzog, Innenminister von Baden-Württemberg, meinte einen Monat vor der Demonstration von Brokdorf: „In den nächsten Jahren wird der demokratische Rechtsstaat vor schweren Bewährungsproben stehen“. Die Aussondierungen um die zweckmäßigste Befriedungsmethode gegenüber der neuen Jugendrevolte und um die Weiterentwicklung der „inneren Sicherheit“ müssen vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Krisenerwartungen ebenso wie im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen gesehen werden.

Antifa Kommision
K.B./Gruppe Hamburg



einen Druck um die Einhaltung des „Legalitäts-Prinzips“. Die Steinwürfe während der der Verhaftungen vorausgegangenen Demonstration wurden von der begleitenden Polizei „geduldet“ — man hatte Größeres im Sinn. Die Verhaftungen erfolgten mit widerrechtlichen Methoden, die Behandlung der Verhafteten ebenfalls; die Behandlung der Entlassenen im Zuge der gegen sie auf grund der z.T. erteilten Aussagen zustande gekommenen Ermittlungsverfahren setzt die Mißachtung rechtsstaatlicher Prinzipien fort, wenn z.B. Leute zu Zeugenaussagen gezwungen werden sollen, gegen sie selbst in derselben Sache ermittelt wird. Die Justiz behauptet, etwa der Hälfte der festgenommenen eine Beteiligung an der Demonstration beweisen zu können. Der anderen Hälfte kann nicht einmal das nachgewiesen werden. Ihre Inhaftierung war also ein totaler krimineller Akt. Das Nürnberger Vorgehen war so maßlos in Umfang und Qualität, so offensichtlich staatsterroristisch und kriminell, so kackfisch und scheinbar ungeschickt, daß eine Distanzierung von diesem konkreten Fall billig zu haben ist. So bewegt sich die Kritik von seinen der offiziellen SPD/FDP am Nürnberger Vorgehen und Tandler's Forderungen zur Polizei-Bewaffnung am der Phantasie vom „Protest“

der Proteste in Nürnberg (oder anderswo), sondern sie bezweifeln die Zweckmäßigkeit der von der CSU dort angewendeten konkreten Methode, sie bieten stattdessen ihre in Westberlin praktizierte Methode der „differenzieren“, d.h. verschleierte Unterdrückung als die effektivere an. Den Beweis dafür muß die SPD/FDP allerdings erst noch erbringen.

... auch für die SPD

Tatsache ist, daß seit den Massenverhaftungen von Nürnberg kein Haus in Bayern „länger als 24 Stunden“ besetzt werden konnte. Triumphierend mollte Tandler nach der Aktion fest: „Krawallmacher werden jedenfalls, wenn sie in Bayern sind“ („Spiegel“, 12/81). Die Mitteilung einer Hausbesetzerbewegung in Bayern wurde im Heim erteilt. Auch die Solidarisierung mit den Betroffenen hielt sich trotz aller Proteste in Grenzen. Auch ist bisher keineswegs ausgemacht, daß der CSU/CDU in Nürnberg (und anderswo) nicht nach ihrer Einschüchterungsaktion der „Differenzierungsprozesse“ zwischen „unschuldig“ und „schuldig“ Inhaftierten gelingt, den im Prinzip auch die SPD anerkennende „Krawallmacher“ zu isolieren und „schuldig“ Inhaftierten gelingt, den im Prinzip auch die SPD anerkennt. Tatsache ist ferner, daß es der CSU/CDU mit ihrem provokatorischen Vorgehen in Nürnberg gelungen ist, rechtlich bis faschistisches Potential zu mobilisieren, das der CSU/CDU mit Leserbriefen in der Lokalpresse, aber auch mit aktiver Bereitschaft zur Bildung von „Bürgerwehren“ in anderen Teilen der BRD ihre Sympathie bekundet. Auch NPD und Co. wärmern Morgenluft in der rechtstextuellen „Deutschen Wochenzeitung“ wurden die Nürnberger Ereignisse als „Maßnahmen zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung“ abgelehnt, es sei „mit den gebotenen Mitteln durchgegriffen“ worden.

Mit Genugtuung holten Leute wie Stoltenberg die Ernte ein. „Seit über zehn Jahren werden mutante marxistische Parolen verbreitet, die das Rechtsbewußtsein geschwächt und die sittlichen Grundlagen der Friedfertigkeit und Toleranz beschädigt haben. Aber ich bin sicher, daß es eine große Gegenbewegung gibt“ („FR“, 9.3.). Ministerpräsident Späth „appelliert“ an die „schweigende Mehrheit“, die sich „deutlicher zu Wort melden“ müsse, „um dem Prinzip des Rechtsstaates wieder zu jener Geltung zu verhelfen, die unabdingbar sei“ („FR“, 5.3.). Innenminister Tandler nutzt die Geister, die man selber rief, zu demagogischen Drohungen: „Wenn die Sicherheits- und Ordnungskräfte des Staates nicht mehr bereit und in der Lage sind, für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen, dann darf man sich nicht wundern, wenn es Leute gibt die zur Selbsthilfe greifen, und private Ordnungstruppen etablieren. Und von denen sind wir mit Sicherheit nicht begeistert“ („Zeit“, 13.3.). Tatsache ist weiter, daß die Nürnberger Massenverhaftungen die Hemmschwelle gegenüber der Anwendung

»Bürgerwehren« formieren sich

»Bürgerwehren« formieren sich gegen Hausbesetzer

Wenn „Bild“ in einer Riesenschlagzeile danach fragt, wann denn die „Chaoten“ nun auch bewohnte Häuser besetzen, wenn Hausbesetzer in die Nähe von Terroristen gerückt werden und in Nürnberg ein Stück Faschismus der Öffentlichkeit als Lösung des Problems angeboten wird, wundert es nicht, daß sich reaktionäre und faschistische Teile der Bevölkerung ermutigt fühlen, selbst in das Geschehen einzugreifen. Eine aufgebrachte Volkswelle gegen die Krawallmacher — das wäre so recht nach dem Geschmack der Tandler, Hübnermeiers und Co.

Bisher blieb es meist noch bei solchen verbalen Äußerungen wie z.B. in den Leserzuschriften in den „Nürnberger Nachrichten“ nach den Massenverhaftungen: „Blockwarte“ als „Tip gegen Hausbesetzungen“ werden da vorgeschlagen. Das sei ein „probates Mittel, um Ausschreitungen zu verhindern“. — „Ich schlage vor, den Leopard 2 ... auch an die Nürnberger Polizei auszuliefern!“. Die „Frankfurter Rundschau“ nennt solche Mentalität beim Namen. Hier „artikuliert sich wieder stärker blauer Faschismus in Straßendiskussionen, Leserzuschriften und zahllosen Briefen an liberale und sozialdemokratische Politiker“.

Das brutale Vorgehen der Polizei außerhalb Bayerns ist diesen Leuten noch viel zu lau. Hingegen gebührt Lob und Dank der vorbildlichen Nürnberger Polizei für ihren Einsatz „gegenüber dem gesteuerten roten Pöbel“, denn sie hat „gegen dieses Rowdytum die Bandbreite der Gesetzes etwas besser ausgeschöpft als die Verantwortlichen in Berlin und Bremen“.

Von diesen verbalen Äußerungen bis zur Selbstjustiz einzelner oder organisierter Reaktionen und Faschisten ist es nicht weit. Beispiele dafür mehr als genug.

— In Göttingen wurden die Scheiben eines besetzten Hauses mit Steinen eingeschlagen und Molotowcocktails hineingeworfen.

Eine sogenannte „Vereinigung Nationaler Berliner“ drohte der Westberliner BI „SO 36“, besetzte Häuser in Brand zu setzen.

— In die von einer Knausgruppe besetzte Kreuzberger SPD-Geschäftsstelle wurde von der Straße aus ein Schuß abgefeuert.

„Bauarbeiter“ und diverse „Freiwilige“ versuchten, „Rechtsmieter“ in einem besetzten Haus in Westberlin zu „befreien“.

— In einem anderen besetzten Haus in Westberlin schlugen „Handwerker“ mit Spitzhacke und Brechstange eine verammelte Tür ein — ihr Auftragsgeber mußte sie zurückstoßen.

— Rottkommandos bieten sich per Anzeige in der „Berliner Morgenpost“ an, Inhabersbesitzer aus besetzten Häusern „herauszuholen“. Da wird um „direkte Kontaktaufnahme“ gebeten zwecks „privater Freimachung ihres Grundbesitzes bei rechtswidriger Besetzung“.

— Die 1976 gebildete „Arbeitsgemeinschaft — City e.V.“, ein Zusammenschluß von ca. 130 Hotels, Banken, Versicherungsunternehmen, Läden, Restaurants usw., — fordern die Beseitigung „unerwünschter Elemente“ im Gebiet um den Kurfürstendamm.

— Einige Ladenbesitzer bereiten sich schon auf ihre Art vor: Gegen Angriffe auf ihr Eigentum rüsten sie sich mit Schußwaffen aus.

Widerstand im ganzen Land

Vorschlag für bundesweiten Aktionstag gerät in die Diskussion

Das letzte Unterelbtreffen hatte mit dem Vorschlag für einen bundesweiten Aktionstag zu einer Beratung am 25.4. nach Marburg eingeladen (Zum Vorschlag, siehe nebenstehenden Auszug aus dem Brokdorf-Info 6 und den Bericht im AK 199).

Es waren unerwartet wenig Leute erschienen (aus Marburg, Braunschweig, Hamburg, Itzehoe, Hannover, Friedberg, Westerwald, Felling, Göttingen, Düsseldorf, Neuwied, Fulda und Wuppertal), obwohl das Treffen (zwar relativ kurzfristig) durch eine bundesweit verschickte Einladung und zwei Hinweise bzw. Artikel in der „taz“ und der „Neuen“ bekannt gemacht worden waren. Neben der kurzfristigen Einladung mag auch ein Grund gewesen sein, daß gleichzeitig in vielen Städten Demonstrationen zum Tod von Sigurd Debus stattgefunden haben, an denen sich auch viele AKW-Gegner beteiligten.

Der Vorschlag für den bundesweiten Aktionstag wurde in der Diskussion klar abgegrenzt von den in der Vergangenheit im Zusammenhang mit Gorboson praktizierten Aktionstagen. Diese hatten seinerzeit den Zweck, die Bewegung von einer zentralen Aktion im Landkreis Lichow-Dannenberg abzuhalten. Bei dem jetzigen Vorschlag geht es vielmehr darum, aus den Schwierigkeiten und Mängeln aber auch Erfolgen der Brokdorf-Demo vom

28.2. zu lernen. Dabei ist es das politische Ziel, wirkungsvollen Widerstand dadurch zu leisten, indem gleichzeitig an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Aktionen vielfältigster Art laufen.

Auf dem Treffen in Marburg kam es darauf an, neben der Diskussion über die politische Stoßrichtung des Vorschlags auch einzuschätzen, ob diese neue Form politischen Protestes in den verschiedenen Protestbewegungen die nötige Bereitschaft und Kraft vorfindet. Angesichts der geringen Teilnahme und weil der Vorschlag bisher auch nur in Anti-AKW-Bla bekannt ist, war eine Einschätzung nicht möglich. Es bestand Übereinstimmung darin, daß es besser ist, die Aktion gründlich vorzubereiten, als zu versuchen, sie schnell über die Bühne zu bringen. Insofern wird sich vermutlich das Vorhaben, den Aktionstag bereits im Juni zu veranstalten, wohl nicht verwirklichen lassen. Möglicherweise kann der Aktionstag Aufsicht für den Herbst 81 sein.

Betont wurde auf dem Treffen, daß mit einer Verschiebung keineswegs gemeint sein kann, Aktionen überhaupt aufzuschieben. Im Gegenteil sollte regional keine Gelegenheit für Protest und Widerstand vernachlässigt werden. So bieten sich an der bundesweite Hausbesetzer Tag Ende Mai, das Rock gegen Rechts-

Konzert, die Verhinderung einer möglicherweise von den Nazis geplanten Provokation zum 17. Juni, die große Öffentlichkeit während des ev. Kirchentages in Hamburg Mitte Juni, die Standortentscheidung über eine Hessische Wiederaufbereitungsanlage, die für den Sommer geplante Inbetriebnahme des AKW Grafenrheinfeld und nicht zuletzt die Tatsache, daß AKW-Gegner, Hausbesetzer und andere politische Gefangene nach wie vor in den Knä-

sten sitzen. Im heißen Sommer in dieser Beziehung ist mit der besten Vorbereitung für einen konzentrierten bundesweiten Aktionstag, wie er in dem Vorschlag gemeint ist.

Wie soll es mit dem Vorschlag weiter gehen? Das Bla sollen aufgefordert werden, über den Plan zu sprechen und auf regionalen Zusammenschlüssen (Landeskongressen usw.) zu diskutieren. Außerdem soll der

Vorschlag in anderen politischen „Szenen“ bekannt gemacht werden. Am 30. Mai wird in Marburg (11 Uhr, Mensa, Clubraum 9, Kontakt: Umwehladen, Am Grün 40a, 3550 Marburg, Tel.: 06421/12533 oder BUU-Hamburg, 040/4398671 (Bartelsstr.) oder 040/432364 (AK Ökologie)) ein weiteres Treffen stattfinden, auf dem der aktuelle Diskussionsstand einzuschätzen ist. Dort wird dann eine Bundeskonferenz für den bundesweiten Aktionstag vorbereitet werden.

1. Machen wir das nächste Mal Aktionen da, wo sie uns diesmal nicht haben wollten! Nicht nur an den Bauplätzen sitzt die Atomindustrie. In den Städten und Orten sind die Zentren, an denen AKWs geplant, finanziert und Teile gefertigt werden. Der Kampf gegen die Kriminalisierung und für die Freilassung der gefangenen AKW-Gegner wird sicher bei allen Aktionen eine Rolle spielen. Nicht zuletzt ist die Verstärkung und Ausbreitung des Kampfs gegen das Atomprogramm ein Beitrag dazu, die Kriminalisierung wirkungslos zu machen.
2. Wir weichen der an einem Punkt geballten Polizeimacht aus und demonstrieren an vielen verschiedenen Orten gleichzeitig. Je mehr Aktionen wir ankündigen, desto besser. Jede Gruppe kann Ort und Form selbst bestimmen. Es kommt nicht zu der fruchtlosen Diskussion darüber, ob eine Aktion auf eine bestimmte Form festgelegt werden soll. Es kann auf bewährte Aktionen zurückgegriffen werden: Es lassen sich Kirchen besetzen oder anderes, Blockaden und Boykott durchführen, Kundgebungen, Öffentlichkeitsarbeit welcher Art auch immer. Aktionen können von kleinen Gruppen gemacht werden oder es wird eine große Öffentlichkeit mobilisiert. Sie können sich über mehrere Tage erstrecken – der Phantasie sind sicher keine Grenzen gesetzt. Wichtig ist nur, daß alles, was gleichzeitig passiert, auch möglichst schnell bekannt wird, um deutlich zu machen, daß es sich um eine Aktivität handelt. Auf die Presse werden wir uns hierbei nicht verlassen können. Mit einem eigenen Informationssystem kann versucht werden, sich bereits während der Aktion gegenseitig zu unterrichten. Dadurch wird der Eindruck der gemeinsamen massenhaften Aktion verstärkt, was nicht zu unterschätzen ist, wie die Demonstration vom 28.2. gezeigt hat.
3. Die Brokdorf-Demonstration hat davon profitiert, daß sich im letzten Jahr an verschiedenen Fronten Widerstand entwickelt hat. Gegen Wohnungsnot und Spekulation, gegen Atomraketen und militärisches Sägebagger, gegen Umweltschädigung durch Verkehrsmittel und Vergiftung und gegen Entmenslichung von Wohnen und Arbeiten. Auch wenn sich der Widerstand an verschiedenen Fronten äußert, so richtet er sich doch insgesamt gegen eine Politik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen die Schraube enger zieht und in einigen überzogen wurde. Das Bla gegen Atomanlagen sollten versuchen, auch die anderen Bereiche für den Aktionstag zu gewinnen. Es widerspricht sich nicht, wenn sich der Widerstand nicht nur an verschiedenen Orten, sondern auch zu verschiedenen Themen gleichzeitig äußert.

Brokdorf-Ermittlungsbericht

In Brokdorf, am 28.2., exerzierte die Polizei bis zum Nachmittag die „flexible“ Polizeitaktik vor. Sie „beschränkte“ sich bis dahin um Brokdorf herum weitgehend darauf, durch mehrere Ausfälle und Wasserwerfer-Einsätze die Demonstranten direkt am Baugelände in Schach zu halten. Auf der Pressekonferenz am Nachmittag des 28.2. in Itzehoe kündigte Innenminister Barschel an, daß von nun an „qualifizierte Festnahmen“ von der Polizei getätigt würden. Kurze Zeit später – so gegen 17 Uhr – kam über den Polizeifunk, daß alle verhaftet werden sollte, was zu Verhaftungen sei.

Insgesamt wurden im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demonstration vom 28.2. 65 Menschen festgenommen, 3 bei der Abfahrt in Hamburg mit gezogener Dienstpistole und ungefähr 10 auf dem Lautsprecherwagen der AKL. Alle anderen wurden bei Polizeiüberfällen auf die abziehenden Demonstranten festgenommen.

Dieser Auswertung wurde vom Ermittlungsausschuß auf der Grundlage von 50 eingegangenen Augenzeugenberichten erstellt, davon ungefähr die Hälfte Berichte von Festgenommenen.

Festnahmen

Die Polizei trieb die abziehenden Demonstranten mit Wasserwerfer und Hubschraubereinsätzen vor sich her. Auf die letzten Reihen wurde eingedrückt. Wer dadurch auf der Strecke blieb, den Anschluß an die Demonstration verlor oder anderen, die gefallen waren, wurde zugeholfen, wurde verprügelt und festgenommen.

„Wir wurden dann von Hubschraubern angefliegen, die sehr tief über uns flogen; viele Leute wurden durch den Luftwirbel und die Wasserwerfer zu Fall gebracht. Wir fingen an zu laufen. Ich fiel ein paar mal hin, als mich ein harter Wasserstrahl direkt an den Beinen und den Rücken traf. Das war offenbar gezielt, denn ich versuchte auszuweichen, und der Wasserstrahl folgte meinen Bewegungen. Ich hatte Angst, übermüdet zu werden und ließ mich in einen Wassergraben fallen. Sofort stürzte sich ein Polizist auf mich. Der Polizist, der mich festnahm, hat mich geschlagen, aber als er mich abführte, schlugen mich andere Polizisten, die mir entgegenkamen, gezielt mit Gummiknüppeln auf den Kopf und in die Seite und beschimpften mich.“

Mehrere Demonstranten wurden vor ihrer Festnahme in Wassergräben gestoßen. Beispielhaft für das Verhalten der Polizei bei den Festnahmen ist folgende Schilderung: „Als ungefähr auf meiner Höhe ein einzelner Demonstrant zu Boden stürzte und sofort von mehreren

Polizisten angegriffen und zusammen geschlagen wurde, ließ ich über eine kleine Holzbrücke auf die Wiese und brüllte die 'Beamten' an: 'Laßt ihn los! Ihr schlagt ihn noch tot!' Daraufhin ließ einer der prangenden 'Beamten' knüppelnd auf mich los, zog mir ein paar Schläge über Kopf und Rücken und trieb mich auf die Holzbrücke zurück. Ich stand dann auf der Brücke mit dem Rücken zur B 431, da der eine Polizist mich immer noch mit seinem Knüttel bedrohte. Plötzlich bekam ich von hinten darauf brutale Schläge auf meinen Kopf und auf Arme und Schultern, daß ich durch die Wucht der Schläge regelrecht von der Brücke abhob und kopfüber in den Wassergraben stürzte. Als ich völlig benommen wieder auftauchte, sah ich ringsherum am Ufer und auf der Brücke nur noch bewaffnete und behelmte

Späler von Polizisten laufen mußten. Dazu der Bericht einer Festgenommenen:

„Ich ging zu meiner Freundin, die auch festgenommen worden war. Einige Polizisten, die uns entgegenkamen, bildeten ein Spalier, brüllten auf ihre Schilde und schlugen gezielt auf uns ein. Meist auf Kopf und Oberkörper. Neben den Knüttelschlägen wurden sie gleichzeitig verhört oder auf Sprüche bedacht wie: 'Sag ein Wort und ich schlag dich tot!'“

Fünfe festgenommene Demonstrantinnen und Demonstranten wurden von Polizisten aufgefordert, angebliche „Waffen“, z.B. ein mehrpoliges Kabel, das auf der Straße lag, aufzuheben, sprich anzufassen (siehe auch Augenzeugenbericht im Kasten).

geschleudert wurde. Sodann mußte ich Schuhe, Strümpfe, Anorak und Pullover trotz extremer Kälte ausziehen und durfte mich erst nach langen und scharfen Protesten wieder anziehen.“ Ähnlich ein weiterer Betroffener: „Wir mußten dann – die zwei Frauen und ich – ca. eine dreiviertel Stunde mit unserer nassen Bekleidung, bewacht von den Polizisten, neben den Wagen stehen. Es wurden Fotos von uns zusammen mit den Polizisten gemacht, die für uns zutiefst waren, und wir wurden gewaltsam dazu gezwungen, in die Filmkameras des NDR zu gucken.“

Andere wurden zu dem von Polizisten so genannten „Konzentrationslager“ gebracht – zwei Buden mit NATO-Draht umgeben – und mußten dort im Freien warten.

Andere mußten sich im Freien durchsuchen lassen, ohne Schuhe

mitteibelehrung, ebenso erhielt niemand vom Bauplatz aus die Möglichkeit, einen Anwalt anzurufen. Zur Vernehmung hieß ein Betroffenenbericht:

„Der eine Polizist – schwarze Cordhose, Ballermann auf der Hüfte, kariertes Hemd, blondes kurzes Haar – schrie: 'Komm rehn, du Arschficker!' ... 'Setz dich da hin, du schwule Sau!', und deutete auf einen Stuhl. Er schrieb das Protokoll und führte auch das Verhör, unter Weiterverwendung o.a. Titel. Der andere war ruhiger. Er hatte dunkles kurzes Haar und trug einen grauen Pullover. Der blonde Beamte hat mich bedroht, als ich zur Sache nichts aussagen wollte. 'Paß auf! Gleich schick ich meinen Kollegen raus. Dann woll'n wir mal sehen, was du aussagst!' Als er in meiner Sacktasche eine Flasche mit totonischer Kochsalzlösung fand, schrie er: 'Das Schwein hat nen Moll in der Tasche!' Er machte Anstalten, als wolle er sich auf mich stürzen ... Das Protokoll war ein roter Fragebogen. Ich konnte an Beschuldigungen lesen: Teilnahme ..., Widerstand ..., Gewaltanwendung ... Ich verlangte einen Anwalt und gab auch Adresse und Telefonnummer an. Erst hieß es: 'Erst Mollies werfen, und dann noch nen Anwalt verlangen!' Als ich darauf hinwies, daß dies mein Recht sei, meinte der Beamte: 'Später'. Ich wurde nicht über meine Rechte aufgeklärt und auch nicht über die weitere Vorgehensweise.“

Von einem weiteren Fall ist uns bekannt, daß einem Festgenommenen bei Aussageverweigerung Prügel angedroht wurden.

Unseres Wissens wurden alle festgenommenen Demonstrantinnen und Demonstranten ED-behandelt, z.T. gegen ihren Widerspruch.

Die Vorwürfe, die gegen die Festgenommenen erhoben wurden, reichten von „Teilnahme an einer verbotenen Demonstration“ über „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und „Gewaltanwendung“ bis „Landfriedensbruch“.

Im „Konzentrationslager“

Zwischen 4 und 7 Stunden wurden die Festgenommenen auf dem Bauplatz völlig isoliert von der Außenwelt festgehalten, den größten Teil der Zeit in eisigen, dunklen Gefangenentainern, von engen Polizisten auch „Konzentrationslager“ genannt. Erst nach dieser Zeit wurden sie entweder freigelassen oder in die Itzehoeer Kriminaldirektion West geflogen, wo sie zum Teil erst am nächsten Tag freikamen. Dazu einige Betroffene:

„Betroffener wurde ich zum sogenannten 'Gefangenenlager' (so der Ausdruck



Polizisten. Mein erster Gedanke war: 'Oh, Scheiß! Das war's dann wohl! Das überlebst du nicht!'“

Von mehreren Augenzeugen hörten wir, daß sich bei den Festnahmen Zivilpolizisten hervorstreckten, die – als Demonstranten verkleidet, mit Anti-AKW-Plakette u.ä. – aus den Reihen der Demonstranten heraus entweder selbst Demonstranten festnahmen oder sie ihren „Kollegen“ in die Arme trieben.

Nach der Festnahme

Viele Festgenommene berichten, daß sie nach ihrer Festnahme durch ein

Auf dem Bauplatz

Auf dem Bauplatz erwartete die Festgenommenen entweder ein nervliches Spießrutenlaufen, oder sie mußten bis zu einer dreiviertel Stunde lang in nassen Kleidern in der Kälte auf ihre Vernehmung warten. Mehrere Berichte sprechen von einer solchen Wartezeit:

„Die Beamten des Grenzsicherz unterzuchten meine Kleidungsstücke sowie meinen Rucksack im Freien bei Taschenlampenbeleuchtung. Ich wurde auch einer Leibesvisitation unterzogen, in deren Verlauf ich zu Boden

und Mantel, die Beine gespreizt, mit an die Wand erhobenen Händen

Von weiteren Schikanen berichtet eine andere Demonstrantin: „Wir wurden dann zu einem Polizeiwagen geführt und zum Polizeilager gebracht. Dort wurden wir wiederholt angeschrien. Ein Beamter verbot mir, mit einem anderen Demonstranten zu reden. Ein anderer nutzte die Situation, mich mit obszönen Gesten anzumachen.“

Vernehmung

Nach unserem Informationen erhielt nach der Festnahme niemand Rechts-

Kampf den Atomkraftwerken

Fortsetzung von Seite 16

der Polizei) gebracht. Das waren von Stacheldraht eingefasste Kästen aus Weiblich. Die Fenster waren von außen zugenagelt, so daß es in der Hütte stockdunkel war. Mir war in der Hütte weitere 7 Frauen. Der Kasten war ungeheizt, und es herrschte eine Temperatur unter Null. Ich befand mich in diesem Gehäuse ca. 3 Stunden.

Auch Verletzte wurden in diese Gefangencontainer gesperrt. „Danach kam ich in einen dunklen, kalten Bauwagen. Ich verlangte nach einem Arzt. Bald nachher kam auch B. in die Zelle. Er besorgte mir dann, als er in den Sanit-Raum verlegt wurde, einen Arzt, da die Beamten nicht reagierten. Der Doc ließ mich trotz meiner Verletzungen im 'schwarzen Loch'. Erst gegen 22 Uhr erreichten die Mitgefangenen, daß ich zum Doc geschleppt wurde. Jetzt legte er eine Infusion an, spritzte Valium und flag mich mit dem Hubschrauber nach Itzehoe ins Krankenhaus. Verdacht auf Schädeltrauma, Fraktur der L5.“

Ein weiterer Verletzter mußte zwar nur für kurze Zeit im Container liegen, seine Situation war aber kaum besser. „Nach ca. 3 Stunden wurde ich dann nochmals verlegt, diesmal auf den Flur, direkt gegenüber dem Haupteingang. Da war's erstens natürlich sehr kalt und zugig, und zweitens bekam ich dadurch das zweifelhafte Vergnügen, von jedem Polizisten, der hereinkam, dumm angesehen zu werden. Es war verdammt erniedrigend, mehr oder weniger nackt und völlig ausgeliefert (der Festgenommene hatte nur eine Decke um, Anm. EA) diese Prozedur über sich ergehen zu lassen.“

Am Sonntag saßen noch 6 Demonstranten im Knast in Itzehoe. Erst nachdem die Rechtsanwälte gegen die verantwortlichen Staatsanwälte Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gestellt hatten, wurden 5 Demonstranten gegen 13 Uhr entlas-

sen. Sie waren am Samstag um 22 Uhr in einer Straßensperre in Itzehoe nach der Durchsuchung ihres Autos festgesetzt worden. Der letzte Festgenommene wurde am Sonntag um 15 Uhr aus der Haft entlassen.

Unsere Rechte

Bei den Festnahmen am 28.2. gab es von Seiten der Polizei keinerlei Rechtsmittelbelehrung. Umso wichtiger ist es, daß die Demonstranten selbst ihre Rechte kennen und darauf bestehen, selbst oder gerade wenn ihre Situation ausweglos erscheint.

Obwohl die Isolation und Einschüchterung auf dem Bauplatz erdrückend war, hat nach unserem Wissen keine Festgenommene/kein Festgenommener Aussagen zur Sache gemacht, sondern im wesentlichen nur zur Person Angaben zum Verdienst der Eltern o.ä. brauchen nicht gemacht zu werden!

Inwieweit darauf bestanden wurde, Rechtsmittelbelehrung zu erhalten, können wir anhand der Berichte nicht feststellen. Wir wissen auch nicht, ob in jedem Fall darauf bestanden wurde, eine Rechtsanwältin/einen Rechtsanwalt anzurufen. Das ist unbedingt wichtig.

Gegen ED-Behandlung muß in jedem Fall schriftlich, d.h. im Polizeiprotokoll Widerspruch eingelegt werden. Außerdem sollte man/frau darauf bestehen, die Dienstnummer des festnehmenden und/oder prügelnden Polizisten zu erhalten. Auf diesen Rechten bestehen heißt in den Fällen, wo sie von der Polizei mißachtet werden, zumindest darauf zu bestehen, daß der Protest bzw. Widerspruch ins Polizeiprotokoll aufgenommen werden. Das ist v.a. für ein späteres Verfahren wichtig, kann aber auch für die Festgenommene/den Festgenommenen wichtig sein, um sich nicht völlig ausgeliefert zu fühlen. Übungs-Polizeiprotokolle dürfen nicht unterschrieben werden!

Gerade in dieser Situation des sich ausgeliefert Fühlens gab es vielen



Festgenommenen Mut, daß andere Demonstrant/innen, die ebenfalls auf dem Bauplatz festgehalten wurden, sich um Verletzte kümmerten, forderten, daß sie nur gemeinsam freigelassen werden wollten, oder daß sich Festgenommene einfach in den Arm genommen haben.

Verfahren

Auf dem letzten Betroffenen-Treff haben wir von sechs Festgenommenen erfahren, daß gegen sie „nur“ noch wegen Ordnungswidrigkeiten (Teilnahme an einer verbotenen Demonstration) ermittelt wird. (Auch

Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis 5.000 DM belegt werden.) In den anderen Fällen wissen die Festgenommenen und wir noch nichts Genaues vom Stand der Ermittlungen.

Von mindestens einer Festgenommenen wissen wir, daß sie selbst inzwischen einen Polizisten wegen Körperverletzung angezeigt hat.

Solidaritätsarbeit vor Ort

Als positives Beispiel für eine örtliche Solidaritätsaktion ist uns vor allem Osnabrück bekannt. Schon wenige Tage nach der Brokdorf-Demonstra-

tion erschien in Osnabrück das erste Flugblatt, worin der Verlauf der Demonstration geschildert wurde sowie Zeugen für zwei Festgenommene gesucht wurden, deren Fälle genau beschrieben waren. Außerdem wurde ein Spendenkonto eingerichtet für spätere Prozesse. Mit Bildtafeln wurden Info-Stände in der Osnabrücker Innenstadt gemacht, um die Bevölkerung zu informieren. Darüber hinaus fand eine Demonstration mit 500-1.000 Teilnehmern statt zum Protest gegen Brokdorf-Verfahren.

Ermittlungsausschuß zum 28.2.81

Noch als ich blutüberströmt dalag, trat er M... meine Nahe und rief den Bullen zu, er habe gesehen, was mit mir gemacht worden sei und er wolle sehen, wie ich zugerichtet wäre. Näheres ist mir über diesen Zeugen nicht bekannt.

Ich wurde dann hochgerissen und mit Handfesseln belegt. Das bereitete außerordentliche Schmerzen, weil meine Hände zerknuppelt waren. Ein junger Bulle wurde beauftragt mich festzunehmen. Er führte mich dann ab Richtung Wassergraben, B 431. Ich sollte, trotz gefesselter Hände, über eine bereits im Wasser liegende Enterbrücke gehen. Als ich protestierte, stieß er mich die Brücke hinunter.

Auf der Straße wurde ich in einen Bach verfrachtet. Hier wartete... ohne daß ich mich gewehrt hätte. Daraufhin kam, ich sollte froh sein, daß ich einen Helm auf hatte, sonst wäre ich jetzt nicht mehr. Außerdem habe ich Glück, mit ihm hier im Wagen zu sein, bei seinen Kollegen ginge es jetzt anders rund. Daraufhin war ich gleich erheblich eingeschüchtert für die folgenden polizeilichen Behandlungen.

Wir kamen dann in eine hauptquartierähnliche Baracke. Hier mußte ich meine Taschen ausräumen. Ich protestierte dagegen, weil ich mit meinen dick angeschwollenen Händen nicht in die Taschen kam. Rund umstehende hohnende Bullen (Recht geschieht dir, viel mehr brauchst du, totschlagen sollte man euch alle) schuchterten nicht so ein, daß ich mich fügte. Dann wurde ein Polizeiarzt herbeigerufen, der meine Gesichtsverletzungen betrachten sollte. Er riß mir brutal die Platzwunde an der Stirn auseinander und meinte, ich sei vernehmungsfähig. Ich wurde aber nach spätestens 6 Stunden einem Arzt vorgeführt.

Dann kam ich zu den Bürocontainern. Hier fand die übliche Prozedur an. Bei der ED-Behandlung wurden mir die Fingerabdrücke trotz meiner verletzten Finger abgenommen (Verdacht auf Zeigefingerfraktur). Als ich vor Schmerz jaulte, ließ mich der Beamte die Abdrücke selbst machen. Später bei der Vernehmung mußte ich mich zunächst entkleiden und mir wurden alle meine Habseierkeiten abgenommen (Ausweis, Führerschein, Bausparausweis, Tetanusausweis, Geld, Autoschlüssel, Feuerzeug, Taschenmesser). Inzwischen ging es mir so dreckig, daß ich mehrfach vom Stuhl rutschte und meine Umgebung nur schwer wahrnehmen konnte. Es wurden daraufhin zwei Sanitäter gerufen.

Noch als ich im Container saß, nachdem mein festnehmender Bulle seine Aussage bereits zu Protokoll gegeben hatte, und zwar, er habe sich von mir bedroht gefühlt und daraufhin vom Schlagstock Gebrauch gemacht, und mich der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration beschuldigt, kam ein Bulle herein, schaute mich an und fing an rumzubrüllen. Ich sei das, ich sei der Radeiführer, ich habe ganz vorne Steine gegen den Wasserwerfer geworfen. Ich wies ihn darauf hin, daß er sich täusche, worauf er mir antwortete: „Na klar täusche ich mich. Aber ich werde das beenden und da kannst du nichts machen.“ Daraufhin holte er einen weiteren Bulle, den er suggestiv fragte, ob er mich auch erkennen würde. Der bejahte es natürlich und beide ließen ihre Aussage protokollieren.

Ein Bulle schrie mich an: „Heim ab! Heim ab!“. Ich war völlig in Panik und Angst und aufgelöst, konnte nicht mehr denken, sah nur noch Bullen um mich und eine menschenleere Straße und auf der anderen Seite des Grabens meine Leute, daß ich nicht fassen konnte, nicht mehr zu denen zu gehören. Die Bullen schrien mich an: „Erst den Helm markieren und dann Angst haben.“ Derjenige, der darauf bestand, daß ich den Helm abnahm, war

wilber total fertig und aufgelöst. Er brachte mich die Straße zurück Richtung Einsatzkommando und wir mußten an den entgegenkommenden Bullen vorbei. Dabei mußte ich durch ihre Schreie Sprinten und ein Typ schlug mich in die Seite. Ich hatte Angst, sie könnten mich zu Tode prügeln oder -treten, da, alleine. Den Helm hatte ich inzwischen ab, obwohl ich nicht wußte, ob ich so recht verprügelt werden sollte.

Ein Polizist fand auf der Straße ein dickes weißes Kabel - 5 cm dick - und zeigte das einem Journalisten, der vorbeikam. „Sehen Sie, damit schlagen die Demonstranten auf die Polizisten“, dann nahm ein Kollege: „Der hier könnte das gut gebrauchen sein“ (über A.). „aber das wird man ja gar nicht gebrauchen sehen, ob er das gewissen ist...“ (wulstige, drohende).

Wichtig war, daß der Kommandeur uns betahel, Fundsachen wie Helme, Knuppel, Taschen etc. mit in die „Gefangenenammelstelle“ zu schleppen. Da bei dachte ich an die Bemerkung mit den Fingerabdrücken vorher. Wollten sie nachträglich Beweise schaffen? Der Kommandeur demütigte uns und bestand darauf, daß wir die Sachen schleppen. Ich war zu eingeschüchtert, um mich zu wehren. Die anderen beiden auch. Wir nahmen uns unverfängliche Teile wie Helme mit.

Sie versuchten uns moralisch fertigzumachen. Wir konnten nicht telefonieren, denn Sie konnten ja auch nicht telefonieren. Wenn wir nach Brokdorf gekommen wären, müßten wir ja damit rechnen, daß wir verhaftet werden und unsere Angehörigen auch. Also kein Anlaß zum Telefonieren! Seine arme Frau dagegen wußte ja auch nicht, wo er sei und ob er verletzt sei und überhaupt, er wäre gerade entgelogen worden... (das erzählten mehrere Verwaltungstypen) und wir seien an allem schuld etc.

In dem Raum lagen ein junger Mann auf der Bahre, nur mit einer Decke bekleidet. Er war fertig. Er hieß B. aus O. Sie hatten ihn verprügelt und in den Graben geschmissen und er hatte keine Kräfte mehr. Sie ließen ihn auch nicht anrufen. Ich ging zu ihm und er erzählte mir, was passiert war und daß ich für ihn telefonieren sollte, falls ich herauskame, weil er auf Knieen warten mußte. Ich hatte den Eindruck, daß er außer seinen Verletzungen einen Schock hatte und sie ließen ihn in dem Büro unter einer Neonröhre stundenlang liegen, später im Flur. Der Kieler Bulle, ein altes Sadisten... meinte höhnisch: „Guck mal, gibt er nicht ein schönes Bild ab, wie er so schläft!“ (Ich zu seinem Kollegen (das war so gegen 19.30 Uhr). Später gegen 23.00 Uhr, als ich aus dem Knast-Bauwagen, in dem wir festgehalten waren auf Klo mußten und wieder in die Nähe des Raumes kam, lag der B. immer noch da!!!)

Bauwagen der Firma Herkamp, ohne Licht, ohne Heizung, so kalt, daß du den Hauch vor dem Gesicht sehen konntest. Um reinzukommen Zickzack auf durch Nato-Draht-Sperrern. Das ist unsere Staatsgewalt. Bis gegen Mitte März 30-14 Frauen zum Schluß kalt fertig verprügelt. Sie ließen uns nicht telefonieren. Brachten uns später eine Taschenlampe und Butterbrote. Sie uns vor Kotzen im Hals stecken ließen. Dann stand das Auf und Abfliegen der Hubschrauber. Dunkelheit, Kälte und Ungewißheit. Sie ließen stundenweise einzelne Frauen raus und brachten neue rein. Bis wir sagten: wir wollten zusammen raus. Sie ließen uns hin mit Informationen, in 15 Min. würden sie wiederkommen, bis... wurde entschieden wart and see. Die Situation war unerträglich. Ich weiß keine Worte. Gegen 24.00 Uhr wurden wir freigelassen. Ein Bullenauto brachte uns zum Ausgang der Baustelle, wo eine Telefonzelle stand.

Brokdorf-Solidaritätsaktionen in Esslingen

Am 28.3. fand in Esslingen eine bunte Straßenaktion statt, die von AKW-Nein-Gruppe, Strobos, den Grünen, Ohne Rüstung leben, DFG/VK und den Bund für Umwelt und Naturschutz getragen wurde. Circa 100 Menschen, viel Musik, Infostände, Luftballons, Stichtafeln etc. sorgten für eine tolle Stimmung in der Fußgängerzone. Auf Stichtafeln und Flugblättern wurde gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern protestiert, über die Brokdorf-Demonstration (an der 130 Leute aus Esslingen teilgenommen hatten) berichtet und allgemeine Informationen über Atomanlagen unter die Leute gebracht. Ein Flugblatt erinnerte speziell an den vor genau zwei Jahren stattgefundenen Unfall in Harrisburg. „Vertreter der Atomindustrie“, die an der Endlagerfrage resigniert waren, verteilten die Atomfälle in kleinen Dosen (etwa Coladoseneröße) unter die Leute.

Auf der Verpackung wurden die Empfänger darum gebeten, den Inhalt über den Zeitraum von einigen

Jahrzehntausenden sicher zu lagern. Um ein Restrisiko zu vermeiden, wurden zusätzlich Jodtabletten verteilt, während ein Straßenmeßtrupp in der Fußgängerzone erste Untersuchungen vornahm.

Im Flugblatt zur Kriminalisierung erklärten AKW-Nein-Gruppe, Strobos und BUND: „Wir sind der Ansicht, kriminell sind nicht diejenigen, die sich gegen Atomkraftwerke zur Wehr setzen, sondern diejenigen, die den Bau von Atomkraftwerken zu verantworten haben. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!“

Fürs erste wurden 60 DM an den Ermittlungsausschuß der BUU überwiesen.

Für die nächsten Wochen ist eine Aktionsseinheit gegen eine Militärausstellung in Leonberg geplant. Die AKW-Nein-Gruppe Esslingen wird sich daran beteiligen, da auch für uns der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen einen immer größeren Stellenwert annehmen muß.

Ein AKW-Gegner aus Esslingen

BROKDORF 28.2.81

Berichte — Bilanz — Perspektiven

Der Umfang der Broschüre beträgt 64 Seiten

3,-- DM plus Porto

Bi's und Buchläden erhalten die Broschüre für

2,10 DM plus Porto

bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren

Aus dem Inhalt

— Vorbereitung der Demo seit Dezember 1980 — Gesamtüberblick der Demonstration — Berichte und Einschätzungen aus verschiedenen Städten — Politische Auseinandersetzung — Perspektiven zur Weiterarbeit — und viele Fotos.

Zu bestellen bei

BUU-Hamburg
Bartelsstrasse 26
2000 Hamburg 6
Tel. 040/4398671

AK-politische Ökologie
Postfach 202
Turnersstrasse 9
2000 Hamburg 6
Tel. 040/432364

verantwortw. Herausgeber:

Bürgerinitiative Umweltschutz Untereibe/Hamburg



Feuer im Besetzerdorf

Drei Hütten brannten in der Nacht zum 22.4. im Dorf der Dammbesetzer zwischen Königstein und Kellheim im hessischen Taunus ab. Seit zwei Jahren ist dieses Dorf, das derzeit von etwa 25 Leuten ständig bewohnt wird, gegen den Bau der Schnellstraße B8 errichtet worden, womit dieses umweltzerstörende Projekt bislang erfolgreich verhindert werden konnte. Wie stark sich die Dammbesetzer dabei in der Bevölkerung verankern konnten, zeigt beispielsweise das Abschneiden zweier alternativer Listen in Kellheim (über 10%) und in Königstein (über 20%), die diesen Kampf unterstützen. In einer ersten Stellungnahme haben die Besetzer erklärt, daß sie sich nicht entmündigen lassen und ihren Kampf gegen die B8 fortsetzen werden. So findet am 9./10. Mai ein großes Fest auf dem Damm statt.

Zur vermeintlichen Ursache des Brandes erklärte die Polizei, Brandstiftung könne „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ ausgeschlossen werden. Woher sie so rasch diese „Sicherheit“ gewonnen hat, ist freilich unklar, zumal im Vordergrund eine gewalttätige Nazi-Bande ihr Unwesen treibt, die vor nicht allzu langer Zeit einen Überfall auf das Dorf versucht hatte. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß vor kurzem zwei Häuser in Bad Homburg, die von türkischen Familien bewohnt waren, abgebrannt sind, wodurch zwölf Familien obdachlos wurden. Nach einem dieser Brände fanden sich einschlägige ausländerfeindliche Parolen in der Stadt.

KB/Gruppe Frankfurt

Baden-Baden: Landesgartenschau — dann Uranabbau!

Mit einer eindrucksvollen Aktion gegen den geplanten Uranabbau in Baden-Baden bereicherten einige AKW-Gegner am 10.4. den eintönigen Propagandardummel zur Eröffnung der Landesgartenschau. Dem Zug von allerlei Ehrengästen, dem Ministerpräsidenten und anderen Ausgewählten stellten sich plötzlich vier in Katastrophenschutzanzügen und Gasmasken gekleidete Personen mit Flugblättern bewaffnet entgegen. Auf dem mitgebrachten Transparent war zu lesen: 1981 Landesgartenschau — 1982 Uranabbau.

was zu lesen: 1981 Landesgartenschau — 1982 Uranabbau

Daß dieser Hinweis auf die gefährlichen Bestrebungen von Bund, Land und der Uranfirma Saarberg Interplan nicht gerne gesehen waren, zeigte sich nicht nur an dem recht aggressiven Ton der Koordinatoren, die um den reibungslosen Ablauf ihrer Veranstaltung fürchteten, sondern auch an einer aufgedrehten Gartenschau-Offiziellen, die sich in ihrer Erregung an Transparent der Urangegner vorgriff. Lebhaftige Diskussion unter den Passanten und Bürgern zeigte, daß der Uranabbau in Baden-Baden als Bedrohung empfunden wird.

Am Datum der Eröffnung der Landesgartenschau lief gleichzeitig ein Ultimatum der Uranabbau-Gesellschaft Saarberg-Interplan ab, der Bund und Land im Rücken, per Zwangseinschaltung einen Abbau notfalls gegen den Willen der Gemeinde erzwingen möchte.

Zwei Probestellen im Gebiet Saurenbach und Müllersbach haben bereits schon einschneidende Folgen für Mensch und Natur. So enthalten bereits die Abraumhalden Uran und alle seine radioaktiven Zerfallsprodukte, die über das Grundwasser leicht in die Nahrungskette gelangen. Das radioaktive Edelgas Radon entweicht aus dem Stollen in die Atmosphäre, und das, obwohl sich z.B. in unmittelbarer Nähe des Stollens am Saurenbach Wohnsiedlungen befinden. Für die Umweltschutz-Bürgerinitiative in Baden-Baden wird die Aktion am 10.4. auf jeden Fall nicht die letzte gegen das lebensbedrohende Teufelswerk sein. Aufgrund der großen Gegnerschaft in der Baden-Badener Bevölkerung dürfte es der Uran-Mafia schwerfallen, an die heißen Steine zu gelangen, nach denen sie schon seit Jahren geißelt, in einem der nächsten AK's werden wir etwas ausführlicher über den Uranabbau und seine Folgen berichten.

KB-Sympathisanten Baden-Baden

Japan: Atomverseuchung wochenlang verheimlicht

Bei dem neuesten Unfall im japanischen AKW Tsuruga waren nach offiziellen Meldungen mindestens 56 Arbeiter einer intensiven radioaktiven Strahlung ausgesetzt gewesen. Gleichzeitig wurde die Meeresbucht von Tsuruga radioaktiv verunreinigt, wobei das Ausmaß und die Folgen noch unüberschaubar sind. Sechs Wochen lang konnte dieser verheerende Vorfall verheimlicht werden. Die Reaktion der japanischen Regierung, nämlich strafrechtliche Ermittlungen, disziplinarische Maßnahmen gegen Verantwortliche und scharfe Sicherheitsüberprüfungen bei allen Reaktoren im Lande, sind aber offensichtlich nur gegen den Verunsicherungskandal gerichtet. Trotz der unüberhörbaren Empörung und der zunehmenden Verunsicherung der Bevölkerung ist die japanische Regierung gewillt, ihr Atomprogramm der 80er Jahre zügig durchzusetzen.

Der Unfall

Am 8. März 1981 war — nach den offiziellen Angaben — ein Abwasserkanal des 357 Megawatt AKW's Tsuruga überlaufen. Dabei sollen insgesamt etwa 40 Kubikmeter stark radioaktiv verunreinigtes Kühlwasser über die normalen Abflüsse in die Meer geleitet worden sein. Erst am 8. April stellte das Gesundheitsamt von der Präfektur Fukui, in der das AKW Tsuruga liegt, aufgrund einer anonymen Information eines AKW-Angestellten eine übermäßig starke Verunreinigung in der Bucht von Tsuruga fest. Vor allem wurden im Seetang, einem wichtigen Nahrungsmittel in Japan, starke Spuren von Kobalt 60, Magnesium 54 und weitere radioaktive Substanzen entdeckt. „Die Intensität der Radioaktivität des Wassers soll nach ersten Messungen die zulässige Toleranzschwelle um ein Millionenfaches überschritten haben“ („FR“, 22.4.81). „Weitere Nachforschungen ergaben eine um mehr als der Tausendfachen angestiegene Radioaktivität auf dem Meeresboden. In den Abwasserrohren des Reaktors wurden bis zu 10.000 picocurie Radioaktivität pro Gramm festgestellt“ („taz“, 22.4.81). „Die radioaktive Konzentration der in diesen Gewässern gefangenen Schell- und anderen Fische betrug das 50- bis 60fache der offiziell als harmlos bezeichneten Menge“ („Die Neue“, 21.4.81).

Trotz dieses verheerenden Ausmaßes der radioaktiven Verunreinigung wurde der Unfall von den AKW-Betreibern erst am 18.4. den zuständigen Behörden gemeldet. Nach den offiziellen Verlautbarungen wird die Zahl der Arbeiter, die bei den geheimgehaltenen Reinigungsarbeiten den tödlichen Strahlen ausgesetzt waren, mit 56 angegeben, nachdem die AKW-Betreiber zunächst nur von weniger als 20 Personen gesprochen hatten. Streikbesetzer, die am 10. April als 20 Personen gesprochen hatten, Strahlenmessungen außerhalb des Reaktors ergaben, daß die betroffenen Arbeiter einer Belastung von 3.600 Millirem pro Stunde ausgesetzt gewesen waren, während die Toleranzschwelle bei 3.000 Millirem in drei Monaten beträgt!

Die Vertuschungspolitik

In dieser Situation versuchen die japanische Regierung und andere Akteure der AKW-Politik, jede weitere enthüllende Information über die Vorfälle möglichst zu unterdrücken, die Gefahren herunter zu spielen und die empörten Gemüter der Bevölkerung zu beschwichtigen. Im Grunde ist diese Politik nichts Neues, sie wird aber am Beispiel Tsuruga besonders deutlich.

Dabei ist sie nicht nur an der anmaßenden Erklärung der Präfekturbehörden von Fukui festzustellen, wonach die Fischverunreinigung als harmlos dargestellt wird, obwohl die Großmärkte in Japan den Verkauf von Fischen aus den betroffenen Gewässern bereits untersagt hatten. Vielmehr ergaben die Untersuchungen in der Meeresbucht von Tsuruga, daß „radioaktive Substanzen von erheblicher höherer Gefährlichkeit entdeckt (wurden), deren Vorhandensein in der Umgebung der Abwässerkanäle aus dem bisher bekannten Verlauf der Zwischenfälle vom 8. März kaum erklärt werden kann“ („SZ“, 22.4.81). Es liegt nahe, daß weitere Pannen bewusst verheimlicht werden sind. Schon am 1. April wurde die Stilllegung des AKW Tsuruga angeordnet. Denn es war bekannt geworden, daß ein radioaktives Leck im Primärkreislauf, das sich bereits im Januar entwickelt hatte und ohne Reaktorabschaltung notdürftig repariert worden war, nicht gemeldet wurde. Der aktive AKW-Gegner und Atomphysiker J. Takagi (ehemals Professor an einer großen Tokyoter

Universität) führt den jetzigen Unfall auf dieses Leck zurück (vgl. „taz“ vom 22.4.81). Dies verwundet nicht angesichts der Tatsache, daß es nunmehr der 32. bekanntgewordene Zwischenfall in der elfjährigen Betriebsgeschichte des AKW Tsuruga ist. In der offiziellen Version wird hingegen als Unfallursache „eine unverantwortlich schlampige Wartung“ angeführt. Ein AKW-Angestellter habe vergessen, ein Ventil zu schließen, was zum Überlaufen des Abwassertanks geführt habe („FR“, 21.4.81). Nicht die Technik, sondern der Mensch hat demnach also versagt. Und das dieses (und nicht etwa all die anderen) folgenschwere Mißgeschick solange vor den aufsichtsführenden Behörden geheimgehalten wurde — besser gesagt: nunmehr doch an die Öffentlichkeit gelangt ist — muß nach den Worten des japanischen Handels- und Industrieministers Tanaka das Spitzenmanagement des AKW Tsuruga mit seiner Entlassung rechnen. Oder es wird, wie es bei Skandalen üblich ist, zu „ehrenvollen Rücktritten“ kommen. Schließlich sind diese Figuren austauschbar.

Hinsichtlich der betroffenen Arbeiter wird von offizieller Seite nur die übliche Erklärung abgegeben, daß gesundheitliche Schäden nicht zu erwarten sind. Es muß aber davon ausgegangen werden, daß die angegebene Zahl weit unter der tatsächlichen liegt. So waren allein bei der Beseitigung des radioaktiven Abwassers weit mehr als 100 Arbeiter eingesetzt („SZ“, 22.4.81). Für solche Arbeiten werden immer Tagelöhner von außerhalb angeheuert, die über die

reaktoren, Wiederaufbereitungsanlagen, Schnellen Brüter und Atom-mülldeposits auszeichnet. Mit dem vollständigen nuklearen Kreislauf verspricht sich die japanische Regierung nicht nur eine vollkommene Autarkie bei der Energieversorgung und eine weitere Expansion des wirtschaftlichen Macht, sondern gleichzeitig auch durch die Plutoniumproduktion eine ständige Ausweitung ihrer militärischen Rolle.

Diese bevorstehende Entwicklung Japans zum Atomstaat und zu einer führenden Atommacht findet ihren Ausdruck beispielsweise in der gemeinsamen Forderung der LDP und ebenfalls rechten DSP (Demokratische Sozialisten) nach einem „wissenschaftlich und technologisch selbständigen Japan“ oder auch in der Konzeption von der „umfassenden Sicherheit“, die das Kernstück der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Suzuki im Januar dieses Jahres bildete. Seit Dezember 1980 gibt es eine Ministerkonferenz zum Komplex „Gesamtsicherheit“. In der Regierungserklärung heißt es einerseits, daß Japans Frieden und Sicherheit nicht allein über eine Erweiterung seiner Verteidigungskapazität erreicht werden könne, und zwar wegen der hohen Roh- und Brennstoffimporte, die derzeit durch internationale Spannungen gefährdet seien. Andererseits stellt Suzuki fest, daß Japans internationale Position sich stark verbessert habe und die gleichzeitig die weltweite Verantwortung Japans deutlich gestiegen ist. Daran folgt Suzuki: „Ich bin mit meiner ganzen Kraft fest entschlossen, die 80er Jah-

industrie spricht von einem Zeithorizont von 5 — 6 Jahren („Japan Times“, 11.3.81). Wichtig sind aber hierbei nicht nur die zeitlichen Zielvorstellungen, sondern es geht um die Durchsetzung des Atomprogramms und der damit verbundenen imperialistischen Ziele überhaupt.

Der Unfall im AKW Tsuruga und die anschließenden Vorfälle in verschiedenen japanischen AKWs haben auch in Japan die Diskussion um die Sicherheit von AKWs entfacht. Örtliche Bürgerproteste erreichten, daß in den Jahren 1979/1980 keine neuen Baugenehmigungen mehr erteilt wurden. Erst im März dieses Jahres wurden gleich drei Bauvorhaben genehmigt. Die japanische Regierung versucht, auch angesichts des örtlich sehr starken Widerstandes der Bevölkerung, den Bürgerdialog bzw. „öffentliche Hearings“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit, mit starkem Polizeischutz und mit ausgewählten Befragern zu inszenieren. Beispiele dafür sind das Kashiwazaki Hearing am 3.12.1980, bei dem es um den Bau von zwei Reaktoren mit je 1.100 Megawatt Leistung ging, 8.000 Demonstranten, 2.300 Bullen, Shunens Hearing am 28.1.1981, bei dem es um den Bau von einem zweiten Reaktor mit 820 Megawatt Leistung ging: 6.000 Demonstranten, 1.200 Bullen, Hamaoka Hearing am 19.3.1981, bei dem es um einen dritten Reaktor mit 1.100 Megawatt Leistung ging: 7.000 Demonstranten, 1.500 Bullen. Bezeichnend beim AKW Hamaoka ist dabei, daß es in einem stark erdbebengefährdeten Gebiet liegt, und zwar lediglich 30 km von einem voraussichtlichen Epizentrum eines Erdbebens entfernt. Dies wird auch von der japanischen Regierung offiziell zugegeben!

Die örtlichen AKW-Hearings sind aber nur eine Methode der AKW-Betreiber, um die Unterstützung und das Verständnis der Bevölkerung zu erlangen und den Bau von AKWs zu erleichtern, wie es in der Regierungserklärung von Suzuki heißt. Weitere Methoden sind beispielsweise die Senkung der Stromtarife in den betroffenen Gegenden, die regionale Organisation von AKW-Befürwortern, was vor allem durch die Parteien LDP und DSP vorangetrieben wird. Zielgruppen sind insbesondere die Dōmei-Gewerkschaften, die diesen Parteien nahestehen und das Atomprogramm unterstützen, sowie die Verbraucherschutzverbände, die auch über eine relativ breite Basis verfügen. Schließlich sind auch massive Bestechungen von betroffenen Bauern und Fischern an der Tagesordnung. Interessant ist hierbei, daß in dem Atomenergiebudget des japanischen Staatshaushaltes die Zuweisungen für „örtliche Durchführungskosten“ in den letzten Jahren wesentlich schneller gewachsen sind als die Entwicklungskosten.

Aufgrund des wachsenden Widerstands in der Bevölkerung, der zusätzlich durch die neuesten Enthüllungen über das AKW Tsuruga gestärkt worden dürfte, wird wohl das japanische Krisenmanagement immer konkretere Formen der obrigkeitstaatlichen Gewalt annehmen. Schließlich steht hier ein Milliarden-Projekt auf dem Spiel, hinter dem nicht nur die Regierung, sondern auch die gesamte japanische Großindustrie steht. Ein Beispiel hierfür ist die z.Z. mit 700 Milliarden Yen (ca. 7 Mrd. DM) veranschlagte Wiederaufbereitungsanlage, die 1990 in Betrieb gehen soll und ein Kernstück des nuklearen Kreislaufs bildet. An diesem WAA-Projekt sind außer der staatlichen Japan Atomic Power Company weitere neun Elektrizitätsgesellschaften, fünf Stahlfirmen, sechs Handelshäuser, 23 Banken, acht Versicherungsunternehmen, vier Bergbauunternehmen, sechs Zementwerke, acht Chemieunternehmen und 12 Bauunternehmen, insgesamt 95 Gesellschaften beteiligt („Sokai kaku-mei“, Nr. 675).

Mit dem Ausbau der Leichtwasserreaktorkapazitäten, der Inbetriebnahme des WAA-Prototyps in Tokaimura, dem Testlauf des experimentellen Schnellen Brüters Joyo und der Baugenehmigung für die Urananreicherungs-Testanlage in Hyuga sind die ersten Bausteine für den tödlichen nuklearen Kreislauf in Japan gelegt. Angesichts der massiven kapitalistischen und imperialistischen Interessen, die hinter dem japanischen Atomprogramm stehen, gibt es für die japanischen AKW-Gegner noch viel zu tun, wobei aber zumindest die Erfahrungen beispielsweise aus dem langjährigen Flughafenkampf von Sanrizuka ein Grund zum Optimismus sind.

Asien-Australien-Kommission



Gefahren nicht bzw. nur unzureichend aufgeklärt werden und für die eine gesundheitliche Versorgung kaum vorhanden ist. Von den 56 offiziell angegebenen Personen waren 48 Tagelöhner.

Es ist fast überflüssig zu erwähnen, daß die japanische Regierung „verschärfte Sicherheitsüberprüfungen“ auch in den übrigen 21 AKWs des Landes angeordnet hat, keinesfalls aber ihre Stilllegung. Zur Einschätzung dieser Politik schreibt die „FR“ (4.81): „Nur vier Monate nach dem Vorfall in „Three Miles Island“ hatten sich in Japan trotz der amtlich verordneten Sicherheitsüberprüfung in drei Kernkraftwerken fünf vergleichbare Unfälle ereignet, von denen drei zunächst verheimlicht wurden. Beim schwersten dieser Vorfälle, in Tschernobyl, traten 80 Tonnen primäres Kühlwasser aus.“

Auf dem Weg zur führenden Atommacht

Unmittelbar nach Bekanntwerden des AKW-Unfalls in Tsuruga machte der Generalsekretär der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) Sakamuchi deutlich, daß das Kabinett weiterhin an dem Kurs der forcierten Ausbaus der Kernenergie festhalten wird. Bis 1990 plant die japanische Regierung die Fertigstellung von 34 neuen AKWs, um die gesamte Kernkraftwerkskapazität von gegenwärtig ca. 15.000 auf 50.000 Megawatt zu erhöhen.

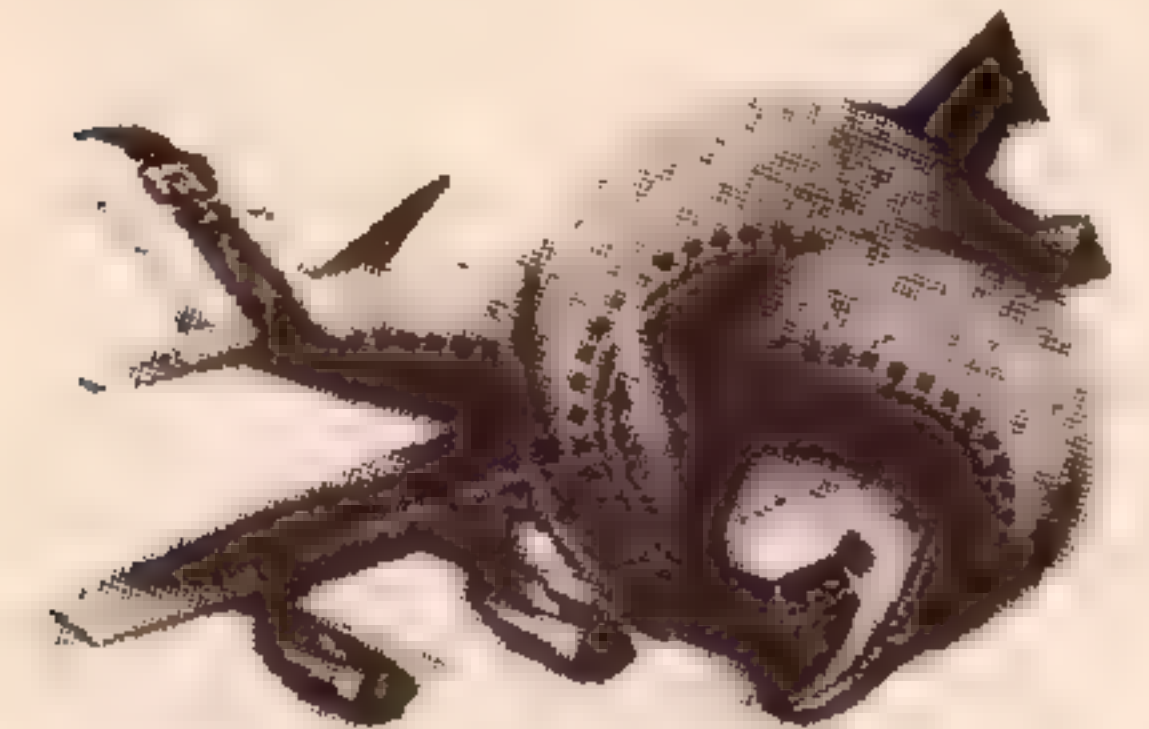
Nach Aussagen des bereits erwähnten Atomphysikers J. Takagi will Japan in diesem Jahrzehnt im Alleingang den Durchbruch bei der Entwicklung der atomaren Technologie schaffen (vgl. „Rodo Joho“, Nr. 89). Im Mittelpunkt dieser Strategie steht die Errichtung eines nuklearen Kreislaufs, der sich durch die Entwicklung und den Ausbau von eigenen Urananreicherungsanlagen, Leichtwasser-

re zu einer Grundlage des 21. Jahrhunderts zu machen. „... Unter diesen Umständen (vermehrter internationaler Krisen, Anm. AK) muß Japan seinen eigenen Frieden und Sicherheit suchen und der Welt zum globalen Frieden und zur globalen Stabilität beitragen“ („Japan Times“, 27.1.81).

Diese Politik Japans hängt eng mit seinem Atomprogramm zusammen und wird derzeit durch die unaufhörliche Rechtsentwicklung der Regierung sowie durch die verstärkten Aufforderungen der Westmächte wie auch der VR China zur beschleunigten Aufrüstung Japans begünstigt. Gleichzeitig werden Japan größere „Verteidigungsregionen“ eingeräumt. Das Atomprogramm paßt auch in das wirtschaftspolitische Konzept der Industrie, wonach sich ein Wandel hin zu den technologieintensiven Bereichen vollzieht, wobei ein Schwerpunkt die Rüstungsindustrie ist. Durch umfangreiche und langfristig angelegte Investitionen in diesen Sektoren und im Energiesektor soll die Anfälligkeit der japanischen Industrie gegenüber Krisen von innen und außen minimiert werden. Somit fällt dem japanischen Atomprogramm eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung wirtschaftlicher, militärischer und weltpolitischer Interessen zu.

Mit „Hearings“ und „Bürgerdialog“ in den Atomstaat

Bedenkt man, daß für die Realisierung eines AKW-Projekts ein Zeitraum von etwa 10 Jahren in Rechnung gestellt werden muß, so müssen die japanischen AKW-Betreiber in den nächsten zwei bis drei Jahren ihre Baupläne umsetzen, um den nuklearen Kreislauf in den 90er Jahren zu schließen (so J. Takagi, in „Rodo Joho“, Nr. 89). Die japanische Atom-



Baustopp für den Großflughafen München

Eine recht überraschende Entscheidung fällt der oberste Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) am GRÜNdonnerstag in München. Er beschließt die unverzügliche Einstellung der seit dem 3. November vergangenen Jahres laufenden Bauarbeiten im Erdinger Moos. Er hob damit die einstinstanzliche Eilentscheidung vom 31. Oktober 1980 auf, die die sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses noch vor Abschluß des Hauptsacheverfahrens beinhaltete (siehe AK 191, 197). Die Anwälte der Flughafengegner hatten sich an den VGH gewendet, um die Schaffung vollendeter Tatsachen im Erdinger Moos zu stoppen.

Die 13-seitige Kurzbegründung...

- beinhaltet drei Punkte, die dieser Entscheidung zugrunde liegen
- Die Größenordnung des Flughafens sei überdimensional und nicht gerechtfertigt Angesichts des „in der Bundesrepublik immer knapper werdenden Naturraumes bedarf der Geländeverbrauch eines solchen Vorhabens einer sorgfältigen Betrachtung“ („SZ“, 18.4.)
- Der Achsabstand von Start- und Landebahn liege 800 Meter über den internationalen Vorschriften. Jeder Meter Achsabstand bedeute jedoch letztlich einen Geländeverbrauch von 6 000 Quadratmetern (bei 6 km Bahnlänge)
- Im Planfeststellungsverfahren sei ein Formfehler begangen worden Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann und sein ehemaliger Ministerialdirigent Johann Ringelmann hätten unzulässigerweise in die Planfeststellung mit eingegriffen, obwohl sie gleichzeitig Aufsichtsratsmitglieder in der Flughafen München Gesellschaft (FMG) seien. Bis Mitte 1977 hätten sie an zahlreichen Besprechungen teilgenommen und an behördlichen Schreiben mitgewirkt (es ging um Lärmschutz, Nachtflugverbot, Notwendigkeit einer dritten und vierten Start- und Landebahn, Durchführung eines Verwaltungsverfahrens). Beide seien auch beteiligt gewesen, als das Wirtschaftsministerium die Landesregierung davon abgehalten habe, das Verfahren wegen Mängeln bei der lufttechnischen Genehmigung neu aufzurollen. Durch die Verquickung von Flughafen-Gesellschaft und Behörde sei das Rechtsstaatsprinzip verletzt worden

In der Urteilszusammenfassung heißt es, bei der Planung zeige sich „eine Summe von Grobzügigkeiten, die kompromißlos den Belangen des Flughafenbetriebes Rechnung tragen und entgegenstehende Belange nicht genügend berücksichtigen“ („SZ“, 18.4.)

Die Urteilsbegründung kam überraschend für die Flughafengegner selbst, die ebendiese Argumente auch im Verfahren immer wieder eingebracht hatten – ohne Erfolg. Die Anwälte hatten schon den Eindruck gewonnen, daß „die Würfel längst gefallen“ seien und aus diesem Grund aus Protest auf ihre Schlußplädoyers verzichtet. Sie wollten „nicht den Eindruck erwecken, irgendeine akzeptable Entscheidung von diesem Gericht zu erwarten“ („NN“, 25.3.81).

Wer hätte dies auch gedacht, nachdem im Erdinger Moos schon mehr als 100 Millionen Mark teure vollendete Tatsachen geschaffen wurden, Bäume gefällt und die Landschaft plattgewalzt wurde

Wir leben ja schließlich in einem Rechtsstaat

Recht aufschlußreich ist hierzu ein Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“, wo es heißt: „Man könnte also fast beruhigt sein, weil es noch Richter gibt, die den Mut haben, dem Druck vollendeter Tatsachen zu widerstehen ... und die

einen Spruch nicht scheuen, der gewaltige finanzielle Auswirkungen haben kann“ („SZ“, 18.4.)

Soll nach dem Justizskandal bei den Nürnberger Massenverhaftungen das Image von den „unabhängigen Richtern“ wieder etwas aufgebessert werden?

Weiter heißt es: „Innenminister Gerold Tandler (hatte) mit gefährlicher Leichtfertigkeit die Flughafengegner in die Nähe von Randalierern und Chaoten gerückt, obwohl sie der Gewalt abgeschworen und nur auf dem Weg über die Gerichte ihr Recht gesucht haben.“

Auf diesem Weg waren sie auch jahrelang immer dann verwiesen worden, wenn sie ihren Protest laut werden ließen. Doch ließ der Prozeß verlaufen und die sofortige Baugenehmigung im November vergangenen Jahres den Gläubigen in den Rechtsstaat immer weiter abhinschwenden. Gleichzeitig verstärkte sich angesichts der „neuen Jugendbewegung“ der Eindruck, man könne sich in diesem Staat nur durch militante Aktionen Gehör verschaffen

So konnte nun nach der Entscheidung des VGH der Freisinger Olli Schäfer, der sich auch zu den Flughafengegnern zählt, in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk seine tiefe Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, „daß unsere Einstellung, in aller Ruhe die Frage der Rechtmäßigkeit der ergangenen Entscheidungen vor Gericht prüfen zu lassen, doch jetzt von einem Erfolg nach vielen vielen Mißerfolgen gekrönt worden ist, und daß auch die von allen Freisinger Mandatsträgern verfolgte Richtung des gewaltfreien Widerstands hier zu einem Erfolg geführt hat.“

Freisinger Mandatsträger verfolgte Richtung des gewaltfreien Widerstands hier zu einem Erfolg geführt hat.

Worauf sich diese Behauptung stützt, führt er nicht aus. Daß man daran seine Zweifel haben kann, zeigt die Fortführung des „SZ“-Kommentars.

„Man lege einen neuen, einwandfrei zustande gekommenen Planfeststellungsbeschluß vor, man gestalte die Planung flexibel. Daß die Flughafen München GmbH dazu instand ist, das hat sie längst bewiesen, als es galt, 350 Millionen Mark einzusparen (Hauff-Episode, Anm.AK) ... und man gehe den Weg durch die Instanzen möglichst rasch.“

Weiter heißt es: „... Jaumann muß den Aufsichtsrat verlassen, soll nach jedes Gericht bei den folgenden Prozessen mit der Anschuldigung konfrontiert werden, der Staatsregierung in der Person des Wirtschaftsministers gehe es nicht um die Vertretung der Bürgerinteressen, sondern um die Wohlfahrt eines Wirtschaftsunternehmens, an dem sie beteiligt ist.“

Doch zunächst einmal ist die Urteilsverkündung im Hauptsacheverfahren der 40 Musterkläger abzuwarten Reichart, Hauptgeschäftsführer der FMG, der den Baustopp als „völlig unverständliche Entscheidung“ empfand, sieht dem Urteilspruch am 27. Mai recht optimistisch entgegen. Er ist davon überzeugt, daß die 17. Kammer den Baustoppbeschuß „in einen vernünftigen Kompromiß“ umarbeite („NN“, 18.4.).

Dennoch, halten sich die drei Richter an das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes, wird die Fertigstellung des Flughafens nicht wie vorgesehen 1983/86 erfolgen, sondern sich um mindestens zwei Jahre verzögern, da erst einmal ein neues Planfeststellungsverfahren abgewickelt werden müßte. Das bedeutet, will frau/man den Angaben der FMG Glauben schenken, eine jährliche Kostensteigerung von 150 Millionen Mark. Die Flughafen-Gesellschaft wird deshalb nicht unversucht lassen, die weitere Entwicklung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Als nächsten Schritt wird sie das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anrufen.

Eine Genossin aus Nürnberg

Wahlen in Westberlin:

Gibt es die CDU-FDP-Koalition?

Auch in der letzten Zeit sind die Stimmen aus dem Lager der drei bürgerlichen Parteien nicht verstummt, sich über mögliche Koalitionen bei Einzug der Alternativen Liste ins Abgeordnetenhaus den Kopf zu zerbrechen. Auf einer Klausurtagung der CDU rechnete der CDU Spitzenkandidat nicht mit der absoluten Mehrheit der CDU, sondern baut vielmehr auf ein „Umfallen“ der FDP (TAZ, 13.4.81).

Willy Brandt machte ebenfalls mit und schloß Neuwahlen nach dem 10. Mai für den Fall nicht aus, daß die FDP ausfällt und CDU, SPD und AL übrig bleiben, Koalitionen seien ohnehin ausgeschlossen: sowohl mit der AL als auch mit der CDU, da dies die AL in ihrer Rolle in der Opposition nur stärken würde. Brandt meinte in seinem Interview mit der „Berliner Morgenpost“ (12. 4.) keinen Hehl daraus, daß ihm erneute Neuwahlen nicht unangelegen kämen, da der wichtigste Faktor für die SPD der Zeitgewinn für den neuen Spitzenkandidaten Vogel sei („TAZ“, 13.4.)

Die FDP – zumindest deren Führungsspitze – scheint indes einen Koalitionswechsel zugunsten der CDU bei entsprechender Konstellation (SPD-FDP-Minderheit, mehr auszuschließen, sondern bereit sich offenbar darauf vor. Der Westberliner Spitzenkandidat der FDP, Brunner, schließt jedenfalls eine von der AL tolerierte Minderheitsregierung aus SPD und FDP völlig aus („WamS“, 12.4.81). Genau eine Woche später stieß Genscher nach. In der „Berliner Morgenpost“ nannte er Gedankenspiele über ein Arrangement mit der Alternativen Liste „eine Gefahr für die Lebensfähigkeit Berlins“ (nach „WamS“, 20.4.81). Und Alt-Bundespräsident Scheel meinte in einem Interview mit der „Bild“: „wenn die Regierung auferstünde sein sollte, die wichtigen politischen Aufgaben ... zu bewältigen, dann würden diese Aufgaben zu ihrer Lösung eine neue Mehrheit“ (nach „WamS“ 20.4.81). Auch die „FAZ“ orakelte daß es nunmehr in Berlin ... nicht ausgeschlossen“ wird daß die FDP ... in gegenseitiger Bekundungen eine Koalition mit der CDU eingehen

könnte“ (13.4.81). Die AL selbst hat diese Fragen zunächst zurückgestellt, nachdem eine Diskussion im Delegiertenrat über einen Vorschlag aus dem Bereich Naturschutz unter Federführung von Ernst Hopfischek über eine mögliche Tolerierung eines SPD-Bürgermeisters (wir stellen die Thesen in AK 199 vor) überwiegend auf Ablehnung stieß. Berichte aus den Bereichen und Bezirken der AL erbrachten eine relevante Minderheit für die o.a. Position.

Reaktionäre „Grüne“ kandidieren

Insgesamt 8 Parteien kandidieren zu den Westberliner Wahlen am 10. Mai. Neben CDU, SPD, FDP, AL, der SEW, der DVP, einer rechten „Partei Freies Berlin“ hat auch die reaktionäre „Grüne Liste Berlin“, die nichts mit dem Westberliner Landesverband der Grünen“ zu tun hat – ihre

Kandidatur angemeldet. In 10 der 12 Bezirke wird sie sich aufstellen lassen. Zu hören und zu sehen war von diesen Braun-Grünen, deren Programm stark gefärbt ist von faschistischem Gedankengut der „Nationalrevolutionäre“, bislang nichts. Die Zehlendorfer „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger“ (WUB) wird – wie berichtet – im Bezirk nicht mit der AL zusammen kandidieren.

Neben den Parteien stellten sich insgesamt 9 Einzelpersonen als Direktkandidaten zur Wahl, darunter Walter Grünwald (WLB) sowie mindestens 4 weitere Kandidaten, die der AL nahestehen. In diesem Zusammenhang machte der Westberliner LV der „Grünen“ auf sich aufmerksam und erklärte in einer Stellungnahme, daß er in „sehr engem und freundschaftlichen Kontakt mit der AL“ stehe. Die „Grünen“ distanzieren sich erneut von der „Grünen Liste Berlin“, die eine politische Zielsetzung vertritt, die „wir für gefährlich halten“.



Foto: Peter Homann

Peinliche Szene: Juso am SPD-Tropf

Einen „Kongreß Berlin am Tropf“ organisierten Westberliner Jusos und SPD-Linken wenige Tage vor den am 10. Mai anstehenden Wahlen. Daß der einzige Zweck des von der SPD „wohlwollend unterstützten“ und „liebevoll subventionierten Spektakels“ darin besteht, von links noch ein paar allerletzte Stimmen für das kleinere Übel abzustauben, ist auch für ganz Dumme offensichtlich. Daß an diese Stimmen nur heranzukommen sei könnte, wenn man sie der AL wegnimmt, ist gleichfalls sonnenklar. Polemik gegen die AL steht daher im Mittelpunkt der Juso-Propaganda. Die seit 15 Jahren heruntergebeteten Argumente für das kleinere Übel klingen allerdings mittlerweile reichlich abgewetzt und robotenhaft.

Da ist zunächst mal natürlich das Argument Nr. 1, Juso-Intern zärtlich „der Holzhammer“ genannt: Wer die SPD nicht wählt, „häft der Reaktion in den Sattel“. Es sei gerade in Westberlin doch überhaupt nicht zu verantworten, „der CDU durch Verweigerung einer Stimmabgabe für die SPD indirekte Wahlhilfe zu leisten und einen Senat der Konfrontation und des Rückschritts in den Sattel zu heben“. In diesem Sinne appellieren die Jusos an die AL-Anhänger: „Ersparst dieser wichtigen Kraft unserer Stadt (gemeint ist die AL – Anm. AK) das traurige Schicksal, als ein Wahlverein zur unfreiwilligen Unterstützung der CDU-Säuberungsaktionen gegen die Instandbesetzer in die Geschichte einzugehen!“ Ihren „Holzhammer“ unterstützen die Jusos durch ein Zahlenspiel, das leider ihre eigene Argumentation als schwachsinig entlarvt. Danach sei mit 46 % CDU-Stimmen, 41 % SPD-Stimmen, 7 % FDP-Stimmen und 5 % AL-Stimmen zu rechnen. An diese (überragend fragwürdige) Schätzung schließen die Jusos eine ganz skurrile These an: „Wenn also die AL mit knapp über 5 % ins Abgeordnetenhaus einzieht, verliert die SPD/FDP-Koalition ihre Mehrheit und wird eine Regierung unter CDU-Fäh-

rigung unvermeidlich“. Nur wenn die AL unter 5 % bleibt, könne der SPD/FDP-Senat weiterregieren. Diese These setzt voraus, daß die CDU mit 46 % der Stimmen (s.o.) regierungsfähig sein könnte – und wie sie das machen soll, müßten die Jusos erstmal erklären.

Und noch etwas wird aus den von den Jusos zugrunde gelegten Zahlen deutlich: Angenommen, die Jusos k ö n n t e n der AL kurzfristig doch noch soviel Stimmen wegfangen, daß die AL unter 5 % bleibt (was aber wohl nicht einmal die Jusos selbst glauben), so wären die für die AL abgegebenen linken Stimmen schichtweg verloren. Daß die AL den

„Sprung“ ins Abgeordnetenhaus schafft und nicht etwa knapp unter der „5 %-Hürde“ bleibt, liegt demnach sogar im wohlverstandenen Interesse der SPD-Linken.

Das zweite Argument der Jusos für ihre Partei ist berlin-spezifisch. Der umgebildete Senat sei so toll, daß man ihm am 10. Mai unbedingt den Rücken stärken muß. Die SPD unter Vogel und Glotz habe „plötzlich wieder Ideen“. Öffne sich für „Impulse aus der Bevölkerung“. „Das politische Klima dieser Stadt hat sich grundsätzlich verändert ... Bürgerinitiativen gehen bei den zuständigen Senatoren ein und aus. Senatoren

Fortsetzung nächste Seite



Quelle: Aus „Kongreßzeitung der Jungsozialisten“

Fortsetzung von Seite 19

suchen das Gespräch mit Projekten und Initiativen". Alles ist ganz paradox. Nur gelegentlich werden mal Häuser durchsucht, geräumt, gibt es Massenverhaftungen ... 1000 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen laufen in Westberlin, darunter sind über 200 wegen „krimineller Vereinigung“ (u.a. gegen den gesamten Besetzerrat); 14 Prozesse sind bisher gelaufen, 27 Leute sitzen in diesem Zusammenhang z.Zt. in Westberlin im Knast. Es ist also jetzt schon schlimm genug in diesem Vogel-Glück-Paradies. Und nur ganz Naive sehen nicht, daß die Repression nach dem 10. Mai erst richtig losgehen wird.

Das dritte Argument der Jusos für die Wahl der SPD ist das allerschönste. Die Jusos machen sich Sorgen um die Zukunft der ALI. „Wäre ihrem kleinen Kreis von Aktivisten nicht sogar ein Bürodienst geleistet, wenn die begrenzten Kräfte künftig durch Parlamentsarbeit absorbiert würden? Die Attraktivität des 'alternativen' Konzepts wäre dadurch leicht verspielt". Eine parlamentarische Rolle als „Zünglein an der Waage“ wäre „für die wenigen hundert aktiven AL-Mitglieder einfach eine Nummer zu groß und für die vielen zehntausend Anhänger in der Stadt eine Zumutung, sich durch 'Stellvertreterpolitik' entmündigen zu lassen“ - Und diese Warnung vor „Stellvertreterpolitik“ kommt ausgerechnet von Leuten, die nichts anderes als Stimmentang für die SPD im Sinne haben. Also für eine Partei, von der die Jusos selbst zugeben müssen: „In kaum einer anderen Region ist der sozialdemokratische Parteiapparat stärker verkrustet, das Bewußtsein altgedienter Funktionäre erstarrter und die Verflämung mit Karriereinteressen in Verwaltung und Wirtschaft korrupter als gerade in Berlin“.

Faßt man diese globalisierte Ladung von Dummheiten und Frechheiten zusammen, so ergibt sich. Westberliner Jusos machen nicht nur bedingungslosen Wahlkampf für die SPD, sondern sie führen diesen zudem ausschließlich als Kampf gegen die AL. Die Jusos wollen nicht bloß die Stimmenzahl der AL zugunsten der eigenen Partei reduzieren, sondern sie erklären ausdrücklich und unmißverständlich, daß sie die AL nicht ins Abgeordnetenhaus haben wollen.

Das wird sie aber höchstwahrscheinlich nicht hindern, nach der Wahl, wenn der „Einzug“ der AL ins Abgeordnetenhaus feststeht, mit genau gezielten Anbiederungen und Umarmungen zu beginnen, um einzelne Abgeordnete für die SPD-Politik zu instrumentalisieren. (Alle Zitate sind aus der „Kongreßzeitung“ der Jusos)

Bahro an Uta Wilke („Gruppe Z“)

Rudolf Bahro war in der (vorübergehend ausgesetzten) grünen Augenzeugenschaft gegen die Gruppe Z nicht öffentlich in Erscheinung getreten. In einem Brief an Uta Wilke, Verfasserin der Stellungnahme der Gruppe Z zur Arbeit ihrer Mitglieder in der Grünen Partei („Z“, Nr. 8, S. 36), hat er aber aus seiner Sympathie für die Z-Kritiker kein Hehl gemacht. Da dieser Brief in der Aprilnummer von „anders leben“ (Auflage: 5.000) nachgedruckt und damit dem grünen-internen Arsenal von jederzeit verfügbaren Argumenten gegen die Gruppe Z eingelegt worden ist, wollen wir kurz den Inhalt zusammenfassen.

Bahro beginnt mit dem Kompliment an die Genossinnen und Genossen der Gruppe Z: Anlässlich der Kärler Veranstaltung über Ressourcenfrage (13.12.80) habe er sie als „aktive und integre Leute“ kennengelernt und in ihrem Kreis „gute und freundschaftliche Diskussionen“ geführt. Dabei habe er auch den Eindruck gewonnen, „daß sich die meisten von Euch politisch anders verhalten würden, wenn sie auf eigene Rechnung und nicht - sei's nun eher seelisch, sei's eher disziplinarisch - gebunden an eine letzten Endes von außerhalb in Euren grünen Arbeitszusammenhang hineinwirkende Organisation.“ Damit ist Bahro beim Thema der Auflösung der Gruppe Z als eigenständiger Organisation. „Die Existenz der Z, Euer Kräfteansatz als Organ dieser Sekte stört - und nun sage ich nicht einfach: die Grünen, nein, Ihr stört den Gestaltungsprozeß einer Gesamtalternative in diesem Lande.“ Zwar gibt Bahro sein



Frankfurt. Das erste Zusammentreffen der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung nutzten die grünen Abgeordneten zu einer Aktion gegen die Umweltzerstörung im Rhein-Main-Gebiet. Sie erschienen in weißen Kitteln, Schutzbrillen und Gasmasken und gaben die folgende Erklärung ab.

„Auszüge aus einem sehr interessanten Gespräch“ Kollege Braun von den Grünen zu Gast bei der Polizeigewerkschaft

Axel Braun, im Dezember in den Landesvorstand NRW der Grünen gewähltes Polizeibeamter, hat der von ihm bei seiner Kandidatur gemachten Ankündigung, im neuen Landesvorstand vor allem im Sinne der Ausschöpfung des Bürgers mit „seiner“ Polizei wirken zu wollen, erste Taten folgen lassen. Am 24.3. traf Braun sich in Düsseldorf mit Vertretern der Polizeigewerkschaft (GdP) zu einem Gespräch, über das er in einem Kurzprotokoll für den Landesvorstand u.a. folgendes berichtet.

„Als bisher einzige Gewerkschaft erklärte sich die GdP bereit, zu einem Gespräch mit einem Mitglied des Landesvorstandes der Grünen zusammenzukommen. In dem bereits erwähnten Gespräch konnte man trotz einiger Meinungsverschiedenheiten sehr viele Übereinstimmungen feststellen. Zu einzelnen Punkten, die von mir angesprochen wurden, möchte ich in diesem Bericht Stellung nehmen“

Tragen von Namensschildern: Daß Polizeibeamte Namensschilder tragen, würde für den Einzelfallnutzen auch von den Vertretern der GdP befürwortet. Nur lehnt man dies bei Großversammlungen der Polizei wie z. B. Brokdorf, Gorleben etc. ab (...). **Demonstrationen:** Nochmals wurde verdeutlicht, daß die Polizeibeamten bei Demonstrationen die Rechtsgüter der Allgemeinheit und des Einzelnen zu schützen und gleichzeitig das Grundrecht der Demonstrationfreiheit zu gewährleisten hätten. Es sollten all diejenigen unter uns, die es mit der Gewaltfreiheit ernst meinen, gewaltfreie Demonstrationen auszuschießen! Dem Ziel, dem Bürger die Ziele der Atomkraftgegner verständlicher zu machen, stehen oft militante Schlägergruppen im Wege. Gerade die Grünen (eine Säule unseres Programms ist die Gewaltfreiheit) sollten intern Anstrengungen unternehmen, um ein Einschreiten von Polizeibeamten auszuschließen. Ich muß diese

Heute konstituiert sich die Stadtverordnetenversammlung: Man gibt sich sechlich, feierlich und offen. Es geht vorwärts. 1984 ist nahe. Die drohende Katastrophe? So lange die Maschinen laufen und die Straßenbeleuchtung funktioniert, ist doch alles in Ordnung? Die Katastrophe steht vor der Tür. Biblis, Höchst, Volkmar, Mainhausen, Radioaktivität, Giftchemie, Atomanlagen, Giftmülldeponien.

Frankfurt hat schon heute seine alltäglichen Katastrophen, unter denen Menschen leiden: Im Flughafenumland sterben doppelt so viele Menschen an Lungenerkrankungen als in weniger belasteten Gebieten wie zum Beispiel im Vogelsberg, Sinig und chemische Gifte in der Stadt. Jedes Jahr erkranken in Frankfurt immer mehr Menschen an Atemwegserkrankungen, anderen chronischen Krankheiten und Krebs. Frankfurter Südtiroler veratmen.

Das „neue Frankfurt“ ist eine chronisch kranke Stadt. Die Drogen-toten werden nur noch gezählt. Frankfurt ist keine Stadt mehr für Menschen, sondern für den sogenannten wirtschaftlichen Fortschritt. Jeder erfährt es täglich: In Frankfurt wird man besser als Auto geboren, denn als Kind. Flughafen und Stadtautobahnen in Frankfurt sollen wir die Freiheit haben, uns fortzubewegen, aber nicht die Freiheit, zu leben.

Wir Grünen wollen das Leben. Unser „Katastrophenschutz“ heißt, daß wir die Fragen nach den Grundlagen des Lebens stellen, zu denen bisher geschwiegen wurde, auch im Römer. Wir tun das, indem wir an Alternativen arbeiten, zusammen mit den betroffenen Menschen.

Forderung eindeutig unterstützen und herausstellen. Wir alle wirken unglaublich, wenn wir neben uns irgendeine Gewalttätigen dulden, die nur der Auseinandersetzung mit dem Staat und nicht der Sache wegen an einer Demonstration teilnehmen ...“

Das Protokoll der Landesvorstandssitzung, auf der Brauns Bericht diskutiert wurde, vermerkt über das Gespräch zusammenfassend: „Bei der Polizei gab es vielfach Sympathie für die Grünen wegen der Bereitschaft zu Gewaltfreiheit bei Demonstrationen wurde die von der GdP angebotene Fortsetzung der Gespräche, das nächste Mal mit dem gesamten Landesvorstand, für gut befunden. Irgendwelche kritischen Anmerkungen sind im Protokoll nicht festgehalten. Uneinigkeit gab es nur bei der Frage, „ob die Grünen sich für eine bessere Bezahlung der unteren Polizeibeamten aussprechen sollten“

Erneute UVB-Debatte bei den Grünen

„Auf Grund der Lektüre von Zeitungen und programmatischen Aussagen des Kommunistischen Bund (KB) ist der Landesvorstand - Niedersachen zu der Auffassung gelangt, daß die Mitarbeit im KB sich mit einer Mitgliedschaft bei den Grünen nicht vereinbaren läßt“

Dieser Antrag wurde auf der Sitzung des Landesvorstands Niedersachen am 27.3. diskutiert (auf Antrag von Manon Maren-Grisebach), seine Verabschiedung jedoch zunächst vertagt. Hintergrund dürften die Auseinandersetzungen im Kreisverband-Göttingen über die Beteiligung an einem Bündnis zu den Kommunalwahlen sein (siehe AK's)

Eine Mehrheit im Kreisverband hatte sich für so ein Bündnis ausgesprochen, und auch ein Antrag, der eine prinzipielle Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung zur Voraussetzung gemacht hätte, war mehrheitlich abgelehnt worden. Der Landesvorstand ist anscheinend der Meinung, daß die Mehrheit der Göttinger Grünen keine „echten“ Grünen sind. Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 27.3.: „An die Teilnehmer der MV (in Göttingen, d. Verf.) wird ein Brief geschrieben, in dem sie zur Stellungnahme (zur Gewaltfreiheit, der Verf.) aufgefordert werden. Es wird in dem Brief weiterhin zum Ausdruck gebracht, daß der Landesvorstand festentschlossen ist, Maßnahmen zur Durchsetzung von grünen Prinzipien zu ergreifen.“

Die Diskussion im Landesvorstand

fußte im wesentlichen auf dem Bericht von Rolf Grösch (seinerzeit mal als Vertreter der „linken“ Strömung gewählt) über die Göttinger Mitgliederversammlung. Schlußfolgerung dieses Berichts, auf den demnächst genauer einzugehen sein wird: „Zu einem Eingreifen des Landesvorstands in Göttingen liegt kein formeller Grund vor, begleitende Beobachtung... sollte auf den nächsten MV erfolgen.“ Entsprechendes wurde auch vom Landesvorstand beschlossen. Da kann man nur noch sagen: Beobachtende Fahndung bei den Grünen? - Nein Danke!

Am Wochenende wurde in Göttingen die „Alternativ Göttinger Initiative Liste“ (AGIL) gegründet. Zunächst 80, später 50 Leute aus einem recht breiten Spektrum einschließlich von Mitgliedern der Grünen verabschiedeten eine Gründungserklärung, wählten einen 11-köpfigen Arbeitsausschuß und beschlossen ein vorläufiges Strukturkonzept. Hiermit ist ein weiterer Schritt hin zu einem Bündnis aller oppositionellen Kräfte zu den Kommunalwahlen getan. Ein wesentlicher Streitpunkt war die Forderung der Frauengruppen nach Autonomie der Frauen in allen sie betreffenden Angelegenheiten. Hierüber und über das endgültige Programm soll auf der nächsten Mitgliederversammlung diskutiert werden. (Genauer Bericht folgt)

KB Göttingen

»anders leben« zweiter Versuch

Mitte letzten Jahres war „anders leben“ - das Grüne Monatsmagazin - nach nur fünf Nummern wieder eingegangen. Zwar hatte die Grüne Partei der Zeitschrift, die nie Parteiorgan sondern immer Sprachrohr ihres Herausgebers Werner Knecht war, mit Spenden von mehr als 12.000 DM unter die Arme gegriffen, die Pleite war damit nicht abzuwenden. Inzwischen sind zwei neue Nummern von „anders leben“ erschienen, die zweite im April als Doppelnummer 2/3. Als Herausgeber fungiert jetzt Georg Otto, Sprecher des „Grünen Mitte“ und des „Arbeitskreises Dritter Weg“, Werner Knecht nennt sich jetzt Chefredakteur. Die Wiederbelebung von „anders leben“ erfolgte mit der Begründung, daß „die grüne Bewegung ein grünes Forum der gelistigen Auseinandersetzung braucht... Heute, da die Grünen nach der Bundestagswahl weiter schweren Spannungen ausgesetzt sind und die Gefahr von zwei oder mehreren grünen Parteien keineswegs gebannt ist, brauchen wir erst recht ein solches Organ, über das wir untereinander im Gespräch bleiben und unsere Gedanken austauschen können... („anders leben“) steht allen Strömungen offen.“

Dieses Editorial stammt übrigens von Georg Otto, dem Verfasser des berühmten Antrags auf Kollektivabschluß „führender Mitglieder“ der „Gruppe Z“ aus der Grünen Partei.

Grüne Mischung

Dennoch ist „anders leben“ keineswegs so stramm auf mittegrünem und antikommunistischem Kurs wie der bestimmende Einfluß von Georg Otto und Werner Knecht vermuten lassen könnte (auch Knecht ist ein befürworteter „K-Gruppen-Freier“ und seinerzeit mit einem Üblen „Schmeißfliegen“-Zitat aufgefallen, vgl. AK 173, S. 8). Der Anspruch, die Zeitung allen grünen Strömungen als Diskussionsforum zur Verfügung zu stellen, ist immerhin teilweise schon eingelöst worden. Zur Lage der Grünen Partei wurden neben Stellungnahmen von Lukas Bockmann, Klaus Wolchner, Bahro und Otto auch zwei Seiten aus der „Z“ nachgedruckt - was im offiziellen Zentralorgan die Grünen“ ein Ding der Unmöglichkeit wäre (allerdings werden dort entsprechend der Redaktionsrichtlinie grünen-interne Streitigkeiten völlig totzuschweigen und auch keine „Z“-kritischen Artikel gegen völlig totzuschweigen und auch keine „Z“-kritischen Artikel gebracht) Diskussionsbeiträge von Mitgliedern und Freunden der Redaktion werden in „anders leben“ selbstredend bevorzugt berücksichtigt: Da findet sich dann etwa ein vierseitiger Artikel „Schluß mit Tierversuchen“ des „Arbeitskreises Tierschutz“ in dem die Verankerung von „Tierschutz als dritter, mittlerer Bereich grüner Zielsetzung“ gefordert wird, oder ein ebenfalls vierseitiges „liberalsoziales Grundgesetzprogramm“ von Ottos „Arbeitskreis Dritter Weg“

Überraschend radikal sind die aktuellen Leitartikel zu Fragen wie Aufrüstung, „Schneller Wohnen“ und den „Jugendkrawallen“. Besonders Werner Knecht hat sich da in seinem Artikel „81er Winterreise oder Aufstand? Ja bitte!“ geradezu als Bürgerschreck gebürdet. Von „drainknüppelnden Bullen“, „Giftspillen aus dem Köcher der bürgerlichen Öffentlichkeit“ ist da die Rede; unverhohlen wird zur Begehung von Straftaten aufgefordert: „Wir sollten diesen Kampf (die Instandbesetzungen; Anm. AK) nicht als symbolhaft heroisieren. Wir müssen ihn als den daily terror unserer Gegenwart aufnehmen und ihn latent führen, d.h. trotz und aufgrund der Angst geht mensch in die Häuser, um sie zu schützen.“ Dieser Artikel, abgedruckt in Nr.1, hat eine Vielzahl empörter Leserbriefe hervorgerufen. Es liegt „nicht auf der Linie einer grünen Mitte, sondern bezieht ungewissheit Position für die Roten, Bunten und Alternativen innerhalb der Grünen“. Ein anderer Leserbriefschreiber verweist sich gar zu dem Vorwurf „anders leben“ und „Arbeitskampf“ unterscheiden sich wohl im ideologischen Überbau, kaum aber im Haß und Gewalt störenden Unterton.“

Die Entwicklung der Zeitung dürfte interessant werden

Betriebsrätewahlen 1981

Ergebnisse

Erdrutsch bei HDW-Hamburg:
Die Opposition hat die Mehrheit

Die Gesichter der rechten IGM-Betriebsräte wurden bei der Stimmauszählung lang und länger die oppositionelle Gruppe „Aktive Metaller“ gewann die Betriebsrätewahlen, die alte IGM-Clique um den Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters wurde klar und von vielen erhofft abseziert. Das Ergebnis:

14 Sitze „Aktive Metaller“
11 Sitze IGM
1 Sitz RGO
1 Sitz DAG

Absolute Mehrheit für die Opposition!

Das Auszählen der Stimmen war außerordentlich dramatisch. Bei den Angestellten erreichten die oppositionellen „Aktiven Metaller“ mit 305 Stimmen nur 2 von 6 Sitzen (3 IGM, 1 DAG).

Aber bereits die erste Wahlurne der Arbeiter wendete das Blatt: 57% für die „Aktiven Metaller“. Im Stammwerk Holger Mühlers (Listenvorführer der „Aktiven Metaller“), der Bormontage, bekam die rechte IGM-Liste nur etwa 21 Prozent. Das Ergebnis bei den Arbeitern ist vernichtend für die rechten Betriebsräte: 56 % für „Aktive Metaller“, 39 % IGM, 5 % „RGO“ (12 Sitze „Aktive“, 6 IGM, 1 „RGO“).

Die „RGO“ hat bei dieser Wahl erwartungsgemäß einen Großteil ihrer Stimmen an die „Aktiven Metaller“ verloren, bleibt aber vor allem auf Grund des guten Ergebnisses im Werk Rechenstieg (15%) ihrem Hauptstützpunkt mit einem Sitz im Betriebsrat vertreten (bei der letzten Wahl hatte sie 3 Sitze erreicht).

Die im Betrieb heiß diskutierte Frage nach der Wahl war: Was wird aus den alten freigestellten Betriebsräten? Müssen die wieder arbeiten? Oder stellen ihnen ihre Freunde in der Geschäftsleitung jetzt lukrative Posten? Der Vorstand läßt doch die Peters-Clique nicht hängen, oder?

Die zweite Frage ist, wie sich jetzt die IGM-Ortsverwaltung verhält. Sie hatte im Konflikt um die demokratische Listenaufstellung eindeutige Stellung für die rechte Betriebsratsführung bezogen: Sie hatte deren undemokratische Praxis gerechtfertigt, sie hatte damit Leute vor den Kopf gestoßen, die auch in ihrem Sinne langjährige Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit gemacht hatten, und sie hatte diese damit regelrecht in die Opposition getrieben. Sie hat gegen mittlerweile 37 Vertrauensleute der IGM Ausschlußverfahren eingeleitet – gönnt es, wie das Wahlergebnis zeigt, alles nichts. Jetzt stehen die Hamburger IGM-Führer zunächst einmal vor einem Scheiternhaufen, gehörte die rechte HDW-Mafia doch bisher zu einer ihrer Machtbasen.

Die Führer der rechten Betriebsratsliste Kock und Peters haben am Tag nach der Wahl auf einer Vertrauensleuteversammlung bereits die Richtung abgesteckt: Sie sind zu keiner Zusammenarbeit bereit, Peters: „Anbiederungsversuche sind nicht mehr möglich“. Der IGM-Ortsverwaltungssekretär Peter Meiser argumentiert weiter mit Setzung und Richtlinien: „Das Verfahren zur Feststellung gewerkschaftsschädigenden Verhaltens wird durchgeführt.“ Ob die Ortsverwaltung es wagt, 1.882 Wähler der „Aktiven Metaller“ zu ignorieren, bleibt abzuwarten.

Siemens-Bosch Hausgerätemwerk/
Westberlin:

51,5% für
die „RGO“!

Auch hier verhinderten die alten IGM-Betriebsräte eine Persönlichkeitswahl. „Die RGO-Liste erhielt 763 Stimmen, das sind 51,48 Prozent. Damit hätten sie eigentlich acht Betriebsratsitze zu beanspruchen. Sieben Kandidaten waren jedoch nur aufgestellt. Von diesen sieben Kandidaten sind zwei Kollegen momentan keine Belegschaftsmitglieder, da sie von den Boszen mit Unterstützung der IGM-Boszen fristlos entlassen wurden. Beide klagen vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung. Die IGM-Liste bekam 719 Stimmen, das sind 48,41 Prozent. Auch die IGM-Liste hat mit diesem Ergebnis acht Sitze zu beanspruchen. Aus den oben genannten Umständen kann die jedoch gegenwärtig elf Betriebsratsitze übernehmen gegenüber momentan nur fünf der RGO“ (aus „Roter Morgen“, 17.4.81).

HHLA: 30% —
ALTERNATIVE
stabil

Bei der am 13./14. April bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG stattgefundenen Betriebsratswahl hatten sich sechs Listen für die 23 Betriebsratsmandate zur Wahl gestellt (siehe auch AK 198). Auf die oppositionelle Liste „ÖTV kandidierten der Alternative“ entfielen 29,7% gleich acht Sitze (1978 32% gleich acht Sitze) und auf die ÖTV-Liste 56,6% gleich 15 Sitze (1978 61% gleich 18 Sitze). Das 14. HHLA-Betriebsrat gewählt. (H. O. Morgenblatt, 14.4.81, S. 1).

Die IGM-Liste hat 12 Sitze zu beanspruchen, die RGO-Mitglied Wolfgang W. erhielt für seine Liste „Einigkeit“ nur 3,8% der Stimmen (1978 5%) und kam damit nicht wieder in den Betriebsrat.

Alle drei seit 1978 im Betriebsrat vertretenen Listen mußten somit aufgrund der Zersplitterung in sechs Listen Verluste hinnehmen. Im neuen Betriebsrat sind jetzt nur noch die Listen der ÖTV und der „Alternative“ vertreten. Ebenso wie die Liste „Einigkeit“ erreichten die beiden rechten Spalterlisten sowie die Liste von zwei Vertrauensleuten vom Betriebsrat Überseezentrum nur zwischen 1,2 bis 3,7% der Stimmen und konnten somit kein einziges Mandat erringen.

Die oppositionelle Liste „Alternative“ verlor trotz des von 27 auf 23 verringerten Betriebsrats und trotz des leichten Verlustes von 2,3% keinen ihrer bisherigen acht Sitze, die ÖTV dagegen hat jetzt drei Sitze weniger. Die oppositionelle Fraktion im Betriebsrat geht also gestärkt aus dieser Wahl hervor.

Trotzdem wurde das gesteckte Ziel nicht erreicht. Mit Stimmenverlusten hatte niemand aus der „Alternative“ gerechnet, obwohl die Zersplitterung durch die sechs Listen einkalkuliert worden war. Aufgrund der Arbeit der „Alternative“ in den vergangenen sechs Jahren und der vorangegangenen heißen Auseinandersetzungen im Betrieb (u. a. wegen der geplanten Einführung einer kontinuierlichen Arbeitszeit und auch aufgrund des Einsatzes der „Alternative“ für eine von der Mehrheit der Belegschaft geforderten Persönlichkeitswahl) hofften sowohl die Gruppe „Alternative“ wie auch viele Kollegen, daß die Liste in etwa die gleichen Prozente wie die ÖTV-Liste bekommen würde. Selbst die ÖTV und ihre Kandidaten hatten vor der Wahl um ihre Mehrheit im Betriebsrat gebangt.

Der Verlust von 2,3% anstatt der erwarteten Zugewinne für die „Alternative“ hat mehrere Gründe. Zum einen die Stimmenzersplitterung, am deutlichsten am Überseezentrum. Statt der 1978 erreichten 30% erhielt die „Alternative“ hier nur knapp 9%, dafür die Liste der zwei Vertrauensleute 30%. Zum anderen gelang der „Alternative“ diesmal bei der Mehrheit der Kollegen noch nicht der Sprung weg von der Rolle der gewünschten starken Opposition hin zur verantwortungsvollen Mehrheit im Betriebsrat. Für viele Kolle-

gen, vor allem in den Betriebsstellen, wo die „Alternative“ nicht persönlich vertreten ist, wurde die Entscheidung gegen die „große ÖTV“ und gegen die SPD, die im Wahlkampf kräftig zugunsten der ÖTV-Liste eingegriffen hatte, diesmal noch nicht als notwendig begriffen. Die Unzufriedenheit der überwiegenden Mehrheit der Kollegen mit den alten, etablierten Betriebsräten ist allerdings weitaus größer, als es die knapp 30% für die „Alternative“ zeigen.

Daß die „Alternative“ dort, wo ihre Arbeit für alle Kollegen persönlich nachvollziehbar ist und wo es die heißesten betrieblichen Auseinandersetzungen gegeben hatte, das Vertrauen der Mehrheit der Kollegen hat, zeigt sich am deutlichsten am Burchardkai, der Abteilung, in der die meisten Kollegen konzentriert sind und die sowohl von der Technisierung als auch der Umschlagsmenge her die bedeutendste ist. Von dieser Abteilung kommen allein neun der 14 Kandidaten der „Alternative“ und hier erreichte die Gruppe 50%, die ÖTV dagegen nur 38% der abgegebenen Stimmen. Dazu kommen noch 6% für die Liste „Einigkeit“ der RGO'ler, der auch in dieser Abteilung arbeitet, so daß hier insge-

Liste genügend Stützunterschriften erhielt“ („Roter Morgen“, 17.4.). Trotz all dieser Bemühungen zogen jedoch nur zwei Kollegen ihre Unterschrift zurück.

...

BMW/Westberlin:
Mehrheit für Linke
im Betriebsrat

In der Motorradfabrik von BMW in Westberlin kam es zu einer Listenwahl mit vier Listen. Eine oppositionelle Liste, die unter dem Kennwort „Metaller für eine demokratische Betriebsratsarbeit“ kandidierte, wurde von 23% der Kollegen im Arbeiterbereich gewählt. Die offizielle Liste der IGM wurde vom Vertrauensleute-Vorsitzenden der IGM bei BMW angeführt. Dieser ist als konsequenter Gewerkschafter bekannt. Diese Liste erhielt mit 38% den größten Stimmenanteil. Schließlich kandidierte noch eine reaktionäre Liste von Vorarbeitern, die bezeichneterweise von den IGM-Führern inoffiziell unterstützt wurde. Diese Liste erhielt ebenfalls 23% der Stimmen.



samt 56% der Kollegen fortschrittliche Listen gewählt haben.

Eine vierte Liste, die von einem Jugoslawen aufgestellt wurde, erhielt

56% der Kollegen fortschrittliche Listen gewählt haben.

Eine vierte Liste, die von einem Jugoslawen aufgestellt wurde, erhielt 5% der Stimmen und entfiel somit gar nicht in den Betriebsrat.

Insgesamt läßt sich sagen, daß es im Betriebsrat nun eine Mehrheit von aktiven Gewerkschaftern gibt. Das hundertste die Rechten jedoch nicht daran, dem VK-Vorsitzenden den Betriebsratsvorsitz streitig zu machen. Als Antwort auf diesen Angriff der Rechten kam es in der Produktionshalle zu einer Unterschriftensammlung mit 250 Unterschriften für den VK-Vorsitzenden und IGM-Listenvorführer. Als es jedoch im Betriebsrat bei einer Kampfabstimmung eine Pattsituation gab, verzichtete der IGM-Listenvorführer freiwillig (nach „Roter Morgen“, 17.4.81).

...

HDW Kiel: 5 Sitze
für die „RGO“

Bei einer Wahlbeteiligung von nur 57% konnte die Liste der „RGO“ ihren Stimmenanteil um drei Prozent steigern. Sie ist zukünftig mit fünf Mitgliedern (20,5%) im Betriebsrat (bisher drei), die übrigen Sitze hält die IGM.

Schon im Sommer vergangenen Jahres hatten sich die drei „RGO“-Betriebsräte mit einem offenen Brief an die gewerkschaftlichen Gremien gewandt, mit dem Vorschlag einer offenen Liste in alphabetischer Reihenfolge. Die verantwortlichen IGM-Funktionäre konterten jedoch mit Sprüchen wie „Wir gehen nicht mit Chaoten auf eine Liste“ oder „Wir haben es bei unserer Stärke im Betrieb nicht nötig, Trittbrettfahrer auf unsere Liste zu lassen“. Offensichtlich hatten die IGM-Betriebsräte ein starkes Interesse an der Listenwahl bzw. ihren Posten. Denn als sich ein 18-köpfiges Gremium, bestehend aus der VK-Leitung und weiteren neun Vertrauensleuten, daran machte, die Kandidatenreihenfolge auf der IGM-Liste festzulegen, waren bis auf einen Neuling nur die alten Betriebsräte wieder auf sicheren Plätzen („RGO“-Nachrichten, 4/81).

Mit einer Serie von Hetzflugblättern, in denen die RGO als Fälscher, Späher und dergleichen mehr beschimpft wurde, versuchten die IGM-Boszen zu verhindern, daß die RGO-

Röhm Darmstadt/
Weiterstadt:
499 Stimmen für
die Opposition

Wie schon in den beiden Chemie-Großbetrieben Hoechst Frankfurt und Kalle Wiesbaden, hat nun auch bei dem Chemiegroßbetrieb Röhm in Darmstadt und Werk Weiterstadt eine oppositionelle Liste „Interessengruppen für die Belegschaft“ mit großem Erfolg kandidiert. Bei den Arbeitern wählten 1.003 (936) die IG Chemie-Liste. 499 stimmten für die oppositionelle Liste, die zum ersten Mal kandidierte. 1978 hatte eine Betriebsratskandidat, die wegen Mitgliedschaft im KBW 1975 aus der IG Chemie ausgeschlossen wurde, für die Kollegen wurden 1978 294 Stimmen abgegeben.

Um ein erfolgreiches Abschneiden der neuen Liste dieses Jahr zu verhindern, sind die rechten Betriebsräte zusammen mit den Kapitalisten mit scharfen Geschützen gegen die Oppositionellen aufgeföhren. So wurden Kandidaten verfolgt, die Unterschriften für die Kandidatur sammelten, die Personalabteilung sprach Verwarnungen aus, ein Kandidat wurde instos gekündigt. Der Clou ist jedoch, daß hundert Briefwahlumschläge vorzeitig in die Urnen eingeworfen wurden.

Fortsetzung nächste Seite



BÜLLE
AKTIVE METALLER

DAS WOLLEN WIR!

WIE STELLEN WIR UNS DIE KONKRETE BETRIEBS-

RATSARBEIT IN DEN NÄCHSTEN 5 JAHREN VOR

• WIR WOLLEN DIE GEMEINSCHAFTLICHEN ZIELVORSTELLUNGEN IN UNSERE KONKRETE BETRIEBSRATSARBEIT EINBAUEN

• WIR SIND UND VERSTEHEN UNS NICHT ALS PUFFER ZWISCHEN BELEGESCHAFT UND HDW-UNTERNEHMENSLEITUNG, SONDERN BEZIEHEN EINEDEUTIG POSITION FÜR DIE INTERESSEN DER HDW-ARBEITER UND ANGESTELLTEN

BETRIEBSRATSARBEIT MUSS VON „ALLENTÖRIGKEITEN“ FREI SEIN

• JEDER BETRIEBSRATSMITGLIED IST VERPFLICHTET IN SEINER BEWEISE STÄNDIG ZU VERMITTLERN, BEI MANCHEN EINZELFÄLLEN DARAUFGABEN ZU NERKEN, WENN ES NOT UND TAT SACH NACH EINGEHALTEN WERDEN

• EINER TAG IN DER MOCH SOLLTEN ALLE FREIESTE LITEN BETRIEBSRATSMITGLIEDER MINDESTENS VON DRT IN BETRIEB ODER IN DER DIREKTEN KONTAKT ZU DEN KOLLEGEN UND KOLLEGINEN ZU ERHALTEN

• DER SOGENANNTHE MONTAGSRATCLUB- DER BETRIEBSAUSSCHUSS - SOLLTE NICHT NUR PERSONELLE FRAGEN, SONDERN AUCH ASSONNTE FUNKTIONEN BEZÜGLICH BEHANDLUNG SONDERN DER GESAMTE BETRIEBSRAT SOLLTE DABER FRAGEN ODER

• DAS BETRIEBSRATSBÜRO MUSS VON 3. STOCK INS ERDGESCHOSS VERLEGT WERDEN, DAMIT ALLE KOLLEGINEN UND KOLLEGEN, WIE AUCH UNSERE BEHINDERTE KOLLEGEN ES OHNE MÜHE ERREICHEN KÖNNEN

• IM BETRIEBSRATSBÜRO SOLLTE ES KEINE GLASKÄSTEN FÜR DEN BR-VORSITZENDEN UND DEN STELLVERTRETER MEHR GEBEN, WIR SIND WIE BE GEMEINSCHAFTEN

• FREI GESTELLTE BETRIEBSRATSMITGLIEDER HABEN NICHT DAS RECHT FINANZIELLE VORTEILE ZU GENESSEN

• DER INFORMATIONSSCHLUSS MUSS ÜBER BRANCHENVERSAMMLUNGEN, ANGEHÖREN UND ARBEIT LUNGEN BESSER UND INTERESSANTER LAUFEN

• VERHANDLUNGEN MIT DEN HDW-VORSTAND WERDEN ZUKUNFTIG NUR AUF VERHANDLUNGSGRUPPEN BESTEHEND AUS MINDESTENS 5 BETRIEBSRATSMITGLIEDERN VORHER MUSS KLAR SEIN, WELCHE FORDERUNGEN UND POSITIONEN DER BR-VORSITZEND BEZIEHT

• DER BETRIEBSRAT SOLLTE IN DER ZUKUNFT, AN STÄRKEREN KONTAKTEN MIT DEN KOLLEGEN, AN DIE OFFENTLICHKEIT GEHEN, WIE WERDEN UNS IN FRIEDLICHEN ZUSAMMENHANG ZU POLITIKERN, AN PARTeien, AN DIE BÜRGERSCHAFT, AN DIE PRESSE WERDEN

• ABSCHLIESSEND SEI NOCH EINMAL DEUTLICH GEMACHT, DASS AUCH DER BESTE BETRIEBSRAT NICHT VORANKOMMT, SOLANGE ER SICH NICHT AUF DIE KOLLEGINEN UND KOLLEGEN IM BETRIEB UND BEI IHRE AKTIVE UNTERSTÜTZUNG VERLASSEN KANN

Fortsetzung von Seite 21

den und die Betriebsöffentlichkeit bei der Auszählung der Stimmen nicht zugelassen wurde. Falls die Wahl wie vor drei Jahren bei Daimler/Untertürkheim angefochten wird, werden die Rechten wohl ihr blaues Wunder erleben ... (nach „KVZ“, 30.3.81).

Ford-Werke, Köln

Die Liste der „RGO“-Betriebsgruppe „Arbeiterunion“ erreichte 533 Stimmen und damit einen Betriebsratsplatz. Bei Ford/Köln hatten zwei reaktionäre Listen eine Persönlichkeitswahl verhindert. Es kandidierten schließlich sieben Listen. „Die Liste der IG Metall erhielt 7388 Stimmen und gewann die meisten Sitze. Eine weitere Liste, die als „Linke Alternative“ auftrat, ... erhielt 2469 Stimmen. Auf ihr kandidierte ein ehemaliger Betriebsratsvorsitzender von Ford“ („Roter Morgen“, 17.4.81).

Reynolds-Aluminium, Hamburg

Die Wahl verlief erwartungsgemäß. Der bisherige Vorsitzende Wöckner (1976 aus der IG Metall ausgeschlossen) erhielt 65 % der Stimmen und erreichte das beste Ergebnis für den neunköpfigen Betriebsrat, der in Persönlichkeitswahl bei alphabetischer Reihenfolge der Kandidaten gewählt wurde. Die meisten alten Betriebsräte wurden wiedergewählt. Erfreuliche Veränderung: In das mittlerweile reine Männergremium wurden auf Anhieb zwei Frauen mit gutem Ergebnis neu gewählt.

Eine Fortführung der fortschrittlichen Betriebsratsarbeit scheint mit diesem Ergebnis gesichert.

Klöckner-Hütte, Bremen

Die Belegschaft hat diesmal, gegen die Bestrebungen der SPD-Betriebsgruppe, eine Persönlichkeitswahl durchsetzen können. So standen 129 Arbeiter- und 28 Angestellten-Kandidaten auf einer betrieblichen Einheitsliste zur Wahl. Es gab vier Wahlvorschläge von den unterschiedlichen politischen Strömungen (SPD, linke Sozialdemokratie/DKP/Arbeiterpolitik und „RGO“-Leute).

Die fortschrittliche Gruppe um den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden G. Ziemann, die im alten Betriebsrat eine knappe Mehrheit hatte, hatte 25 Kandidaten vorgeschlagen. In ihrem Wahlprogramm finden sich u. a. Forderungen wie „Kein Kollege darf durch Rationalisierungsmaßnahmen seinen Arbeitsplatz verlieren“ oder „Der gewerkschaftliche Kampf um die 35-Stundenwoche bleibt auf der Tagesordnung“. Die Gruppe ist bis auf drei Kandidaten, die als Ersatz-Betriebsräte gewählt wurden, mit 22 Sitzen in den neuen Betriebsrat gewählt worden.

Die zweite Gruppe um W. Kintrop, die sich zum Teil aus Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppe zusammensetzt, und die in der Vergangenheit die Politik der Betriebsratsmehrheit von rechts angegriffen hatte, hatte in ihr Wahlprogramm u. a. geschrieben: „Für Berufsanerkennung der Werksfeuerwehr und Kranführer - Betriebsinteressen statt Parteipolitik - Gegen öffentliche Panikmache, dafür Sicherung der Arbeitsplätze“ usw. Diese Gruppe stellt nur einen Arbeiterbetriebsrat, dafür aber drei der sechs Angestelltenbetriebsräte.

Auch der dritte Wahlvorschlag setzt sich zum Teil aus Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppe zusammen. Ihre Aussagen beziehen sich neben Angriffen auf die Politik der ehemaligen Betriebsratsmehrheit vor allem auf die Form der Betriebsratsarbeit. Zwei ihrer Kandidaten sind von den Arbeitern in den Betriebsrat gewählt worden und einer von den Angestellten.

Der vierte Wahlvorschlag um den „Volksfront“-Vorsitzenden Eike Hemmer trat mit Forderungen wie voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit, gesetzliches Verbot der Aussperrung usw. an. Sie konnte sich gegen die starke Konkurrenz nicht durchsetzen. Die „Kandidaten (der Gruppe um Hemmer, Anm. AK) folgten erst ab Platz 44 in der Rangfolge der Stimmenzahl, wohl auch deshalb, weil ... (ihre) Forderungen auch von der Gruppe um G. Ziemann (der bisherige Betriebsratsvorsitzende) - wenn auch jetzt nicht ausdrücklich im Wahlprogramm - vertreten werden“ („KVZ“, 23.3.81).

BASF Ludwigshafen

Bei der BASF Ludwigshafen ist es dieses Jahr zu keiner oppositionellen Kandidatur gekommen. Stattdessen hat es im Angestelltenbereich und auch innerhalb der IG Chemie heftige Auseinandersetzungen gegeben. Die langjährige Betriebsrätin U. Dreier, Mitglied der Tarifkommission Rheinland-Pfalz und des Bundesfrauenausschusses, hat sämtliche gewerkschaftlichen Ämter niedergelegt. Sie ist mit der Begründung, in einem solchen „Intrigen- und Manipulationsverein“ keine Basisarbeit mehr leisten zu können, aus der IG Chemie ausgetreten. Dieser Schritt wurde von 197 Vertrauensleuten unterstützt, der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Ludwigshafen wurde als „Napoleon“ bezeichnet (nach „Politische Berichte“, 11.4.81).

Broschek-Druck, Hamburg

Erstmals seit vielen Jahren gab es weder eine Persönlichkeitswahl, weil es im alten Betriebsrat gelungen war durchzusetzen, daß sich der Betriebsrat insgesamt und nicht wie 1978, auf den Listen zur Wahl stellt.

Die Tatsache, daß fast alle Betriebsratsmitglieder mit großen Stimmenanteilen wiedergewählt wurden, muß als Bestätigung der bisherigen fortschrittlichen Betriebsratspolitik gewertet werden. Sie dürfte Fortsetzung finden, weil auch die durch Verzicht auf Wiederwahl neu besetzten Plätze von Kolleg/innen/eingeworbenen werden, die sich für eine fortschrittliche Arbeit in diesem Gremium einsetzen. Während die exponierten Linken im Betriebsrat gute Ergebnisse erzielen konnten, konnten auch einige „gemäßigte Kräfte“ gute Resultate erzielen. Was wohl so zu verstehen ist, daß die Belegschaft bewußt die Linken gewählt hat, auf der anderen Seite aber auch die „Gemäßigten“ als Gegengewicht dazu ansetzt, daß die Linken nicht die ganze „Macht“ im Betriebsrat haben.

Erfreulich: Die wegen eines Artikels über Sexismus im Betrieb in der Zeitschrift „Konkret“ vorübergehend gekündigte Betriebsrätin F. erhielt die zweitmeisten Stimmen bei der Wahl.

Texaco, Hamburg

Die 37 Kandidaten bei den Angestellten hatten sich auf eine Persönlichkeitswahl geeinigt. Der Betriebsrat setzt sich aus 14 Angestellten - Verwaltung und Labor - und einem Arbeiter zusammen. Wie vor drei Jahren stellten bei den Angestellten IG Chemie, DAG und die Betriebsgruppe Texaco Kandidatengruppen auf. Für die Betriebsgruppe kandidierten sowohl IG Chemie-Mitglieder, darunter zwei Vertrauensleute, als auch ehemalige von der IG Chemie ausgeschlossene Gewerkschafter, „um den Wunsch nach einer Zusammenarbeit von Mitgliedern und Ausgeschlossenen allen sichtbar zu machen“ (Flugblatt Februar 1981).

Das Wahlergebnis brachte keine wesentlichen Veränderungen. Die DAG wird wie vor drei Jahren mit sechs Leuten im Betriebsrat sein, die IG Chemie ebenfalls unverändert mit fünf Angestellten. Die Betriebsgruppe gewann einen Angestellten hinzu und ist jetzt mit drei Angestelltenbetriebsräten vertreten, davon sind zwei Kollegen aus der IG Chemie ausgeschlossen.

Unter den 15 Betriebsräten sind lediglich zwei neue Gesichter. Das Festhalten an den „alten“ Betriebsräten liegt vermutlich darin begründet, daß die Kolleg/innen/eine Arbeit des bisherigen Betriebsrates, die gemeinsam von den Betriebsräten der IG Chemie und der Betriebsgruppe getragen war, anerkannt. U. a. führt der Betriebsrat einen Prozeß um eine Mitbestimmung bei der Einführung und Anwendung von Bildschirmschutts, der inzwischen beim Bundesarbeitsgericht angekommen ist. Die Prozesse vor dem Arbeitsgericht und dem Landesarbeitsgericht konnte der Betriebsrat gewinnen.

Wegen dieser gemeinsamen Arbeit von IG Chemie-Mitgliedern und Ausgeschlossenen kam es auch im Betriebsratswahlkampf zu keinen scharfen Kontroversen zwischen beiden Gruppen. Lediglich die DAG war bemüht, ihre Fraktion im Betriebsrat zu erweitern, in dem sie pauschal die beiden anderen Gruppen diffamierte. Aus einem Flugblatt: „Drängt den Einfluß außerbetrieblicher Gruppen zurück“. Es gelang ihr nicht - wie es allerdings der IG Chemie und der Betriebsgruppe nicht gelang, die DAG zurückzudrängen.

(R.T.)



Loderer und Wehner: Kumpel oder Kontrahenten?

Mitbestimmungsauslaufgesetz verabschiedet

Als der Mannesmann-Konzernchef Overbeck im Sommer vergangenen Jahres ankündigte, sein Unternehmen wolle sich durch eine Umstrukturierung dem Geltungsbereich der Montanmitbestimmung entziehen, erhob sich bei Gewerkschaftsführung und SPD großes Protestgeschrei. Im Bundestagswahlkampf brillierte Herbert Wehner mit einem Gesetzentwurf, der die Absichten des Mannesmann-Konzerns vereitelt hätte.

Am 8.4. hat nun der Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das „den Weg für eine Neuordnung des Mannesmann-Konzerns freigeht“ („FAZ“, 10.4.). Das Gesetz sieht vor, daß ein Unternehmen, das sich durch Umstrukturierung oder Produktionsverlagerung dem Geltungsbereich der Montanmitbestimmung entzieht, noch sechs Jahre diese Mitbestimmungsform beibehalten muß. Von den Gewerkschaften wurde dies völlig richtig als „Auslaufgesetz“ bezeichnet. Ferner sieht das Gesetz vor, daß die unternehmensfremden Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nicht mehr von den Gewerkschaften entsandt, sondern von den Betriebsräten gewählt werden; eine Änderung, die auf Drängen der FDP und unter Protest der Gewerkschaften aufgenommen wurde.

Das jetzt verabschiedete Gesetz wird von den Gewerkschaften abgelehnt. Das hindert die führende Gewerkschaft, die im Bundestag sitzen, aber nicht daran, sich für das Gesetz der Koalition anzusprechen.

Unter ihnen sind der Vorsitzende der IG Bergbau, Schmidt, der 2. Vorsitzende der IG Chemie, Rapp, der Vorsitzende der Eisenbahngewerkschaft, Haas, sowie die IG Metall-Funktionäre Buchfort und Urbanik (Vorsitzender der SPD-AfA).

Die Verflückung der Gewerkschaftsführung mit der SPD ist die Ursache dafür, daß sich die Gewerkschaften zu keinem wirkungsvollen Protest gegen das Gesetz aufrufen konnten. So hatte die Zeitung „Metall“ der IGM im Januar bei Herbert Wehner angefragt, ob er denn noch zu seinem Gesetzentwurf aus der Wahlkampfzeit stünde. Wehner polterte daraufhin gegen die „Gewerkschaftsführung der Gewerkschaftszeitung“ und fragte, „ob die IG Metall die sozialliberale Koalition kaputtmachen wolle. Er gebe nun einmal in dieser Legislaturperiode keine Mehrheit für eine dauerhafte Sicherung der Montanmitbestimmung“ („Spiegel“, 2.2.). Fortan wurde die Kritik reduziert.

CDU als konsequenterer Vertreter der Gewerkschaftsinteressen?

Unter dem Motto „Rettet die Montanmitbestimmung“ führten die CDU-Sozialausschüsse vor der Verabschiedung des Gesetzes eine Kundgebung durch, auf der sie Kanzler Schmidt als „Mitbestimmungskaputtmacher“ angriffen. Eingängige Parole: „Mitbestimmung - geboren unter Adenauer, gestorben unter Schmidt“ („Welt“, 21.3.).

In den Bundestag brachte die CDU-CSU-Fraktion einen Antrag ein, der sich für die Montanmitbestimmung ausspricht: „Die Montanmitbestimmung hat dazu beigetragen, im partnerschaftlichen Zusammenwirken von Unternehmensleitungen und Arbeitnehmern die vielfältigen Probleme der Nachkriegszeit zu bewältigen, strukturelle Anpassungsprozesse bei Kohle und Stahl zu erleichtern und damit dem

sozialen Frieden zu dienen“ (Drucksache 9/241). In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, ihren Gesetzentwurf zurückzuziehen und ein neues Gesetz vorzulegen, nach dem die Montanmitbestimmung erhalten bleibt, wenn mindestens 30% des Umsatzes auf Kohleförderung oder Eisen- und Stahlerzeugung entfallen. Nach dem Montan-Gesetz von 1951, das in diesem Punkt nicht geändert wurde, liegt die Marke bei 50%. Das Zahlen-spiel klingt einleuchtend. Norbert Blum (CDU): „Die Kumpel an der Ruhr würden schon den Unterschied zwischen 50 und 30 Prozent begreifen“ („Welt“, 21.3.).

Tatsächlich hat der CDU-Vorschlag mehrere Pferdeflügel:

1. Auch die Festlegung, daß 30% des Umsatzes auf den montanmitbestimmten Bereich entfallen müßten, würde die Mitbestimmung nicht dauerhaft sichern. Die Mannesmann AG könnte schon in Kürze durch den Kauf der Firmen Hartmann & Braun und Kienzle diese Marke unterschreiten. Insgesamt ist in der Stahlindustrie die Tendenz zu beobachten, die Rohstahl erzeugung (die allein der Montan-Regelung unterliegt) als eine Art „Nebengeschäft“ zu betreiben.

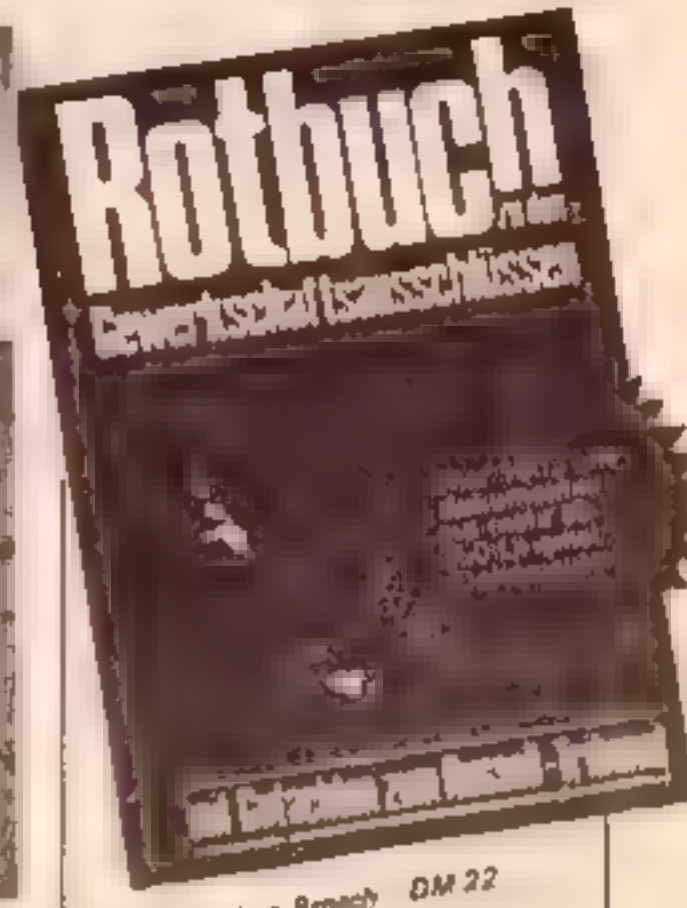
2. Der CDU-Vorschlag beinhaltet nicht die sechsjährige Übergangsregelung. Konkret auf den Mannesmann-Konzern bezogen bedeutet dies, daß sich der Konzern nicht erst in sechs Jahren (so das jetzt verabschiedete Gesetz), sondern durch Zukauf von Firmen schon in zwei bis drei Jahren aus der Montanmitbestimmung heraushehlen könnte.

3. Die CDU verzichtete darauf, einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, der dann mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten hätte verabschiedet werden können. Sie forderte lediglich die Koalition auf, einen neuen Gesetzentwurf zu erarbeiten, obwohl klar war, daß dies von der SPD abgelehnt werden würde, denn Overbeck hatte seine Umstrukturierungsabsichten nur bis zum 1.7. zurückgestellt. Ein neues Gesetz hätte bis zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in Kraft treten können.

Bemerkenswert ist auch, daß der Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Scharrenbroich, noch vor einem Monat erklärte, die Sozialausschüsse würden für den Entwurf der Koalition stimmen, wenn die CDU/CSU keinen eigenen Gesetzentwurf vorlegen würde („FR“, 9.3.). An diese Aussage haben sich die Sozialausschüsse nicht gehalten, und somit ist festzustellen, daß sie mal wieder vor dem Wirtschaftsrat ihrer Partei, dem jehliche Mitbestimmung zuwider ist, gekuscht haben.

Diese Kräfte beurteilen nämlich das „partnerschaftliche Zusammenwirken von Unternehmensleitungen und Arbeitnehmern“, von dem die Sozialausschüsse so schwärmen, etwas pessimistischer. Overbeck, einer der Wortführer dieser Kräfte, begründete inzwischen seine Ablehnung der Montanmitbestimmung mit dem Argument, „der Streik in der ausschließlich montanmitbestimmten Stahlindustrie 1978/79 sei ein Zeichen gewesen, daß diese Art der Mitbestimmung auf Unternehmensebene nur wenig zur Sicherung des sozialen Friedens beitragen könne“ („FAZ“, 28.3.).

Konsumtion Betrieb & Gewerkschaft



650 Seiten Brosch. DM 22
ISBN 3-88305-011-3

Betriebsratswahlen - mit diesem Ereignis verbindet sich traditionell eine Hoch-Zeit für Gewerkschaftsausschlüsse. Seitdem die DGB-Gewerkschaften 1973 die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt haben, nach denen niemand gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied und Mitglied einer kommunistischen Organisation sein darf, sind mehrere Tausend Gewerkschafter ausgeschlossen worden. Darunter viele, die als Kandidaten bei Bundestags- und Landtagswahlen ihre demokratischen Rechte wahrgenommen haben. Noch rechtzeitig vor den Betriebsratswahlen haben die DGB-Führer die „Vorkampfront“ in den Katalog der inkriminierten Organisationen aufgenommen.

Auch die DKP, bislang von den DGB-Führern verachtet, gerät mehr und mehr ins Schußfeld. Seit mehr als zwei Jahren läuft im DGB eine intensive Kampagne, in der Stimmung gemacht wird gegen eine sog. „kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaften“. Erste greifbare Ergebnisse dieser Debatte sind Funktionsverbote für

Erste greifbare Ergebnisse dieser Debatte sind Funktionsverbote für DKP-Mitglieder in den Gewerkschaften Nahrung-Genuß-Gaststätten und Deutsche Post-Gewerkschaft. In der Debatte um das neue DGB-Grundsatzprogramm haben die DGB-Führer - trotz vorhandener taktischer Differenzen - den nächsten Schritt vollzogen, indem sie rundweg die Existenz einer eigenen kommunistischen Gewerkschaftstradition bestritten haben.

Einheitsgewerkschaft heißt nun offiziell nur noch: demokratisch-sozialistische Tradition plus christlich-soziale Tradition.

Diese Entwicklung korrespondiert deutlich mit einer neuen Politik der westdeutschen Bourgeoisie. Nach der „Neuen Ostpolitik“ seit 1968, die außenpolitisch die Ost-Verträge und einen „Entspannungsboom“, innenpolitisch die Duldung der DKP brachte, ist heute eine härtere Gangart angesagt. Statt Entspannung ist Aufrüstung angesagt, und das innenpolitische Klima wird zunehmend eisiger.

Dieser Entwicklung haben die DGB-Führer mit dem neuen Grundsatzprogramm Rechnung getragen. Sie folgen damit ihrer eigenen Tradition, die sie nach dem Zusammenbruch des Faschismus 1945 zielstrebig und systematisch verfolgt haben, dem Antikommunismus.

Um die heutige Entwicklung der DGB-Gewerkschaften zu verstehen, ist die Kenntnis der entscheidenden Weichenstellungen beim Aufbau der Gewerkschaften nach 1945 unumgänglich. Wir haben deshalb der ausführlichen Schilderung von über hundert ausgewählten „Fällen“ von Gewerkschaftsausschlüssen eine Darstellung der „Gründerjahre“ der westdeutschen Gewerkschaften vorangestellt, die ihr heutiges spezifisches Gepräge als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) erst verstehbar macht.

verlag
buntbuch

Hamburg: Hermann Gassmann -

Opfer der Rüstungshysterie?

Nach was vor sitzt der Hamburger IG-Metall-Sekretär Hermann Gassmann nahezu völlig abgeschirmt in Bonn in Untersuchungshaft. Vorgeworfen werden ihm pauschal Kontakte zu östlichen Geheimdiensten und Einflußnahme im Sinne der DKP. Bis heute hat weder die Bundesanwaltschaft noch Gassmanns Anwalt verlauten lassen, was dem inhaftierten konkret zur Last gelegt wird.

Inzwischen wird immer deutlicher, daß außer den staatlichen Behörden auch die Hamburger IG-Metall-Ortsverwaltung aktiv an der Abschottung des Kollegen Gassmann beteiligt ist. Alle Funktionäre der Hamburger Verwaltungsstelle haben inzwischen einen bemerkenswerten Brief erhalten (siehe Faksimile), der zwar in Worten Solidarität bekundet, ansonsten aber eine ganz klare Linie erkennen läßt: nach Ansicht der Ortsverwaltung sollten Gewerkschafter am besten dadurch Solidarität beweisen, daß sie keine Solidarität üben.

Eine zentrale Rolle spielt dabei offenbar das Anwaltsbüro, das die Ortsverwaltung im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes mit der Betreuung Gassmanns beauftragt hat. Es handelt sich um den Strafanwalt der Kanalarbeiter aus der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Gerd Weiland bzw. seinen Sozi R.D. Kloß. Es gilt als offenes Geheimnis, daß diese Advokaten mehr die Rolle des Aufpassers denn der Rechtsvertretung wahrnehmen. Die in dem Ortsverwaltungsbrief aufgeführte Betonung, daß „Hermann diese Anwälte zu seinen Verteidigern bestellt hat“ und er „volles Vertrauen zu seinen Anwälten und seiner Organi-

tion“ habe, macht ein interessantes Absicherungsbedürfnis der Ortsverwaltung in dieser Frage augenfällig. Wir können gegenwärtig nicht überprüfen, ob auf den Kollegen Gassmann Druck ausgeübt worden ist, gerade diese Anwälte zu akzeptieren. Angemerkt sei in diesem Zusammenhang nur, daß es bislang gängige Praxis bei der Gewährung von Rechtsschutz war, daß das betreffende Gewerkschaftsmitglied den jeweils von der Ortsverwaltung angebotenen Anwalt akzeptiert.

Vollends ins Zwielicht gerät besagte Anwaltskanzlei aber durch einen Vorgang, der durch den Kernsatz des Ortsverwaltungsbriefes angetrieben wird. Hermann „bittet sehr darum, von öffentlichkeitswirksamen Aktionen abzusehen.“ Diese angebliche Willenserklärung des inhaftierten stieß bei vielen seiner Mitarbeiter auf Mißtrauen und Ungläubigkeit. Aus der Umgebung von Hermanns Freunden bekannt wurde, daß er durchaus Gegenteiliges erwarte, kam die Ortsverwaltung zunächst einmal in Verlegenheit. Sie löste dieses Problem allerdings dadurch, daß sie über die Anwälte wenige Tage später eine schriftliche Erklärung mit dem gewünschten Inhalt bebrachte.

Der Brief der Ortsverwaltung hat indes nicht allein die Aufgabe, die Hamburger IGM Funktionäre über die Meinung der führenden Spitzenfunktionäre zu unterrichten. Seine politische Bedeutung liegt vor allem darin, daß er den Versuch darstellt, allen Funktionsträgern und Mitgliedern einen Maulkorb zu verpassen. Jeder IG-Metaller, der sich mit dem faktischen Solidaritätsverbot nicht

abfinden will, läuft gegenwärtig Gefahr, sich viel Ärger mit den Gewerkschaftsführern einzuholen. Jede öffentliche Erklärung etwa wäre formal ein Verstoß gegen einen bindenden Beschluß eines nach der Satzung zuständigen Gremiums, nämlich der Ortsverwaltung, die sich zudem noch „mit der Bezirksleitung und dem Vorstand abgestimmt“ hat.

Dieser Versuch der Ortsverwaltung, Maulkörbe zu verteilen, bestätigt unsere in AK 199 geäußerte Vermutung, daß die Verhaftung von Hermann Gassmann ein gezielter Schlag gegen fortschrittliche Ansätze in der Hamburger IGM ist, die sich nicht zuletzt in der von Gassmann bislang betriebl. Bildungsarbeit gesammelt hatten. Die Ortsverwaltung, die bislang von der Hausmacht aus den vier oder fünf größten Hamburger Metallbetrieben dominiert wird, hofft, sich in diesem Konflikt administrativ des Stillschweigens zu verichern.

Es besteht die große Gefahr, daß Hermann Gassmann genauso sang- und klanglos im Käst verschwinden bleibt wie vor ihm schon viele Opfer des „Spionageverdachts“, ohne daß in der Öffentlichkeit auch nur Notiz von seinem weiteren Schicksal genommen wird.

Das „Hamburger Forum“

Bis ins amerikanische Außenministerium ist die Sorge über „pazifistische und neutralistische Strömungen in der Bundesrepublik“ gedrungen - so war es während des Genscher-Besuchs in den USA zu vernehmen.

Was alle westdeutschen Friedenskämpfer - von den Bremer „Kra-

wallanten“ bis zu den christlichen Bergpredigt-Reizitanten - mit Stolz erfüllen kann: endlich wieder etwas Einfluß auf die Weltpolitik zu nehmen, scheint Hermann Gassmann zum Verhängnis geworden zu sein.

Er gehört zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs zum „Hamburger Forum gegen den Atomtod“. Diese Veranstaltung hat in der alleinregierenden Hamburger SPD zu einer schweren Krise geführt. Die Härte der Auseinandersetzung, die in allen Medien breit gewürdigt wurde, macht aufs Neue deutlich, daß es sich um einen zentralen Punkt der imperialistischen Politik dreht. Gut zwanzig SPD-Bürgerschaftsabgeordnete hatten den Aufruf auch unterzeichnet, woraufhin die Rechte prompt zur Krisen-Fraktionsitzung blühten. Immerhin hat das „Hamburger Forum“ als zentrale Parole die Forderung erhoben: „Die Bundesregierung muß ihre Zustimmung zum NATO-Nachrüstungsbeschluß und zur Stationierung neuer Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik zurückziehen!“

Damit ist ein zentraler Nerv der Schmidt/Genscher'schen Regierungspolitik getroffen. Es fehlt denn auch nicht an Versuchen, die Veranstaltung als „von Kommunisten unterwandert“ zu diffamieren. Besondere Sorge dürfte dabei den Herrschenden die Vielzahl von Unterzeichnern aus den Gewerkschaften bereitet haben. Gelten die Betriebe doch bislang als sicheres Hinterland der Rüstungsstrategen, die im Zweifelsfall nur allzu gern mit „totucheren“ Arbeitsplätzen winken.

Rüstung ohne Alternativen?
Rüstung ohne Alternativen?

In der linken und linksliberalen Presse, aber auch in der K.M.-Mitgliederzeitung „metall“ hat in der jüngeren Vergangenheit der „Arbeitskreis alternative Produktion“ Furore gemacht, der sich mittlerweile auf der Schiffswerft und Rüstungsfabrik Blohm & Voss konstituiert hat. Wenn sich auch bislang noch nicht klar absehen läßt, in welche Richtung sich dieser Arbeitskreis entwickeln wird, so dürfte er doch schon wegen seiner Gründung einer Reihe von Rüstungslobbyisten auch in den Gewerkschaften einige Kopfschmerzen bereiten. Dieser Arbeitskreis wird im Rahmen der betrieblichen Bildungsarbeit indirekt von Hermann Gassmann - über die örtliche Innovationsberatungsstelle - angeleitet. In anderen Rüstungsbetrieben und Metallfirmen haben sich nach diesem Vorbild inzwischen ähnliche Arbeitskreise gebildet, u.a. bei MAK in Kiel und bei Mannesmann in Duisburg.

Diese Entwicklung, die auf jeden Fall in eine völlig andere Richtung zielt, als etwa der Streik für die Chul-U-Boote bei HDW in Kiel, liegt den rechtssozialdemokratischen Kreisen, die auch die Hamburger IGM-Ortsverwaltung bisher beherrschten, mit Sicherheit schwer auf dem Magen. Immerhin handelt es sich dabei um so rüstungs- (und Atom-)potente Firmen wie HDW, Blohm & Voss, MBB, Daimler-Benz und Hamburgische Electricitätswerke.

Hamburger IGM:
Bislang gute Kontakte zum Verfassungsschutz

Nicht umsonst waren hiesige Betriebe für ihre guten Kontakte zum Verfassungsschutz bekannt. Anlässlich des Schnüffelskandals bei den Hamburger Stahlwerken war bekannt geworden, daß es enge Verbindungen zwischen den Gewerkschaften und den örtlichen Verfassungsschutz-Behörden gibt. Sowohl die Hamburger Innenbehörde, zu der auch das Landesamt für Verfassungsschutz gehört, als auch die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) wurden jahrelang in Personalunion von dem inzwischen zum Hamburger SPD-Vorsitzenden avancierten Werner Staak geführt. Bislang ist nichts bekannt geworden, was auf ein Abreißen dieser engen Verbindungen schließen läßt. Das Sagen haben jeweils rechte Sozialdemokraten. Und auch im Fall Gassmann konnte sich die örtlichen Presseorgane in ihrer rufmörderschen Berichterstattung auf Informationen der „Hamburger Sicherheitsbehörden“ beziehen, die bis zum März in der Sache aktiv waren. Die Verbindungswege sind kurz - nach wie vor

Nach dem
Ausschluß aus der
DruPa:

Die Entlassung!

Nachdem der Hauptvorstand der DruPa nun den Hilfsarbeiter Harald Schöpfer aus Stuttgart endgültig aus der Gewerkschaft ausgeschmissen hat, rücken die geheimen Ausschlußrichtlinien des Hauptvorstandes immer mehr in die bundesweite Diskussion der DruPa-Linken. Formal hat die DruPa seit dem Gewerkschaftstag 1977 keinen Radikalerlaß mehr allerdings hatte der Hauptvorstand geheime Richtlinien durch seine Rechtsabteilung erstellen lassen, die vorsehen, Mitglieder sogenannter K-Gruppen auszuschließen. Diese geheimen Richtlinien waren nun mit dem Ausschluß von H. S. bekanntgeworden, allerdings auf den massiven Protest des Stuttgarter Ortsvereins gestoßen, indem der Genosse organisiert gewesen ist, bevor er wegen seiner Kandidatur für den KBW ausgeschlossen wurde.

Mittlerweile hat der Hauptausschuß, die sogenannte „letzte Instanz“, den Ausschluß bestätigt. Daraufhin hat die Vertrauensleute-Leitung der Stuttgarter Betriebe sich in einem Brief direkt an alle Ortsvereine innerhalb der DruPa gewandt und auch bundesweit die geheimen Richtlinien verschickt.

Außerdem hatte die Mitgliederversammlung in Stuttgart beschlossen, daß der ausgeschlossene Kollege weiterhin an allen Sitzungen als Gast teilnehmen dürfte (der Ausschlossene war Mitglied des Vorstandes und hatte noch andere wichtige gewerkschaftliche Funktionen im Vorstand). Auf der dann folgenden Mitglieder-versammlung ließ der Ortsvereinsvorsitzende die Versammlung plätzen, versammlung neu der Ortsvereinsvorsitzende die Versammlung plätzen, gegen den Willen der meisten Anwesenden, weil H. S. als Gast anwesend war. „Auch der Hauptvorstand hat sich in den Streik eingeschaltet. In einem Gutachten betont er inzwischen, daß S. an keiner Veranstaltung der DruPa als Gast teilnehmen dürfte. Der Hauptvorstand versucht zur Zeit, die Vertrauensleute in Stuttgart einzuschleichen. Möglicherweise hat in einem Brief den Ortsverein aufgefordert, gegen angeblich setzungswidrige Aktivitäten der Vertrauensleuteleitung vorzugehen.“ („TAZ“, 21.4.81).

Doch die Auseinandersetzung in der Stuttgarter DruPa hatte sich noch weiter zugespitzt, als bekannt wurde, daß H. S. nun auch noch fristlos von der Südwestdeutschen Rollenoffset GmbH gekündigt worden ist und einen Tag später Hausverbot bekam. Der Betriebsobmann im Betrieb hatte seiner Kündigung (H. S. ist kein Stellvertreter) widersprochen und die Geschäftsführung muß nun vor das Arbeitsgericht gehen, um H. S. endgültig loszuwerden.

Aus dem Grunde wurde auf der Mitgliederversammlung der Hauptvorstand einstimmig aufgefordert, H. S. Rechtsschutz zu geben. Bei wenigen Enthaltungen wurde eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt: „Die Mitglieder und Delegiertenversammlung der OV Stuttgart hatten sich mit Bekanntwerden dieses Verfahrens gegen einen Ausschluß ausgesprochen - nicht zuletzt wegen der Befürchtung, ein aus der Gewerkschaft ausgeschlossenes Mitglied werde zum Freiwiller der Unternehmer ... es ist von allen Haupt- und Landesbezirksvorstandsmitgliedern, die für den Ausschluß votiert haben, ausgeführt worden, daß ein Gewerkschaftsausschluß nicht mit einem „Berufsverbot“ verglichen werden könne - die Gewerkschaft nehme niemandem seinen Arbeitsplatz ... wir fordern hiermit den Hauptvorstand auf, H. S. Rechtsschutz in der gleichen Qualität zu gewähren, wie dies im Falle seiner weiterbestehenden Mitgliedschaft der Fall gewesen wäre“. Eine Stellungnahme des DruPa-Vorstandes dazu liegt noch nicht vor, aber sicher ist, daß der Hauptvorstand sich dem nicht fügen wird.

Mittlerweile ziehen der Fall des Ausschlusses und die geheimen Richtlinien aber größere Kreise in der DruPa. Einzelne Ortsvereine haben die Diskussion um den Ausschluß und die Richtlinien auf die Tagesordnung ihrer Mitgliederversammlung genommen und selbst die bürgerliche Presse hat über den Fall berichtet. Es ist zu hoffen, daß noch einiges gegen den Ausschluß und die Richtlinien innerhalb der DruPa insange kommt. Die Möglichkeiten und gegeben und sollten genutzt werden.

Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Hamburg



STELLUNGNAHME UND INFORMATION DER ORTSVERWALTUNG ZU DEN FESTEINNAHME UNTERNEHMEN HERMANN GASSMANN

Am 7.4.81 hat die Ortsverwaltung über alle, aus der Festnahme unseres Kollegen Hermann Gassmann sich ergebenden Fragen eingehend beraten und dazu grundsätzlich festgelegt:

- Alle Entscheidungen über die weitere Vorgehensweise der IG Metall trifft nach Abstimmung mit dem Vorstand und der Bezirksleitung die Ortsverwaltung.
- In dieser schwierigen, die Organisation, den Kollegen Hermann Gassmann und seine Familie stark belastenden Angelegenheit ist eine Koordinierung der verantwortlichen Gremien dringend erforderlich. Jede Maßnahme und Erklärung muß ausschließlich das Ziel haben, eine sehr schnelle und gründliche Klärung zu erreichen, damit unser Kollege Hermann Gassmann so schnell wie möglich frei kommt und seine Unschuld sich erweisen kann.

Die Ortsverwaltung hat großes Verständnis für die vielen dringenden Fragen und Solidaritätsverschlüsse aus den Reihen der Hamburger Metaller. Daher möchte sie mit diesem Schreiben alle Funktionsträger in der Verwaltungsstelle über den Sachverhalt informieren.

- Am 20.3.81 ist unser Kollege Hermann Gassmann in Hamburg festgenommen worden. Der zuständige Staatsanwalt teilte den Kollegen Otto von Steeg und Johannes Müller mit, es bestünde der Verdacht, Hermann Gassmann unterhalte Verbindungen zu einem östlichen Nachrichtendienst.
- Die Kollegen von Steeg und Müller bestellten unverzüglich einen Anwalt, der sofort tätig wurde. Außerdem wurde der Vorstand der IG-Metall in Frankfurt unterrichtet.
- Am 29.3.81 wurde Hermann dem Ermittlungsrichter vorgeführt, der Haftbefehl erließ. Seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft, inzwischen in Bonn.
- Am 30.3.81 unterrichtete die Geschäftsleitung der Ortsverwaltung die Hauptamtlichen und alle in der Verwaltungsstelle beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Danach trat die Ortsverwaltung zusammen und beschloß, eine kurze Sachstandsinformation an das Herauszugeben, um allen Spekulationen vorzubeugen.
- In Abstimmung mit der Bezirksleitung wurden bekannte Hamburger Rechtsanwälte mit der Rechtsvertretung unseres Kollegen Hermann Gassmann beauftragt. Hermann hat diese Anwälte zu seinen Verteidigern bestellt.
- Es besteht enger Kontakt zu Hermanns Anwälten, zu seiner Familie und - den Möglichkeiten entsprechend - zu ihm selbst.
- Hermann hat uns ausdrücklich darüber unterrichtet, daß er volles Vertrauen zu seinen Anwälten und zu seiner Organisation hat.
- Er bittet sehr darum, von öffentlichkeitswirksamen Aktionen abzusehen. Ihm sei sehr daran gelegen, die „journalistische Phase“ abklingen und sich alle Verantwortlichen und Beteiligten ausschließlich der zügigen Aufklärung widmen können.
- Die Ortsverwaltung teilt und respektiert diese Haltung von Hermann und bittet alle Funktionsträger, Metaller und die übrigen Gewerkschafter in der DGB dies ebenfalls zu tun.
- Einige Zeitungen haben in unverantwortlicher Weise Unterstellungen und Pseudo-Informationen verbreitet. Derartigen journalistischen Kampagnen, die besetzt gegen die IG-Metall gerichtet sind, begegnen wir am wirkungsvollsten, wenn wir uns direkt mit den verantwortlichen Redakteuren auseinandersetzen. Die Ortsverwaltung hat dies in scharfer Form bereits getan.

Die Ortsverwaltung wird alles in ihren Kräften stehende tun, damit unser Kollege Hermann Gassmann bald wieder frei bei seiner Familie sein und mit uns arbeiten kann.

Hamburg, den 8.4.1981
MUL/ist

IG - METALL - ORTSVERWALTUNG HAMBURG

J.A. J. Müller, R. Engelmann, G. Mohr

DGB

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Ein Drucker-Genosse

„Weltmacht Droge“

— Ein Buch und seine Folgen —

„Ich werde mir durch dieses Buch nicht nur Freunde schaffen. Ich werde beispielsweise in der Stadt, in der ich gerade lebe, sehr vorsichtig sein müssen, denn gewisse Kreise sehen ihre Geschäfte nicht gern in der Öffentlichkeit erzählt, und auf den Schutz der Polizei möchte ich mich nicht verlassen müssen.“

Die Vorsicht war begründet: drei Monate, nachdem er diese Bemerkung im Nachwort seines Buches „Weltmacht Droge“ (Econ-Verlag, Düsseldorf) geschrieben hatte, spitzte im Juni 1980 beim Autor Hans-Georg Behr die Wohnungstür und zwei Zivilpolizisten verschafften sich mit gezogener Pistole Einlaß. Acht Wochen hatte Behr in ihrem Revier, dem Hamburger Bahnhofsviertel, recherchiert und war auf allerlei Merkwürdigkeiten gestoßen, die er später als „Personalunion von Räuber und Gendarm“ beschrieb. Gerade diese beiden Beamten zeichnen sich dabei durch besondere Vielfältigkeit aus: sie seien im Sperrgebiet „Strichuzenzen“ an unregulierten, meist heroinsabhängige Prostituierte vergeben haben, die gleichzeitig auch mit Heroin aus vorangegangenen, nicht genehmigten Beschlagnahmen versorgt wurden und am Hauptbahnhof (ebenfalls Sperrgebiet!) nur Stricher geduldet haben, die gleichzeitig für sie als Informanten arbeiteten. An einem dieser ihm als Spitzel bekannten Stricher, einen gewissen Didi, geriet Behr im Laufe der Recherche und beging die Unvorsichtigkeit, ihm etwas zu gezielte Fragen zu stellen. Ein paar Tage darauf stand Didi wieder vor der Tür, wirkte sichtlich nervös und verhielt sich so auffallend nervös, daß er nach kurzer Zeit wieder hinauskomplimentiert wurde. Wiederum eine Viertel Stunde später standen dann plötzlich die beiden Polizeiobermeister (POM's) Schmidt und Toebben im Flur und nahmen Behr und seinen Mitbewohner Eckhard D. fest. Bei seiner Durchsichtung in zeitweiliger Abwesenheit der Bewohner wurden ein paar Gramm Haschisch, einige Hanfpflanzen und 0,8 g Opium gefunden, von denen letzteres mit Sicherheit vor Didi's Besuch nicht in der Wohnung war. Das Haschisch bezeichnete Eckhard

als seinen Besitz und wurde dafür im November '80 zu 10 Monaten auf Bewährung und 2000,- DM Geldstrafe verurteilt (siehe AK 189, „Hanseatische Kuckuckseier“).

Erst durch die nachgereichte Aussage Didi's, Behr habe ihm bei seinem Besuch ein Stück Haschisch als Probe für einen größeren Deal mitgegeben, und er habe vorher schon eine große Platte Haschisch in der Wohnung gesehen, konnte das Verfahren auch auf Behr ausgeweitet werden. Seit nunmehr 11 Prozeßtagen wird gegen ihn wegen Handels mit 0,328 g (in Worten: Nudelschmalzgewicht) Haschisch und „Mitbesitz“ des übrigen beschlagnahmten Hanfes verhandelt. Das Opium ist zwischenzeitlich aus der Anklage gestrichen worden.

Hans-Georg Behr hatte mit Schwierigkeiten gerechnet. Seine Recherchen über das Geschäft mit der Sucht führten ihn in den letzten Jahren durch viele Länder Asiens und häufig genug in brenzlige Situationen. Bei afghanischen Rebellen und pakistanischen Mohnbauern, bei Heroinfabrikanten und Schmugglern, bei Rauschgiftpolizei-Agenten und Waffenschleppern hatte er sich aufgehalten, je näher er an die Verursacher in Europa herankam, desto gefährlicher wurde es — der Treppenvitz wollte es, daß er auf einer der untersten Etagen des staatlichen Zusammenspiels mit dem Heroinhandel im Hamburger Bahnhofsviertel aufstieg. Dabei hatte er eigentlich nur ein Sachbuch über Opium schreiben wollen.

Die helle Seite des Mohns — eine Droge mit Tradition

„Weltmacht Droge“ faßt sehr verschiedene Aspekte des Opiums zusammen. Im Mittelpunkt steht die Droge, von der Kulturpflanze bis zur illegalen Ware heutzutage. Sorgfältig räumt Behr im ersten Teil des Buches mit der „Dilomierung“ der „Todesdroge“ Opium auf. Wie erfahren von der Jahrtausende alten Verwendung aller Bestandteile des Mohns bei den Bauern Asiens, lesen von der medizinischen Anwendung als Schmerzmittel, Psychopharmakon („das Valium des Frühkapitalismus“)

und Allheilmittel und werten vertraut gemacht mit der Kulturgeschichte, die sich von altgriechischen Skulpturen über die literarischen Zeugnisse der Romantik bis zu Bekennnissen Opiumsüchtiger in der Neuzeit fortsetzt. Vor dem Hintergrund des massenhaften Opiumverbrauchs im 19. Jahrhundert — berichtet wird von den Säuglingen englischer Arbeiterinnen, die mit Opium von ihren ebenfalls süchtigen Müttern ruhiggehalten wurden, während diese zur Arbeit gehen mußten — verlieren die „modernen“ Heroinwelken vieles von ihrem exotischen Schrecken. Wer wußte schon, daß Laudanum (Opiumtinktur) in den Hausapotheken unserer Urgroßeltern den Platz einnahm, den heute Valium in jedem dritten Haushalt der BRD hat, und daß zur gleichen Zeit in den Salons der Gründerzeit von den Damen der feineren Gesellschaft regelrechte Morphin-Injektionskranzchen veranstaltet wurden?

„Mäßiger, wenn auch regelmäßiger Genuß war sozial durchaus respektiert und nur Exzesse wurden nacheinander bemerkt“, schreibt Behr über die Drogenmoral des 18. Jahrhunderts. Er zitiert einen islamischen Gelehrten aus dem Jahre 750, der behauptete, daß „nur die Deklaranten sich dem Opium hingeben, die Besitzlosen und die ohne Recht. Sie suchen in ihm Medizin gegen ihre Untertugend. Für ehrbare und geschätzte Bürger bleibt es Medizin bei Krankheiten“. Dieser Satz sollte mit vielen prominenten Ausnahmen allerdings — bis weit in unsere Zeit hinein seine Gültigkeit behalten, und in Bezug auf die Verbreitung von Alkohol, Tabletten und Heroin gilt er ja auch heute noch.

Daß Opium auch suchterzeugend wirken, gehörte zu den Tabus der damaligen Zeit. „Den hervorragenden Charakter von Opium erkennt man daran, daß, wer diese Medizin nicht mehr nimmt, alsbald ernsthaft erkrankt“, schrieb der Erfinder des Laudanum in einer Werbeschrift des 17. Jahrhunderts. Auch die modernen Erzeugnisse aus Opium — Morphin und Heroin — wurden anfangs als nicht suchterzeugend betrachtet, da man meinte, durch die chemischen Prozesse die zur Gewöhnung führenden Stoffe ausgeschlossen zu haben. Bei Morphin dauerte es nach der Entdeckung immerhin 70 Jahre, bis nach dem deutsch-französischen

und wurde erst Ende der 60er Jahre von der südostasiatischen Konkurrenz aus dem Markt gedrängt.

In Indochina waren inzwischen die USA eingefallen, die den wachsenden Einfluß der Befreiungsbewegungen niederzubomben versuchten. Als Verbündete hatten sie sich u.a. die antikommunistischen (Untergrund-) Armeen Thailands, Laos und Burmas verpflichtet, die Anbau und Verarbeitung von Opium im „Goldenen Dreieck“ kontrollierten. Wollte man sie weiterhin zur Seite haben, mußte man ihre illegalen Geschäfte in Kauf nehmen oder sogar decken, zumal sie ihre Waffenkäufe nur mit Heroingewinnen bezahlen konnten. So kam es, daß zeitweilig Maschinen der CIA-Luftlinien Heroin aus dem „Goldenen Dreieck“ ausflügen und am anderen Ende der Handelskette Tausende von Farbigen in den Slums amerikanischer Großstädte an der Nadel verreckten. Die Vereinigten Staaten hatten die „Heroinwelle“ selbst verursacht und wurden erst aufmerksam, als die Kampfkraft der Armeen durch heroinsabhängige GI's litt, während dabei auch die ersten weißen Jugendlichen an die Nadel gerieten.

Der neue Opiumkrieg — Sackgasse BRD

Nach dem Ende des Vietnamkrieges verlagerten sich die Hauptanbaubereiche für Mohn an andere (Bürger) Kriegsschauplätze. Heute befindet sich die größte zusammenhängende Anbauregion in Nord-West-Pakistan, dem Land der Pathanen an der Grenze zu Afghanistan. Hans-Georg Behr kennt diese Ecken Asiens von vielen Reisen und hat in den letzten Jahren die stetige Ausbreitung der Mohnfelder vor Ort beobachten können. Er hat 1978 — 80 von dort aus die Handelswege verfolgt. Nach seiner Beobachtung stehen beispielsweise die Heroin-Raffinerien Pakistans unter direkter Kontrolle des Generalsstabes, der den Profit von 355 Mio DM (1979) u.a. zum Kauf bestimmter sensibler Geräte aus der Bundesrepublik für den Bau der pakistanischen A-Bombe verwendete. Als Lieferanten der Chemikalien für die Heroin-Raffinerie nennt er die Firmen Merck und Hoechst, und einen Teil des Opiums lieferten noch 1980 afghanische Rebellengruppen, die damit Waffen für den Bürgerkrieg bezahlten. Auch sie bevorzugten nach Behr Angaben bundesdeutsche Wertarbeit in Form des Heckler & Koch Gewehrs G3 für die Pächter und Kleinbauern der pathanischen Fürsten ist Mohn die landwirtschaftliche Nutzpflanze mit dem höchsten Ertrag, für ihre Herden eine Quelle des Reichtums.

Ertrag, für ihre Herden eine Quelle des Reichtums. Von Pakistan aus gelangte nach Behr's Recherchen ein Teil der 1979 produzierten 40 Tausend Heroin über verschiedene kleine Handelshäuser im „Amesenerverkehr“ nach Europa und den USA. Der weitaus größere Teil kam auf vielfältigen Wegen über den Persischen Golf oder den Iran in den Libanon und von dort aus weiter nach Westen. In den Libanon waren auch jene bei den afghanischen Rebellen entdeckten G3 geliefert worden. Eine Hamburger Waffenexportfirma hatte sie ordnungsgemäß an eine Firma in Mailand ausgeführt, von wo aus sie auf „dunklen“ Kanälen nach Beirut gelangten.

Behr fragt, inwieweit dieser Mechanismus dem zur Kontrolle von Waffenexporten verpflichteten Bundesnachrichtendienst bekannt ist und läßt das Puzzle der nebeneinanderstehenden Informationen von einem amerikanischen Rauschgiftagenten in einem Nahostland zusammenfügen. „Die Verbindung von Waffenschleppern und Heroin ist keineswegs neu.“ Wenn Sie jemanden mit Waffen beliefern und der mit Heroin bezahlt, müssen Sie entscheiden, was für Sie wichtiger ist: die politische Macht, die Sie mit Waffengeschäften gewinnen, oder das Rauschgiftproblem, daß Sie sich damit einhandeln. Spätestens seit Vietnam beobachten alle wichtigen Geheimdienste und alle entscheidenden Polizeistellen sehr genau auch alle größeren Bewegungen auf dem Drogenmarkt. Heroin wird heute nur aus Wirtschaftsinteressen hergestellt. Wer viel einkaufen will, muß viel zahlen, und für arme Länder ist das billigste Zahlungsmittel Heroin. Es ist eine harte Währung, die im eigenen Land hergestellt werden kann. Es ist kein Zufall, daß die wirtschaftlich stärksten Länder auch die mit den größten Heroinproblemen sind. Ein Grund dafür mag sein, daß bestimmte Gesellschaftsformen zur Sucht verlocken. In diesem Zusammenhang kommt es aber auf einen anderen Punkt an: Kein Land möchte den Preis für die Geschäfte eines anderen zahlen. Und da passen alle auf, und so landet das Heroin in der

Regel dort, wo das Geschäft gemacht wurde. (...) Es gibt nur einen Wirtschaftszweig, der in weiten Bereichen mit Heroin bezahlt wird. Volkswirtschaftlich ist er kaum von Bedeutung, aber er hat die beste Lobby, und das ist eben die Waffenindustrie. Da die Bundesrepublik auch auf diesem Gebiet die führende Industrienation sein möchte, dürfen sich die Deutschen über manche Folgen nicht wundern. (...) Man kann einem Bettler nicht etwas verkaufen wollen und verhindern, daß er sich das Geld auf eine unethische Weise beschafft.

Der Autor verzichtet bei der Schilderung dieser Marktmechanismen auf jeden Anflug von Verschwörungstheorie: distanziert, aber mit Liebe zum Detail zeigt er die Nutznießer und Opfer des Geschäfts auf, einige historische Abschnitte gerieten ihm dabei leicht anekdotenhaft, und die Auswirkungen der BKA-Auflösungsprogramme hat er vor einem Jahr noch weit unterschätzt — aber in jedem Abschnitt ist „Weltmacht Droge“ lesenswert und höchst spannend geschrieben.

Mit den Behörden der Bundesrepublik hat Behr es sich gründlichst verscherzt, mit Unterstützung von dort konnte er nach Erscheinen seines Buches jedenfalls nicht länger rechnen. Die Einleitung des Verfahrens gegen ihn war eine der Möglichkeiten, seine Glaubwürdigkeit als Drogenfachmann zu untergraben — und sie war durchaus erfolgreich.

Operation Mundtot

Seit dem 6. März, an buher 11 Prozeßtagen, wird gegen Hans-Georg Behr verhandelt. In ähnlichen entscheidenden Aussagen bestehen gravierende Widersprüche zwischen den POM'sen und ihrem Spitzel. Mal wollen sie schon seit einundhalb Jahren mit ihm zusammengearbeitet haben, während Didi noch nie vorher Kontakt zu ihnen gehabt haben will, mal wollen 3 — 4 Haschisch-Platten in Behr's Wohnung gewesen sein, doch Didi hat dann plötzlich überhaupt keine mehr gesehen, mal wollen die POM's nach Erhalt des Tips sofort losgefahren sein, bei Didi war es einen ganzen Tag später, und mehrere Male rochen die Aussagen arg nach Meinerei, zumindest aber nach gezielter „Zeugenbetreuung“. „Die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen brach in sich zusammen wie ein Kartenhaus“, heißt es in einem Bericht des NJR, doch Richter Soltmann kümmerte das wenig. „Der kann in allen Dingen die Unwahrheit gesagt haben, wenn er nur dabei (der Aussage über Behr's angeblichen Handel, Ann. AK) bleibt, wird das schon

Aussage über Behr's angeblichen Handel, Ann. AK) bleibt, wird das schon stimmen“. Über das Urteil war er so freundlich, sich schon im Voraus zu äußern. „Wegen fahrlässigen Mitbestandes von Rauschgift durch Anmieten einer Wohnung, in der ja der Mitbewohner nach eigenem Eingeständnis Haschisch besessen hat. Das gibt bis zu einem Jahr“. Sicher schmei es sich seiner Sache aber nicht mehr zu sein, da nach der Zerbröselung der Belastungszeugen der Staatsanwalt mit einem Nervenzusammenbruch vorzeitig aus dem Verfahren schied und er auch schon viel von seiner Frische verloren hat. Erstmals hat er jedoch sechs weitere Termine ansetzen lassen, immer schön kurz und zu ungünstigen Zeiten.

Sollte es zu einer Verurteilung kommen, droht Hans-Georg Behr die Ausweisung — er ist Österreicher und hat in Hamburg nur seinen derzeitigen Wohnsitz. In Wien läuft demnächst ein Prozeß, den ein österreichischer Waffenschlepper wegen angeblicher Verleumdung als Besitzer einer Bordell-Kette gegen Behr angestrengt hat; die EAP mußte eine ihrer Verleumdungsbroschüren mit einer Buchbesprechung über „Weltmacht Droge“ aus dem Verkehr ziehen, und ein weiteres Presseverfahren mit einem Bild-Redakteur steht auch demnächst ins Haus. In seinem Heimatland geriet er überdies auch kurzfristig auf die Fahndungsliste „Rauschgift“, da er ja laut Buch einen Opiumtransport von Pakistan in den Iran begleitet hatte.

Nebenwirkung dieses Treibens: das bisher einzig lesenswerte Buch über das Geschäft mit der Opium-Sucht hat in seiner Glaubwürdigkeit vor der Öffentlichkeit arg gelitten. Es fällt schwer, dabei noch an Zufälle zu glauben.

Drogenkommission

PS Die nächsten Prozeßtermine, jeweils Mittwochs
6.5.81, 13.30 - 15.00 Uhr
13.5.81, 9.00 - 15.00 Uhr
20.5.81, 13.30 - 15.00 Uhr
27.5.81, 13.30 - 15.00 Uhr
Ort: Raum 405, Amtsgericht Hamburg, Karl-Muck-Platz (DAG - Haus)

Wir verdienen direkt oder indirekt am Heroin.

Als Produzenten
Gen. Zia ul Haq, Staatschef, Pakistan
Gen. Fazl Haq, Gouverneur, Pakistan
Gen. Prem, Staatschef, Thailand
Necmettin Erbakan, ex-Partei- und Ministerpräsident, Türkei
Araslan Türker, ex-Partei- und Ministerpräsident, Türkei
Heroinwerke Zahedan, Iran
Kornische Vereinigung e.V., Marseille
Mafia, Industrieabteilung, Italien
Guo Min Dang, chemische Abteilung, Thailand/Taiwan

Als Zubereiter
Hoechst AG, Chemiefabriken, Frankfurt/M.
Merck AG, Chemiefabriken, Darmstadt
Nationalchinesische 5. Armee in Thailand, Opiumproduzenten
Afghanische Rebellengruppen, Opiumproduzenten
Pathanische Großgrundbesitzer in Nordwest-Pakistan,

Opiumproduzenten
Kurdische Großgrundbesitzer, Iran, Irak, Syrien, Türkei
im Namen hunderttausender ausgebeuteter Bauern

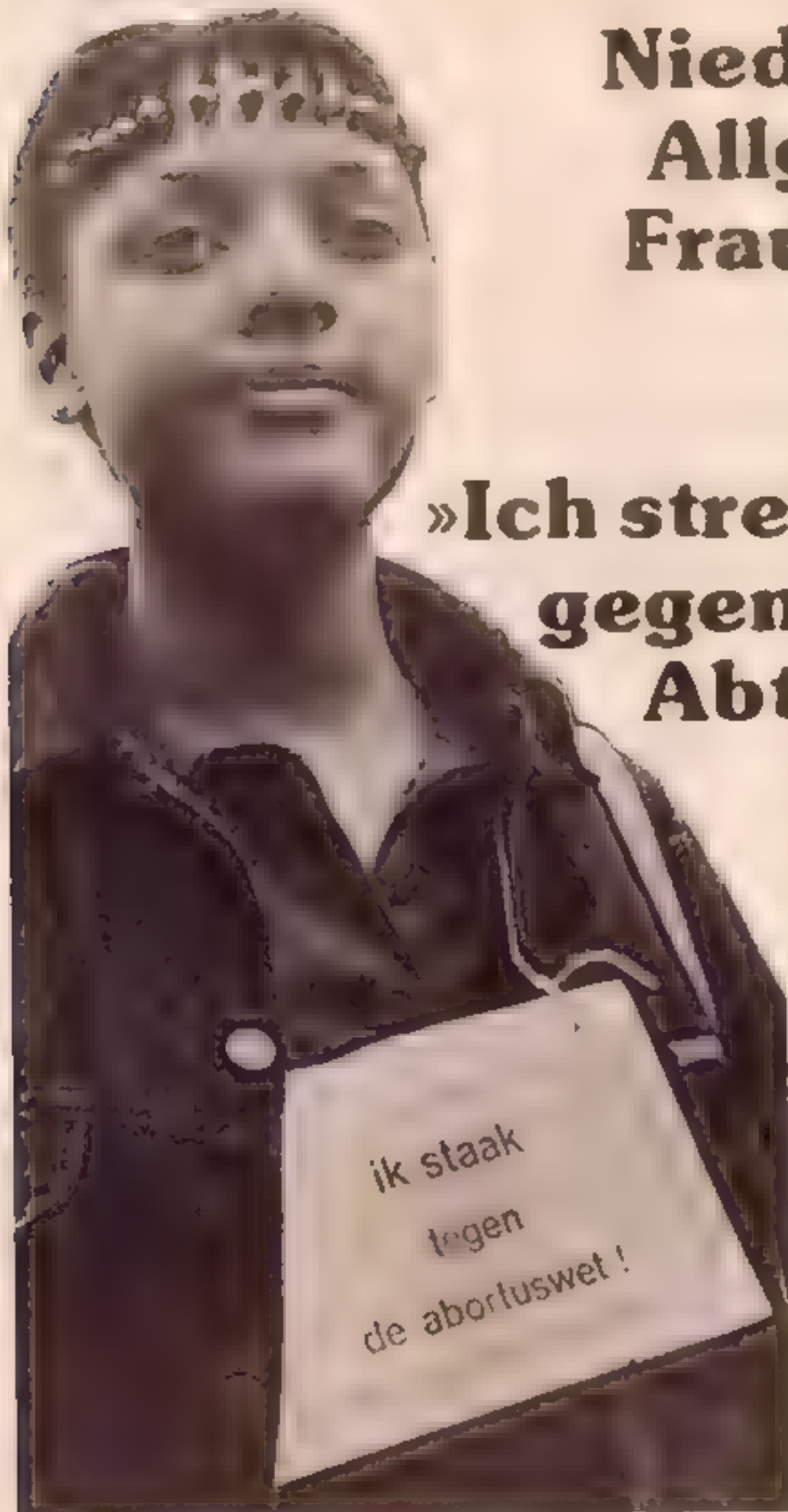
Als Handelsorganisationen
Christliche Falange, Libanon
Christliche Milizen „Freier Libanon“, Libanon
Nationale Heilspartei, Türkei und BRD
Nationale Erweckungspartei, Türkei und BRD
Guo Min Dang, Südostasien und Europa
Mafia, Handels- und Dienstleistungsgesellschaft, Italien
mit ihrer Tochtergesellschaft Cosa Nostra, USA
Die organisierte Unterwelt der bundesdeutschen Großstädte
im Namen vieler anderer, ungenannt sein wollender

Als weitere Nutznießer
Heckler & Koch, Waffenfabriken, BRD
Walther & Co., Waffenfabriken, BRD
Bundeskriminalamt, Abteilung Rauschgift, BRD
im Namen ungenannt bleiben wollender Waffenfirmen und

Zwei Tote pro Tag sind doch nur ein bescheidener Beitrag zu unserem Wohlbefind!

Niederlande: Allgemeiner Frauenstreik

»Ich streike gegen das Abtreibungs- gesetz«



(Foto: Eva Strausz)

(Foto: Eva Strausz)

„Es gibt seit zwölf Jahren eine Frauenbewegung. Aber sind wir unserem Ziel auch nur einen Schritt nähergekommen?“ fragte eine der Rednerinnen auf der Kundgebung zum Internationalen Frauentag in Amsterdam. Und antwortete: „Uns Frauen geht es immer schlechter. Der Ausbeutungsgrad wird erhöht, die Unterdrückung nimmt zu ... Frauen werden immer mutloser und machtloser. Wir haben in all den Jahren eine Frauenbewegung aufgebaut, müssen wir nun auf eine dritte feministische Welle warten? Müssen wir warten, bis die Rechtsentwicklung, der aufkommende Faschismus, die Wirtschaftskrise von selbst wieder aufhören? Die Geschichte lehrt uns, daß das nicht von selbst kommt, daß Wirtschaftskrise und Krieg oft zusammengehen. Wir haben erst wirklich verstanden, daß wir nichts gewonnen, sondern nur verloren haben, als das Abtreibungsgesetz ... von der zweiten Kammer angenommen wurde, ungeachtet all unserer Demonstrationen und Kundgebungen. Wir werden endlich von der einzigen Waffe Gebrauch machen müssen, die denen zur Verfügung steht, die unterdrückt und ausgebeutet werden. Wie können wir jemals die Welt organisieren, wie wir sie haben wollen, als dadurch, daß wir nicht mehr tun, was von uns erwartet wird, als dadurch, jetzt zu streiken!“

Der Gedanke, einen allgemeinen Frauenstreik auszurufen, war an diesem 8. März gerade drei Tage alt und dennoch schon recht verbreitet.

Am 5. März war im Amsterdamer Frauenzentrum, dem „Vrouwenhuis“, die Möglichkeit eines Frauenstreiks gegen die Verabschiedung des Abtreibungsgesetzes, die am 31. März in der ersten Kammer („Bundsrat“) erfolgen sollte, erörtert worden. Über die schon seit Jahren bewährte Telefonkette „Frauen rufen Frauen an“ („Vrouwen bellen Vrouwen“) wurden alle Komitees der Bewegung für die Freigabe der Abtreibung („Wij Vrouwen Eisen“), die Häuser für mißhandelte Frauen, die Frauenzentren, -büchereien und -cafés informiert. Die Anregung zu einem allgemeinen Frauenstreik stieß in wenigen Tagen auf soviel Zustimmung, daß diese Aktion am 8. März auf der Kundgebung bekanntgegeben werden konnte.

In erster Linie richtete sich der Streik gegen das neue Abtreibungsgesetz, aber auch gegen die hohe Frauenarbeitslosigkeit und die unbezahlte Arbeit im Haus und im Sozialbereich, gegen die zunehmende Gewalt gegen Frauen, gegen eine ganze Reihe von Gesetzesinitiativen, die die soziale und rechtliche Stellung der Frau verschlechtern würden und gegen die Gefahr eines Atomkrieges.

Gewerkschaften

Erheblich geringere Begeisterung als der größte Teil der Frauenbewegung zeigten die Gewerkschaftsführungen.

Sowohl die Föderation niederländischer Gewerkschaften (FNV), in der der sozialdemokratische und der katholische Gewerkschaftsbund zusammenarbeiten wie auch die Christlich-Nationale Gewerkschaft (schon fast ein gelber Verein) stellten sich öffentlich gegen den Frauenstreik.

Elske ter Veld vom FNV-Frauen („-)Sekretariat berief sich auf die Risiken, die streikende Frauen eingehen würden (Risiken übrigens, die größtenteils dem Umstand geschuldet sind, daß die Gewerkschaft den Streik nicht unterstützt!) und rüffelte dann die streikwüthigen Kolleginnen: „Ich bin ebenso wenig einverstanden mit dem Aufruf, sich krankzumelden, wenn Streiken nicht möglich ist. Das Krankengesetz als verkäppeltes Mittel zum Streiken zu gebrauchen, das nenne ich Mißbrauch.“

Dennoch kam es am 16. März, in Amsterdam zu einer „historischen Versammlung“ (Streikzeitung). Erstmal setzten sich Gewerkschafterinnen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften an einen Tisch um ihr Vor-

gehen zu beraten. Zur Haltung ihrer Gewerkschaftsobere und -oberinnen schrieben sie in einer gemeinsamen Erklärung: „Die Äußerungen des FNV-Fraussekretariats gegen den Streik sind keine Äußerungen im Namen der Gewerkschaftsfrauen. ... Eines der wichtigsten Argumente, das innerhalb des FNV (gegen den Streik) gebraucht wird, ist, daß sie keinen Standpunkt zur Abtreibung haben und daß es hier nicht um einen Konflikt zwischen Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen geht. Innerhalb der verschiedenen Gewerkschaften sind Frauen schon seit Jahren tätig einen Abtreibungsstandpunkt zu erzwingen, wobei das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper einen Abtreibungsstandpunkt zu erzwingen, wobei das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper für sie im Mittelpunkt steht. Dies ist eine der Voraussetzungen, um als Frau das eigene Leben bestimmen zu können, also auch das Recht auf Arbeit für jeden zu realisieren.“

In gleichem Sinne wandten sich auch Gewerkschaftsfrauen aus anderen Städten an die FNV-Führung.

Angesichts der Proteste so, sich die FNV-Führung zwar nicht gebieten, ihre Position gegenüber dem Frauenstreik prinzipiell zu ändern, ließ aber gleichwohl durch den Mund von Elske ter Veld der Presse kundtun, daß „naturgemäß die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder auf Rechtsbeistand rechnen können, wenn sich durch den Arbeitsstreik Probleme ergeben.“

In anderes Bild als bei der FNV-Führung gab es bei einigen der in FNV organisierten Einzelgewerkschaften. Der FNV-Vrouwenbond (eine Gewerkschaft für „nicht außer halb des Hauses arbeitende Frauen“)rief zum Streik auf: „Die Wätsche bleibt liegen“, meldete das FNV-Frauen „Vakbondskrant“. „es kommt kein Eisen auf den Tisch ... als Protest gegen ... sich verschlechternde Position der Frau im allgemeinen.“ Der Streikaufruf der FNV-Frauenge werkschaft war allerdings recht unbedenklich für das FNV-Gesamtkonzept, da die in dieser Gewerkschaft organisierten (Haus)Frauen wohl schlecht den „Rechtsbeistand“ der Gewerkschaft einfordern können, wenn sie mit ihrem Arbeitgeber Probleme bekommen.

Unterstützt wurde der Streik weiter von einer Lehrerinnen-Gewerkschaft (ABOP) und der Dienstleistungsgewerkschaft (Dienstbonden), die - neben der Künstlergewerkschaft - auch die einzigen Gewerkschaften sind, die die Forderungen von „Wij Vrouwen Eisen“ in ihre Programme aufgenommen haben und von der Beamten/innen-Gewerkschaft ABVA.

Die ABOP-Führung erklärte kurz vor dem Streik per Anzeige in mehreren Tageszeitungen: „Mitglieder der ABOP, die durch die Teilnahme an Aktivitäten am 30. März Probleme mit ihrem Arbeitgeber bekommen, werden so wie jederzeit auf individuellen Rechtsbeistand ihrer Gewerkschaft rechnen können.“

Parteien

Außer den Pazifisten-Sozialisten (PSP), den Radikaldemokraten (PPR) und der revisionistischen KP (CPN) lehnten alle im Parlament vertretenen Parteien den Frauenstreik ab. Bei den Regierungsparteien (CDA und VVD), die den Gesetzesentwurf eingebracht hatten, ist das nur logisch, aber auch die „oppositionellen“ Sozialdemokraten (PvdA) und Liberalen (Demokraten '66) wandten sich gegen den Frauenstreik.

Führende Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauenorganisation „Roosje Vrouwen“ stimmten zwar dem Streik im allgemeinen zu, mickelten dann aber heftig an der Form: „... wieviel Hausfrauen werden sich von einem Aufruf angesprochen fühlen ...? ... Schließen sie sich nach drinnen zu gehen und Krach mit Töpfen und Pfannen zu machen?“ Eine PvdA-Bürgermeisterin fand das neue Gesetz „zwar nicht ideal“, empfahl den Frauen aber „abzuwarten, wie es sich in der Praxis auswirkt“, dann könne man ja immer noch und dann würde gegeben. Falls auch so. Eine PvdA-Parlamentarierin schiedlich mit den Frauen an: „... viele des Streiks eine große nationale Demonstration ...“ Die Frauenbewegung seit zehn Jahren nun schon ethische Mäxchen, und nicht zuletzt dank der Obstruktion der Sozialdemokratie ohne durchschlagenden Erfolg, getan.

Von den 74 Frauen in der Zweiten Kammer, darunter dreizehn von den „progressiven“ Parteien unterstützte nur eine einzige den Streik. Ria Beckers von den Radikaldemokraten nahm gemeinsam mit den Sekretarinnen ihrer Fraktion aktiv am

Streik teil. Sie beteiligte sich am Streiktag auch nicht an einer politischen Parteienveranstaltung, während der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten Ex-Premier Den Uyl seine Sekretärin während des Frauenstreiks eine Rede für ihn abtippen ließ. Viele „einfache“ Sozialdemokraten scherten sich jedoch einen feuchten Kehrstrich um das, was ihre Oberinnen in den Wochen vor dem Streik unter sich gezwungen hatten. „Wij Vrouwen Eisen“, wo sehr viele dieser „einfachen“ Sozialdemokraten mitarbeiteten, hatte schon am 15. März einen Streikaufruf verabschiedet und viele PvdA-Frauen nahmen aktiv am Frauenstreik teil.

Die einzige Spitzen-Sozialdemokratin, die selbst am Streik teilnahm, war eine der zehn Frauen aus der ersten Kammer, Hedy d'Ancona. Und das war schon eher skurril, erklärte sie doch: „Ich bin Arbeitgeberin, Direktorin eines unabhängigen Forschungsbüros. Ich habe mir selbst und allen Frauen, die dort arbeiten, am Montag streikfrei gegeben.“ (Nicht gesagt hatte sie allerdings, daß es ein verflucht schlechtes Bild abgegeben hätte, wenn sie sich gegen den Streik gestellt hätte, ist sie doch Endredakteurin einer der beiden überregionalen Frauenzeitungen ...!).

Mit bemerkenswertem Einsatz beteiligte sich übrigens die CPN (die keine weibliche Vertreterin im Parlament hat) am Frauenstreik. Ihr Organ, „De Waarheid“, war die einzige Tageszeitung, die kontinuierlich und durchweg positiv über die Streikvorbereitung informierte, am 10. März selbst kam eine Frauen-Extravergabe heraus. Der Streik machte auch vor den Türen der Partei selbst nicht halt. Die Frauen aus Redaktion und Parteibüro nahmen am Streik teil, CPN-Männer waren an der Kinderbetreuung beteiligt, CPN-Schwule sorgten für die Verpflegung der „Kochstreikenden“ Frauen, die am Streikabend im Amsterdamer Zentrum zusammenkamen.

Die einzige (größere) Gruppierung der außerparlamentarischen Linken, die den Streik unterstützte, war der Internationale Kommunistenbund (IV, Internationale), der sich u.a. in Rotterdam an der Agitation vor den Betrieben beteiligte und, über seine Jugendorganisation „Rebel“, an der Mobilisierung der Mädchen in den Schulen für den Frauenstreik.

Hundert Blumen

Die zehn Tage vor dem Streik erschienene Zeitung „Vrouwenstaking“ (mit einer Auflage von 200.000 Exemplaren, was einer BRD-Auflage von einer Million etwa entspricht) brachte eine Liste von Streikkomitees in 102 Orten, die Komitees einzelner Städte waren wiederum Schallstiele für kleinere Orte ohne eigenes Komitee. In einigen größeren Städten arbeiteten gleich mehrere Komitees. An der Spitze lag Amsterdam, wo 40 Streikkomitees in Frauenzentren, Frauenbüchereien, Stadtteilzentren usw. aufgebildet worden waren, daneben wurden für Amsterdam 13 Adressen - häufig in öffentlichen Einrichtungen bekanntgemacht, wo solidarische Männer die Kinderbetreuung übernehmen. Ebenfalls war eine nationale Unterstützungsgruppe für die Frauen gebildet worden, die im Streik mit ihrem betrieblichen oder



(Foto: Eva Strausz)



Westberlin:

Pädosexueller
kandidiert für die
Alternative Liste

Für die Alternative Liste (AL) in Westberlin wird zum ersten Mal in der Geschichte der alternativen Wahlbewegung ein offen auftretender Pädosexueller kandidieren. Es ist Dieter F. Ullmann, Vorstandsmitglied der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP). Dieter ist vor kurzem wegen unvernünftiger Sexualität mit Knaben zu 2 1/2 Jahren Knast ohne Bewährung nach den §§ 174, 175 und 176 Strafgesetzbuch verurteilt worden und sitzt zur Zeit seine Strafe in einer Westberliner Haftanstalt ab. Dieter wurde auf Vorschlag des Schwulenbereiches der AL auf Platz 6 in Neukölln für das Abgeordnetenhaus nominiert.

Ist Wahlbehinderung im „Vollzugsinteresse“ der Justizverwaltung?

Zu einer Wahlveranstaltung der AL am 27.3. hatte Dieter Sonderausgang beantragt. Dieser wurde kurz vor der Veranstaltung ohne Begründung abgelehnt!

Eine schriftliche Begründung, die ihm 14 Tage nach der Veranstaltung zugehen sollte, liegt ihm bis heute nicht vor.

Lediglich in einem Telefonat konnte sich die Teilnehmendeleitung zu einer mündlichen Begründung bewegen lassen: Laut § 35 Strafvollzugsgesetz sei Sonderausgang nur zu gewähren, wenn dieser im Vollzugsinteresse liege. Dies kann wohl nichts anderes heißen, als daß es nicht im „Vollzugsinteresse“ ist, wenn ein Strafgefangener die ihm noch gebliebenen Rechte (in diesem Fall das aktive Wahlrecht) wahrnehmen will!

Auf der oben genannten Wahlveranstaltung der AL wurde ein Tonband mit einem Beitrag von Dieter abgespielt und eine entsprechende Protestresolution verabschiedet.

Desweiteren hat Dieter in einem „Offenen Brief“ an die Justizverwaltung gegen diese Schikanen protestiert. Weitere Anträge auf Sonderausgang sind völlig ignoriert worden!

Heftige Diskussion über die ersatzlose Streichung der §§ 174 und 176

Eine heftige Diskussion über das Für und Wider der ersatzlosen Streichung der §§ 174 und 176, die elvernehmliche Sexualität zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unter Strafe stellen, entbrannte auf der Mitgliederversammlung der AL zur Wahlplattform am 19.3. Der Schwulenbereich hatte im schwulen Teil der Wahlplattform die ersatzlose Streichung dieser Paragraphen gefordert.

Von Ernst Hopfischek und anderen Gegnern dieser Forderung wurde eingewandt, daß die ersatzlose Streichung der Paragraphen in der AL nicht konsensfähig sei und es darum bereits 1979 heftige Diskussionen gegeben habe. Der AL-Schwulenbereich habe damals eine Abstimmung durchgeführt, die nicht von der ganzen AL getragen worden sei. Der Schwulenbereich versuche hier erneut die ersatzlose Streichung der Paragraphen durchzusetzen, obwohl ein Großteil der AL-Mitglieder über diese Thematik nicht genügend informiert sei!

Dem hielt ein Mitglied der DSAP entgegen, daß es schon merkwürdig sei, daß angesichts der Tatsache, daß der Schwulenbereich zum Thema Pädosexualität ein Seminar abgehalten und eine 68 Seiten starke Broschüre zu diesem Thema herausgegeben hat, von Uninformiertheit der AL-Mitglieder die Rede sei. Desweiteren würden die Paragraphen ja nicht nur gegen Erwachsene, sondern auch gegen Jugendliche angewandt, die mit Kindern unter 14 Jahren Sexualität praktizieren. Bei dem § 180 Abs. 1, dessen Abschaffung der Schwulenbereich ebenfalls fordere, ginge es darum, daß über diesen Paragraphen das Dulden (durch Erwachsene bzw. Erziehungsberechtigte) von sexuellen Spielen bei Kindern untereinstanden unter Strafe gestellt werden könne.

In einer Steglitzer Kitz wurden aus einem solchen Grund vor kurzem drei Erzieherinnen vom Dienst suspendiert und ein Ermittlungsverfahren nach § 180 Abs. 1 und § 176 eingeleitet.

In zwei weiteren Beiträgen wurde von Mitgliedern der DSAP auf die strafrechtliche Handhabung nach der französischen Revolution und dem heutigen Sexualstrafrecht eingegangen. Bei der anschließenden Abstimmung über diesen Teil der schwulen Wahlplattform gab es eine knappe Mehrheit gegen die ersatzlose Streichung der Paragraphen 174 und 176. Beim anschließenden Suchen nach einem konsensfähigen Passus gab es einen unehelichen Zwischenfall. Nachdem der Kinderbereich der AL einen Passus vorgetragen hatte, der die Reformierung des Sexualstrafrechts, allerdings ohne Benennung der §§ 174 und 176, vorgetragen hatte, wollte die Diskussionsleitung hierüber möglichst schnell eine Abstimmung, wollte die Diskussionsleitung hierüber möglichst schnell eine Abstimmung durchführen. Erst auf Grund von heftigem Protest der AL-Schwulen konnte dann auch der Schwulenbereich seinen Kompromißvorschlag vortragen, der identisch ist mit dem Passus des Grünen Programms: „Der § 175 muß ersatzlos gestrichen werden. Die §§ 174 und 176 sind dahingehend zu ändern, daß sexuelle Handlungen nur dann unter Strafe zu stellen sind, wenn bei deren Ausübung Gewaltanwendung oder Mißbrauch der Stellung vorliegt.“ Daraufhin zog der Kinderbereich seinen Vorschlag zurück und der Kompromißvorschlag des Schwulenbereichs fand bei der entsprechenden Abstimmung eine große Mehrheit.

F.D.P. buhlt wieder um homosexuelle Stimmen

Es ist wieder soweit! Es sind Wahlen und die F.D.P. entdeckt erneut die Homosexuellen. Schwuler/Lesbe wird dann wohl auch wieder mit dem einen oder anderen schwulen Junge mokieren (Schwulos) konfrontiert werden, der dann wieder vehement vertreten wird, daß unsere Stimme nirgendwo besser aufgehoben ist, als bei der F.D.P. Im Bundestagswahlkampf hatte bereits die F.D.P. in Anzeigen, die fast in allen Homomagazinen und der Frauenzeitung „Emma“ zu finden waren, u.a. die Abschaffung des § 175 versprochen. Geblieben ist von diesem Wahlversprechen bekanntlich nicht sehr viel, da diese Forderung bei den Koalitionsverhandlungen unter den berühmten Teppich gekehrt wurde, unter maßgeblicher Beteiligung der SPD versteht sich.

In dem Wahlprogramm der F.D.P. zu den Westberliner Abgeordnetenhauswahlen versucht sie ihre Liberalität gegenüber den Schwulen und Lesben damit unter Beweis zu stellen, daß sie es ja gewessen sei, die 1969 die Reformierung des § 175 durchgesetzt habe und damit „den größten Druck von unseren homosexuellen Mitbürgern genommen“ habe. Dennoch werden sie im beruflichen und öffentlichen Leben nach wie vor diskriminiert. Deshalb fordert die F.D.P.

– Selbstverwaltete Informations- und Beratungsstellen für Homosexuelle sollen Hilfen für die Betroffenen bereitstellen und ein aufgeklärtes Verständnis in der Öffentlichkeit erzielen.“ Dies werden die Schwulen- und Lesbengruppen auch ohne die Forderung der F.D.P. tun. Viel interessanter wäre es da doch zu wissen, ob die F.D.P. sich auch für deren finanzielle Unterstützung im nächsten Abgeordnetenhaus einsetzen will? Davon steht allerdings nichts im Wahlprogramm. Desweiteren fordert die F.D.P. (wie schon bei den Bundestagswahlen) die Entschädigung schwuler KZ-Opfer und die Streichung des § 175.

Werden wir es ab, wie die F.D.P. nach den Wahlen in Westberlin diesmal das Nichterhalten ihrer Wahlversprechen ihren homosexuellen Wählern verkaufen will. Fr., Westberlin, Schwulengruppe des KB

Rosa Flieder

Im Gegensatz zu anderen kommerziellen und nichtkommerziellen Schwulenzeitungen, die mehr und mehr am Verwelken sind, blüht der ROSA FLIEDER üppiger denn je.

Die „f“ (homosexuelle emanzipation), die „bst“ (berliner schwulenzitung), die „rosa“ und jetzt noch die „hum applaus“ haben das Zeithen gesegnet. Auch mit dem ROSA FLIEDER stand es ein halbes Jahr nicht besonders gut, doch nun ist die neue Ausgabe (Nr. 19/20) mit 84 Seiten da.

In vollen rosaroten Tönen blüht da ein wahres Meer von ROSA FLIEDER. Der Schwerpunkt liegt diesmal auf der Kampagne gegen den § 175 und der (Kritik an der) Gruppe „RAUSS“ (Recht auf unter sich selbst). Hier dürfte ROSA FLIEDER auch die einzige Zeitung sein, die sich ebenso eingehend wie kritisch mit der Politik dieser Gruppe beschäftigt. Sie versucht, die Dunkelheit, in der sich diese Gruppe immer noch bewegt, für die eigentliche Bewegung zu erhellern. Dabei werden provokative Standpunkte vertreten und konstruktive Konsequenzen vorgeschlagen (REIN IN DIE RAUSS! für eine bundesweite Kampagne gegen den § 175!). Dieser Artikel ist ein MUSS für jeden Schwulen-Aktivist! (Nicht zuletzt wegen der

höchst interessanten, vollständigen Teilnehmerliste...)

Außerdem gibt es einen großen Repressionssteil, in dem u.a. die Schwulenberichterstattung der „faz“ unter die Lupe genommen wird und vom Prozeß der vier „Fliederlinge“ berichtet wird, die sich erlaubten, gegen die NPD zu demonstrieren, da bei zusammengeschlagen wurden (von Bullen und von Nazis) und dafür jetzt verurteilt wurden.

Schließlich gibt es noch reichlich literarisches, kulturelles, feuilletonistisches Zuckerwerk, z.B. Buchbesprechungen, Filmkritik „Taxi zum Klo“, (Sch)Lyrik und Prosa. Dafür, daß die Zeitung trotz der unglaublichen Fülle noch lesbar geblieben ist, sorgen ein lockeres Layout und ungezählte Illustrationen. So ist für jeden etwas dabei.

Die Tatsache, daß es z.Z. nur noch eine Schwulenzitung in dieser Art und von diesem Format gibt, spricht für sich – und für den ROSA FLIEDER!

ROSA FLIEDER Nr. 19/20 ist erschienen am 17.4.81 und kostet als Doppelnummer DM 4,-

Bezugsadresse
RF Kollektiv
c/o Kaaden
Lobesingstr. 14
8500 Nürnberg 90

Treffen von
Schwulen- und Lesbenschülergruppen in Hannover

Ca. 30 schwule und lesbische Jugendliche und Schüler aus München, Westberlin, Stuttgart, Hannover und anderen Städten der BRD trafen sich vom 13.4. bis 17.4. zu einem Erfahrungsaustausch in Hannover. Der Ablauf des Treffens war nicht vorgeplant, sondern sollte der eigenen Spontankraft überlassen werden, um auch Aktionen wie Picknicks, Schmusen, Tanzen etc. machen zu können.

Einen breiten Raum nahm die Organisation eines weiteren Informationsaustausches zwischen den einzelnen Schülergruppen ein, da dieses für die Gründung von weiteren Gruppen sehr wichtig ist. Denn es gibt nur in wenigen Städten schwule Schülergruppen und einzelne schwule Jugendliche, die aus kleineren Städten kamen, konnten so Anregungen finden, um neue Gruppen zu gründen.

Daß Lesben eine zahlenmäßige Minderheit innerhalb von Schülergruppen darstellen, zeigte sich auch auf diesem Treffen. Sie haben häufig

Schwierigkeiten, ihre Probleme einzubringen, an denen die Schwulen wenig Interesse zeigen. Aus diesem Grunde haben sich vor zwei Wochen Lesben in Westberlin zu einer eigenen Gruppe zusammengeschlossen.

Im Zusammenhang von Aktionen an Schulen wurde u.a. über Erfahrungen beim Einbringen von Artikeln in Schülerzeitungen geredet, eine Diskussion über das Schulsystem und die Schulpflicht wurde bei diesem Treffen zur Z.T. geführt. Denn nur die Hälfte der Teilnehmer waren Schüler, und es war von daher unklar, ob man sich eher als schwule Schülergruppe oder Gruppe schwuler Jugendliche versteht. Eine der teilnehmenden Gruppen, die in einem Haus in Monzingen (bei Wiesbaden) frei von Zwängen zusammen leben und arbeiten will, wendet sich gegen das jetzige Schulsystem, d.h. u.a. gegen die Schulpflicht, und fordert das Recht auf freie Selbstbestimmung für Jugendliche.

Das Plenum des Treffens protestierte gegen die Verhaftung von Ulli

aus der Indianerkommune Nürnberg und forderte seine sofortige Freilassung, außerdem wurde eine Resolution dazu verfaßt. In diesem Zusammenhang trat man auch für die Abschaffung der §§ 174–176 ein.

Wann und wo das nächste Treffen stattfindet, kann man über folgende Kontaktadressen erfahren:

Schwule und lesbische Schülergruppe Hannover
Tel.: 0511/88 48 29 (Andrea) und 0511/31 14 80 (Andreas)
Schwulen und Lesben-Schülergruppe Westberlin
c/o Kathi Achkar
Giesbrechtstr. 4
Tel.: 030/883 75 14
Alex Rosenberg
Westfälische Str. 82
Tel.: 87 24 54
ZUM GLÜCK GEHTS DEM SOMMER ENTGEGEN (Schwulen- und Lesbenprojekt)
Hauptstr. 60
6551 Monzingen
A., Hannover

Die Scheiterhaufen brennen immer noch

Unter diesem Motto protestierten Karfreitag ca. 40 Schwule vor und in der hannoverschen Marktkirche gegen die endgültige Entlassung von Pastor Klaus Brinker aus dem Kirchenamt. Vor der Kirche wurden Flugblätter verteilt, am Gottesdienst selbst wurde mit einem großen Kreuz und auf dem Rücken befestigten roten Winkeln teilgenommen. Die Aktion wurde von den beiden hannoverschen Schwulengruppen HSH und Rotzschwul, sowie der ESG (Aster-

sammlung in Hannover-Lind eine Mehrheit für ihn aussprach, wurde der offen schwule Pastor Klaus Brinker 1979 aus seiner Gemeinde, wo er als Geistlicher tätig war, entfernt und dann auf eine Krankenhausseelsorgestelle versetzt (AK156). Begründung der evang. Kirchenoberen: „Das Vergehen (Anm. schwul zu sein) darf

nicht zur Norm werden. Junge Menschen können von dem Pastor unter Umständen in eine falsche Richtung

...und die einzig richtige Antwort

Auf dem Kirchentag 1979 in Nürnberg machte Klaus B. dann zusammen mit der AG „Homosexuelle und Kirche“ (ca. 300 Mitglieder, darunter 60 Pfarrer) seinen Fall öffentlich und stellte ihn in den richtigen Zusammenhang mit der düsteren Kirchengeschichte: „Die

Scheiterhaufen brennen nicht mehr so hell, aber sie brennen noch. Wer heute Homosexuelle bestraft, macht dies morgen mit anderen Minderheiten“. 5000 Kirchentagsbesucher forderten in einer Resolution, daß die sexuelle Orientierung bei der Einstellung von Pfarrern und anderen kirchlichen Mitarbeitern keine Rolle mehr spielen solle und daß Pastor Brinker wieder die Möglichkeit gegeben wird, in einer Gemeinde als Pfarrer zu arbeiten.

Kirchenführung macht keine halben Sachen

Nachdem in der Kirchenführung nun fast 2 Jahre der Fall „beraten“ wurde und Klaus B. auf den Druck auch nicht in der gewünschten Weise reagiert (wie soll er auch?), will man jetzt seinen Tisch machen. Die Bischofskonferenz selbst, sozusagen das leitende Gremium der evangelischen Kirche, legte eine 14seitige „Orientierungshilfe“ für die Gefolgschaft vor. In ihr wird weniger (schein)liberales Eingehen auf Homosexuelle und stattdessen wieder schwulen/lesbenfeindliches „Flagge zeigen“ verlangt.

Der Direktive folgend sprach die Kirchenführung in einem dreiseitigen Kündigungsschreiben am 19.3.81 das

Fortsetzung nächste Seite



str.) unterstützt. Auch die neugegründete Grunde-Alternative Bürgerliste (GABL) meldete sich mit einer Resolution zu Wort. Was war passiert?

Der 1. Streich der Oberhirten... Obwohl sich in der Gemeindever-

gedrängt werden“. Danach wollten diese sauberen Kirchenfunktionäre erstmal in aller Ruhe bersten, was denn nun weiter zu tun sei. In der Zwischenzeit sollte sich Klaus Brinker doch noch einmal seine Veranlagung „überlegen“!

Fortsetzung von Seite 30

endgültige Berufsverbot gegen Klaus B. aus. Und wieder ist die Begründung teils dümmlich, teils schäblich reaktionär: „Den Aussagen der Bibel über die als von Gott gewollt erkannte Gemeinschaft von Mann und Frau, die auf Nachkommenschaft angelegt ist, widerspricht eine öffentlich mit dem Anspruch auf Anerkennung gelebte, einschließlich ausgeprägter homo-

phile Partnerschaft“. Daneben wird Klaus B. noch sein Auftreten auf dem Kirchentag vorgeworfen.

Trotz allem, gewissermaßen als Ausdruck ihrer christlichen Güte, deuten diese blutblanken Moralisten an, wo es noch ein Hintertürchen für Klaus B. gäbe. Er sollte sich nicht mehr öffentlich zu seinem Schwul sein äußern und die „Anforderungen hinsichtlich seiner Lebensführung (schwules Zölibat) erfüllen.“

Und das genau ist die Güte und seelsorgensuche Hilfe die die Mehrheit katholischer wie evangelischer Pfaffen und Schwulen nach wie vor entgegenbringt! Homosexualität an und für sich – da steht der liebe Gott schon mal drüber hinweg, aber praktisch, öffentlich und ohne Scham – das geht zu weit! Mit dieser „Nächstenliebe“ trägt heute die Kirche ihren Teil zur Isolation und Psychiatriisierung von Schwulen/Lesben bei.

Trotzdem, Überredung zur Selbstverleugnung und Säuberungsaktionen wie in Hannover bringen uns nicht zum Schweigen. Der nächste Kirchentag ist dieses Jahr in Hamburg. Das sollte für unsere verkalkten Oberhäuten so peinlich wie möglich werden! Weg mit dem Berufsverbot für Klaus Brinker! Di., Westberlin, Schwulengruppe des KB

Sozialdemokrat für »chemische Kastration« von »Abartigen«!

Protokoll eines Telefongesprächs

Eine Meldung aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 22.6.77 (zitiert nach Alexander Ziegler Buch „Kein Recht auf Liebe“). „Für die chemische Kastration von Triebkranken mit Hilfe eines neuentwickelten Arzneimittels hat sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Adolf-Müller-Emmert (Kaiserslautern) ausgesprochen. Mit dem Präparat könnten Personen mit abnormen sexuellen Neigungen oder krankhaft gesteigertem Geschlechtstrieb mit der Spritze behandelt werden.“

Dr. Adolf Müller-Emmert ist Direktionskandidat der SPD im Landkreis Kusel, in dem auch ich wohne. Ich war entsetzt, solches zu lesen, und wandte mich telefonisch an den Bundestagsabgeordneten.

Zu Anfang gab er sich kühl-forschen und fragte, worum es denn ginge. Ich erwähnte seine damaligen Äußerungen über chemische Kastration von „Triebkranken“ und „sexuell abnormen“ Personen sei, ferner, wie er den Begriff „sexuell abnorm“ definierte.

Adolf Müller-Emmert (mit erhobener Stimme): Ziel seiner Eingabe sei gewesen, Triebkranken und der Gesellschaft zu helfen, weil während der medikamentösen Behandlung der Geschlechtstrieb gedämpft sei und keine Straftatgefahr „aus dem Täter herausströme“. Von Kastration könne gar keine Rede sein, weil das Mittel ja nur während der Behandlungsdauer wirke. Einwand von mir: Ob Androcur keinen Eingriff in die grundgesetzlich garantierte Sphäre des Individuums betrete.

Dr. Müller-Emmert: Das sei erst recht der Fall. An Kastration habe ich nie gedacht. Ich bin doch kein Mediziner! Ich wisse darauf hin, dass es sich aber Fachwissen annehme und im Bundesrat an Gesetzen mitwirkte, die schließlich Auswirkungen auf Menschen hätten. Dr. Müller-Emmert: Welchen Beruf ich eigentlich hätte? Ich: Was das mit diesem Thema zu tun habe? Müller-Emmert: Ich kenne das nicht. Ich habe einen Fachbescheid über eine gewisse Anzahl von Fällen ausgestellt, wie ich aber nicht auf jeden wurde. Ich aber brach ihn und fragte, wie er denn mit mir rede. Er weiter: Was mich das alles zu interessieren hätte, ich sei schwachsinzig (!) und „unfähig zur sachlichen Diskussion“.

Er ließ mich nicht zu Wort kommen, ignorierte meine Einwände, wollte schließlich das Gespräch beenden und wurde noch rüder im Tonfall. Ich erwähnte, daß es in diesem Land auch noch eine Presse gibt, und fragte, wer eigentlich definiere, wer „sexuell abnorm“ und behandlungsbedürftig sei. Er verwies auf Richter und Gerichte, die den Einzelfall zu prüfen hätten. Und für Irrtümer der Richter gäbe es ja den Instanzenweg. Außerdem geschehe nichts ohne Einwilligung der Betroffenen, und er wisse von zahlreichen „Fällen“, die dankbar gewesen seien...

Ich fragte, ob man jemand nicht gefügig machen könne durch die Inanspruchnahme von Straftatlosigkeit, worauf er schimpfend und brüllend erneut das Gespräch beenden wollte. Nachdem er sich obendrein auf einen Paragraphen „um den 70 herum, ich weiß das nicht so genau“ (hier spricht der Experte!) berief und mir vorwarf, ich wisse nicht, wovon ich rede, sagte ich ihm, als Bundestagsabgeordneter wirke er mit an vom Bundestag erlassenen Gesetzen, und seine Wähler hätten ein Recht darauf, bei ihm wegen politischer Äußerungen und Aktivitäten nachzufragen.

Erneute Beschimpfungen seinerseits, drohender Tonfall. Schuldig blieb er mir bis zuletzt seine Definition von „sexuell abnorm“.

Medikamentöse Kastration ist die „harmloseste“ und selbstverständlichste Sache der Welt, ist ja auch liberaler als das Abhacken von Kopf oder Schwanz. Selektion ist billiger als Psychoanalyse oder als Gesellschaftskritik. Über die Auslegung des Grundgesetzes befindet unser „oberstes Gericht“. Nichtbetroffene haben zu schweigen, Betroffene haben einzuwürgen in Spritzen, Behandlung, kritiker sind „unfähig zur sachlichen Diskussion“ und „schwachsinzig“ und kosten nur des Staatsanwaltes. Dr. Müller-Emmerts kostbare Zeit. Ich fragte mich, ob das wirklich alles ist, was einem Sozialdemokraten in der CDU-regierten Pfalz einfallen kann. Ein eiskalter Schauer überlief mich nach diesem Gespräch.

Ein AK-Leser aus der Pfalz

Medizinische Versuche an Homosexuellen

Unter der Überschrift „Angewandte Immunologie“ erschien in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Chemotherapie“ (Informationen für Ärzte und Apotheker – 2/1981–2) ein Artikel, der sich mit einer medizinischen Versuchsserie – durchgeführt an 1038 homosexuellen Männern – befaßt. „Gietest“ wurde ein Impfstoff gegen Leberentzündung, sogenannte Hepatitis B. Weniger interessant dürfte der Vorgang des Versuchs für uns sein, als vielmehr, daß wieder einmal gesellschaftliche Aussensitzer für einen von wissenschaftsgelassen und forschungsfähigen Medizinern inszenierten Versuch herhalten mußten. Das ist beileibe nicht das erste Mal. Schon häufiger wurden und werden immer wieder Versuche an Menschen durchgeführt, ohne daß diese darüber informiert werden, was tatsächlich mit ihnen geschieht. Bezeichnend ist dabei, daß fast nur

Randgruppen in unserer Gesellschaft dazu „ausgesucht“ werden wie in diesem Falle an Schwulen, aber auch an schwangeren Frauen, alten Menschen und Kindern. Diese Gruppen haben alle etwas gemeinsam, sie können sich nur schlecht in ihrer Position in den Krankenhäusern wehren und sind zum Teil total abhängig von der „medizinischen Versorgung“. Denken wir nur an die Versuche mit Antibiotika an wehrlosen Kindern in der Kieler Universitätsklinik und natürlich an die frauenverachtenden Versuche mit Prostaglandinen an Frauen, die abtreiben wollten.

Nicht nur dieser Aspekt, daß der Versuch durchgeführt worden ist, ist interessant für uns, sondern auch, daß wieder einmal vorgefertigte Vorurteile über Schwule verbreitet werden. So heißt es in dem Artikel: „Homosexuelle Männer stellen eine Gruppe mit hohem Risiko für eine

Hepatitis B dar“. Das heißt nichts anderes, als daß bei Schwulen, die ja mit allem und jedem Mann, der ihnen nur zu Gesicht kommt, vögeln wollen, diese Krankheit einer besonderen Aufmerksamkeit vonseiten der Mediziner bedarf, die wiederum ihrerseits den sich ihnen anvertrauenden Schwulen, wenn sie eine solche Erkrankung einmal haben sollten, empfehlen werden, sich einer Impfung zu unterziehen, oder sie vor dem nächsten Mal ungefragt gleich impfen werden. Solchen Machenschaften müssen wir entschieden entgegengetreten. Weder sind die Gerüchte über unsere angebliche Promiskuität ausschlaggebend für diese Erkrankung, noch irgend etwas anderes. Wir müssen uns dagegen wehren, daß unter dem Vorwand einer wissenschaftlichen Studie zum Segen der schwulen Menschheit Versuche an uns durchgeführt werden, oder überhaupt

medizinische Versuche an Menschen durchgeführt werden, denn so können korrupte Mediziner nur noch mehr Macht über Patienten gewinnen. Heißt es doch in der Schlussfolgerung der Autoren dieses Artikels: „Durch Massenimpfungen können das Auftreten der akuten Virushepatitis B und der Pool der chronischen Antigen-Träger gesenkt werden“.

Wir haben ein Recht auf unseren Körper und entscheiden selbst, was und wann etwas damit geschieht. Dieses Recht dürfen wir uns nicht nehmen lassen, deswegen fordern wir, daß mit den medizinischen Versuchen an Menschen jeglicher Gesellschaftsschicht sofort aufgehört wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

St., Westberlin, Schwulengruppe des KB

»Wir brauchen keine Computermediziner, sondern Humanmediziner!«

Unter diesem Motto kämpfen zur Zeit Medizinstudenten an Universitäten in der Bundesrepublik und Westberlin für bessere Ausbildungsinhalte und -bedingungen. Konkreter Anlaß für die erneut entzündeten Proteste der Studenten ist das Ergebnis des letzten Physikums (= ärztliche Vorprüfung, einer von vier Examen, denen sich Medizinstudenten im Laufe ihres Studiums unterziehen müssen), bei dem bundesweit 36,2% durchgefallen sind. Zusammen mit den Prüfungsebbechern und den Nichtangetretenen sind in Frankfurt z.B. ca. 70% aller, die sich zur Prüfung angemeldet haben, durchgefallen. Von den ausländischen Kommilitonen/innen hat in Frankfurt niemand die Prüfung bestehen können.

Verantwortlich für die Gestaltung und Durchführung der ärztlichen Prüfungen ist das Mainzer Institut für medizinische und pharmazeutische Fragen (IMPF), das seit Einführung dieser zentral gesteuerten Multiple-Choice-Prüfungen die Prüfungsfragen für alle Studenten ausarbeitet.

Die Art und Weise dieses Prüfungsverfahrens allein macht schon deutlich, worum es dabei geht: genau wie beim Numerus Clausus, der auch mit äußerst fadenscheinigen Kriterien selektiert, wer zum Medizinstudium zugelassen werden soll, soll mit dem Physikum ein zweites Mal ausgesondert werden. Dabei wird nicht gefragt, ob jemand inhaltliche Zusammenhänge versteht, geschweige denn kritische Zustände angreift, sondern gefragt wird damit der Typus „Computerarzt“, der rein mechanisch und technisch an das Phänomen Krankheit herangeht und nicht den kranken Menschen in der Lage ist zu sehen.

Dieses letzte Prüfungsergebnis zeigt aber vor allem, daß es darum geht, die Ärzteschaft bewußt und gezielt niedrig zu halten. Das wird nicht nur mit einer hohen Durchfallquote versucht zu erreichen. In der Öffentlichkeit wird das propagandistisch unterstützt mit dem Herausbeschwören der angeblich auf uns zureißenden Ärzteschwemme.

So war es sicher kein Zufall, daß zwei Tage nach Bekanntgabe des katastrophalen Prüfungsergebnisses die Deutsche Ärzteschaft in Köln in die Presse lancierte, daß die Ärztezahlen ständig weiter steigen würden, ebenso die Zahl der arbeitslosen Mediziner („FR“, 6.4.81).

Was ist dran an der Ärzteschwemme?

Das Gespenst der Ärzteschwemme wird nicht erst heute an die Wand gemalt. Schon 1949 forderten Ärzteverbände eine Beschränkung der Zulassung von Medizinstudenten. Der reaktionäre Hartmann-Bund begründete 1950 öffentlich seine Befürwortung einer Einführung des Numerus Clausus mit der Begründung, daß bei weiterhin ansteigender Zahl von Mediziner/innen das Einkommen von Ärzten zu stark sinken würde (1).

Zu beobachten ist, daß das Geschrei um die Ärzteschwemme immer dann besonders groß wird, wenn

gleichzeitig von der Regierung Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich beschlossen werden (2).

Tatsache ist dagegen, daß von einer zu großen Zahl von Ärzten wird. Laut einer Koller-Studie von 1978 betragen bis zum Jahr 2000 in der Bundesrepublik noch 4000 Neurologen, 2000 Augenheilkundigen, 6000 Anästhesisten, einige Tausend Mediziner in anderen hohen Gesundheitsberufen usw., wenn man die jetzigen Ausbildungszahlen zugrunde legt. Fehlen heißt in diesem Fall die Minderquote selbst nach den offiziell angestrebten Zahlen. Nach wie vor dauert die durchschnittliche Behandlung im Krankenhaus nicht länger als 3-5 Minuten (3).

Tatsache ist ebenfalls, daß an der ärztlichen Intervention in der BRD und Westberlin nicht gesteuert werden soll, sondern im Gegenteil bis 1990 durch Sparprogramme und Bettenstreichungspläne im Krankenhaussektor mindestens 7000 ärztliche Arbeitsplätze verlorengehen (4).

Auf diesem Hintergrund kann die momentane medizinische Ausbildung mit ihren selektiven Einschränkungen und brutalen Prüfungen nur verstanden werden als Ausdruck von Regierungsinteressen, die ihre Ärztebedarfsberechnungen nicht an dem tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung an medizinischer Versorgung messen, sondern an ihren jeweiligen Sparprogrammen im Gesundheitssektor, und als Ausdruck von Standesinteressen der Ärzteschaft, die durch eine ärztliche Interventionspolitik ihr Monopol in diesem Bereich und das lukrative Einkommen wenig gefährdet sehen (5).

Das letzte Prüfungsergebnis hat jetzt das Faß zum Überlaufen gebracht, zu offensichtlich kamen hier die eigentlichen Ziele dieser IMPF-Prüfungseinrichtung zum Ausdruck, vor allem auch für jene Student/innen, die auch im letzten Semester stark gemacht hatten für einen breiten Protest gegen die von den einzelnen Landesregierungen verabschiedeten Haushalte, die massive Kürzungen im Bildungs- und Sozialsektor beinhalteten. So betonte auch die Frankfurter Medizinerfachschaft in ihrer Presseerklärung kurz nach Veröffentlichung des Prüfungsergebnisses: „In diesem Zusammenhang scheint es noch interessant, daß diese enorm verschärfte Prüfung mit einer einschneidenden Kürzung der Mittel im Sozialbereich – für den Fachbereich Humanmedizin in Frankfurt allein über 100.000 DM weniger – zusammenfiel.“

Konkret heißt das u.a.: „Dies geht mit weiteren beabsichtigten Verschärfungen unseres Studiums Hand in Hand. Geplant sind Kürzungen im sozialen Bereich (Bafög-Novelle), Streichung der Tutorien, Verlängerung des Praktischen Jahres auf 2 Jahre, Einführung der mündlichen Zusatzprüfung neben bestehender schriftlichen Prüfung im Zusammenhang mit der 3. AO-Novelle usw. usw.“ (AO = Approbationsordnung für Ärzte).

Protest der Student/innen

In einigen Bundesländern fiel die Veröffentlichung des katastrophalen

Prüfungsergebnisses zeitlich zusammen mit dem Semesterbeginn, sodaß erste Protestaktionen von Seiten der Studenten schon anfielen.

So führten die Mainzer Medizinstudent/innen am 7.4. eine Demonstration zum IMPF an und am 14.4. durch drei Tage später demonstrieren ca. 1500 Medizinstudent/innen in Westfalen zum hiesigen IMPF mindestens um dort ihre Forderungen gleich an Ort und Stelle vorzubringen. Geordert wird einmal kurzfristig, daß dieses Physikum für die Durchgefallenen nicht als Versuch gewertet wird (was insofern Bedeutung hat, als man das Physikum höchstens bestanden haben kann, aber nicht 1/2 Jahren durchgesetzten Voraussetzungen, nämlich die Einführung der 60% Bestehensregel und die Abschaffung der 18% Elitensklausur, wieder rückgängig gemacht werden. Langfristig werden „unlinterne Prüfungen, bei denen Studenten im Prüfungsausschuss vertreten sind, unbegrenzte Wiederholungsmöglichkeit der Prüfungen und freie Wahl der Prüfer“ sowie „für unsere ausländischen Kommilitonen die Einführung der Prüfung in ihrer Landessprache (bzw. Sprache ihrer Wahl)“ gefordert.

VDS-Fachtagung

Am 12.4. trafen sich in Frankfurt 100 Vertreter von Medizinfachschaften von 20 Hochschulen zu einer VDS-Fachtagung, um über die bisherigen und die weiteren Widerstandsmöglichkeiten zu diskutieren.

Immerkt bestand darin, daß es jetzt äußerst wichtig und erfolgversprechend ist, die Öffentlichkeit, die durch dieses Prüfungsergebnis schon geschaffen ist, zu nutzen, um „unsere Ausbildungssituation wieder zum Thema (zu) machen“. In den konkreten Forderungen einigte man sich auf die kurzfristigen und auf die langfristigen, die bestehenden Prüfungsverfahren in Zusammenarbeit mit Studenten und Professoren neu zu überdenken. An die verantwortlichen Gremien wurde das Ultimatum gestellt, bis zum 24.4. diese Forderungen zu erfüllen.

Falls dieses Ultimatum ohne Erfolg abläuft, soll eine neue bundesweite VDS-Fachtagung über eine Urabstimmung und Streik beschließen.

Am 15.4. demonstrieren ca. 2000 Leute in Westberlin, wo an diesem Tag die Sozialminister der Länder zusammen mit IMPF-Vertretern tagten, um sich „Wege aus der Misere“ zu überlegen. Obwohl sich durch dieses Prüfungsergebnis sogar diese offiziellen Gremien „alarmiert“ sehen und deswegen zu einer Sondersitzung zusammentrafen, sind sie bisher zu nicht mehr bereit, als enge Fragen nachtraglich aus dem Physikum herauszunehmen. An diese Tagung sollten die Forderungen auf besonderem Nachdruck herangezogen werden. Unterstützt wurde diese Demo durch Aktionen in den verschiedenen Städten. In Frankfurt wurden z.B. an diesem Tag bei einem Rundgang durch das Uniklinikum 300 Unterschriften von Bediensteten des Klinikums und

des Lehrapparats gesammelt, die diese Forderungen unterstützen.

Wie geht es weiter?

Zur Zeit wird an den einzelnen Universitäten der Streik vorbereitet. Wichtig ist in dieser Phase, sich zu klären, welche Ziele man überhaupt verfolgt. Eine Protestbewegung gegen zentrale Prüfungen allein sagt noch nicht viel darüber aus, wie man sich eine Medizinausbildung und damit auch einen Teil des Gesundheitssystems vorstellt. So ist es nicht verwunderlich, daß sich auch in Frankfurt viele Sozialorganisationen der Ärzteverbände wie der Hausärzteverband, der Studentenrat, der VDS, etc. an der Tagung beteiligten. „Wichtig ist“, denn das geht es darum, die Ausbildung und Prüfung allein in den Händen der Ordinarien zu belassen.

Deswegen ist es wichtig, die Zusammenhänge, wie sie hier geschildert wurden, in den Protestbekundungen gegen das diesjährige Physikumergebnis darzustellen und sich dort Unterstützung zu holen, wo auch gegen die der Prüfungsinnere zugrundeliegenden Mißstände bekämpft wird!

KB/Gruppe Frankfurt

Anmerkungen

(1) Die Medizinischen Fakultäten des Bundesgebietes einschließlich der Freien Universität Berlin mögen sich verpflichten für die nächsten zwei Jahre nicht mehr als 30 Studenten im Jahr an jeder Universität zum Medizinstudium neu zuzulassen.

Die soziale Krankenversicherung ist heute schon nicht mehr in der Lage aus ihren Mitteln eine gerechte und ausreichende Honorierung der Ärzte der Kassenzurück zu gewähren, geschweige denn, dem Drang und Recht eines gut ausgebildeten Arztes zur freien Ausübung der ärztlichen Tätigkeit, auch in der Sozialversicherung, zu entsprechen.

„Denkschrift zur zehnten Beschränkung des medizinischen Studiums des Hartmannbundes an Ärztliche Mitteilungen v. 15.2.50. zitiert nach Gesundheitswesen im Klassenkampf KSV Zeitschrift Medizin Berlin“

(2) In diesem Sinne schreibt das Deutsche Ärzteblatt in ihrer Ausgabe vom 13.4.88 ganz offen: „Ebenso ist nachdrücklich davor zu warnen, Überlegungen zu folgen, die Zahl der Ärzte ohne Berücksichtigung der Frage zu betrachten, wieweit ein Volk bereit und in der Lage ist, für seine ärztliche Betreuung materiell aufzuwenden.“

(3) Zahlen zusammengetragen aus verschiedenen öffentlichen Studien, z.B. nach Matthias Albrecht und Gregor Vöhring: „Stellungnahme zur Ärzteschwemme“ in Argument-Sonderband 27.

(4) Wie (3).

(5) Das bestätigte auch der Leiter des IMPF, Hans-Joachim Kramer, der öffentlich erklärte, daß die Prüfungsfragen dieses Physikums „nach den gesundheitspolitischen und gesellschaftlichen Erfordernissen unserer Zeit“ zusammengetragen wurden („Spiegel“, 20.4.)

Hamburg: Den NPD-Landesparteitag verhindern!

Ausgerechnet für den 36. Jahrestag der Niederschlagung des deutschen Faschismus, den 10. Mai 1981, hat die Hamburger NPD ihren diesjährigen Landesparteitag angekündigt.

Zentraler Gegenstand dieses Parteitags wird dabei sein, wie der Hamburger Landesverband die zentrale Kampagne der NPD nun auch hier öffentlichkeitswirksam zur Geltung bringen kann. Über eine Million Unterschriften hat sich dabei die NPD für ihre „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in diesem Jahr zum Ziel gesetzt. Besonders pervers hierbei ist die Tatsache, daß im vergangenen Jahr in Hamburg zwei Vietnamesen durch einen Anschlag von Neonazis auf ein Ausländerheim ermordet wurden.

Zur Verhinderung dieser Nazi-Provokation haben sich nun auf Einladung der Initiative „Eppendorfer gegen Rechts“ bisher die Grünen/Hamburg, der KB, die BuLi/Parlamentsfraktion, die Z sowie die Antifagruppe der „Schmuddelkinder“ mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit gewandt, in dem zur Verhinderung des NPD-Parteitags aufgerufen wird. Dieses Bündnis ist offen für alle Kräfte, die vor Ort eine Verhinderung des Parteitags durchsetzen wollen. Für die noch zur Verfügung stehende Zeit sind von diesem Bündnis insbesondere zum 1. Mai weitere Flugblätter geplant, die eine breitere Mobilisierung der antifaschistischen Öffentlichkeit zum Ziel haben.

Ebenfalls für das Wochenende

vom 8.-10. Mai haben die „Antifaschistische Initiative Hamburg“, die Jusos und der Landesjugendring aus Anlaß des 36. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus ein antifaschistisches Wochenende geplant. Wie Gespräche mit den in diesem Bündnis vertretenen Gruppen ergaben, ist auch von dieser Seite für den 10. Mai eine antifaschistische Aktion aus Anlaß des NPD-Parteitags geplant. Dabei scheint klar, daß die Jusos wohl in keinem Fall zu einer Verhinderung des NPD-Parteitags aufrufen werden und die Kräfte um DKP und VVN bereit sind, zugunsten eines „breiten Bündnisses“ auf jede Aktion vor Ort des Geschehens zu verzichten. Insbesondere pokert die DKP noch darauf, daß von Teilen des DGB für

den Sonntag eine Kundgebung unterstützt/durchgeführt wird.

Immerhin sind für die nächste Zeit noch weitere Gespräche unter allen Initiativen verabredet, um zumindest eine Koordinierung der Aktivitäten zu erzielen, auch wenn ein gemeinsamer Aufruf bisher nicht möglich scheint.

Auch vom weiten des Hamburger Senats hat es schon „offizielle“ Stellungnahmen zum NPD-Parteitag gegeben. Hintergrund dieser Äußerungen ist ein Beschluß des SPD-Landesparteitags vom Anfang des Jahres, in Zukunft keine Nazi-Aktivitäten zuzulassen. Innenminister Pawelczyk ließ verlauten, ihm sei bisher nichts konkretes vom NPD-Landesparteitag bekannt. Er lasse aber prüfen, wie eine Verbotserhebung möglich sei. Im Falle einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung würde er ein Verbot erlassen.

Mit dieser Äußerung im Rücken argumentieren insbesondere die Jusos gegen jede Mobilisierung vor Ort des Geschehens. Gezielt werden Gerüchte in Umlauf gebracht, denen zufolge der NPD-Parteitag auf jeden Fall ver-

bieten würde bzw. außerhalb der Hamburger Landesgrenzen stattfinden würde usw.

Besonders demagogisch wird dabei ins Feld geführt, daß sich Pawelczyk die Empörung über einen Schutz einer Nazi-Veranstaltung nach den Ereignissen der letzten Zeit nicht leisten wolle, und daß deshalb keine Mobilisierung nötig sei - als ob nicht die Mobilisierung erst den Skandal schaffen würde, den Pawelczyk angeblich verhindern will.

Erschwerend kommt allerdings hinzu, daß für den NPD-Landesparteitag der genaue Tagungsort bisher nicht bekannt ist. Selbst der Verfassungsschutz will angeblich den Ort des Geschehens nicht kennen.

Tatsächlich ist es in der Vergangenheit immer gelungen, den Tagungsort der Nazis rechtzeitig herauszubekommen und dies kann auf keinen Fall als Begründung herangezogen werden, jetzt etwa nicht mit der antifaschistischen Mobilisierung zu beginnen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



1978 ging der NPD-Parteitag in Hamburg klaglich baden

10.000 demonstrierten gegen NPD-Parteitag in Nürtingen

Am 12.4. hielten 75 NPD-Delegierte in der Nürtinger Stadthalle ihren Landesparteitag ab. Die Entscheidung, diesen Parteitag in Nürtingen abzuhalten, kommt nicht von ungefähr. In Nürtingen und Umgebung scheinen sich die Nazis einen bisher wenig beachteten Stützpunkt aufzubauen. So wurden in Kirchheim letztes Jahr 2 Nazis verhaftet, die an mehreren Anschlägen beteiligt waren. Einer der beiden, Raimund

auf zur Beteiligung an der Demonstration und Kundgebung, auf der u.a. auch der DGB Landesvorsitzende Zimmermann sprach, und hielt anschließend eine eigene Kundgebung ab. Die Beteiligung war überraschend hoch, die „Nürtinger Zeitung“ schrieb tags drauf, daß es „die wohl größte politische Demonstration“ in der Geschichte der Stadt Nürtingen gewesen

Ein aus NPD mit seiner Kund-

sei. Für den DGB war mit seiner Kundgebung die antifaschistische Aktion für diesen Tag beendet. Viele Antifaschisten blieben jedoch den ganzen Nachmittag über vor der Stadthalle, um den Nazis auch nach Beendigung ihres Kongresses keine Gelegenheit zum öffentlichen Auftreten zu geben.

Die Stadthalle, in der die NPD tagte, war seit dem frühen Morgen von Polizeikräften hermetisch abgeteilt.

Während der DGB zu Anfang der Demonstration an die Teilnehmer appellierte, „die Demo muß friedlich und sauber bleiben“, begnügte sich die Aktionskommission mit dem fettgedruckten Hinweis auf ihrem Flugblatt „der Charakter dieser Aktion ist defensiv und nicht militant“. Für die Aufrechterhaltung dieses Beschlusses sorgte ein großes Ordneraufgebot, das auf „behelmt“ und „maskierte“ Demonstranten besonders sensibel reagierte und peinlich darüber wachte, daß die leeren Bierflaschen wieder zurückgegeben wurden.

Trotz dieser Demonstration absoluter Gewaltfreiheit kam es am Spätnachmittag zu einer massiven Provokation seitens der Polizei, in deren Verlauf ein Demonstrant vorübergehend festgenommen, 2 Frauen verletzt und ein Ordner von einem Polizeihund gebissen wurde.

Weißend einig war man sich, wie noch in der Nachbesprechung herausstellte, in der Kritik, daß in der Zeit, die man/frau notwendigerweise vor der Stadthalle verbrachte, nichts lief. Die Aktion zog sich über den ganzen Sonntag hin. Ein Vertreter der Grünen führte dies auf einen Beschluß der Aktionskommission zurück, der während der ganzen Aktion einheitliches Auftreten der verschiedenen, am Bündnis beteiligten Gruppen forderte und somit Aktivitäten dieser Gruppen (z.B. Infostände) und eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Positionen blockierte.

Die Mehrheit der Anwesenden stimmte dem im nachhinein zu. Von verschiedenen Seiten wurde auch Kritik an der sensiblen Behandlung der mit Schutzkräften ausgerüsteten Demonstranten laut, und viele Anwesende äußerten ihr Bedauern darüber, daß sie ohne solch einen Helm angetreten waren.

In diesem Zusammenhang wurde auch kritisiert, daß sich zum Abschluß der Aktion die Demo-Leitung nicht von den anbedauernden Äußerungen des Polizei-Einsatzleiters distanzierte (der angesichts der offensichtlichen Polizeiprovokation von einer „harmonischen Zusammenarbeit“ mit der Demo-Leitung sprach), wohl aber von einem Demonstranten, dem man angeblich eine Stahlkugel abgenommen hatte.

lgt waren. Einer der beiden, Raimund Hörnk, hatte neben Bomben auch Brandsätze hergestellt, durch die bei dem Anschlag auf ein Hamburger Asylantenwohnheim am 22.8.80 zwei Menschen ermordet wurden. Der kirchheimer Arzt Heinz Colditz war Mitglied der faschistischen Terrorbande „Deutsche Aktionsgruppe“, die unter Führung von Manfred Roeder mindestens ein halbes Dutzend Anschläge verübt hat. Unter anderem zeichnete sie verantwortlich für den Anschlag auf das Haus des Esslinger Landrates Braun. Außerdem ist die Tatsache der Entbindung des Nürtinger NPD-Funktionärs Kosiek von seinem Posten an der Fachhochschule den Parteitag in Nürtingen als Solidaritätskundgebung der NPD für Kosiek erschienen. Kosiek war bis 1972 Abgeordneter der NPD im baden-württembergischen Landtag und Mitglied im Landes- und Bundesvorstand der NPD.

In diesem Zusammenhang muß auch das Wirken eines Nürtinger Kommunalpolitikers erwähnt werden: Dr. Walter Staiff, Fraktionsvorsitzender der freien Wählervereinigung im Nürtinger Gemeinderat. Unter dem Deckmantel des demokratischen, bürgerlichen, fortschrittlichen Politikers ist es ihm gelungen, bei der letzten Gemeinderatswahl die meisten Stimmen auf sich zu vereinen. Seine Tätigkeit im Württemberg-Bund jedoch, dessen politisches Wirken nach einem Urteil des Stuttgarter Landgerichts vom 19.12.78 als „in gewisser Beziehung nazistisch“ bezeichnet werden darf, läßt Dr. Staiff in einem anderen Licht erscheinen. Als Bundesvorstandsmitglied des Württemberg-Bundes und als Leiter des Redaktionsausschusses der vom Württemberg-Bund herausgegebenen Zeitschrift „Politischer Zeitspiegel“ ist er für die politische Haltung dieses Vereins, die eindeutig von demokratiefeindlichem, nazistischem Gedankengut getragen wird mitverantwortlich.

Gegen den Nürtinger NPD-Parteitag hatte sich eine Aktionskommission gebildet, an der sich verschiedene Antifaschisten aus der Umgebung, Mitarbeiter der Nürtinger alternativen Stadtzeitung, die Fachschaftsräte-VV der Uni Tübingen, der KAD, die Grünen, die „Volksfront“, die DKP und die VVN beteiligten. Bereits die ganze Woche zuvor liefen Veranstaltungen und Filme in Schulen und Jugendhäusern, wurde die Bevölkerung über Flugblätter und Infostände informiert. Der DGB, der zu einer Demonstration und Kundgebung vor der Stadthalle aufrief, lehnte eine gemeinsame Aktion ab. Als Grund für seine Ablehnung sicherte durch, daß ja auch „K-Gruppen“ im Bündnis seien... Der DGB ging sogar so weit, daß er dem Bündnis die Benutzung seiner Anlage zur Durchführung einer anschließenden Kundgebung untersagte.

Die Aktionskommission rief trotzdem

Sympathisanten aus Tübingen

Nazi-Treffen in Hamburg verhindern

Der NPD-Parteitag darf nicht stattfinden!

Am 10. Mai 1981 will die neofaschistische NPD in Hamburg ihren Landesparteitag durchführen. Wie immer bei solchen Gelegenheiten will die NPD diesen Anlaß dazu nutzen, ihre Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten für ihren neofaschistischen Kurs zu mobilisieren. Dieser Kurs wird heute zunehmend gekennzeichnet durch eine nationalistische und rassistisch-ausländerfeindliche Propaganda, die sich kaum mehr von der der Hitlerfaschisten unterscheidet.

- da ist die Rede von einem „lebenstichtigen Weltbild“, von einem „biologisch und geschichtlich gewachsenen Volk“, „Menschen und Völker (sind) entscheidend von ihrer Erbschaft geprägt“; Bezugspunkt für das NPD-Selbstverständnis ist die angebliche „Abstammungs- und Kulturgemeinschaft des Volkes“

- Speziell unsere ausländischen Kollegen werden zur Zerschleissung dieses aggressiven Nationalismus, des „Überfremdungs“ sei die „Überlebensfrage des deutschen Volkes“ usw.

Das ist nur wenig geändert die „Blut- und Bodenideologie“ des alten Faschismus. Hielt es damals „Jude verrecke“ und „Ausländer raus“, so schreibt heute die NPD „Rothsack verrecke“ und „Ausländerstopp“ auf ihre Fahnen. Über eine Million Unterschriften will sie in diesem Jahr für ihre rassistische „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ sammeln, und dazu soll in Hamburg dieser Landesparteitag der Auftakt sein.

Wohin derartige Propaganda führt, haben die letzten Monate in aller Deutlichkeit bewiesen: 17 Menschen wurden seit dem Sommer letzten Jahres von westdeutschen Nazis ermordet - 13 wurden auf dem Münchner Oktoberfest von einer Bombe zerrissen - 2 Schweizer Grenzbeamte wurden am 24.12.1980 von dem Nazi Frank Schubert ermordet.

- Hier in Hamburg wurden zwei Vietnamesen durch einen Anschlag der neonazistischen „Deutschen Aktionsgruppen“ auf ein Hamburger Ausländerwohnheim umgebracht.

Es war hier in Hamburg, wo jenseits der „Hanse-Bande“ - die mehrheitlich aus Mitgliedern und Anhängern der NPD bestand - in aller Öffentlichkeit die Wiederzulassung der NSDAP propagiert wurde. Diese „Hanse-Bande“ war bundesweit das Vorbild für die übrigen neonazistisch auftretenden Nazi-Gruppen. Bis vor kurzem konnten sogar Spenden an diese Bande von der Steuer abgesetzt werden!

Vor dem Hintergrund dieser Attentate und den zunehmenden nazistischen Unterdrücken ist ein Landesparteitag der NPD eine Provokation, die wir nicht widerstandslos hinnehmen werden!

Nur wenige Jahre nach der Gründung der NPD ließ der damalige Bundesinnenminister Brandt (CDU) verkünden, das Material gegen die NPD reiche für ein Verbot aus. Um wieviel mehr muß dann das heutige Material gegen die NPD ausreichen!

Doch ersetzt ihren verfassungsmäßigen Auftrag wahrzunehmen und jede faschistische Betätigung zu unterbinden, die NPD als die zentrale Organisation des Neofaschismus zu verbieten und jedes Aufkommen von Rassismus und Faschismus zu bekämpfen, haben alle Bundes- und Landesregierungen seitdem die NPD geschützt, den antifaschistischen Protest dagegen verfolgt, unterdrückt und behindert.

- So kann die NPD überhaupt nur noch existieren, weil sie ihre Schulden aus zuvor erhaltenen Wahlkampfkosten in Höhe von ca. 1 Millionen DM großzügig eins ums andere Mal „gestundet“ bekommt.

- So erhält die NPD regelmäßig bereitwillig den Schutz der Polizei, wenn sie ihre Hetze betreiben will.

- Ihre Schläger und Eingekerkerten werden - wenn überhaupt - äußerst milde - mit „Samthandschuhen“ bestraft.

Antifaschisten dagegen, die sich gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen, müssen damit rechnen, kriminalisiert zu werden, werden angeklagt und häufig hart bestraft.

In jüngerer Vergangenheit fanden in Hamburg 2 Prozesse gegen Antifaschisten statt, die gegen NPD-Veranstaltungen protestiert hatten. In beiden Fällen mußten die Antifaschisten dutzende von Verhandlungstagen wahrnehmen, ihren Urlaub opfern, in mehreren Fällen verloren sie sogar ihren Arbeitsplatz - bevor endlich auch das Gericht die Unschuld der Angeklagten erkannte.

Wie wenig Interesse offizielle Stellen und etablierte Kräfte an einer effektiven Verfolgung der NPD und anderer Nazi-Gruppen haben, wird schlaglichtartig an zwei Beispielen deutlich:

- So trafen sich regelmäßig Bundestagsabgeordnete der CDU und Funktionäre der NPD in einem „Hätschkomitee Südlisches Afrika“, um ihre gemeinsamen Interessen abzustimmen.

- Wie im Herbst bekannt wurde, war ein angeblich gegen die Nazis eingesetzter Agent des Verfassungsschutzes führend an der Herstellung und Verbreitung von Bomben beteiligt, von denen zwei für Anschläge gegen Justizgebäude benutzt worden sind.

Der zunehmende Neonazismus und insbesondere die Mordanschläge der letzten Monate lassen nur einen Schluß zu:

Verbot jeder neonazistischen Betätigung
Verbot aller faschistischen Organisationen
Verbot der NPD

In diesem Sinn fordern wir den Hamburger Senat und insbesondere den zuständigen Innenminister Pawelczyk auf zu garantieren, daß der für den 10. Mai angekündigte NPD-Landesparteitag nicht stattfinden kann. Die Unterschriften rufen alle Hamburger antifaschistischen Personen und Gruppen auf dazu beizutragen, daß dieser NPD-Parteitag verhindert wird.

Dieser Aufruf wird als Offener Brief den Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft, dem Senat und der Presse zugesandt.

Die Grünen Hamburg; Bunte Liste Parlamentsfraktion,
Gruppe Z; KB; Initiative Eppendorfer gegen Rechts,
Volksfront; Schmuddelkinder Antifa-Gruppe

H.1.3.P. - Lorenz Iversen, Hamburg 20

K.L. Hambury

Sigurd Debus: Tod durch Zwangsernährung

Gemeinsam mit den Gefangenen aus der RAF, der Bewegung 2. Juni, den Amerikahausbesetzern, Gefangenen aus der Hausbesetzerbewegung und einigen sozialen Gefangenen begann Sigurd seinen Hungerstreik am 11.2. Die Forderungen der Gefangenen aus der RAF waren auch die seinen: Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention, Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen, aber nicht in Isolation, Licht- und Luftkonditionierten Isolationszellen, eine internationale Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolation in Westeuropa, für die Freilassung von Günther Sonnenberg und Verena Becker.

Seit dem 19. März wurde er zwangs-ernährt. In der wieder einmal völlig geschwehrteten offiziellen Presse liest sich das so: „Neun Tage nach Beginn des Hungerstreiks war der gefangene Industriekaufmann Debus, der in Hamburg im normalen Strafvollzug einsaß und dort zeitweise in der Druckerei beschäftigt wurde, zur ärztlichen Beobachtung und Behandlung in das Zentralkrankenhaus der Justizbehörde verlegt worden. Er lehnte zunächst jede Behandlung ab. Als sich sein Gesundheitszustand verschlechterte, wurde der 1,90 Meter große Strafvollzugsgefangene seit dem 19. März intensiv ernährt. Diese Infusionsbehandlung wurde von Debus geduldet. Er war nach Angaben der staatlichen Pressestelle von den behandelnden Ärzten eindringlich darauf hingewiesen worden, daß für ihn Lebensgefahr bestehe... Die Hamburger Justizbehörde betont, daß alles unternommen worden sei, um das Leben von Sigurd Debus zu erhalten. Dort jedoch, wo ein Mensch den eigenen Tod bewußt in Kauf nehme, stoße ärztliche Hilfe an ihre Grenzen. In einer persönlichen Erklärung zu seinem Hungerstreik hatte Debus jede medizinische Behandlung abgelehnt.“ (SZ 19.4.)

Sigurd selbst hat am 19.3. in einem Brief an seinen Anwalt diese „Fünfte“ ganz anders beschrieben: „Um 11.05 Uhr stürmen acht Mann in die Zelle, packen mich an Betten, Armen und an der Hüfte, schleifen mich zu einer vor der Zelle stehenden fahrbaren Liege, warfen mich mit dem

Bauch nach unten darauf verdreht mit der Arme und setzen sich auf die Beine, presen den Kopf auf die Liege. So ging es ins Zentralkrankenhaus. Dort legten sie mich auf eine Liege. Sie schnallten mich fest an den Beinen oberhalb der Füße und an den Oberarmen mit Lederfesseln. Über den Unterleib mit einem Ledergurt und über die Brust mit einem Ledergurt wurde eine Unterarme mit Fesseln an die Liege. Nach dieser Tortur waren die Glieder völlig steif, ich konnte mich nur unter Schmerzen aus sehr langsam bewegen.“ Und am 11.3. „An diesem Abend - nach der Infusion von Kohlehydraten - war ich nicht fähig, länger als fünf Minuten zu sitzen. Ich fiel auf das Bett und die mich mit allen verfügbaren Decken zu zwei Pullover an. Gleichzeitig Schüttelfrost und Schweißausbrüche, stundenlang Hertränen und Reiben in der linken Brust. Mehrere Minuten in Dauer unperipetisch. Unfähig, mich schnell zu bewegen. Liegen auf der Seite untragbar, liege auf dem Rücken, Kopf etwas hoch, völlig kraftlos. Ekelgefühl. Dann im Liegen Kraftlos. Ich habe das Gefühl, als wenn die Wirbelsäule und die Beine sich immer schneller spiralförmig drehen und verliere zeitweise das Bewußtsein.“ (Anwaltserklärung TAZ 21.4.)

Das Sigurd täglich von acht Beamten zur Infusion gezwungen wurde, schrieb der „Spiegel“ bereits am 15.4. In derselben „Spiegel“-Nummer betonen drei Westdeutsche Mediziner - die drei gefangenen Frauen in kritischen Situationen mit Infusionen behandelt hatten - daß sie eine Infusionstherapie im äußersten Fall und nicht gegen den Willen der Gefangenen medizinisch vertretbar halten.

Bereits am 24. traten u.a. diese drei Ärzte mit einem Appell an die verantwortlichen Politiker an die Öffentlichkeit: „Angesichts der Möglichkeit, daß bei Fortsetzung des Hungerstreiks mit dem Tod eines Gefangenen gerechnet werden muß, richten die Ärzte nochmals den dringenden Appell an die politischen Verantwortlichen, ihre Haltung zu den Forderungen der Gefangenen nach Veränderung ihrer Haftbedingungen erneut zu überprüfen und zu den möglichen tragischen Folgen ins Verhältnis zu setzen.“ (TAZ, 24.4.)

gen ins Verhältnis zu setzen.“ (TAZ, 24.4.)

Zur Zwangsernährung als angebliche Hilfe bei Lebensgefahr heißt es im „Spiegel“: „Man kann sehr lange warten, bevor man die akute Lebensgefahr wirklich sieht. Wenn jemand - in derselben Situation wie die Berliner Häftlinge - andernorts schon seit vier Wochen zwangsernährt wird, dann ist die akute Lebensgefahr dort offenbar sehr früh angenommen worden. Bei tatsächlich akuter Lebensgefahr ist die Zwangsernährung doch gar nicht die Methode der Wahl. Vielmehr steht dann die medizinische Behandlung etwa der Infektion oder der aufgetretenen Komplikationen des Blutdrucks im Vordergrund.“

Die drei Ärzte lehnen eine Zwangsernährung prinzipiell ab, sind jedoch bereit - und haben das in ihrer Erklärung an den Westdeutschen Justizsenat auch betont - bei akuter Lebensgefahr zu helfen. „Wir haben erklärt, daß wir uns nicht zurückziehen von der Behandlung, wenn jemand aus freiem Willen erklären sollte, daß er sie jetzt in einer akuten Situation haben will. Wir stehen ja auch - abwechselnd mit insgesamt 14 Berliner Krankenhäusern - in ständiger Einsatzbereitschaft... Wir haben ja eben die Erfahrung gemacht, daß im Notfall die Behandlung angenommen wurde. Ich gehe davon aus, daß das auch so bleibt.“ Das Risiko, daß wir dann eingehen können und müssen, bestimmt sich aus der jeweiligen Situation. Bei Schwerkranken haben alle diese Maßnahmen ein Eigenrisiko. Natürlich auch hier. Es ist durchaus denkbar, daß ein Patient dann auch an diesen Maßnahmen stirbt.“

Dieses ist nach Aussagen von Sigurds Anwalt und auch seinem Bruder geschehen: „Der Tod Sigurds Debus“ ist nach allen bisherigen Erkenntnissen insbesondere auch nach den ersten und vorläufigen Obduktionsergebnissen, durch die dreiwöchige Zwangsernährung ausgelöst worden. Damit hätte sich die klare Position zahlreicher Mediziner und ihrer Landesorganisation, die eine Zwangsernährung als medizinisch und ethisch verantwortungslos abgelehnt und verworfen ha-

ben, bestätigt. (Anwaltserklärung TAZ 24.4.)

„Debus war der erste Häftling, der gegen seinen Willen künstlich ernährt wurde. Seiner Bruder glaubt, daß diese Zwangsinfusionen die Ursache für seinen Tod gewesen seien. Jürgen Debus: Nach Ansicht der behandelnden Internisten ist Sigurd nicht verhungert. Sein Substanzverlust war nicht so groß, daß ein Hungertod zu diesem Zeitpunkt eintreten konnte.“ Diese Einschätzung wurde auch durch die Obduktion bestätigt. Danach sei Sigurd Debus an den Folgen einer „Hirnmuskelblutung“ gestorben, zu der es kommen kann, wenn durch zu hohen Blutdruck Blutgefäße im Gehirn platzen. Doch Debus habe nie unter zu hohem Blutdruck gelitten.“ (Stern, 23.4.)

Todeszeitpunkt manipuliert

Der Stern-Artikel vom 23.4. macht unumverständlich deutlich, daß selbst der tote Sigurd Debus in das politische Kalkül der Regierenden eingebaut wurde. Am 7.4. wurde Sigurd totkrank ins Bundeskriminalamt verlegt. Er erkrankte wieder. Man erkrankt. Am 1. Mai 1981 wurde er künstlich beatmet. Am Mittwoch vor Ostern zeigt das Elektroenzephalogramm (EEG) die „Null-Linie“, weitere Untersuchungen bestätigen: Das Gehirn ist tot. Herz und Kreislauf des künstlich Beatmeten funktionieren jedoch noch weiter.

Erst Donnerstag Nachmittag wird Sigurd tot bekannt gegeben. Alle Landeskriminalämter und Polizeichefs der BRD werden allerdings selbstverständlich umgehend unterrichtet und zu erhöhter Alarmbereitschaft aufgefordert worden.

Darüber vorbereitet, konnte Herr Schmude dann beruhigt am Donnerstag morgen das dringliche Fernschreiben von Amnesty International vom 8.4. beantworten. Ein Telex, das in übrigen Schmudes bis dahin ausgehiebene Antwort auf das Amnesty-Schreiben vom 13.3. anmahnt.

Um den Appell von ai mit dem selben Hinweis auf die mögliche Verbesserung einzelner Haftbedingungen zu beantworten, braucht es nicht ab-

einen Monat, einen unrettbar kranken Terroristen seit dem 9.4. und einen verschobenen Todeszeitpunkt. BRD-Realität 1981, freiheitlich-demokratisch und sozial.

Wunder! es da noch, daß der Stern als erste Zeitung über eine Woche nach Sigurds Tod diesen Sachverhalt berichtet, selbstverständlich auch mit dem entsprechenden Verständnis für den „Sachzwang“: „Mit diesem Hinhaltemanöver wollte die Regierung den Eindruck vermeiden, man habe erst unter dem Eindruck der Todesmeldung nachgegeben.“ So kann man die nackten Tatsachen auch werten! Dabei muß dem Stern für seine Berichterstattung nach Sigurds Tod ein Ordre verliehen werden. Die sich so objektive Presse in diesem sozialliberalen Staat hatte am 16.4. eine Äußerung des Frankfurter Rechtsanwalts Koch, daß Sigurd bereits klinisch tot sei, unter der Rubrik „schon in der Vergangenheit Sprecher der Verleugner der RAF-Gefangenen“ abge-

hakt. „Sigurd Debus hat im Gegensatz zu der Behauptung der Justizsenatorin Leithäuser, er habe sich ausschließlich aus Solidarität dem Hungerstreik anderer angeschlossen, aus eigener politischer Entscheidung mit dem Hungerstreik um seine Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen gekämpft. Sigurd Debus hat den Hungerstreik indirekt mit den politischen Gefangenen aus der RAF aufgenommen, mit dem Ziel, Lebens- und Arbeitsbedingungen für sich und die anderen hungerstreikenden Gefangenen gemeinsam zu erkämpfen. Auch nach der Verlegung in den Normalvollzug, dem fünf Jahre Isolationshaft vorausgingen, hat er diese Forderung für sich ausdrücklich aufrechterhalten. Die Vollzugsbedingungen in Hamburg negierten den politischen Zusammenhang. In dem sich Sigurd Debus begriffen hat, insofern ist er auch hier isoliert worden. Der Versuch, Sigurd Debus zu vereinzeln und seinen Kampf um Menschenrechte zu psychiatrisieren und ihm Selbstmordanschuldungen zu unterstellen steht in einer Reihe der Denunziation jeglicher politischer Identität der beim Tod von politischen Gefangenen immer wieder versucht worden ist.“ (TAZ, 21.4.)

Antirepressionskommission
KB/Westberlin

Die letzten Tage des Hungerstreiks

Während die Presse am 10. April die akute Lebensgefahr von Sigurd Debus meldet, bekräftigt die Konferenz der Justizminister und -senatoren noch einmal ihre harte Linie gegen die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen. „Eine solche Konzentration besonders gefährlicher und von außen unterstützter Gefangener (würde) den terroristischen Zusammenhalt stärken und Befreiungsaktionen erleichtern.“ (TSP, 10.4.81) Daraufhin zieht der westberliner Justizsenator Meyer sein Angebot, daß er Hanna Krabbe nach Berlin verlegen wolle, wieder zurück - damit ist die harte Haltung vereinfacht, Verhandlungen scheinen nicht mehr möglich. Hinter den Kulissen aber verhandeln die Justizbehörden und die Gefangenen und ihre Anwälte weiter. Die Gefangenen aus der RAF hatten schon einige Zeit bevor Rechtsanwalt Koch dies auf einer Veranstaltung in Frankfurt am 15.4. bekannt gab, ihre Forderungen reduziert. „Koch teilte mit, daß die seit zehn Wochen Hungerstreikenden nicht mehr die Anerkennung eines Kriegsgefangenenstatus verlangten. Die Forderungen gegenüber den Justizministern seien reduziert worden auf eine Zusammenlegung von sieben bis acht Häftlingen in vier Gruppen ohne jegliche „Isolationshaft.“ (TSP, 16.4.81). Als Grund für diese Verhandlungstaktik nennt Michael Kern, der Verteidiger von Andreas Vogel

„Damit sollte dem Staat die Möglichkeit gegeben werden, Zugeständnisse zu machen, ohne das Gesicht zu verlieren.“ (Stern, 23.4.81) Der Stern behauptet weiterhin: „Auf höchster Ebene“, so ein Teilnehmer der Verhandlungen, vereinbarten schließlich Justiz und Anwälte die Zusammenlegung der RAF-Häftlinge in vier Gruppen. Als neutraler Garant dieser Vereinbarung, die nicht schriftlich niedergelegt wurde, fungiert eine Person des öffentlichen Lebens. Dabei soll es sich um den ehemaligen Berliner Bürgermeister und heutigen Pfarrer Heinrich Albrecht handeln.“

Amnesty international greift ein

Eine nicht unwesentliche Unterstützung in den Verhandlungen war für die Gefangenen offenbar das Eingreifen von Amnesty. Schon im März hatte ai sich an Justizminister Schmude gewandt und „appellierte... nachdrücklich an die Behörden der BRD, Einzelhaft und Kleingruppenisolation als reguläre Haftbedingungen aufzuheben...“ „Die Delegierten glauben, daß es die Suche nach Alternativen zur Isolationshaft und Kleingruppenisolation als reguläre Haftformen erleichtern würde, wenn die Bundes- und Landesbehörden von einem Ausschuss beraten würden, der das Vertrauen sowohl der Häftlinge als der Behörden besitzt.“ (TAZ, 20.3.81)

Bei den Behörden tat sich nichts, Amnesty schickte am 8. April ein Fernschreiben - ebenfalls keine Reaktion. „Der zuständige Korrespondent in London, Douwe Korf, erklärte am Dienstag gegenüber der „Frankfurter Rundschau“, auch auf die Annahme einer Antwort beim Bonner Justizministerium vom 8. April wegen der offensichtlichen Dringlichkeit und bestehenden Lebensgefahr für die Gefangenen habe es bisher keine Reaktion gegeben. Nach Angaben des Bundesjustizministeriums ist das Schreiben von ai am 16. März in Bonn eingegangen. Der Appell werde sehr ernst genommen. Der Antwort-Entwurf sei fertiggestellt, aber noch nicht abgemittelt, da Justizminister Schmude sich im Urlaub befinden habe.“ (FR, 15.4.81) Wer dieser Erklärung des Justizministeriums Glauben schenken will, soll das tun.

Der Stern enthält in seiner Ausgabe vom 23. April 1981, daß der Todestag von Sigurd Debus nicht - wie offiziell bekannt gegeben - der 16. April war, sondern Mittwoch, der 15. April. „Der Öffentlichkeit wird der Hirn-Tod verschwiegen.“ Und zwar aus folgendem Grund: „Es war vor allem die Sorge, daß der schon vor Wochen in aller Stille eingeleitete Kompromiß zwischen Regierenden und RAF-Häftlingen in letzter Minute platzen könnte: Am Donnerstag morgen unterschrieb Bundesjustizminister Jürgen Schmude einen Brief an die Gefangenen Hilfsorganisation, daß die Haftbedingungen verbessert werden könnten, sobald diese ihren Hungerstreik beendet hätten.“ Erst nach dem diesem Brief in Bonn abgeschickt worden war, wurde der Tod des Sigurd Debus offiziell bekannt gegeben. Mit diesem Hinhaltemanöver wollte die Regie-

rung den Eindruck vermeiden, man habe erst unter dem Eindruck der Todesmeldung nachgegeben.“ (Stern, 23.4.81) Nicht nur daß Schmude hier den toten Debus für seine eigenen Verhandlungsmannöver benutzte, er riskierte damit auch, daß andere hungerstreikende Gefangene, deren Zustand zu diesem Zeitpunkt akut lebensbedrohlich war, wie bei Andreas Vogel, an diesem Hinhalteaktik sterben.

Schmudes Brief an Amnesty

Lediglich eine Äußerung im Brief des Justizministeriums könnte als Signal für Verbesserungen der Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF gedeutet werden: „Andere Maßnahmen (als die Zusammenlegung in größere Gruppen, Anm. AK) zur Veränderung der Haftsituation im Sinne der Gefangenen sind damit nicht ausgeschlossen.“

Irgendwelche konkrete Zusagen machte Schmude nicht, daß sei „Sache der Justizminister und Strafvollzugsbehörden der Länder und falls nicht in die Kompetenz des Bundes.“

Ansonsten unterscheidet sich dieser Brief an Amnesty nicht wesentlich von der harten Linie der Justizministerkonferenz, die diese einige Tage zuvor ausgegeben hatte. Die Forderungen nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen wird kategorisch abgelehnt: Die zuständigen Stellen „müssen alles tun, um zu verhindern, daß der Terrorismus weitere Geforderte gemeinsame Unterbringung der Gefangenen aus dem Terrorismusbereich in großen Gruppen als unannehmbar bezeichnet.“ Zur Abklärung von Amnesty, Einzelhaft und Kleingruppenisolation seien „reguläre Formen“ der Haftbedingungen, antwortet Schmude: „Die von den Terroristen beschuldete Isolation ist meistens dadurch entstanden, daß sie sich selbst gewehrt haben, mit Gefangenen, die nicht ihrer Vereinigung angehören, zusammenzukommen. Ich wäre dankbar, wenn Sie die in Ihrem Schreiben vom 13. März zum Ausdruck gekommene Auffassung überprüfen würden.“ Zur Anregung Amnestys, die Gefangenen durch Ärzte ihres Vertrauens behandeln zu lassen, stellt Schmude ganz lakonisch fest: „daß die Gefangenen ärztlich betreut werden.“

(alle Zitate nach FR, 19.4.81)

Der Hungerstreik wird abgebrochen

Wenige Stunden nachdem Justizminister Schmude seinen Brief an Amnesty international abgeschickt hat, brechen die Gefangenen aus der RAF ihren Hungerstreik nach über 60 Tagen ab. In ihrer Erklärung heißt es: „Wir haben uns entschlossen, den Hungerstreik abzubrechen, nachdem wir nach zwei Interventionen von amnesty international davon ausgehen, daß kein Gefangener mehr einzeln isoliert wird und mehrere Gruppen von Gefangenen gebildet werden. Auch wenn es bereits in den letzten Tagen die Gewißheit gab, daß Sigurd Debus nach zehn Wochen Hungerstreik an den Folgen der mit brutalster Gewalt durchgeführten Zwangsinfusionen sterben wird, können wir unseren Schmerz über seinen Tod heute nur schwer vermitteln. Sein Wille konnte nicht gebrochen werden. - Wenn es jetzt eine Lösung gibt, bedeutet das nicht, daß das Verhängnisinteresse des Staates aufgehoben wäre. Aber wir meinen auch, daß wir nicht dieselben Erfahrungen wie die IRA im Dezember 1980 machen müssen - nicht zuletzt, weil wir Solidarität erfahren haben.“ (zitiert nach FR, 19.4.81)

Bundesjustizminister Schmude hat die Verhandlungen über konkrete Regelungen an die Justizminister der Länder beziehungsweise an die Bundesanwaltschaft delegiert. Und da sind die Reaktionen doch sehr unterschiedlich. Nachschweigebiger Härte: „Der Sprecher des Kieler Justizministeriums erklärte... in Lübeck-Lauerhof kämen Haftlockerungen nicht in Frage.“ (Volksblatt, 19.4.81). Ebenso steht in Hessen Zusammenlegung nicht zur Debatte, Justizminister Günther erklärte: „daß die Terroristen im Normalvollzug untergebracht seien“ (TSP, 22.4.81). Das kann für die in Hessen inhaftierte Verena Becker in der Konsequenz heißen, daß sie weiter als Schwerkranken unter den für sie unerträglichen Haftbedingungen inhaftiert bleibt (vgl. auch AK 196). In Niedersachsen, wo u.a. Heinz Herzig und Karl-Heinz Dellwo am Ceber Hochsicherheitstrakt einsitzen, heißt es: „Niedersachsen sei bereit, zusätzliche inhaftierte Terroristen aufzunehmen, wenn es von anderen Bundesländern

darum ersucht würde.“ (TSP, 23.4.81) Ein entsprechenden Antrag haben bislang Andreas Vogel und Lutz Tausor gestellt, der niedersächsische Justizsprecher läßt aber keinen Zweifel daran, daß eine solche Kleingruppe im Hochsicherheitstrakt in Celle gebildet würde. Noch sehr unkonkret bleiben die Ankündigungen der Justizminister aus Bayern und Baden-Württemberg. Dort sollen die Haftbedingungen „unvoreingenommen geprüft“ werden (TSP, 19.4.81).

Als Fakt ist festzuhalten: Zusagen gibt es für minimale, wenn auch für die Gefangenen zweifelhafte Verbesserungen für einzelne von ihnen oder innerhalb des Hochsicherheitsverwahrsystems, wie z.B. das Anlegen einer Ruhezelle im Hof des HS Trakts Westberlin.

Keine schriftlichen d.h. keine konkreten Zusagen bestehen für die Zusammenlegung der Gefangenen in größere Gruppen (bis zu sechs) im Hochsicherheitstrakt. Forderungen, mit denen die Gefangenen in den Hungerstreik gegangen sind (Mindestgarantien der Genfer Konvention, Zusammenlegung in größere Gruppen, Abschaffung der HS-Trakte, Überwachung der Haftbedingungen durch eine internationale Kommission, Freiheit für Günther Sonnenberg und Verena Becker), aber auch die während des Hungerstreiks reduzierte Forderung auf Zusammenlegung in Gruppen von sieben bis acht Gefangene ohne jegliche Isolation, stehen überhaupt nicht zur Diskussion.

Wie wirklich substantielle Verbesserungen der Haftbedingungen erreicht werden können - und eine Zusammenlegung von vier bis sechs Gefangenen im Hochsicherheitstrakt kann ein Übergangsstadium in diese Richtung sein - muß heute, nach fast 70 Tagen Hungerstreik und dem Tod von Sigurd Debus ernsthaft und mit politischen Konsequenzen in der Linken, den Kleingruppen, den Gefangenen und mit den Gefangenen diskutiert werden. damit politische Handeln daraus wird und die in den letzten Wochen angelaufene Solidarität breiter und stärker wird.

Die Gefangenen sind gerade jetzt und in absehbarer Zeit besonders auf intensive Solidarität angewiesen um nicht wieder ihr Leben einsetzen zu müssen.

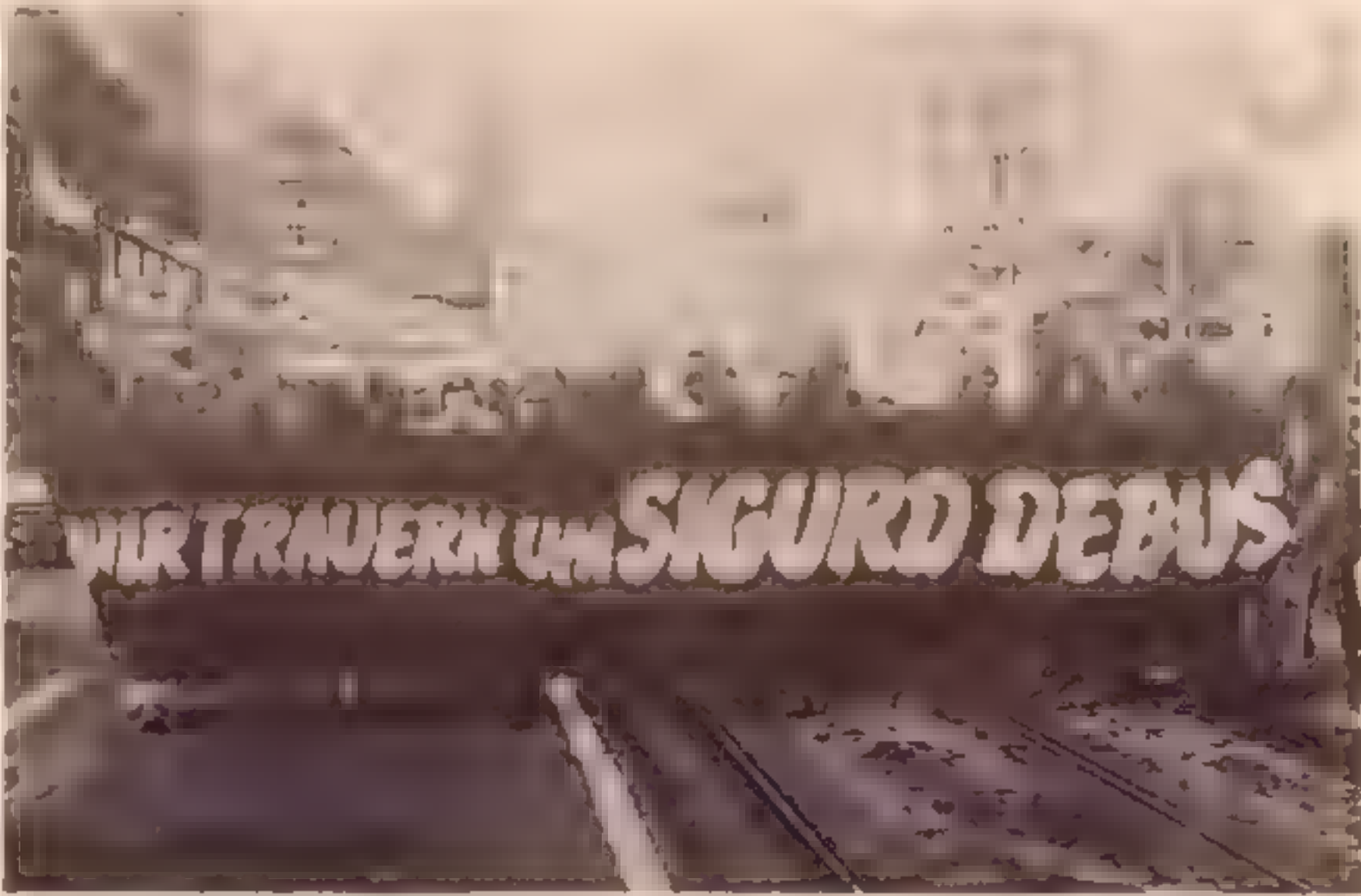
Antirepressionskommission
KB/Westberlin

Demonstration in Hamburg

Am 25.4. fand in Hamburg eine Kundgebung und Demonstration zum Tod von Sigurd Debus statt. Es sprachen die Anwälte Michael Nitzsche und Bernd Rosenkranz sowie der Arzt Karl Heinz Roth. Ungefähr 1500 Menschen waren dem Aufruf der Veranstalter gefolgt. Zu Übergriffen seitens der Polizei kam es nicht. Im Folgenden dokumentieren wir die Rede von Karl Heinz Roth. Wir meinen, daß es notwendig ist, sich mit seiner Darstellung des Lebensweges von Sigurd Debus und mit dem von ihm angedeuteten Weg der weiteren politischen Orientierung auseinanderzusetzen. Wir stimmen in einer Reihe von Einzelheiten und in der politischen Schlussfolgerung nicht mit dem Beitrag überein. So nicht mit unkritischen Charakterisierungen wie „heraus“ für die RAF-Versuche des „bewaffneten Kampfes“, so

nicht mit der Reduzierung der politischen Differenzen zwischen RAF-Entwicklung und der übrigen Linken auf die „Mentalität der Entsolidarisierung“. Unseres Erachtens fällt Karl Heinz Roth hier hinter seine bisherige differenziertere Betrachtungsweise der Geschichte zurück. Insbesondere scheint uns die in dem Beitrag vorgenommene Orientierung auf eine „ultimante Massenbewegung“ („hartnäckiger“ und „ausdauernder“ als die Anti-AKW- und Häuserkampf-Bewegung) zum einen einiger Erklärung, zum andern einer offenen Auseinandersetzung zu bedürfen. (Siehe zu dieser Auseinandersetzung auch die Artikel zum Hungerstreik sowie den Artikel „Zwei Taktiken – ein Ziel“ in diesem AK).

AK-Redaktion



Karl-Heinz Roth zum Tode von Sigurd Debus

Über eine Woche ist Sigurd Debus jetzt tot. Nur allmählich wird das Ausmaß seines Sterbens (abbar) langsam beginnt die Lähmung der letzten Tage zu weichen. Uns führen die Trauer und die Wut über den Tod eines Genossen zusammen, der sein Leben zuletzt im Kampf gegen die Isolationshaft einsetzte und verlor. Mögen die überlebenden Genossinnen und Genossen des Hungerstreiks, mit denen er in bedingungsloser Solidarität kämpfte, mögen aber auch wir selber dieser ungeheuren moralischen Größe würdig sein.

Viele von uns haben an der politischen Geschichte von Sigurd Debus teilgehabt, und manche der hier Anwesenden haben Passagen seines Lebensweges geteilt. Sigurd Debus hatte, aus der „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ kommend, seit Mitte der 60er Jahre an der außerparlamentarischen Massenbewegung in Hamburg teilgenommen. Alle Stärken und Schwächen dieser Bewegung, zu denen auch die späteren der RAF gehören, welcher Debus sich seit 1972/73 angeschlossen versuchte, sind in ihm wiederzuerkennen. Was ihn von uns allen unterscheidet, ist sein Schicksal. Es ist geprägt durch die eiskalte Härte, mit der die Machthehaber dieser Stadt Sigurd Debus verfolgt und Schritt für Schritt an seiner Vernichtung arbeiteten.

Sigurd Debus war schon vor dem

Sigurd Debus war schon vor dem Ausbruch der Sozialrevolte der sechziger Jahre politisch aktiv. Als kleiner kaufmännischer Angestellter machte er seine ersten Erfahrungen in einem um die Zeitschrift „Neue Politik“ gruppierten Zirkel, in dem sich undogmatische Strömungen der KPD- und FDJ-Umgebung vereinten. Schon damals wurde er, fast noch ein Jugendlicher, als überaus bescheiden, korrekt, zuverlässig und extrem willbegierig erlebt. Sein Lesehunger war grenzenlos, sein Lebensstil asketisch (das waren Verhaltensweisen, die mit dem Verschwinden der alten Arbeiterbewegung von der historischen Bühne weitgehend untergegangen sind). Sigurd Debus transportierte sie weiter. Aber in ihm war auch Neues spürbar, die Forderung nach einer Erneuerung der Arbeiterbewegung, nach einer neuen Offensive, die sie von der Kette der in den vergangenen Jahrzehnten erlittenen Niederlagen abstricht. Von daher ist es verständlich, daß er sich zur Jugend- und Studentenrevolte, die im heißen Sommer 1966 mit der großen Vietnamdemonstration ihren ersten Durchbruch erlebte, kritisch verhielt. Er wurde Maoist, aber nicht aus der damals gängigen diffusen Begeisterung für die chinesische Kulturrevolution, sondern als Anhänger eines Versuchs, die marxistisch-leninistische Arbeiterbewegung von innen auf Weitebene zu erneuern. Hinter diesem Anspruch suchte Debus nach einem verbindlichen Verhältnis von Theorie und Praxis. Die politischen Auffassungen und Einsichten waren für ihn kein Etikett, sondern Anleitung zum organisierten Handeln, welche das persönliche Leben vollständig bestimmte. Eine politische Praxis, die unmittelbar-antiautoritäre Lebensbedürfnisse ausdrückte und die Ebene der revolutionären Klassenorganisation leugnete, galt ihm als kleinbürgerlich. Genauso leidenschaftlich wandte er

auch aber gegen eine Neuauflage der alten Fehler im Gewande der kommunistischen Bewegung. Als sich die informellen Strukturen der Jugend- und Studentenrevolte auflösten, schrieb Debus seine ersten Artikel in der maoistischen Zeitschrift „Rote Hilfe“.

Mit Spott und Ironie kommentierte er die damaligen Versuche, die Krise der Sozialbewegung in die alten Schläuche revisionistischer Politik umzuleiten. Aber die Versuche, eine revolutionär-maoistische Organisationsstruktur mit aufzubauen, scheiterten einer nach dem anderen. Eine „Marxistische Studiengruppe“, die sich regelmäßig bei Debus traf und die mit ihr zusammengeschlossene Zeitung „Der Funke“ versuchten in mehreren Anläufen auf die Strukturen der damals entstehenden marxistisch-leninistischen Organisationsansätze Einfluß zu nehmen. Aus der in Hamburg gegründeten KPD-MI trat Debus nach wenigen Monaten wieder aus, weil er ihre Hohlheit und interne Intelligenzwirtschaft verabscheute. Mit einer späteren Abspaltung, der „Bochumer Linie“ der KPD-MI, erging es ihm kaum besser. Der Hamburger Landesverband dieser Mehrheitgruppe, in Debus' Wohnung gegründet, konnte sich nicht durchsetzen mit seiner Forderung, im Organisationsprozeß konkrete Schwerpunkte des ant imperialistischen Kampfs zu bestimmen. Nach wie vor

Kampfs zu bestimmen. Nach wie vor ging es Debus um den Aufbau der Partei, aber mehr und mehr auf der Basis kämpferischer Aktivitäten. Er war beispielsweise einer der Aktivisten, die 1970 eine große Solidaritätsdemonstration für den wegen seiner Kampagne gegen die BRD-Entwicklungshilfe verbotenen SDS Heidelberg organisierten.

Die Jahre 1971/72 waren Krisenjahre der gesamten damaligen Sozialbewegung. In der Koppelung von gezielter Unterdrückung und sozialliberalen Reformen schien sie auf eine entscheidende Niederlage zuzusteuern. Alle, die damals aktiv waren, erlebten diesen Umschlag mit ungeheurer Intensität. Und alles, was damals geschah, stand unter dem Einfluß des heroischen Versuchs der Rote Armee – Fraktion, die Entwicklung durch den Übergang zum bewaffneten Kampf zu wenden. Die strategische Bestimmung des Verhältnisses der Metropole BRD zu den Befreiungsbewegungen der drei Kontinente wurde von einem breiten Sektor der damaligen Organisationsansätze geteilt. Um die praktischen Konsequenzen war es anders bestellt. Die Angst vor den Folgen bewaffneter Illegalität schuf eine Mentalität der Entsolidarisierung, die angesichts der gemeinsamen Geschichte und der weitgehenden Übereinstimmung in der Analyse von BRD – Metropole und ant imperialistischem Kampf groteske Züge annahm.

In dieser Situation traf die politische Hinrichtung von Petra Schelm, Thomas Weisbecker und Georg von Rauch Sigurd Debus wie ein Schock. Zum ersten Mal nahm er an spontanen Aktionen der Gegenwart teil. Schonungslos setzte er sich mit der Tatsache auseinander, daß alle Versuche, die Inhalte des Marx-

mus-Leninismus mit zu erneuern und ihnen eine aktuell-praktische Dimension zu geben, gescheitert waren. Auf der anderen Seite sah er, wie die Militanten der RAF von der Repression eingekreist und abgeschossen wurden. „Wir müssen etwas tun, die Genossen verbluten, wir dürfen sie nicht im Stich lassen“, forderte Debus, in den folgenden Monaten des Jahres 1971 gehörte er zur immer kleiner werdenden Schar halb legaler Militanten aus den verschiedensten Organisationsansätzen, die bei aller Teilkritik an der RAF angesichts des aufstrebenden Polizeistaats solidarisch mit ihr blieben und verhandelten wollten, daß sie innerhalb der linken Bewegung isoliert wurde. Aber der Handlungsspielraum wurde schmal. Bei den Aktionen dieser Monate schlug die Polizei immer härter zu. Die Demonstrationsgruppen wurden immer kleiner, und die damaligen kommunistischen Organisationsansätze reagierten gleichzeitig mit hysterischen Disziplinierungsaktionen, um sich vor Vorwurf der psychologischen Kriegsführung des Regimes zu reinigen. Sie gehörten zum Sympathisantenstumpf der RAF. Sigurd Debus durchlebte diese Monate in höchster Aktivität und Angespanntheit. Er wurde zum Mitbegründer des „Hamburger Aktionszentrums“, eines Zusammenschlusses aus undogmatischen, anarchistischen und maoistischen Gruppen. Aus dessen Manifestationen machte der Staatsschutz regelrechte Treibjagden. Eine der letzten größeren legalen Aktionen, an denen Sigurd teilnahm, war 1972 eine Demonstration mit 300 Teilnehmern am Bahnhof Sternschanze anlässlich des ersten Jahrestages der Hinrichtung von Petra Schelm. Sigurd Debus wurde dabei von der Polizei über zusammengeschlagen.

Diese persönlichen Erfahrungen, aber auch die weitgehende Übereinstimmung zwischen der eigenen maoistischen Theorie und dem ant imperialistischen Konzept der RAF, führten Sigurd Debus nach der Festnahme von Ulrike Meinhof im Jahr 1972 zum Bruch auch mit dem „Hamburger Aktionszentrum“. „Jetzt ist es Zeit, die RAF neu aufzubauen“, bezeichnete für Sigurd Debus ist, daß er unmittelbar aus dieser neu gewonnenen Überzeugung heraus handelte. Daß mit den ihm vertrauten illegalen Techniken der alten Arbeiterbewegung in dieser Situation nichts anzufangen war, bekam er zunächst nicht mit. Wahrscheinlich ist er unter den Augen des Staatsschutzes in den Untergrund gegangen, und wahrscheinlich ist das verständlicherweise der Grund dafür, daß Sigurd Debus vor seiner Verhaftung nicht in den damals vorhandenen Strukturen des bewaffneten Kampfs verankert war.

So wurde diese existentielle so aufrichtige Entscheidung für Sigurd Debus zum Verhängnis. Er tat sich mit Leuten zusammen, die seine politische und moralische Statur nicht teilten und mit denen zusammenge- arbeitet zu haben für viele bittere Folgen hatte – ich erinnere nur an Hochstein. Die wenigen Aktionen, die folgten, waren schlecht geplant und schlugen meistens fehl. Um ihr späteres Terror-Urteil gegen Sigurd Debus zu rechtfertigen, hat die Staatsschutz-Justiz sie maßlos aufge-

bauscht. Während eines schlecht vorbereiteten Bankraub-Versuchs in Wandsbek wurde Sigurd Debus festgenommen. Wahrscheinlich haben Staatsschutz und Justiz erst im Umgang mit dem politischen Gefangenen Debus bemerkt, was sie vor sich hatten: eine aufrichtige und unbeugsame Persönlichkeit, die seit zehn Jahren auf der Suche nach den richtigen Hebeln zum revolutionären Umsturz der entmenschten herrschenden Verhältnisse war. Jedenfalls kamen die Tatgenossen von Debus rasch frei, denn das, was wirklich geschehen war, wird nach den Normen der Klassenjustiz mit allenfalls zwei bis drei Jahren Gefängnis, eventuell gar auf Bewährung, bestraft. Aber nicht so Debus. Gegen ihn wurde 1974 ein Terrorurteil verhängt. 12 Jahre Wohlgeordnet war Debus damals kein Mitglied der RAF, er hatte auf eigene Faust und ohne jegliche angemessene legale Erfahrung eine Initiative zum Neuaufbau der RAF gestartet, die keineswegs den Staatsschutznormen von einer „kriminellen Vereinigung“ entsprach. Nicht die Taten von Debus wurden abgeurteilt, sondern die Persönlichkeit Debus. Debus war nach Werner Hoppe der zweite, gegen den eine Staatsschutzjustiz zuschlug, welche sich nicht mehr als Justiz verstand, sondern als Teil der Bürgerkriegsmaschine gegen die RAF im besonderen und die Sozialbewegung im allgemeinen. Die ersten terroristischen Verurteilungen der Justiz sind von Hamburg ausgegangen.

Der skandalöse Gesinnungsprozeß gegen Debus war freilich nur der Anfang. Es folgten fünf bittersüße und düstere Jahre der Isolationshaft. Entleerung der Sinne durch Entzug aller sozialen Kontakte, durch schikanöse Sonderbehandlung, durch Schlafentzug, Sigurd Debus hat die Qualen des Trakts von Celle durchgemacht, er wurde zum Opfer und Objekt der ersten experimentellen Studien westdeutscher Vernichtungshäuser. Aber Sigurd Debus' Persönlichkeit blieb ungebrochen und unbeugsam. Er entwickelte eine persönliche Stärke, die es ihm gestattete, in den schrecklichen Jahren in Celle zu überleben, zu denken, analytisch zu arbeiten. Michael Nitzsche hat schon berichtet, daß die schließliche Verlegung in den Normalvollzug von Fuhlsbüttel ein raffinierter Schachzug war. Wer fünf Jahre Traktthölle überstanden hat, durchzogen von den entnervenden Phasen der Hungerstreiks, kann seine Identität nur bewahren, wenn er auch unter verbesserten Haftbedingungen sich an den Genossen orientiert, von denen er abgetrennt wurde. Ob wir die Forderungen von Sigurd Debus nach Zusammenlegung richtig finden oder nicht, steht hier nicht zur Debatte. Ein Normalvollzug, der zynisch nur denen zugestanden wird, die ihn ablehnen, kann auch eine raffinierte Variante von Isolationshaft sein, die die gnadenlose Handschrift von Knastpsychologen verrät.

Es kam der letzte Hungerstreik. Sigurd Debus nahm an ihm nicht nur aus Solidarität mit denjenigen Gefangenen teil, die in den Trakten und der Einzelisolation schleichend vernichtet werden. Es ging ihm auch um die Erhaltung der eigenen Identität. Diese Identität war an den Zusammenhang mit den anderen Gefangenen aus der RAF gebunden, daran

gibt es nichts zu deuteln. Wahrscheinlich war es gerade diese unbeugsame Ablehnung des Tauschgeschäfts von Haftverbesserung und Loslösung aus dem Zusammenhang der eigenen politischen Identität, die die Hamburger Justiz so wild gemacht hat. Die Zwangsinfusionen, denen er unterworfen wurde, waren ein letzter, medizinisch schlecht getarnter Gewaltakt. Sie wurden ohne Untersuchung durchgeführt, in einer Situation, wo Debus noch an keinerlei Mangelzuständen litt. Den Knastärzten, die sich dazu hergaben, fehlte jegliche Qualifikation, es fehlten alle Einrichtungen, die zu einem solchen Infusionsprogramm unter normalen Bedingungen Voraussetzung sind.

Von acht Beamten wurde Debus täglich überwacht, gefesselt und festgeschraubt, über zehn Stunden liefen die Infusionen. So ging es den ganzen März hindurch. Der letzte Akt, die Hinrichtung, fand am ersten Aprilwochenende statt, bevor Sigurd nach Barmbek verlegt wurde. Bei Sigurd Debus trat eine Massenblutung im Gehirn auf, die unerkant blieb. Die Ursachen sind im Einzelnen noch unklar, es waren wohl mehrere gleichzeitig – die unmittelbaren Auswirkungen der Folter: Bluthochdruck im Streß im Überwältigtwerden von den Knastbeamten, vielleicht auch eine stumpfe Kopfverletzung durch die Knastbullen, stumpfe Kopfverletzung durch die Knastbullen, – Gerinnungsstörungen, bedingt durch das Infusionsprogramm, zuletzt mit Zusatz von hochkalorischen Fettemulsionen, blieben unerkant.

Festzuhalten bleibt schon jetzt: der Tod von Sigurd Debus war nicht Folge des Hungerstreiks, sondern der medizinisch schlecht getarnten Behandlungsfolter. Trotz der öffentlichen Proteste vieler Mediziner haben sich die Knastärzte des UG für die letzte Etappe der Hinrichtung von Sigurd Debus hergegeben. Die Kette der Henker ist lang – der terroristische Staatsschutzsenat, der gegen Sigurd Debus das Gesinnungsurteil von 12 Jahren verhängte, – der Justizvollzug, der Sigurd jahrelang in der Isolationshaft folterte, – die Knastärzte des UG, die sich als Handlanger der Justizsenatoren in der letzten Etappe der Hinrichtung betätigten.

Für uns bleibt: was mit Sigurd Debus geschah, kann uns allen passieren. Die Techniken der Isolationshaft stehen erst am Anfang. Die Trakte wurden zunächst gebaut, um die politischen Gefangenen total von außen abzusichern. Jetzt wird an inneren Strukturen gearbeitet, um sie im Trakt selbst zu zerstören.

Dieser Zustand ist unerträglich. In diesem Land wird vor unseren Augen gefoltert. Wenn Sigurds Tod einen Sinn für uns hat, dann den, daß er uns verpflichtet, dem Regime eine militante Massenbewegung entgegenzusetzen, die ihm die Waffen aus der Hand schlägt, mit denen es Sigurd Debus vernichtete. Wer schweigt, macht sich mitschuldig. Der Kampf gegen Trakte und Isolationshaft muß endlich in aller Härte anfangen! Er muß noch hartnäckiger und ausdauernder geführt werden als die Anti-AKW- und die Häuserkampf-Bewegung.

Wir und der Hungerstreik der politischen Gefangenen

Nach dem Tod von Sigurd Debus und nach dem Abbruch des Hungerstreiks nimmt die Auseinandersetzung um die Haltung der Linken gegenüber dem letzten Hungerstreik z.T. die unfruchtbare Form der allgemeinen Schuldzuweisungen und Rechtfertigungen an. Wir möchten uns daran nicht beteiligen. Wir sind betroffen vom Tode Sigurds, beunruhigt über die Lage der übrigen Gefangenen und mehr als empört über die eskalierende Vernichtungsbereitschaft, die Bundesregierung und Landesregierungen gegenüber den Hungerstreikenden gezeigt haben. Man/frau vergegenwärtigt sich nur den „Stern“-Bericht (18/81), in dem dargestellt wird, daß Sigurds Tod von den „Sicherheitsbehörden“ geheimgehalten wurde, um die Verhandlungen mit den anderen Gefangenen nicht zu stören ... Wir halten es aber bei aller Betroffenheit für notwendig, mit klarem Kopf zu erörtern, was aus dem Ausgang des Hungerstreiks für die zukünftige Solidaritätsarbeit folgen mußte. Im Interesse einer solchen Versachlichung der Diskussion im folgenden zunächst Punkt für Punkt ein paar Anmerkungen zu den Artikeln einer Genossin der Westberliner Anti-Repressionskommission: „Drunten und Draußen — ein Kampf“ und „Zusammenlegung der RAF-Gefangenen — sofort“ (beide in AK 199), und abschließend Überlegungen zum Ausgang des Hungerstreiks. Eine gründlichere Analyse der Knaat-Kämpfe der letzten Jahre kann und soll der folgende Artikel nicht ersetzen.

Zum Sinn von Aktionen

Die Genossin aus Westberlin vermißt ein „konkretes Eingehen“ auf die Kritik der „Benutzer“ (in AK 198) an unserer Nicht-Teilnahme an einer Hungerstreik-Demonstration in Hamburg. Da eine detailliertere Darstellung wahrscheinlich der Wahrheitsfindung dient, sei das hier nachgeholt: Besagte Demonstration sollte nach Über einstimmung aller an den Vorver handlungen Beteiligten den Zweck haben, durch breite Mobilisierung die derzeitige Mediensperre zum Hunger streik zu durchbrechen — nachdem in Hamburg eine Veranstaltung im Rah men der engsten Szene mit ungefähr 100 Leuten sowie dann die „Spiegel“-Besetzung (im selben Kreis plus Angehörige) bereits stattgefunden hatten. Eine Wiederholung im selben engen Rahmen eine Woche später wurde — nach Auseinandersetzungen — von niemandem für sinnvoll gehalten.

Daher wurde ein breiteres Bündnis angestrebt, das allen der Aktion eine neue Qualität hätte geben können. Dieses Bündnis kam — trotz Bemühungen — nicht zustande. Vielmehr war noch nicht einmal die „Szene“ vollständig vertreten! Außerdem hatten einzelne Gruppen bereits öffentlich (mit Flugblättern) zur Demonstration aufgerufen — obwohl die geplanten Bündnisberatungen, mögliche gemein same Beschlußfassung über ein gemeinsames Flugblatt u.a.m. noch an standen. Unter diesen Umständen, die bedeutet hätten, daß der KB die „Massen“ für die geplante Demonstration gestellt hätte, haben wir er klärt: erstens: eine Demo unter diesen Voraussetzungen hat keinen Sinn; zweitens: eine nochmalige Bemühung um Verbreiterung des Bündnisses ist nicht möglich, da durch die Flugblätter bereits vollendete Tatsachen geschaf fen waren, die jede Bündnisverhand lung von vornherein zur Farce mach ten. Der Kreis, der später als „Benut zer/innen“ bei uns erschienenen Ge noss/inn/en machte die Demo dann mit ca. 200 Leuten. Dem KB wurde vorgehalten, wohl erst einen Toten zu brauchen, um in die Puschen zu kom men.

Hierzu ist zu sagen: Maßstab für politische Aktionen ist für uns neben der eigenen Betroffenheit auch ihre politische Nützlichkeit. Und die Nütz lichkeit einer Solidaritäts-Demonstra tion zum Hungerstreik muß sich daran messen lassen, ob und in wie weit es gelingt, die Ziele des Hunger streiks selbst sowie die Lage der Hun gerstreikenden den Massen nahe zu bringen, der Bevölkerung zu er klären und zu vermitteln. Wenn es unter den gegebenen Um ständen in der BRD schon als Tatsache ein fach erst mal festgestellt werden muß, daß die politischen Ziele der RAF — anders beispielsweise als in Irland die der IRA — der Bevölkerung nicht ver mittelbar sind, dann muß doch we nigstens alles Bemühen darauf

verwendet werden, auf humanitärer Basis die Lage der Gefangenen einer möglichst breiten Masse von Men schen nahezubringen. — Eine Aktion, die sich darauf reduziert, sich selbst oder allerhöchstens noch der engsten Linken die eigene Betroffenheit zu be weisen, hatte unter den konkreten Umständen wenig Sinn. Das heißt nicht, daß es nicht unter veränderten Umständen sinnvoll sein kann, auch mit geringen Kräften „Signale zu set zen“, wie beim Putz in El Salvador, wie beim Protest gegen die Verurtei lung der chinesischen Kulturrevolutionäre, wie bei der Erschließung Petra Scheims 1971. Und eben auch, wenn der Staat uns, wie aktuell, Anlaß setzt, einen Toten zu betrauern und unsere Betroffenheit und Wut darüber zum Ausdruck zu bringen.

Für äußerst fragwürdig (wenn auch selbstverständlich niemandem vor schreibbar, sich anders zu verhalten) scheint mir der Rückgriff auf die Politik des „Fanals“, wie die Gudrun Ensslin und Andreas Bader 1968 durch ihren Brandanschlag in einem Frankfurter Kaufhaus einleiten wol len, die Politik der „bewaffneten Pro paganda“, der „beispielhaften Ak tion“, die im Zuge des letzten Hunger streiks von einigen Gruppen für richtig gehalten wurde, um — wieder mal — „Bomben ins Bewußtsein“ einer angeblich total „entsolidarisierten Lin ken“ zu schleudern, wenn man schon die Massen nicht erreicht.

Bleibt noch anzumerken, daß De monstrationen und Aktionen nur ein Mittel der Propaganda sind. Entscheidend ist und bleibt die Öffentlichkeits arbeit. Es dürfte kaum ernsthaft zu bestreiten sein, daß gerade der AK so wie — trotz aller sonstiger Ärgernisse — die „faz“ zur Entwicklung einer Solidarität durch ihre Informationsar beit wesentlich mehr beigetra gen haben als die auf Solidarität spezialisierten Gruppen mit ihren De mos und Sprechparolen.

Angesichts der begründeten Nicht Teilnahme an einer Aktion dem KB ein generelles „Nicht Verhalten“ vorzuwerfen, von Entsolidarisierung und „in den Rücken fallen“ zu reden und uns dann noch „Zynismus“, ein „taktisches Verhalten“, „mangelnde Betroffenheit“, die erst „einen Toten braucht“ u.a.m. vorzuwerfen, zeigt meines Erachtens, daß Genoss/inn/en, die so argumentieren, nicht ein betr. Heilheit, die erst „einen Toten braucht“ u.a.m. vorzuwerfen, zeigt meines Erachtens, daß Genoss/inn/en, die so argumentieren, nicht ein

Es ist doch bezeichnend, daß bei jedem Hungerstreik von den Solidari tätsgruppen ausschließlich ein Geschrei über die angeblich unsoli darische Linke angestimmt wird, aber überhaupt nicht über die Probleme einer „Vermassung“ der Soli darität diskutiert und nachgedacht wird. Das scheint schon weit jenseits des Horizonts dieser Genoss/inn/en zu liegen.

„Drunten und draußen — ein Kampf“ ...?

Weiterhin findet die Genossin es „peinlich“ und „förmlich“, daß wir die Parole „Drunten und draußen — ein Kampf“ u.a. als Ausdruck davon an führen, daß einige Knaatgruppen die „Identifizierung mit den politischen Standpunkten der RAF zum Aus gangspunkt der Solidaritätsarbeit“ machen. Tatsächlich ist unser Hinweis nur eine sehr zähne Andeutung, nichtsdestoweniger stimmt's halt. So ist beispielsweise im selben AK, in dem unsere Antwort an die „Benutzer“ steht (AK 198), in dem Artikel einer Genossin aus der Lesbengruppe ein Zitat der RAF-Gefangenen Gert Schneider und Christof Weckernagel zu lesen, das bezüglich der Parole „Drunten und draußen — ein Kampf“ nichts an Deutlichkeit zu wünschen läßt: „Ebensowenig, wie die staatlich/justizielle Reaktion auf uns zu trennen ist von der gesamten Strategie gegen die Guerilla, ist umgekehrt die Politik der Gefangenen nicht zu trennen von der Politik der bewaffneten Gruppen“ — außerhalb des Knaates, versteht sich. Soweit das Verständnis von RAF-Genossen. Das Verständnis von Teilen der Szene „außerhalb“ artikuliert den selben Zusammenhang in der Parole „Drunten und draußen — ein Kampf“.

Teile der Szene machten die Forde rungen der RAF-Gefangenen zur Grundlage der Solidaritätsarbeit, so u.a. der Artikel „Zusammenlegung

der RAF-Gefangenen — sofort“ in AK 199. Tenor: „Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konven tion, d.h. Zusammenlegung...“ Im großen Stammheim-Prozeß wurde diese Forderung erstmals aufgestellt. Da mals beinhaltet sie ausdrücklich die Behandlung als „Kriegsführende Par tei“ im Rahmen der antimperialisti schen Kämpfe um die US-Vietnam Politik. Der Anschlag in Heidelberg auf ein US-Depot wurde seitens der RAF als Kriegshandlung im Sinne der Genfer Konvention betrachtet. Inzwi schen geht es nur noch um die Anwen dung von „Mindestgarantien entspre chend“ den Vereinbarungen der Kon vention für Kriegsgefangene —

„Letztendlich“, so Christof Weckernagel und Gert Schneider in ihrer Prozeßklärung (AK 198, S. 32), ist es „wichtig, nicht, ob man das nun Kriegsgefangenenstatus nennt oder nicht, trotzdem wurde die Formel von der „Anwendung der Mindestgarantien“ zum Knackpunkt der Verhandlungen mit den Behörden und der Solidaritätsarbeit gemacht, einschließlich seitens mancher Ge noss/inn/en des KB. Und da wundert man sich denn, wenn potentielle Träger einer Solidaritätsarbeit die in dieser Formel liegende stillschweigende An erkennung der RAF als kriegsführender Partei (und damit auch ihres Politikverständnisses) von ihrem linksliberalen, demokratischen oder humanitären Selbstverständnis her nicht tragen können und unter Distan zierungsdruck geraten.

Drunten und draußen“ ist eben nicht einfach derselbe Kampf. Schon „drunten“ gibt es bekanntlich reichlich Differenzen zwischen den Gefangenen aus der RAF, dem „2. Ju ni“, anderen politischen und sog. „so zialen“ Gefangenen. Im Laufe der Jahre hat es heftige Auseander setzungen um die Zielsetzung des Knaat-kampfes gegeben. Holger Meins starb noch für die Parole des Normalvollzugs. Sigurd Debus starb für die Zu sammenlegung. Andere Gefangene be teiligten sich nicht oder nur zeitweise am letzten Streik. Von den politischen Differenzen in der Linken „draußen“ ganz zu schweigen...

Die Parole „Drunten und draußen — ein Kampf“ ist ein Versuch, politi sche Differenzen unter Hinweis dar auf, daß wir letztlich alle im Knaat sind, zu nivellieren — auf dem Niveau der RAF, versteht sich, und einer äußerst beschränkten Szene, die diese politische Einschätzung teilt — aber weithin unverständlich, bzw. z.T. in klarem Widerspruch zu dem Bewußtsein der Massen „draußen“. Als Grundlage für eine demokratische Solidaritätsarbeit ist diese Parole untauglich und hundertlich. Da wird man/frau sich schon um einen anderen Mi nimalkonsens bemühen müssen.

Entsolidarisierung? Denunziation?

Die Genossin wirft uns „Denunzia tion“ vor, weil wir schreiben: „Wenn ihr nicht endlich bereit seid, jede Form von Solidarität auf allen mög lichen Ebenen zu akzeptieren, selbst sogar zu propagieren, und gegebenen falls mit zu organisieren, — auch da, wo sie kritische Distanz zu den von den Gefangenen oder von euch vertretenen Inhalten hat — werdet ihr in Zukunft nicht viel mehr sein können als der 'legale Arm' der RAF.“ Die Genossin meint für die Tatsache, daß wir „denun zieren“ hätten, spiele es „überhaupt keine Rolle, ob einige Leute tat sächlich Sympathisanten der RAF sind oder nicht.“ Angesichts der ge genwärtigen Kriminalisierung seien die Solidaritätsgruppen die sich für die Forderung der Gefangenen einsetzen, „noch mehr als sonst auf unsere ge meinsame uneingeschränkte Solidari tät“ angewiesen. Mit unserer „Denun ziation“ hätten wir sie „zum Abschuß für die Bullen frei“ gegeben. — Es geht also nicht darum, ob unsere Kritik richtig oder falsch ist, sondern sie soll uns (mit Hinweis auf die Kriminalisie rung) prinzipiell verboten wer den. Praktisch bedeutet das, daß eine solche Politik nicht mehr diskutiert und kritisiert werden darf.

Eine Knaatarbeit, die sich durch die Identität mit dem politischen Selbstverständnis der Inhaftierten defi niert, muß zu dem Selbstverständ nis der Knaatarbeit als „legaler Arm“ der RAF führen — oder gegebenen falls des „2. Juni“. Diese Aussage ist eine politische Kritik an dem sektiererischen Verständnis von Soli

daritätsarbeit. Der Denunziationsvor wurf der Genossin folgt leider dem schon bis zum Überdruß bekannten Argumentationsschema politische Kritik = Staatschutzlinie, begründet mit der besonderen Kriminalisierung. So mag die RAF, so mag die mit ihr sympathisierende Szene sich gegenseitig auf ihre Linie einschwenken und sich zugleich gegen Kritik abschotten — der KB hat seit seines Bestehens ein an deres Verständnis von politischer Auseinandersetzung und Solidarität propa giert und praktiziert, nämlich kriti sche Solidarität! Wieso sollte das unter dem aktuellen Kriminalisierungs druck anders sein als vor drei, vier, fünf Jahren? Wann und wo waren denn die RAF und andere „bewaffnete Gruppen“ mal nicht unter Krimi nalisierungsdruck? Wann soll das an ders sein? Wann und wo wird die Bourgeoisie der Linken den Freiraum lassen, sich ohne Druck und unbeob achtet über ihre politischen Fehler aus einanderzusetzen? Die Linke lebt da von, ihre politischen Auseander setzungen in der Öffentlichkeit vor den Augen und Ohren der „Massen“ bzw. zumindest der Linken zu führen. Öffentliche Kritik und Selbstkritik macht linke Politik bekanntlich erst stark und glaubwürdig. Daß die Bourgeoisie dabei mithin ist ein maver meidliches Nebenprodukt. Aber ist das Denunziation?

Und was den sehr schwerwiegen den, aber offenbar recht leichtfertig vorgebrachten Vorwurf anbetrifft, wir hätten „Genossen zum Abschuß frei gegeben“, muß die Frage erlaubt sein: Was haben wir dem Staatsschutz über politische Tendenzen in dieser Szene „verraten“, was die betreffen den Leute durch öffentliche Stellung nahmen nicht schon selbst den Herr schaften auf den Tisch gelegt hätte? Und was eine eventuelle Gefährdung konkreter Personen anbetrifft — wo hätten wir das gemacht? Der Denun ziationsvorwurf der Genossin ist durch keine Fakten zu halten. Statt uns auf zu fordern, die angebliche Denunzia tion zurückzunehmen, sollte die Ge nossin entweder den Beweis dafür antreten oder ihre Behauptung zurück nehmen.

„Endlösung“ der Gefangenfrage ...?

„Endlösung“ der Gefangenfrage ...?

Zugleich mit ihrem Denunziationsvor wurf möchte die Westberliner Genossin auch mit der Geschichte des KB abrechnen. Zweifellos ist es mehr als notwendig, unsere bisherige Politik in allen möglichen Bereichen zu re flektieren, gegebenenfalls notwendige Korrekturen vorzunehmen und neue Positionen zu erarbeiten. Die Versum melung von Zitaten und Verfälschung realer Abläufe allerdings scheint mir dafür nicht das geeignete Mittel. Die Genossin bezieht ihre Kritik, wir hät ten in der Vergangenheit „schon ein mal“ und „auch geschlagen“ auf unseren Kommentar zum Hungerstreik im August 1977, auf den dann die Schleyer-Entführung, die Mogadischu und die Stammheimer „Selbstmorde“ (Oktober 1977) folgten. Demals, wohl gemerkt vor den Stammheimer Er eigissen, vertraten diverse Knaatgrup pen die Einschätzung, die Bourgeoisie betrete im Rahmen des Hungerstreiks ak tuelle die „Endlösung“ für die politischen Gefangenen vor, weil sie von innen und außen total unter Druck geraten sei. Dazu zitiert die Westber liner Genossin aus unseren damaligen Artikel aber nur: Auseinandersetzung mit dieser Posi tion: „Diese Einschätzung ist hyste risch und in sich selbst unlogisch.“ Daß Rehm und Co. die Endlösung in Stammheim innerhalb der nächsten Tage planen, halten wir für eine absurde These.“ Nicht zitiert wird die Begründung, die direkt hinter „hyste risch und in sich selbst unlogisch“ folgt, nämlich: „Denn wie sollte die Bourgeoisie ihren angeblichen oder tatsächlichen Schwierigkeiten enge gen, indem sie — innerhalb der aller nächsten Tage oder Wochen — die Gefangenen 'ermordet' (wie auch immer)? Das sind immerhin heute schon mehr als hundert Menschen.“

Nicht zitiert wird auch der an das Ende des 2. Jats direkt anschließende Satz (der mit dem zitierten in gemei samem Feldruck als Gesamtaussage hervorgehoben ist): „Daß sie (die Herr schenden — Ann. AK) aber den Tod einzelner Gefangener in Kauf nehmen oder gar provozieren könnten, scheint uns durchaus denkbar. Gerade deshalb kann in dieser Situation der

Hunger- und Durststreik keine brauchbare Waffe sein. Man protestiert sinnvollerweise nicht gegen seine eigene geplante Ermordung, indem man sich selbst zu Tode fastet.“

Der Hungerstreik wurde dann ohne Tote — und mit Versprechungen auf Erleichterungen, die aber nicht ein gehalten wurden — abgebrochen. Die „Selbstmorde“ von Stammheim be weisen zwar den Vernichtungswillen des BRD-Staates gegenüber den Gefangenen, keineswegs aber die Rich tigkeit der Behauptung, die Bourgeoisie habe in dem vorangegangenen Hunger- und Durststreik auf eine planvolle „Endlösung“ der Gefange nen-Frage „in den nächsten Tagen“ gesetzt. Angesichts der völlig veränderten und vorher in diesem Maße weder für die Gefangenen, noch für die Bun desregierung kalkulierbaren Entwick lung der Schleyer-Entführung nachträglich aus der Eskalation in Stamm heim auf die angebliche Planung der „Endlösung“ in dem schon lange ab geschlossenen Hungerstreik zurück schließen, grenzt tatsächlich an Ge schichtsfälschung.

Schließlich muß — bei aller Achtung und Betroffenheit gegenüber den Leiden der der Isolationshaft ausgesetzten Gefangenen — fest gehalten werden, daß die Bourgeoisie die „Endlösung“ des Gefangenens Problems bis heute nicht durchgeführt hat, sondern einerseits auf ein sehr „differenziertes“ Konzept der Aufwe chung der Front der Gefangenen setzt, andererseits sich mit ihren Gefängnis und Trakt-Neubauten auf eine erheb liche Zunahme von aufzubewahrenden politischen Gefangenen vorbereitet. Auch wenn unbestritten ist, daß die Isolation gegenüber den nicht-abschwendenden Gefangenen auf deren psychische und letztlich physische Ver nichtung zielt, daß damals wie heute in Hungerstreiks Tote in Kauf genommen oder auch bewußt provoziert werden, so ist dennoch die Annahme einer ge planten aktuellen „Endlösung“ im Sinne der relativ raschen Liquidierung aller Gefangenen weder für den dama ligen noch für den heutigen Hunger streik richtig. Diese Feststellung mag nun manche/r als Zynismus interpretieren.

Tatsache ist, daß das Überleben von Gefangenen, wenn auch unter quälenden Bedingungen, heute möglich ist, auch ohne abzuschwören. Politi

Tatsache ist, daß das Überleben von Gefangenen, wenn auch unter quälenden Bedingungen, heute möglich ist, auch ohne abzuschwören. Politi sche Gefangene, die selbst schlimmste Bedingungen überlebt haben, beweisen dies. Eine Auseinandersetzung mit der Knaatwirklichkeit in der BRD muß von diesen Tatsachen ausgehen und darf nicht den Eindruck erwecken, als sei Knaat in der BRD für „Politische“ heute prinzipiell nicht überlebbare Ware das tatsächliche so, dann hätte keinerlei Kampf im Knaat auch nur die geringste Perspektive, dann wäre selbst die Anwendung des Hungerstreiks als äußerstes Mittel zur Verbesse rung der Lage im Knaat in sich selbst eine Absurdität und nur noch eine andere Form von verzweifelter Selbstmord.

Nicht die mögliche generelle Drohung einer „Endlösung“ für alle politischen Gefangenen mobilisiert hauptsächlich Solidarität, sondern die besondere, konkret angebbare Situation benennbare, in ihrer Existenz be drohter Gefangener. Nicht von unge fähr sind die bisher erfolgreich verlaufenen Kampagnen der Knaat-Soli darität an solche „Fälle“ geknüpft wie z.B. K.H. Roß, Werner Hoppe, Rudolf Raabe, u.a., in deren Folge dann auch für andere Gefangene Ver besserungen, Erleichterungen, evtl. Entlassungen, erreicht werden könn ten. Hier ist m.E. für die zukünftige Entwicklung von Knaat-Solidaritäts Arbeit anzuknüpfen.

Erfolg des Hungerstreiks?

Bleibt schließlich die Frage, welchen Sinn der Hungerstreik diesmal ge habt hat und welchen er angesichts der skizzierten Lage in den BRD-Knästen einerseits und in der Masse der Bevöl kerung andererseits überhaupt haben kann. Wir schreiben damals, es sei an gesichts der von der RAF vertretenen Einschätzung, daß der Staat aktuell den Tod aller Gefangenen („Endlö sung“) wolle, nicht sinnvoll, einen Hunger- und Durststreik unter Einsatz des Lebens durchzuführen, da es der Bourgeoisie sozusagen nur „das Ge schäft (Endlösung) erleichtern“ wür de, „wenn sich jetzt die politischen Gefangenen sozusagen 'freiwillig' zu Tode hungern und dursten“. Gleich

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 37

zeitig sagten wir, daß die Sichtweise der Gefangenen und ihre Zuflucht zum Hungerstreik verständlich sei aus ihrer Lage. Das gleiche formulierten wir jetzt noch einmal in unserer Antwort auf die „Bona zer“ wo wir den Hungerstreik als „legitimes“ Kampfmittel der politischen Gefangenen bezeichneten. Wahr ist allerdings, daß der Hungerstreik nicht nur die „legitime“ letzte und schärfste Waffe von Gefangenen gegen ihre Haftbedingungen ist, sondern auch, daß auch diese schärfste Waffe in der BRD derzeit allzu s t u m p f scheint: Am Ende des jetzigen Hungerstreiks steht die Tatsache, daß auch die BRD-Bourgeoisie durch Tote im Hungerstreik nicht abschrecken und nicht zu praktischen Zugeständnissen an die politischen Gefangenen zwingen läßt — und daß es ihr erst einmal zu gelingen scheint, die Bevölkerung an Tote als normales Produkt eines Hungerstreiks zu gewöhnen. Damit ist jeder zukünftige Hungerstreik, der unter gleichen Bedingungen stattfindet (d.h. isoliert vom Bewußtsein der Masse der Bevölkerung), sinnlos — mit Ausnahme des radikalisierten Effekts auf eine extrem kleine, polizeilich weitgehend „erfaßte“ Szene.

Ganz anders stellt sich die Sache jedoch in der Erklärung der RAF-Gefangenen zur Beendigung ihres Hungerstreiks dar: „Wir haben uns entschlossen, den Hungerstreik abbrechen, nachdem wir nach zwei Interventionen von amnesty international davon ausgehen, daß kein Gefangener mehr einzeln isoliert wird und mehrere Gruppen von Gefangenen gebildet werden... Wir meinen auch, daß wir nicht dieselbe Erfahrung wie die IRA im Dezember 1980 machen müssen — nicht zuletzt, weil wir Solidarität erfahren haben“, d.h. sie meinen, sie würden, anders als die IRA, nicht nachträglich um die Erfüllung zugesagter Verbesserungen beschwenen ...

Nun kann man freilich ganz leicht feststellen, daß die Verantwortlichen des Staates konkret gar nichts zugesagt haben, daß unverbindlich von einer „Prüfung der Haftbedingungen“ gesprochen wird, daß von Bundesland zu Bundesland völlig unterschiedlich argumentiert wird — und daß bisher nichts weiter feststeht, als daß es jedenfalls zu der geforderten Zusammenlegung in „interaktionstypischen Gruppen“ (mindestens 15 Gefangene) a l e b i kommen wird.

Speziell Bundesjustizminister Schmude hat in seinem „berühmten“ Brief an amnesty international lediglich mitgeteilt, daß „Maßnahmen zur Veränderung der Haftsituation“ „nicht ausgeschlossen“ seien, sondern nach Beendigung des Hungerstreiks „zur Prüfung und Entscheidung in Aussicht genommen“ seien. Auf jeden Fall aber, so Schmude, sei „die geforderte gemeinsame Unterbringung ... in großen Gruppen ... unannehmbar“. Isolationshaft gebe es „von wenigen Ausnahmen abgesehen“ ja sowieso nicht („Frankfurter Rundschau“, 18.4.).

Jeder naive Liberale kann erkennen, daß Schmude nichts geboten hat außer vagen (also unglaubwürdigen) Versprechungen auf „Prüfung“. Umso mehr müßten das doch eigentlich Leute begreifen können, die in diesem Staat — zu recht! — ihren Todfeind sehen und ihm den Kampf mit der Waffe angesagt haben. Noch verblüffender ist, daß man für d i e s e n „Erfolg“ tatsächlich wochenlang im Hungerstreik war, daß ein Gefangener unwiederbringlich tot ist und weitere Gefangene gleichfalls hart am Tod waren. Das alles für ein vages Versprechen auf „Prüfung der Haftbedingungen“?!

Tatsache ist, daß der Hungerstreik nicht mit einem (Teil-)Erfolg abgeschlossen worden ist, sondern rundherum eine empfindliche Niederlage war. Dies einzugestehen, hieße aber auch, sich endlich einmal wirklich Gedanken darüber zu machen, unter welchen Bedingungen (Massendruck) Hungerstreik überhaupt als Waffe wirksam sein könnte — und das wiederum hieße Einsicht in die Schwäche dieser Waffe unter den gegenwärtigen Bedingungen. Das alles wollen die Betroffenen jedoch offensichtlich nicht. Deshalb muß der Hungerstreik um jeden Preis zum Erfolg stilisiert werden. Und schon ist festzustellen, daß sich auch die Solidaritätsgruppen uneingeschränkt dieser Sprachregelung unterwerfen, die Legende vom Erfolg nicht bloß für sich übernehmen, sondern sie auch gleich zur Grundlage der weiteren Solidaritätsarbeit machen. Sie wird die nächste Niederlage schon vorprogrammiert. Man kann die Hilflosigkeit und Verzweiflung, die hinter solcher Taktik steht, schon verstehen — nur gutheißen und unterstützen sollten wir s. n i c h t.

F., Antife Kommission Hamburg



Sofortige Haftverschonung für Ilse Schwipper

Dringendes denn je appellieren wir an die demokratische Öffentlichkeit, sich engagiert und nachhaltig für die sofortige Haftverschonung von Ilse Schwipper einzusetzen.

Nicht nur wir können Ilse besorgniserregenden Gesundheitszustand. Nicht nur wir wissen um ihren verzweifelden Kampf, nicht durch Drogen den unmenachlichen Knasttag erträglicher machen zu wollen; eine Sackgasse, die viele gefangene Frauen im Frauengefängnis Lehrter Straße zu gehen gezwungen sind. Nicht nur wir haben uns ein Bild machen können über einen Prozeß, der nun im Frühjahr ein drittes Mal über die Bühne gehen wird, nachdem in bereits zwei Verfahren vom Verfassungsschutz bis hin zum Westberliner Senat und dem Bundesinnenminister absolut nichts getan worden ist, die wahren Hintergründe und Sachverhalte aufzuklären, nachdem sich vielmehr nach zwei Verfahren der Eindruck verfestigt muß, daß von diesen Stellen die Verurteilung möglicherweise Unschuldiger einer Wahrheitsfindung vorgezogen wird.

Nicht nur wir sind informiert. Von der Anstaltsleitung der Lehrter Straße, dem zuständigen Gericht und der Westberliner Justizbehörde mündl. Justizsenator ist mit Fug und Recht anzunehmen, daß sie — von Ilse Anwälten ständig, umfassend und eindringlich in Kenntnis gesetzt — um die angesichts des juristischen Sachverhalts selbstverständliche und angesichts Ilse's physischer und psychischer Verfassung vehement gebotene Notwendigkeit der Haftverschonung wissen, ja besser wissen als wir.

Tatsache ist jedoch dagegen, daß der am 20.10.1980 von den Anwälten gestellte Antrag auf Haftverschonung — einschließlich dem Angebot einer Kaution in unbefristeter Höhe — Ende letzten Jahres abgelehnt wurde, ebenso Ilse's Antrag auf unüberwachte Gespräche mit Drogeberatern, durch die sie hoffte, der drohenden Sucht weiterhin und auf Dauer widerstehen zu können. Allerdings wurden — ebenfalls im Dezember 80 — zwei Haft erleichterungen zugestanden: die Stadtarchivüberwachung bei Besuchen — seit jeher überflüssig — wurde aufgehoben und Ilse auf die Station IV des Frauengefängnisses verlegt (Station drogenfreier Frauen/ Umschluß mehrere Stunden am Tag).

Diese Verbesserungen in Ilse's Haftsituation sind jedoch bei weitem nicht ausreichend, ihren gesundheitlichen Zustand nachhaltig und entscheidend zu verbessern (Über 6 Jahre Untersuchungshaft (davon 3 1/2 Jahre Isolationshaft) sind in ihren Auswirkungen, wenn überhaupt, dann nur durch ein Leben in Freiheit gemeinsam mit ihren Freunden und ihrer Familie einigermaßen auszugleichen.

Wir befürchten, daß Ilse dem dritten Prozeß nicht wird verhandlungsfähig folgen können. Das jedoch muß nach geltendem Recht immer noch gewährleistet sein, von Gerechtigkeit und Menschlichkeit ganz zu schweigen. Wir bitten jeden demokratisch denkenden Menschen um aktiven Einsatz für Ilse's Haftverschonung, weil — die Wahrheitsfindung in diesem Verfahren durch die Aussageverweigerung für die in den Fall Schmücker verwickelten Verfassungsschutzbeamten bisher verhindert wurde, im Lorenz-Drenckmann-Prozeß die Aussageverweigerung für einen Verfassungsschutzbeamten, der zur Glaubwürdigkeit des Kronzeugen in diesem Verfahren nicht befragt werden konnte, zu einem Freispruch im Fall Drenckmann führte, Ilse's physische und psychische Schäden, verursacht durch die jahrelange Isolationshaft, bereits 1978 in einem Gutachten von Prof. Cabanis (Institut für forensische Psychiatrie) festgestellt werden mußten im Februar 80 der Anstaltsarzt Dr. Strauch dem Gericht mitteilte, daß Ilse's Gesundheitszustand nach wie vor sehr bedenklich ist, hier auch noch festzuhalten ist, daß Ilse nach offizieller, für die Presse angefertigten Verlautbarungen von Justizsenator Meyer im Januar 80 angeblich in den Normalvollzug verlegt wurde. In einem offenen Brief an Meyer schrieb Ilse dazu am 21. Oktober 1980:

„Der Normalvollzug sieht für mich nach fast 7 Monaten folgendermaßen aus. Ausschuß von jeglicher Gemeinschaftsveranstaltung, die von anstaltsexternen Mitarbeitern geleitet werden; mit der Begründung, daß dies Gruppen seien mit freiwilligen Mitarbeitern. Jede andere Untersuchungsgefängene, die von Richtern/Richterinnen vom 24-Stunden-Verschlußvollzug mittels Freigabeerklärung befreit wurde, kann an solchen Gruppen-Aktivitäten teilnehmen. Es ist bekannt, daß jeder/jede Mitarbeiter/in in der Vollzugsanstalt, ob als Beamte/r, Angestellte/r oder freiwillige Mitarbeiter/in, einer umfassenden Überprüfung durch den Verfassungsschutz und/oder Staatsschutz unterzogen wird.“

Was ist also „gefährlich“ an den freiwilligen Mitarbeitern, daß ich nicht zu von ihnen geleiteten Gruppen zugelassen werde? Oder anders gefragt, was befürchten Sie, konnte bei meiner Anwesenheit in diesen Gruppen mit den freiwilligen Mitarbeitern geschehen? Oder sollten etwa auch Sie, wie die Anstaltsleitung der Frauenhaftanstalt hinter vorgehaltener Hand äußerte, die Vermutung hegen, daß ich „in die Lehrter Straße gegangen bin, um für die Terroristen Nachwuchs zu rekrutieren“? Die von Ihnen angeführten Gründe — räumliche Begrenztheit und mangelndes Personal —, die Sie daran hindern, meine Haftbedingungen zu verändern, können es nicht sein, denn Räume wie Mitarbeiter für diese Gruppen sind vorhanden.

Der Verfolgungswahn der Nachwuchs-Rekrutierung für „Terroristen“ ist auch der Grund dafür, daß ich im Gegensatz zu anderen Untersuchungsgefängenen auf der Verschlußstation II liege. Auf dieser Station können sich keine festen Beziehungen entwickeln, weil die Frauen, mit denen ich es in der abendlichen Fernseh-Gruppe zu tun habe, ständig wechseln. So bin ich seit meinem Hiersein im Januar 80 bis heute 10. Juli 1980, mit etwa 40 verschiedenen Frauen für jeweils sehr kurze Zeit zusammen gekommen. Das ist nur die Reversoite der Unterwerfung unter eine über Jahre andauernde Kleingruppen-Isolation. Bedingt ist dieser ständige Wechsel dadurch, daß die Frauen auf andere Stationen verlegt werden, sobald sie von den zuständigen Richtern/innen zur Gruppenbeteiligung freigegeben worden sind. Die Station ist zu dem noch eine Station von Drogenabhängigen, und Frauen, die in anderen Zusammenhängen beschuldigt sind, werden nach einigen Tagen ohne Freigabe sogar auf die Station IV verlegt. Auf den anderen Stationen und die Zellen sind offen, bei gleicher Personalarbeits und gleichen baulichen Voraussetzungen wie auf der Station II. Personelle Verhältnisse und räumliche Beengung sind es ja, die Sie am Ant wortschreiben an meinen Anwalt, Herrn Heusch, anführen, die angeblich die An-

stellung an die Haftbedingungen aller anderen Untersuchungsgefängenen im Wege stehen.

Ich habe nur ein Drittel der Sondermaßnahmen angeführt, denen ich unterliege, sonst ginge es noch zeitweise so weiter. Nur von einer letzten inhumanen Maßnahme will ich hier noch berichten, weil sie am deutlichsten zeigt, wie weit zu gehen Sie bereit sind, um Zusammenbrüche bei mir zu provozieren.

Für den 24. Juni 1980 hatte meine jüngste Tochter eine Besuchsgenehmigung erhalten, weil sie es nach vier Jahren noch einmal wollte, mich in dieser Gefängnisatmosphäre zu besuchen. Berechtigterweise ging sie davon aus, daß die entwürdigenden Kontrollen und Überwachungen wegfallen würden, die sie 1976 in Moabit tief schockiert hatten, und sie zum Fernbleiben veranlaßt hatten. Sie war damals 12 Jahre alt und wurde sämtlichen Kontrollen unterworfen, wie sie an Erwachsenen praktiziert werden, die politische Gefangene besuchen wollen.

Ich hatte bei Gericht beantragt, den Besuch meiner Tochter statt von den Vollzugsbeamtinnen vom Sozialdienst überwachen zu lassen, was das öfteren unter Berücksichtigung der Mutter-Kind-Beziehung so gehandhabt wird, und unter Berücksichtigung der vierjährigen Unterbrechung der Beziehung zu meiner Tochter eines besonderen sensiblen Umgangs bedarf. Zum einen hat das der vorsitzende Richter der 9. Strafkammer, Dr. Fitzner abgelehnt, weil das den Zweck des Revisionsverfahrens gefährden könne. Zum anderen wurde mir strikt untersagt, meine Tochter zu begrüßen und zu umarmen, ganz zu schweigen von Zärtlichkeiten in besonders verzweifelten Depressionsschüben meiner Tochter.

Von meinen sonstigen Haftbedingungen brauchte ich meiner Tochter gar nichts zu erzählen, die konnte sie sich selbst plastisch ausmalen. Der Besuch hat meiner Tochter praktisch vermittelt, was von den Reden des Herrn Innenminister Baum und den Ihren, Herr Senator Meyer zu halten ist.

Ilse benötigt jede Hilfe und Unterstützung, damit sie die psychische und physische Stärke bekommt, den dritten Prozeß mit seinen ungeheuren Anforderungen an ihren Mut, ihr Durchhaltewilligen, ihren Lebenswillen zu verkraften. Und damit sie — nach dem eigentlich selbstverständlichen — aber von uns nur vorichtig zu erhoffenden Freispruch noch in der Lage sein kann, „draußen“ ein Leben mit ihren Freunden und nicht zuletzt mit ihren Kindern zu leben.

Nur in sehr hoffnungslosen Augenblicken wagen wir daran zu denken, wie wir bei einem völligen Zusammenbruch von Ilse oder auch auf ihre letzte und unwiderrufliche Entscheidung reagieren können. Wir werden — da soll sich niemand täuschen — mit Wut und Entschlossenheit die Verantwortlichen öffentlich nennen und anklagen. An Beweisen wird es uns nicht fehlen.

Damit es nicht dazu kommt, muß Ilse endlich wieder als freier Mensch leben können.

Sofortige Haftverschonung für Ilse Schwipper

(Nachdruck aus der Broschüre „Ein Toter von Amts wegen?“ — s. u.)

Zweite, ergänzte Auflage

EIN Toter VON AMTS WEGEN?



Die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker

Der dritte Schmücker-Prozeß wird nun, nachdem der BGH das Urteil gegen die fünf Angeklagten abermals aufgehoben hat, am 7. Mai um 9 Uhr im Landgericht Berlin beginnen.

Die Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß hat eine Broschüre herausgegeben, die über die Hintergründe des Prozesses informiert.

Ein Toter von Amts wegen? Die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker

2. ergänzte Auflage — 2,50 DM zu bestellen bei:

Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß
c/o Anke von Gierke
Waldemarstr. 81
1000 Berlin 36
KtoNr.: 197449-100
PichA Bln West
Kennwort: Schmücker-Prozeß

Feiling-Prozeß: Schrittmacher für weitere Entmenschung der Justiz

aus Prozeß-Info III der Initiative für Hermann, Sybille und Sylvia

Wir hatten seinerzeit geschrieben, daß die angeblichen „Aussagen“ des Hermann Feiling vor der Polizei unter Umständen entstanden sind, die ein absolutes Beweisverbot begründen.

Es ging um einen Menschen, der wenige Stunden nach seinen schweren Operationen verhaftet worden war, der sich dabei in unbeschreiblicher Lage befand: blind, an beiden Beinen amputiert, verbrannt und zerstört. Zudem von epileptischen Anfällen betroffen. Den man späterhin in absoluter Quarantäne isolierte — ohne daß je ein Haftbefehl gegen ihn vollstreckt worden wäre.

Dies zu beweisen, was klar erkennbar war für jeden Laien, hatten die Rechtsanwälte von Hermann Feiling, Sybille Straub und Sylvia Herzinger vor Gericht beantragt.

Diese erste Phase des Unrechtsprozesses vor dem 4. Strafsenat des OLG Frankfurt ist jetzt beendet: die Gutachter haben sich endgültig zur damaligen Vernehmungsfähigkeit Feings geäußert. Dabei ging es wesentlich um die Frage, ob jene 1.300 Seiten angeblicher „Aussagen“ im Prozeß verwendet werden dürfen — oder nicht.

Das Ergebnis der gutachterlichen Aussagen (Prof. Mentzow, Jacob, Dr. Brambring, Dr. Schwedes) ist zumindest in einem Punkt eindeutig — und übertrifft damit die düstersten Vermutungen, die wir zu Beginn des Verfahrens formulierten.

Zusätzlich zu Amputation und Blindheit, zu Operation, Schock und Medikamenten hatte Hermann Feiling schon während der ersten 4 Verhörstage zwei schwere epileptische Krampfanfälle, sowie teilweise Verbrennungen 3. Grades samt einer Kieferimpression. In dem derart zugerichteten Menschen, der wegen seiner Verbrennungen äußerlich gräßlich ausgesehen haben muß, entdeckten LKA Baden-Württemberg und BKA eine „putzklare“ Person, die man schon am zweiten Tag nach der Operation einem zehnstündigen Verhör unterziehen konnte. Was jeder einfache Mensch unschwer erkannt hätte, der Herz und Gemüt nicht an der Sphäre einer durchschautlichen KZ-Mannschaft orientiert, nämlich daß hier elementare Menschenwürde gegen polizeiliches Penetrationsinteresse stand, das war allerdings der „freiheitlich demokratischen“ Polizei nicht einisch.

Was dieser aber nicht vorgeworfen werden kann, so Gutachter und Staatsanwälte, weil ihnen doch die „fach medizinischen Kenntnisse“ fehlten: nur ein Arzt muß sich beim Foltern ein medizinisches „Kenntnisse“ fehlen, nur ein Arzt muß sich beim Foltern ein wenig in Acht nehmen — alle anderen dürfen, soweit sie nur staatlichen Auftrag haben.

Man muß es wiederholen: Unsere anfängliche Behauptung, ein todwunder Mensch sei in absolut vernehmungsunfähiger Lage streng und penetrant verhört worden, auf Vorbehalt, versteht sich — hat sich durch die Erkenntnisse der Gutachter bewährt. Nur war das halt eben ein Patzer — und „wo gehobelt wird, fallen Späne“ und „Hinterher ist man natürlich immer klüger“. Diese Unmenschen!

Epileptische Anfälle kann man in ihrer Wirkung am besten mit Elektroschocks vergleichen: Feiling ist in diesem Zustand verhört worden. In solcher Situation lockert man auch in Lateinamerika „Zungen“. Hierzulande, das wäre ein Unterschied, spritzt man Epileptiker mit maximalen Dosen Valium auf ein nivelliertes Niveau zwecks Erreichung einer ausgeglichener Verhörsituation.

Alle diese Vorkommnisse sind jetzt bewiesen. Sämtlich waren und wurden sie Gegenstand anwaltlicher Beweisangebote: die sämtlich abgewiesen wurden. Zeugen der Verteidigung, wurden erst gar nicht geladen. Solche, die mindestens indirekt seine Isolierung und Abschottung erlebt haben. Die durch Hermann Feiling in seiner Not herausgeschmuggelten Cassetten zur Abspielung gerichtlich nicht zugelassen.

Die Wahrheitsfindung dieses Senats ist seine subjektive Auffassung von den damaligen Vorgängen allein.

Kernsatz der Ablehnung der anwaltlichen Anträge: „Im übrigen war die Situation des Mitbeschuldigten Feiling zur Zeit seiner Vernehmungen allenfalls der Situation eines in U-Haft befindlichen Menschen vergleichbar.“ Punktum.

Wenn also mutante Gruppen der BRD demnächst einen Richter in ihre Gewalt nehmen, ist das ohne weiteres billig, weil auch dessen „Situation allenfalls (dann) mit der eines in U-Haft befindlichen Menschen“ verglichen werden kann.

Wenn das paradox erscheint, muß daran sich erinnern lassen, daß gegen Feiling zur Zeit seiner „Schutzhaft“ kein Haftbefehl in Gang war. Wegen nur zu logisch davon ausgegangen werden kann, daß freiheitsbeschränkende Maßnahmen gesetzlich nicht zulässig sein müssen: es gilt das Naturrecht des jeweils Stärkeren auf die Durchsetzung seiner Verfolgungs- und Machtinteressen.

Gerade die zynische Offenheit des richterlichen Satzes belegt rüdes Schutzhaftdenken: gibt es nämlich, wie im Falle des todkranken Hermann Feiling, keine Rechtsgrundlage für einen Haftbefehl, so kann doch alles so arrangiert werden, daß „dessen Situation“ jener gleicht, die einer Verhaftung „entspricht“.

Allerdings wird dabei noch unterschlagen, daß die „Situation“ Hermanns nicht einmal jener eines normalen U-Häftlings entsprach. Denn der ist sich in derart abschottbar von jeglichem freigewählten Anwalt, von Brief-, Besuchs- und Telefonverkehr Feiling, aus gutem Grund, befand sich wohl ganz absichtlich in einer rechtlich unregelmäßigen Lage in der Waffenkammer der Polizeischule von Münster. Also eben nicht unter den „Umständen“ der U-Haft, von wo ein Stück Wahrheit nach außen hätte durchsickern können, sondern er befand sich in einer Lage, die „allenfalls“ vergleichbar ist mit der eines Menschen, der Opfer einer willkürlichen Gewaltnahme wurde.

Daß Feiling nicht in U-Haft gesetzt (oder in ein Gefängnis) hat nämlich nicht nur zum Grund, daß kein Haftbefehl gegen ihn vollstreckbar war (er war ja Haftunfähig), sondern erklärt sich wohl daraus, daß eben in U-Haft seine Willenseinschränkung geklärt gewesen wäre, als in der Obhut der weiblichen Polizisten.

Man hätte ihn dann schlechter an „unbekannte Orte“ bringen können, es hätte Menschenanträge gegeben, über die sicherlich hätte entschieden werden müssen, es hätte Zeugen gegeben, es hätte auch „nur“ in Gestalt anderer verhafteter Menschen. So war dies die Stunde einer speziellen rechtlich staatlichen Subkultur: der polizeilichen Exekutive.

(Die folgende Berichterstattung zum Prozeßverlauf haben wir ausgelassen. Nachzulesen in AK 186, S. 20-23, AK 194, S. 34.)

Die Herren Gutachter und das Elende der deutschen Psychoanalyse

Wir möchten hier zunächst, quasi zur Sensibilisierung auf die Produkte der liberalen Gutachter, jemanden zu Gehör bringen, für dessen Ausschaltung sich offenbar alle Mächte einer unheiligen Allianz verschworen haben: Hermann Feiling, der seinen Gutachtern eine Schrift überreichte, die seine Erlebniswelt während der Verhöre beschreibt. Ein einziger kurzer Auszug nur: „Ich habe an die erste Zeit nach dem Unfall wenig Erinnerung. Nachdem ich mich zunächst wohl in einer Art Koma befunden haben muß, in dem auch keine Erinnerung entstand, ergab sich eine Lage, in der ich zwar öfters wach war, in der es aber keine Realität für mich gab. Ich nahm eine Bilderwelt wahr, und ich konnte das ganze zur Traumwelt machen, in der mir die Blindheit auch nichts bemerkt war.“

Ich kann mich auch nicht an eine ärztliche Mitteilung über die Blindheit bzw. über meine Verletzungen erinnern. D.h., ich konnte nach außen relativ ruhig wirken, ohne daß ich mich in der Realität befand. Die Bilderwelt war zusammengesetzt aus besonders intensiven, weil statischen Bildern. Es war ein sehr erschreckendes Erlebnis, daß die Bilder nicht weggingen. Stimmen, die von außen an mich herankamen, wirkten traumhaft, unwirklich, bildhaft entstandene phantasmatische Gestalten durch die Stimmen.

Personen, vermittelt über ihre Stimmen, traten King Kong-haft auf. Doch konnte ich mein eigenes Reden auf die Stimmen von außen gegen die statischen erschreckenden Bilder setzen.

Es war ein furchtbares Erlebnis in der Heidelberger Klinik einmal eine Zeitung in einem Raum ohne Geräusche gewesen zu sein. Die Bilderwelt nahm dabei Formen an, die in keiner Weise mehr relativiert werden konnten. — In dieser Welt gab es auch zunächst keine Zeitvorstellung.

Es war jemand bei mir im Raum. Da konnte ich nie schlafen, der war Teil der, der tief ständig herum und erzählte Stories, er „sei Jäger“ usw. Das Raumerlebnis war auf die Bilderwelt bezogen und hatte nichts mit der Realität eines Krankenhauses zu tun. Das Bewußtsein, auf einer Intensivstation zu sein, war gegenüber der Bilderwelt peripher.

Ich war also in einem Zustand, wo ich eigentlich gar nicht wußte, wer um mich war und das einzige, was ich wollte, war nicht verlassen zu werden. Ich wollte nicht allein sein und

wußte nicht, was eigentlich los ist, wo ich mich befinde, warum es dunkel ist. Ich mußte eine Situationskontrolle erst einmal entwickeln.

Ich habe in Heidelberg einmal eine Äußerung mitbekommen, in der es hieß: „Es gibt hier einige Leute, die ihnen gerne eine Spritze verpassen würden“. Ich bezog dies auf den zumeist anwesenden „Jäger“ und hatte ständig Angst vor ihm. Ich bekam auch einmal mit, als meine Mutter gefragt wurde, ob sie mit meiner späteren Unterbringung in einer Landesheilanstalt einverstanden sei. Das hat bei mir ein unheimliches Entsetzen ausgelöst. In der Folge war ich krampfhaft bemüht, einen stabilen Eindruck zu machen, weil ich auf keinen Fall als verrückt gelten wollte.“

Wir benutzen eingangs ein Zitat einer Psychoanalytikerin aus Genf: es entspricht ihren Erfahrungen mit einer geflochtenen Frau. Frau Dr. Amati steht der Paria Schule nahe, die sich in der Lage sieht, gesellschaftliche Tendenzen der Zerstörung von Identität samt den darüberstehenden Mächten auch dann als relevant auszumachen, wenn man vom beruflichen Auftrag her nur das Einzelwesen zu studieren hat.

Die deutsche Psychoanalyse, die in der Nazi-Zeit ihres kritischen Potentials wegen verfolgt wurde, sieht sich heute in ihrer liberalsten Gestalt aus der Gegend des Sigmund-Freud-Institutes (F-In.) uninteressant gemacht, sofern sie repräsentiert ist durch Professor Stavros Mentzow, der für jedes BKA-Gutachten empfehlbar ist.

Nicht das Latente ist diesem Gutachter entscheidend, auch nicht Tendenzen und Dynamik, sondern das Manifeste, das in positivistische Scheibchen aufzuteilen ist. Der zu begutachtende Feiling besteht dabei aus den Teilen: Amputation, Blindheit, Hirntrauma, Epilepsie, Verbrennung und Stottern; auf nicht in ganzer Menschlichkeit.

Man rekonstruiert eine aufteilbare Summe von medizinisch-somatischen Ausfällen, Symptomen, Problemen, eben Irregularitäten — und die können, einmal so verstanden, medizinisch versorgt werden. Treten sie in Form auf, dann so Mentzow, war der Patient Feiling vernehmungsunfähig, und das, meint er weiter, war bis zum 7. Juli der Fall, klingen sie aus medizinischer Sicht ab, dann kann alles und jedes unbeschwert gerichtlich verwertet werden. Die Psychoanalyse möchte endlich auch eine ordentliche wissenschaftliche Wissenschaft sein. Und nur ein solcher ordentlicher Gutachter bleibt auch einer zur zukünftigen forensischen Verwendung.

Früher war es einmal die Stärke der kritischen Psychoanalyse, die Erlebnisse und deren Verarbeitung durch die kritische Psychoanalyse, die Erlebnisse und deren Verarbeitung durch Bilder und Träume und Traumata hindurch zu entziffern. Dazu wäre im Falle Feiling genug Material vorhanden gewesen.

Mentzow attestiert eine zehntägige (!) Verhandlungsfähigkeit. Was danach kam, die Verarbeitung des zuvor Geschehenen, die folgende Quarantäne und Abschottung, interessiert den analytischen Wissenschaftler als Pontus Pilatus nicht, er „überläßt“ dessen Beurteilung der „Erfahrung des Gerichtes“. Wir dürfen nicht einmal gewiß sein, ob Mentzow diese 10 Tage black out gestattete hätte, wären nicht jene zwei Krampfanfälle von der Stationschwester vermerkt worden — in seinem ersten Gutachten hatte Mentzow diese, wie Dr. Dressler vor ihm, auch glatt übersehen.

Gegen Mentzows mußten die Rechtsanwälte einen Befangenheitsantrag stellen. Er hatte angeblich keine Zeit, den einzigen Zeugen zu hören, der nicht von der Polizei war, den RA Bauer.

Aber verdient haben sie alle gut, die Gutachter. So haben sie weit mehr, als von ihnen verlangt wurde. Der Gutachter Prof. Jacob stellt der Polizei noch einen einzigartigen Persönlichkeitsausweis: „Er (Feiling) war schon realiter, aber nicht expressis verbis vernehmungsunfähig.“

Alles, was mit der Justiz zu tun hat, blüht einander beruhigt an. Machen wir einen Überschlager Hermann Feiling war für ganze zehn Tage zum Verhör nicht recht zu gebrauchen, der dummen Stationschwester wegen: bei zwei schweren epileptischen Anfällen kann man das Gegenteil einfach nicht mehr behaupten. Aber schon sieben Tage danach war er voll vernehmungsunfähig und alles, was die Polizei ab diesem Zeitpunkt produziert hat, gilt.

Heute, zweieinhalb Jahre danach, soll Hermann Feiling wieder unfähig

zur Vernehmung sein; persönlich, schriftlich — auch zu Hause darf er nicht vernommen werden. Wohl aber dürfen die Gutachter mit ihm acht Stunden lang (Dr. Brambring) idiotische Tests durchführen — wohl weil sowas eben auch mit Sicherheit nicht der Wahrheitsfindung dient. Wohl gemerkt: damals war er nach sieben Tagen fit, jetzt sind zweieinhalb Jahre zu wenig, um wenigstens eine schriftliche Einlassung Feings anzuerkennen.

Die Gutachter stellen Feiling also ausschnitthaft genau für jenen Zeitraum der Polizei zur Verfügung, die sie zur willfährigen Penetration der in der Waffenkammer der Polizeischule Münster isolierten Geisel benötigt.

Kommentar

Wir möchten gern, können aber des Platzes und der Kosten wegen, die gutachterlichen Glanzstücke der Reinwaschung der Polizei hier nicht reproduzieren. Mehr darüber zu erfahren ist aber möglich, die neue DOKUMENTATION gibt darüber genaueren Aufschluß und kann bestellt werden.

Ein hiesiger Psychologe, Herr Mentzow, nicht unbekannt, mag für eine Kommentierung an dieser Stelle genügen.

„In einer Zeit, in der bekannt wird, daß Ärzte sich ihren Urlaub von der pharmazeutischen Industrie bezahlen lassen, kann man fragen, ob nicht auch ein medizinisch-psychologisches Sachverständigen-Gremium zusammen mit dem Gericht demnächst in den Süden aufbrechen wird.“

Eingearbeitete Animatoren von IKA und BKA, die bekanntlich für jeglichen Job taugen, dürften jedenfalls den bläß gebliebenen Gutachtern eine sonstige Entschädigung für das wöchentliche Abtauchen gleich mehrerer leiwoder Stunden auf den hölzernen Banken deutscher Gerichtssäle versprechen.

Man könnte hier noch offener miteinander umgehen, was vor Gericht zu peinlich und unkontrolliert gewirkt hätte, denn schließlich verlangt dort der institutionalisierte Abwehrmechanismus, dem der Gutachter Mentzow ein ganzes Buch gewidmet hat, ein kontrolliert-distanziertes Verhalten, bei dem innere Irrregungen nicht nach außen treten dürfen.

Zu untersuchen war die generelle Frage ob Hermann F. zur Zeit der polizeilichen und richterlichen Vernehmungen vor 2 1/2 Jahren vernehmungsunfähig war. Allen Beteiligten war und ist klar, daß die Beantwortung dieser Frage entscheidend für den weiteren Prozeßverlauf gegen Hermann F., Sybille Straub und Sylvia Herzinger ist, gegen Hermann F., Sybille Straub und Sylvia Herzinger ist.

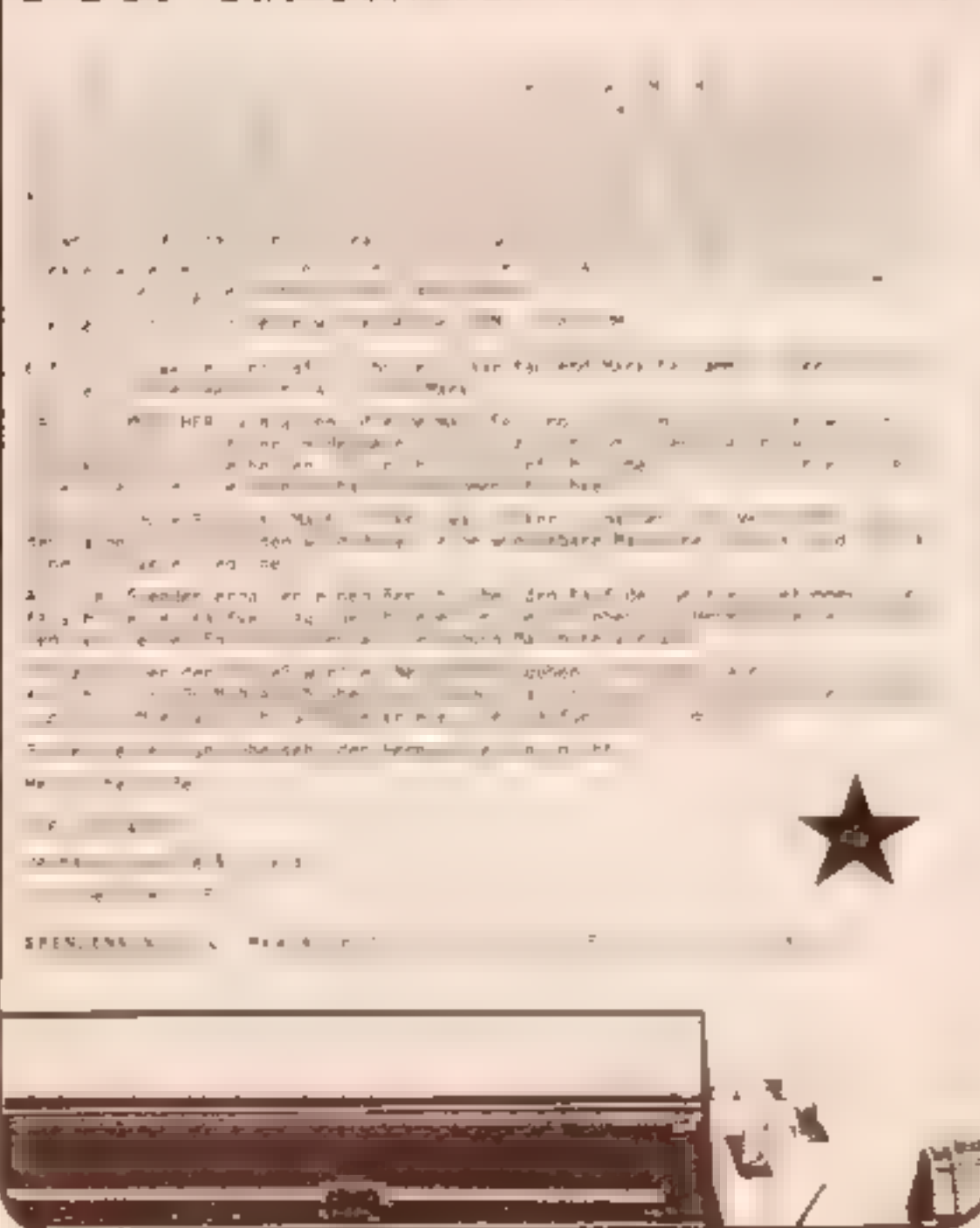
Umso mehr verwundert es deshalb, daß eben diese integrierte Fragestellung in den nun abgelegten Gutachten nur am Rande behandelt wird und stattdessen der Frage nachgegangen wurde, ob die vernehmenden Beamten und der behandelnde Arzt dafür in Verantwortung zu ziehen sind, daß sie den frisch Operierten, unter dem Einfluß von Medikamenten stehenden H.F. tagelanger Verhöre unterzogen haben, ihn von allen für seine Genesung notwendigen sozialen Kontakten abschotteten, mindestens zwei Krampfanfälle kurzerhand übernahmen und sich somit — wozu die Gutachter aber nicht kommen — der Unterlassung ärztlicher Hilfeleistung schuldig gemacht haben.

Daß diesem schon häufiger geäußerten Verdacht eine nicht von der Hand zu weisende reale Grundlage beizumessen ist, zeigen nun auf eindringliche Weise gerade die vorgelegten Gutachten, in denen mit den wichtigsten Konstruktionen eben dieser Verdacht aus dem Weg geräumt werden soll.

Die Wahrheit tritt aber — wie so häufig — zwischen den Zeilen zutage, und dem Sachverstand, der so gerne kontrolliert und unabhängig wirken möchte, werden die abstrakten, gelegentlich auf der Mitte abbrechenden Konstruktionen zum Eigentor: er verflingt sich im Widersprüche und statt einer Antwort auf die gestellte Frage, liefert er einen toten Freibrief für die damals verantwortlichen Beamten, die natürlich für all das Geschehen, für die unglaublichen Methoden der barbarischen Verhöre überhaupt nichts können sollen.

Will man tatsächlich klären, ob H.F. in der Zeit nach der Explosion vernehmungsunfähig war, so muß man sich mit ihm intensiv auseinandersetzen, und man sollte das für ein Gutachten bestimmend werden lassen, was

SPENDENAUFTRUF FÜR HERMANN FEILING



einen Sachverständigen ausmacht, nämlich langjährige konkrete Erfahrung und wissenschaftliches Fachwissen.

Das gelingt mit Sicherheit niemals dadurch, daß man allein die penetranteren, nach Verdunkelung riechenden Aussagen von Polizeizeugen zu einem sogenannten 'Fachgutachten' zusammenfaßt. Zweck dieses ganzen Aufhebens war - und das ergibt sich mit fast atemberaubender Übereinstimmung aus sämtlichen Gutachten - die Klärung der brennenden Frage, wie es kommen kann, daß ein Mensch trotz traumatischem Schock, trotz Erblindung und Amputation beider Beine sofort wieder 'bewußtseinsklar', 'offen zugewandt', 'aufgeschlossen', 'stabil' (Originalton LKA und BKA) gewesen sein soll.

Jeder menschlichen Erkenntnis und Erfahrung widersprechend betreten an dieser Stelle die Herren Gutachter das juristische Feld, um ihrerseits 'wissenschaftliches Neuland', zu eröffnen, indem sie das Wörtchen 'trotz' durch das unscheinbare, aber alles auf den Kopf stellende 'wegen' austauschen.

Lassen wir wenigstens einen Teil der gutachterlichen Konstruktionen Revue passieren.

Man nehme eine 'Primärpersönlichkeit', in diesem Fall Hermann Feilg, die schon immer darauf bedacht ist, innere Erregung, Emotionen etc., nach außen hin nicht zu zeigen, nenne das 'neurotisch-depressive Grundstimmung', und zwar außerhalb der Norm liegend, aber natürlich noch nicht 'pathologisch', füge dem Ganzen noch ein wenig 'Konfliktvermeidungsverhalten' und 'Aggressionshemmung' hinzu - schon hat man eine synthetische Person, die selbst bei stärkster Erregung nach außen hin stabil und bewußtseinsklar wirkt und die sogar mit 'Faschisten' gut auskommt. Kurz, den Gutachtern hat der deutsche Landser wiedererschienen.

Um diese nicht einmal originelle Konstruktion abzusichern, benutze man zwei bis drei psychologische Tests. Wobei es völlig unerheblich ist, daß solche Verfahren keinerlei empirische Validität aufweisen, denn wer weiß schon, daß man damit zwar zuverlässig und stabil immer wieder dasselbe messen kann, aber daß das, was gemessen wird, sich bis heute bedauerlicherweise jeder wissenschaftlichen Erkenntnis entzogen hat. Wesentlich ist nur, daß man einen 'Persönlichkeitszug' mit hoher zeitlicher Stabilität findet, der nicht behinderungspezifisch sein kann; und schon ist man von Trauma über Erlebnis bis Epilepsie alles los, weil die wahren Gründe im Menschen selber liegen.

Dem Hermann Feilg, den man offenbar nicht genug quälen kann, teilen die Gutachter (Dr. Brambring) teilen die Gutachter (Dr. Brambring) bei der Gelegenheit noch mit, daß er es wohl auch mit den Nazis hätte treiben können. Derselbe Gutachter wohlgeachtet, der, dynamisch, liberal und absolut wertfrei, an eben jenem Hermann Feilg einen in jeder Hinsicht fragwürdigen Test des Faschismus und CIA-Mitarbeiters EYSENCK ungerührt anspricht. Eysencksche Untersuchungshöhepunkte: 'Warum Neger im Wasser schneller sinken' und 'Warum Iren dümmere sind als durchschnittliche Briten.'

Im Falle Feilg handelt es sich um einen Eysenck-Test, der nicht einmal für die deutsche Bevölkerung normiert wurde. Nur wenige werden schließlich den Verdacht hegen, daß das glänzende Verständnis mit Faschisten, welches eben noch für die konstruierte Person konstitutiv gewesen sein soll, eigentlich dem diesen Test anwendenden Psychologen zu eigen sein muß.

Hauptsache bleibt, man hat seine 'Testbatterie' strategisch in eine konforme Stellung gebracht und weiß was man treffen will, denn das, was die zum Einsatz gebrachte Batterie hinterläßt, ist allemal psychologischer Brei.

Ganz und gar unwichtig sind dann solche allerdings wesentlichen Feinheiten, wenn aus den beschriebenen Verhaltensweisen Feilgs, die immerhin von 'gelassen-freudlich' bis 'reserviert-zurückgezogen' variieren, lediglich die letztgenannten sich mit dem diagnostizierten Merkmal der depressiven Grundstimmung decken.

Hat man dagegen die 'Primärpersönlichkeit' soweit entstehen lassen, so muß das Ganze nur noch mit wissenschaftlichen, über jeden Verdacht erhabenen Termin garniert sein. Je nach Gusto spricht man dann von einem 'besonnenen Dämmerzustand' oder von 'habituellen Abwehrmechanismen', welche die Beamten und den Arzt (somit verständlicherweise) hunderten, Hermann F's. physische und psychische Lage richtig zu erkennen Polizeiwissenschaft. Selbst das Übersehen von epileptischen Krampfanfällen kann dann ohneweiters entschuldigt werden, denn verantwortlich ist dafür niemand anderer als Hermann Feilg, der eben über eine für Fehldiagnosen geradezu prädestinierte 'Primärpersönlichkeit' verfügen soll.

Stockt einem bei diesem gutachterlichen Schachzug schon der Atem, was sich im übrigen nahtlos in die Behauptung einfügt, daß angeblich H.F. es war, der 'Aussagen' machen wollte, während die Beamten wesentlich an die baldige Genesung gedacht zu haben behaupten, dann bleibt einem beim folgenden Winkelnug vollends der Atem weg.

Nicht nur die 'typischen habituellen Abwehrmechanismen', sich nämlich nicht in die Karten schauen zu lassen, sondern auch der eigentümliche Sprachstil, den die Gutachter bei F. ausmachten, der ein diffuses, weit-schweifendes, etwas verschörfeltes Reden meint, all' dies soll, natürlich weil es exakten Aussagen gewissermaßen im Wege stünde, gerade durch die traumatischen Folgen der Explosion zusammengebrochen sein.

Klartext: Üblicherweise spricht Hermann Feilg (qua 'Primärpersönlichkeit') ungenau und langwierig. Dummerweise redet er aber - glaubt man das alles - in den Polizeiprotokollen während der ersten Vernehmungen gestochen scharf, wie aus der Pistole, und schwelgt in exakten Maß- und Zahlenangaben.

Wie das erklären? Nun, gerade die scheinbare Explosion hat vorübergehend die Abwehr der primären Persönlichkeit in Schutt und Asche gelegt, weswegen Trauma und Schock eben überhaupt nicht negativ waren, sondern der wahre, ungehemmte Hermann Feilg entstand. Wir sagten ja bereits: 'Landsersphantasien'. Jedenfalls bedeutet dies eine argumentative Linie, die den Folterspezialisten in Argentinien bislang noch fehlte. Man deklariert einen politischen Gegner kurzerhand zum primären Masochisten, der von sich aus auf Prügel besteht, und dann ist dies natürlich kein masochistisches-irrationales Strafbedürfnis mehr, sondern die reine Wahrheit. Der Sinn eines solchen Vorgehens ergibt sich allemal nur aus der Absicht der Folterer. Diesbezüglich bemerkt der Gutachter Jacobs zurecht, aber leider für seine weiteren Aussagen folgenlos, daß in H.F.'s Fall solange vernommen wurde, bis man 'offensichtlich nicht mehr sinnvoll vernehmen konnte' und die 'Unsicherheiten in seinem Kurzzeitgedächtnis' auch nicht durch polizeiliche Hilfestellung mehr 'überbrückt' werden konnten.

Was hier geschehen ist, wundert deutsche Gutachter nicht mehr, regt sie nicht einmal zu Fragen an, sondern gibt Anlaß zur blanken Affirmation allein. Stellen, an denen eine

originäre gutachterliche Tätigkeit verlangt wird, werden mit der Bemerkung abgetan, daß hier der Bereich des Hypothetischen beginnt, der nur noch theoretisch postuliert, aber nicht durch konkretes Material bestätigt werden kann (Mentzos) - weil dazu die einschlägigen Polizeizeugen natürlich nichts gesagt haben. Während man dann auch konsequent 'keine Zeit' haben muß, wenn der einzige Zeuge auftaucht, der nicht beamtet ist!

Unervährt und unterschlagen bleiben dagegen gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse etwa zu den psychischen Reaktionen auf eine plötzliche Erblindung. Mitgeteilt etwa u. a. von H. R. Blank, von R. Fitzgerald, von Rochlis et al., sämtlich Spezialisten auf dem Gebiet. Die passen nicht ins Konzept - obwohl, wie in diesen Fällen, fast schon amerikanische Regierungswissenschaftler.

Davon, daß der psychische Ausnahmezustand, in dem sich plötzlich Erblindete über Wochen und Monate befanden, anfangs eine völlige Auflösung der Persönlichkeit, gefolgt von einem langwierigen Prozeß der Trauer, bedeutet, ist in diesen 'Gutachten' genauso wenig zu lesen, wie von Tagträumen, psychotischen Vorstellungen, Erinnerungen und Wünschen, die als verzerrtes und verdichtetes Gemisch das Denken und Empfinden erblindeter Menschen bestimmen. - Es erinnert sich auch keiner der Gutachter an Paul Federn, einen der bedeutendsten Psychiater der Nachkriegszeit, der die Folgen einer solchen vorübergehenden Persönlichkeitsauflösung wie folgt beschreibt: 'Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, auch das Vergehen eines Augenblicks, ist unbestimmt, (...) Zu dieser Unbestimmtheit gesellt sich Ungewißheit der Zeitfolge von Erinnerungen (!), häufig verbunden mit einem getrübbten Gefühl dafür, ob man etwas selber erlebt hat oder ob es nicht eine andere Person gewesen sein könnte. Oder aber es wird Ungewißheit in bezug darauf gefühlt, ob man Erlebnisse, von denen man weiß, daß sie die einer anderen Person gewesen sind, in eigener Person durchgemacht hat oder nicht. Diese Person kann ein lebender Mensch oder eine Gestalt aus Dichtung und Geschichte sein.'

All' dies hätte natürlich 'rechtliche Konsequenzen' und steht deshalb nicht in den abgelegten Gutachten. Nach zweieinhalb Jahren können diese 'Gutachter' fast auf den Tag genau angeben, wann Hermann Feilg vernunftunfähig wieder gewesen sein soll. Damit die Absprache nicht zu deutlich wird, differieren sie um einen Tag: 6. oder 7. Juli. Ansonsten gibt es keinerlei Angaben über Unsicherheitszeiträume, und begründet wird das Datum 'Vernehmungsfähigkeit' mit dem alles klar stellenden Hinweis auf die 'wiedereintretende Stabilisierung'. Man beachte: Es heißt nicht 'widerum gestretene Stabilität', so daß offensichtlich demnächst auch der Bewußtlose, der gerade zum erstenmal wieder die Augen öffnet, voll vernunftfähig sein wird, denn dies ist ja ein Hinweis auf eine wiedereintretende Stabilisierung.

Keine Frage. Hermann Feilgs Prozeß ist und wird zum Musterprozeß der Erweiterung der justiziellen, staatlichen Unmenschlichkeit. zur Fortsetzung der Vernichtung nach medizinisch-polizeilicher Variation - wie bei Sonnenberg, wie bei Verena Becker und anderen.

Kein Schweigen

Es liegt an uns, ob dieser Prozeß sich weiterhin in gemütlich-rechtlicher Friedhofstille abspielt.

Wir hoffen aber, daß wieder viele Menschen offen und mündlich wie schriftlich wie sonst praktisch auch für die sofortige Einstellung dieser Unrechtverfahre auszusprechen, es gilt, Hermann Feilg und Sybille und Sylvia solidarisch zu helfen.

Die linke Presse ist auch anzuschreiben und anzusprechen; allen voran die TAZ, deren Verantwortlicher Grundmann ein diesbezügliches Schweigen diktiert hat.

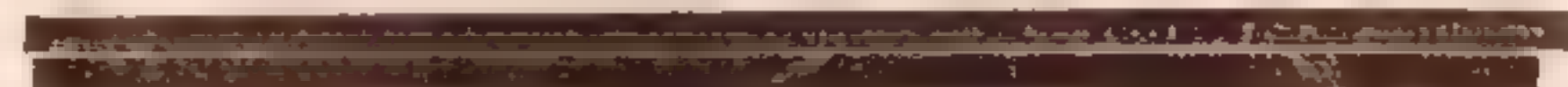
Bitte helft mit, und helft sofort! Diese Materialien zu verbreiten, die neue Dokumentation zu verteilen.

Und helft dem Hermann weiter! Sammelt für eine Schreibmaschine, die er dringend braucht wie Luft und Essen und Trinken (siehe Beilage).

Und schickt auch ein paar Mark mit für diese ganzen Druckkosten, die wenigstens gewährleistet, daß dieses Verbrechen nicht ganz unter den Teppich gekehrt wird.

Prozeßtermine können wir auf Anfrage mitteilen.

Herzliche Grüße
Die Initiative
637 Oberumel 5
Postfach 35
Tel. 06171/73212
Postfach, 181553-735
Karlsruhe
Andreas Häuser
DOKUMENTATION
zum Feilg-Prozeß (ca. 50 S.)
gegen Voreinsendung von
DM 5,60 incl. Porto



Festnahmen wegen Parolensprühen

„In Koblenz nahm die Polizei fünf Frauen fest, die nach Mitteilung von Generalstaatsanwalt Hans-Joachim Ulrich RAF-Parolen an Hausfronten und Fußgängerunterführungen geschmiert hatten. Gegen die Frauen wurde Haftbefehl beantragt“, schrieb die TAZ vom 21.4.81. Die fünf Frauen haben uns inzwischen folgende Erklärung übermittelt.

Erklärung

Heute sitzen ca. 55 Leute, die während des Hungerstreiks Solidaritätsarbeit gemacht haben, einige von ihnen sogar im Iso-Haft. Wir fünf Frauen, teils aus dem KB, sind bisher die einzigen, die trotz eines Strafbefehls wegen der §§ 90a und 129a auf freiem Fuß sind. Der Haftbefehl wurde mit der Auflage, unsere Papiere (Personalausweis, Reisepaß) abzugeben und uns zweimal wöchentlich auf dem örtlich zuständigen Polizeirevier zu melden, außer Vollzug gesetzt.

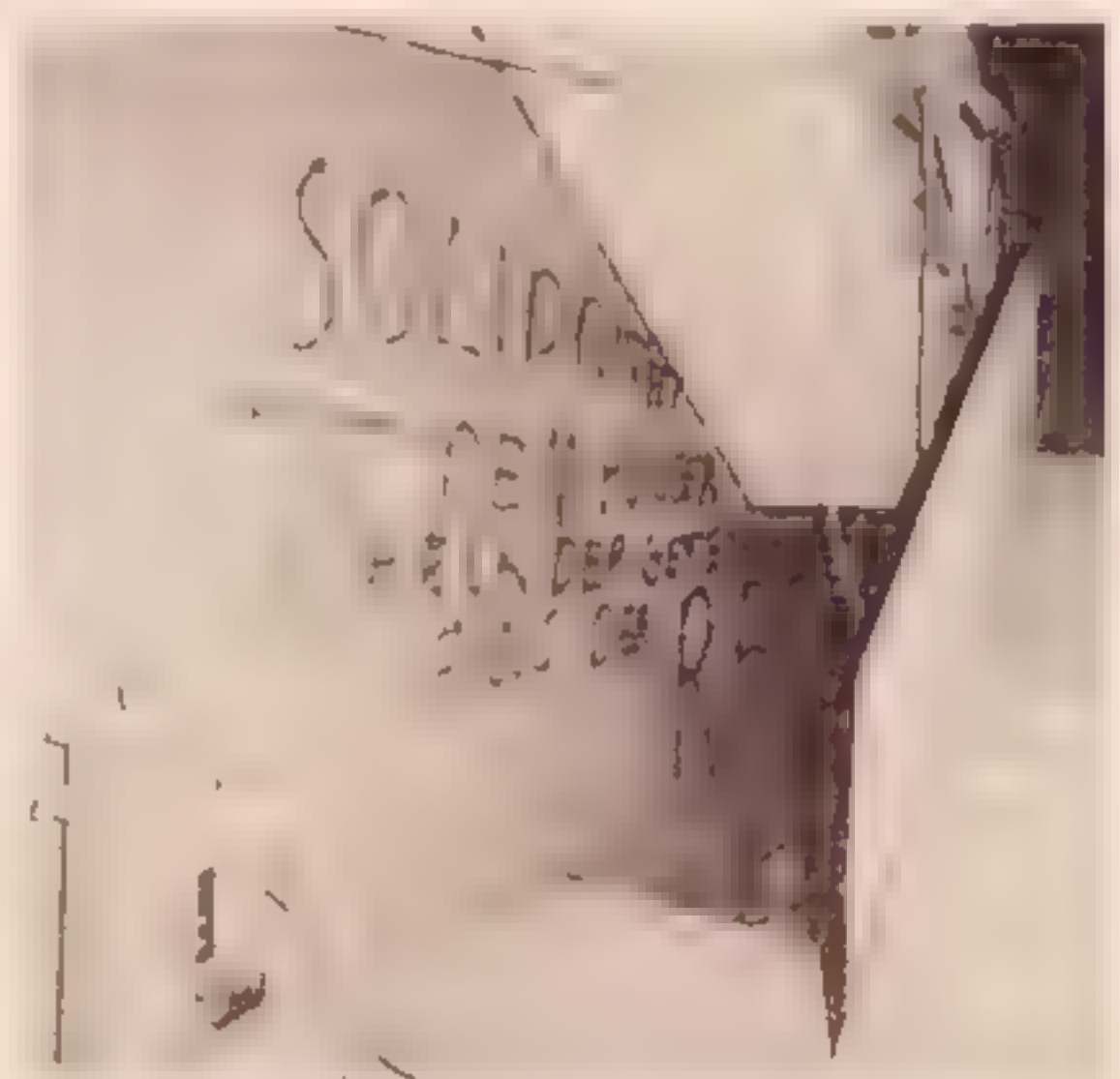
Vorgeworfen wird uns, in der Nacht zum Karfreitag folgende Parolen gesprüht zu haben:

- Reiß die Mauern auf, holt die Menschen raus
- Schluß mit den Morden an den RAF-Gefangenen
- Freilassung von Günter Sonnenberg und Verena Becker
- Zusammenlegung der RAF-Gefangenen
- BKA - SA, SS
- SSPD
- SPD-Mörderstaat

Da wir die einzigen sind, die wieder auf freiem Fuß sind, fordern wir die Freilassung aller während des Hungerstreiks Internierten.

Aus Zeitgründen war es uns nicht möglich, uns rechtzeitig für diesen

AK einen Überblick über die genaue Zahl der Internierten und deren Haftbedingungen zu verschaffen. Um dies für den nächsten AK zu schaffen, fordern wir alle auf, sich an ihren Orten darum zu kümmern.



Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schülerstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel. 44 98 14
Flensburg

Postlagerkarte 098246 A
239 Flensburg

H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A

24 Lübeck 1

Ortholamin
(Eutin, Plön, Malente)

Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853

2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926

208 Pinneberg

Bremervorhaben
KB c/o w.b. Leubach

Sonnenstraße 8

2850 Bremerhaven

Tel. 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro

Am Schwarzen Meer 104

28 Bremen 1

Tel. 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0874 58 A

287 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße

Rote Straße 10 u. Hd. KB

34 Göttingen

Hannover
V. Campen

Postfach 1262

3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182

3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890

314 Lüneburg

Weeser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A

29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro

Brühlstraße 9

48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 066011

463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bucherstraße

Große Heilmstraße 52

45 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A

41 Duisburg

Postlagerkarte 000 100 A

41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln

c/o BULI-Buro

Julicher Straße 22

5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 746

4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B

4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostleitzahl

Postlagerkarte Nr. 018640 B

61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner

Rödelheimer Str. 13

6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Roha

Kirchweg 77

3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz

c/o Kommunistischer Bund

Wilhelmstraße 16

Heldelberg

Postlagerkarte 080 845 B

Heldelberg

Karlsruhe

Postlagerkarte 063599 B

75 Karlsruhe

Stuttgart

Postlagerkarte 924 B

7000 Stuttgart 1

Nürnberg

P. Tröstler

Postfach 150 472

85 Nürnberg

Westberlin

Postlagerkarte Nr. 007429B

1000 Westberlin 62

Wuppertal

Postlagerkarte 079303 A

8700 Wuppertal

Triar

Postlagerkarte Nr. 031078 B

5500 Triar

Redaktion des

ARBEITERKAMPFES

Lärchenstraße 75

c/o Hamburger Setz- u. Ver-

lags-Kooperative GmbH

2000 Hamburg 50

Redaktion: 040/43 54 16

Abonnement-Verwaltung:

040/43 53 46

Modell Deutschland:

Aufgezeigt an einem Polizei-Toten, einem unbequemen Professor, Bullen mit Gedächtnisschwund und der BRD-Justiz

So starb Gunther Routhier

1974. Streik bei Mannesmann (Duisburg). „Rüdeführer“ werden entlassen, auch das KPD/ML-Mitglied Brenner, der dagegen klagt. Am 5.6.1974 findet sein Prozess im Arbeitsgericht Duisburg statt. Bei der Urteilsverlesung werden Rufe wie „Terrorurteil“ und „Klassenjustiz“ laut, so daß Richter und Beisitzer die Verlesung abbrechen und den Raum verlassen. Der Saal leert sich bis auf ein paar Leute, die die Internationale singen. Dann hält Brenner mit einem Megaphon zum Fenster raus 'ne Rede. Das Ganze bleibt ohne Resonanz, war schon dabei, sich totzulaufen.

Aber die politische Polizei (K 14) hatte andere Pläne. Im Saal saßen schon neun Zivilisten, die was zu tun haben wollten und in der Nähe des Gerichts wurden noch einige Polizisten in Bereitschaft gehalten, indem sie auf Abruf mit 'ner Straßenkontrolle beschäftigt wurden. (= GSK = gemischt Einheit von Schutz- und Kriminalpolizei). Ob es daß der Richter nach seinem Auszug vom Hausrecht Gebrauch gemacht hätte, befiehlt der Einsatzleiter, gegen die Gruppe im Gerichtssaal am Fenster vorzugehen. Als erstes flog ein literarischer Mann Gunther Routhier in die Stuhlreihen, klappte nach hinten über und rief dabei laut: „Laßt mich in Ruh, ich bin Bulter“.

Für's Gericht glaubhafte Zeugen (d.h. Nicht-Kommunisten), hieß Dr. Lemppenau, Vertreter der Firma Mannesmann, und Fr. Burkenhofer, Protokollführin beim Arbeitsgericht, hatten keine Aufforderung zur Herausgabe des Megaphons gehört, dafür wußten sie, wie der KPD/MLer Kolonne brutal geschlagen und noch auf dem Boden liegend in Bauch und Rücken getreten wurde. Nach getaner Arbeit wurden alle festgenommen.



Günther Routhier

Zur Polizeiaktion und -strategie in einem Referat der Dortmunder Staatsanwaltschaft von 1975 wird klar, daß versucht wurde, kleine kommunistische Organisationen dadurch zu liquidieren, daß sie nicht als politische Parteien behandelt wurden, sondern als kriminelle Vereinigungen. Es ging darum, kleine bescheidene Anlässe proletarischen Widerstands im Keim zu erstickern. Das auf der einen Seite polizeimäßig durch unmittelbare Unterdrückung kollektiver Aktionen, Proteste etc. und justizmäßig durch Kriminalisierung von Einzelnen und Organisationen.

Als Routhier festgenommen werden soll (wobei sich später niemand mehr an den Grund der Festnahme erinnern kann... denn Routhier stand nur rum!), streckt er gleich seine Hände zwecks Handschellen hin, damit er so wie die anderen abgeführt werde. Allerdings hatte der Einsatzleiter Peter Steglich den von der 'Verkehrskontrolle' kommenden zwei Polizisten (Peter Kluten und Wolfgang Werner) gerade eingeschüffelt, sie sollten keine 'Glockhandschuhe' benutzen und 'ruhig fest zupacken'. Also übernahmen sie die ihnen entgegengestreckten Hände und nahmen Routhier in Polizeidrehgriff und Armhebelgriff. Routhier wehrte sich nicht, aber an der Treppe angekommen, hat er um eine Lockerung der Griffe, da er an Gelenkrheuma litt und nun starke Schmerzen in den Schultern verspürte. Die Antwort auf seine Bitte war ein Stoß, und er stürzte die Treppe herunter. (So hat er seiner Frau den Hergang geschildert.)

Im Fall riß er Kluten mit sich, dann schlug er mit dem Kopf auf. Die beiden Bullen schleiften dann den völlig schlaffen Mann (wie sie selbst aussagten) wieder mit Polizeigriff in den bereitstehenden Wagen und warfen den Ohnmächtigen dort auf den Boden. Routhiers Sohn sah

den Stoß, rief noch 'mein Vater ist Bulter', das störte keinen. Im Polizeiwagen ließ ein Genosse den auf den Boden schlagenden Kopf Routhiers, etliche im Wagen riefen: „Er ist Bulter, er braucht einen Arzt, der Mann stirbt“. Antwort der Bullen: „Märchenstunde ist morgen“ und „wollt jemand Prügel dahinten?“

Routhier war ohnmächtig. Bewußtlos dürfen nicht im Polizeigewahrsam genommen, sondern müssen ins Krankenhaus gebracht werden um das zu umgehen, worüber seine Bewußtlosigkeit als passiver Widerstand ausgelegt.

An der Wache angekommen, wurden Routhier von vier Bullen an Armen und Beinen reingetragen, und schikanösweise wurde der Bulter und schwerverletzte Mann in eine Zelle ohne Bett gebracht und auf die Erde gelegt! Dann wurde er flüchtig von einem Arzt untersucht, der natürlich nichts fand. Bei der Aufnahme seiner Personalscheine „verschwand“ noch 100 DM aus seiner Brieftasche.

Am 18.6.74 stirbt Routhier. Bei der Obduktion werden die Vertrauensärztin der Familie und Studenten, die normalerweise teilnehmen können, ausgeschlossen! Ergebnis der Untersuchung Routhier sei aufgrund seines Bulterleidens gestorben und nicht aufgrund des Sturzes.

Jedoch Dr. Kresland, Gerichtsgutachter aus Westfalen, kommt zu einem anderen Ergebnis. Routhier sei aufgrund des Sturzes an poplitealen Aderchen im Kopf gestorben, einer Verletzung, die auch ein Gesunder nicht überlebt hätte.

Die 1974 eingesetzte polizeiliche Sonderkommission, die beide Gutachten kannte, kummerte sich nicht um diesen Widerspruch, die Staatsanwaltschaft hatte nichts fürgeres zu tun, als die Ermittlungen einzustellen.

Prof. Sigris: „... in der BRD (ist) das Leben eines Kommunisten in bestimmten Situationen eben nicht mehr viel wert, wie sich ja später in Aussagen der Polizei zeigte, daß eben als Kommunist zu einer Gerichtsverhandlung zu gehen, von vornherein ein bestimmtes, nicht berufswichtiges, aber ein Bekenntnisrisiko darstellt. Hier war für mich, obwohl ich historische Parallelen für problematisch halte, in der Tat die Parallele zum Ende der Weimarer Republik und überhaupt, wo eben das Töten, die Ermordung von Kommunisten ein relativ straffreies, ein Kavaliersdelikt der herrschenden Klasse war.“ (S. in Wissenschaft Widerstand und Autorsität, Widerspruch Verlag 81)

Terror gegen Prof. Sigris

Prof. Christian Sigris, Direktor des Instituts für Soziologie der Uni Münster, international anerkannter Agrarsoziologe und Berater der Regierung der Kapverdischen Inseln, erfuhr hauptsächlich durch Publikationen der KPD/ML von den Vorgängen (in der bürgerlichen Presse stand nicht viel). Er wurde zu Routhiers Beerdigung eingeladen – und erlebte Horror: Die Stadt glich einem Belagerungszustand, 5-8000 schwer bewaffnete Polizisten waren zusammengetrommelt, Maschinengewehre waren in Seitenstraßen aufgebaut worden. Der Trauerzug wurde auseinandergeprügelt, der Friedhof war nur auf Umwegen zu erreichen, ein Hubschrauber kreiste über dem offenen Grab.

Das stank ja zum Himmel. Nun kniete Sigris sich richtig in den 'Fall'. Mit Münsteraner Studenten verteilte er eine Erklärung zu Routhiers Tod. Innerhalb von 20 Minuten waren alle verhaftet! Zehn Stunden wurden sie festgehalten. Als die Bullen Sigris (damaligen) Dr. Titel entdeckten, prüften sie erstmal, ob der Ausweis nicht gefälscht sei! Ein Anwalt, der helfen sollte, wurde auch gleich verhaftet!

Im September 75 geht die Prozedur gegen Sigris los: Der erste dämliche Vorwurf, er hätte den „Roten Morgen“ verteilt, muß fallengelassen werden, wobei ein Polizist noch des Meineids überführt werden kann. Also hängte man Sigris 'Beleidigung der Polizei' an, wofür 3000 DM Geldstrafe erhoben wurden. Bei diesem Prozess folgten Polizisten mit Walkie-Talkies Sigris und den anwesenden Münsteraner Studenten auf Schritt und Tritt.

Vorermittlungen zu einem Disziplinarverfahren, welches Sigris den Status als Professor entziehen sollte, fingen schon im Sommer 74 an. Es

wurden ständig neue (wenn alte platzen) Anklagepunkte gegen Sigris gesucht, u.a. mußten dafür auch antisemitische Schriften von ihm herhalten!

Als nächstes wurde der damalige Vorsitzende der GEW, Dr. Gemein (der heißt wirklich so), aktiv, der versuchte Sigris mit absurden Gründen aus der GEW auszuschließen. Zuerst sollte ein Photo das in der „Roten Fahne“ abgedruckt war und Sigris im Gespräch mit dem Staatspräsidenten von Guinea Bissau zeigte, herhalten, dann seine Mitarbeit im Komitee gegen Folter. Ein Protokoll, welches Gemein zur 'Anklage' benutzte, konnte er nur aus Staatschutzquellen erhalten haben! Eine breite nationale und internationale Solidarität verhinderte den Ausschluß, der offensichtlich ein Berufsverbot einleiten sollte.

Weitere Schikanen folgten auf dem Fuß: Ein Forschungssemester wurde ihm gestrichen. Er kam in die beobachtende Fahndung, wurde sogar während einer Kur in Berchtesgaden observiert (er leidet an Asthma).

Erschwerend kam hinzu, daß es 1974 im Ruhrgebiet eine klare Anweisung gab, über den 'Fall' Routhier nicht zu berichten. Es war enorm schwierig, dieses verordnete Schweigen zu durchbrechen. Journalisten mußten erhebliche Schwierigkeiten im Kauf nehmen, wenn sie trotzdem berichteten. Den Anfang machten 1977 zwei Frauen (!), eine in der „Zeit“, eine im „Vorwärts“ (Sigris meint, daß es kein Zufall wäre, daß gerade Frauen sich besonders mutig und unabhängig zeigten). Zeitungen und TV in Frankreich, Holland und Skandinavien berichteten breiter und früher als die BRD-Presse.

Die Einschüchterung hatte natürlich auch Folgen. Nicht nur Sigris' Gesundheit war sehr angegriffen, auch Nachbarn (durch Polizeibewachungen) „war sehr ängstlich“, auch Nachbarn (durch Polizeibewache), Studenten und Professoren waren eingeschüchtert. Studenten fragten sich schon, ob es klug sei, bei Sigris zu studieren (Berufsverbot).

1976 berichtete Sigris bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Stockholm über Routhiers Tod und wiederholte: „Ich habe gesagt, daß die Polizei einen kommunistischen Arbeiter getötet hat.“ Da rief der damalige NRW-Justizminister Pöhl auch Teilnehmer der Veranstaltung, darunter: „Ermordet haben Sie gesagt“, Sigris: „Ja, ermordet, und das stimmt auch, das ist inzwischen auch medizinisch nachgewiesen.“

Für diese Behauptung handelt es sich prompt wieder einen Prozess ein. 1978 wurde er deshalb vom Amtsgericht Münster verurteilt (Verunglimpfung und Beleidigung). Er legte 1980 Berufung ein, und die ergab etwas Sensationelles: Nach 6 Jahren fiel es einem Richter ein, daß eigentlich erstmal die Todesumstände von Routhier überprüft werden müßten, bevor Sigris verurteilt werden könne, vorher hielt das kein Richter für nötig.

Bullenmärchen vor Gericht

Bei den Verhören der Bullen in Münster war es faszinierend zu beobachten, wie weit verbreitet der Gedächtnisschwund, die Hohlköpfigkeit unserer jungen Nachwuchsbullerei schon fortgeschritten ist (ob das an deren Kantine liegt? Oder ob das berufsbedingte Arteriosklerose ist? ...)

Da wären zunächst die zwei, die für den Tod Routhiers verantwortlich sind, die ihn verhaftet, abgeführt und gestoßen haben. Einer hat zwei, der andere gleich vier Versionen über den Tathergang parat. Am 5.6.74 sagte Hans Peter Kluten vor der Sonderkommission aus, Routhier hätte erheblichen Widerstand geleistet, es sei zum Gerangel gekommen, an der Treppe habe R. sich losgerissen und sei gefallen. Am 19.1.81 hat er diese Widerstandstheorie ganz aufgegeben, übrig blieb nur noch, R. hätte sich losgerissen und sei die Treppe runtergefallen. Unten lag er regungslos und beängstigt, was diese Sorte Mensch sich vor unseren Gerichten erlauben kann! Prof. Sigris: „Terroristisch sind Polizeiaktionen insbesondere dann, wenn sie nicht mehr an die Neutralisierung des Täters, sondern die Verhinderung eines Verbrechens erforderlich ist, gebunden sind, sondern auf die Vernichtung des Feindes, der außerhalb der eigenen Rechtsordnung gestellt wird, zielen. Dem entspricht institutionell die Militarisierung der Polizei, die sich in Bewaffnung und Ausbildung niederschlägt... Der gegenwärtige Polizei-

terror bleibt aber unverändert, wenn man die Kontinuität faschistischer Unterdrückung in Deutschland über 1945 hinaus übersteht. Während des Nationalsozialismus wurde die Polizei voll in den Dienst eines terroristischen Systems gestellt... Nach kurzer Schamfrist wurden kraft des '131er Gesetzes' die Naziverbrecher wieder in Polizeiuniform gesteckt und in hohen Posten untergebracht... Vor allem die Polizeioffiziere wirkten durch die Ausbildung der jungen Polizisten prägend und gaben inhumanes Ungut weiter. Der historische Hintergrund des Polizeiterrors verdeutlicht die gesellschaftspolitische Bedeutung der Duisburger Ereignisse. Die Aufklärung des an Routhier begangenen Verbrechens ist ein notwendiger Schritt, um die Kontinuität faschistischer Polizeitradition in alter und neuer Form zu beenden“.

(1.11.80)

2. Version. Am 5.7.74 behauptet er vor der Sonderkommission, R. sei mit 'rudelnden Armen' auf ihn zugekommen, und er hätte den Eindruck gehabt, daß R. ihn angreifen wolle. Und was macht ein Bulle, wenn er meint, er werde angegriffen? Nun, er weicht aus! Das behauptet jedenfalls Werner in seiner 2. Version und deshalb sei R. (durch den Schwung seiner Arme...) die Treppe runtergefallen.

Nun fiel ihm auch noch ein, daß er eigentlich bei der Festnahme gar nicht dabei war (wie Kluten das behauptete), sondern er sich erst um den am Boden liegenden R. „kümmerte“, indem er den „schlafenden“ (wie er es bezeichnete) in Polizeigriff nahm. Er gibt zu, den „Bulter“-Zuruf gehört zu haben, was ihn allerdings nicht daran hinderte, ihn im Auto und in der Zelle auf die Erde zu legen. Er untersuchte auch R's Brieftasche, wobei er nicht mehr weiß, was er damit gemacht hat...

3. Version. Im Strafverfahren gegen Brenner gab er zu, von Anfang an dabei gewesen zu sein. Hier lehnte der Richter Zusatzfragen der Verteidigung ab und fabrizierte die zwei Versionen passend zusammen...

4. Version. Am 19.1.81 wurde dann aus den 'rudelnden Armbewegungen' „... es kam jemand wild gestikulierend auf mich zu, ich hatte das Gefühl, er wolle auf mich losgehen“.

Der Richter warf Werner Aufbauschen vor. Es ist jedoch nicht der Richter, der Werner Aufbauschen vor. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß Werner oder andere Beamte wegen Meineid vor Gericht kommen weil sie das vor im Gericht ganz offensichtlich – weil zugegebend sind.

Mehrere Beamte trichteten der Richter folgendermaßen aus: „Haben Sie einen Bericht geschrieben?“ „Weiß ich nicht mehr“. „Sehen Sie sich mal diesen Unterschrift an, ist die von Ihnen?“ „Ja“. „Ist dann auch der Bericht von Ihnen?“ „Da das meine Unterschrift ist, muß das auch mein Bericht sein, aber ich kann mich nicht mehr daran erinnern.“

Zur traurigen Belustigung des Publikums wiederholte sich dieses Spielchen regelmäßig. Es war gar nicht so einfach, überhaupt Berichte zu bekommen. Das Gericht forderte z.B. noch die Akte des K 14 an, was der Polizeipräsident Duisburgs schlicht und ergreifend ablehnte. Darauf hin ordnete das Gericht die Beschleunigung dieser Akte an, was dann die nächste Instanz, das Innenministerium, ablehnte. Zusätzlich verweigerte dieses Vertuschungsministerium dem Leiter des K 14 gleich noch eine Aussagegehorchung – ganze Arbeit. Die Begründung dafür: eine Aussage würde gegen das Wohl des Landes verstößen.

Durch Verdrehungen, Lügen und Gedächtnisschwund fielen noch besonders der Einsatzleiter Peter Steglich, der Leiter des Schutzbereiches, Deube, auf; absolutes Prachtexemplar (welches auch noch mal extra vom Richter in der Urteilsverkündung erwähnt wurde) war Klaus Stülbenber, damals 20 Jahre, heute Nachwuchstar. Er war am Todestag bei Frau Routhier, gab sich als Feuerwehmann aus und quälte sie mit Fragen, bis der Anruf mit der Todesnachricht aus dem Krankenhaus kam. Er hatte auch einen Bericht darüber geschrieben, kann sich aber vor Gericht an absolut gar nichts erinnern. Hier duldet der Richter sogar die Unmutsäußerungen des Publikums.

Die Bullenmärchen noch alle einzeln auszuführen, wird zu lang, ich fand es unheimlich erschütternd und beängstigend, was diese Sorte Mensch sich vor unseren Gerichten erlauben kann! Prof. Sigris: „Terroristisch sind Polizeiaktionen insbesondere dann, wenn sie nicht mehr an die Neutralisierung des Täters, sondern die Verhinderung eines Verbrechens erforderlich ist, gebunden sind, sondern auf die Vernichtung des Feindes, der außerhalb der eigenen Rechtsordnung gestellt wird, zielen. Dem entspricht institutionell die Militarisierung der Polizei, die sich in Bewaffnung und Ausbildung niederschlägt... Der gegenwärtige Polizei-

terror bleibt aber unverändert, wenn man die Kontinuität faschistischer Unterdrückung in Deutschland über 1945 hinaus übersteht. Während des Nationalsozialismus wurde die Polizei voll in den Dienst eines terroristischen Systems gestellt... Nach kurzer Schamfrist wurden kraft des '131er Gesetzes' die Naziverbrecher wieder in Polizeiuniform gesteckt und in hohen Posten untergebracht... Vor allem die Polizeioffiziere wirkten durch die Ausbildung der jungen Polizisten prägend und gaben inhumanes Ungut weiter. Der historische Hintergrund des Polizeiterrors verdeutlicht die gesellschaftspolitische Bedeutung der Duisburger Ereignisse. Die Aufklärung des an Routhier begangenen Verbrechens ist ein notwendiger Schritt, um die Kontinuität faschistischer Polizeitradition in alter und neuer Form zu beenden“.

(1.11.80)

Das traurige Urteil

Wer nun gedacht hätte, daß aufgrund der gründlichen Untersuchung ein gerechtes Urteil gefällt wird, sieht sich geblüht. Sigris wird vom Vorwurf der 'Verunglimpfung' freigesprochen, ebenfalls Freispruch für den Vorwurf der Volksverhetzung und Verleumdung. Aber verurteilt wird trotzdem! Obwohl wegen über Nachrede! Es sei zwar nicht böswillig, aber unschuldig von S. gewesen. Es sei sein Pech, daß er sich durch den Zwischenruf von Pöhl habe provozieren lassen, denn Sigris habe durchaus „maßvoll“ angesetzt. Fazit: 30 Tagessätze à 120 DM, die Duisburger Polizei muß in der „WN“ (konservative Münsteraner Zeitung) eine Erklärung zum abgekehrten Urteil veröffentlichen, 1/5 der Kosten trägt die Landeskasse. Kaum eine Verbesserung zum 78er Urteil! Interessantes am Rande im Urteil:

- Die Beamten hätten den KPD/MLer unverhältnismäßig traktiert,
- Die Beamten hätten den KPD/MLer unverhältnismäßig traktiert,
- einzelne Beamte hätten mehr emotional als rational argumentiert, Widerspruch könnten nur als bewußt falsche Angaben angesehen werden, besonders bei Stülbenber.

fest steht, daß der Einsatzleiter 'fest zupacken' forderte. Routhier sagte 'ich laß mich freiwillig festnehmen', daher die Polizeigriffe nicht zu erklären seien.

– einen Stoß als Ursache für R's Fall hält die Kammer für möglich! Aber, nun kommt der Freibrief für die Polizei.

– es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, daß der Stoß zum Tod führen sollte bzw. dafür, daß jemand den Tod wollte.

– Zwar habe Werner offensichtlich 74 eine falsche Aussage gemacht, aber das lag halt an seinem 'schlechten Gewissen', und der junge Beamte hätte sein Heil in einer für ihn möglichst günstigen Darstellung gesucht.

– Der Grobmissatz bei der Beerdigung sei weit überzogen gewesen.

– Die Kammer schließt sich dem Gutachten von Kresland an.

Da es keinen Anhaltspunkt für eine Mordabsicht gäbe, seien die Ermordungsbehauptungen von Sigris keine Wahrnehmung berechtigter Interessen... Zwar liege ein Kausalzusammenhang nahe, auch ein gravierendes Fehlverhalten der Polizei, auch leichtfertige Handlungen, eventuell sogar eine leichtfertige Tötung, aber diese Behauptungen dürften nicht ungeprüft in der Öffentlichkeit weitergegeben werden. Dies gelte besonders dann, wenn man so bekannt sei wie Sigris, der der Richter, ohne zwar auch gefährliche Tendenzen bei der Polizei, aber aus Einzelheiten der fe man keine allgemeine Kälteermanta ableiten! Aufklärung ist berechtigt, sagte der Richter, aber bitte maßvoll...

Kein normaler Bürger hätte das geschafft, was Sigris seit 7 Jahren versucht: Nicht nur die finanzielle Seite hätte schon jeden längt in die Renegation getrieben. Wer hätte schon die massiven Einschüchterungsversuche, mit denen versucht wurde, Sigris psychisch und physisch fertig zu machen, ausgehalten? Sigris kämpft weiter. Die Kosten liegen schon jetzt um die 50.000 DM und werden weiter steigen. Der Sigrisprozess ist kein individueller, sondern es geht um das Recht auf politische Meinungsäußerung, um den Versuch, Polizisten zur Rechenschaft zu ziehen. Unterstützt den Sigris-Prozess! Spendenkonto Prof. Sigris! z.Hd. RA W. Lange, Münster. Konto Nr. 180 000 770, BLZ. 400 501 50

Bx., KB-Münster

Schwere Unruhen in Nordirland — Bobby Sands in Lebensgefahr!

In der Nacht vom 22.4. zum 23.4. ereigneten sich in den sechs nördlichen Grafschaften der Provinz Ulster die schwersten Unruhen der letzten Jahre (,,FAZ", 24.4.81). „Hunderte von maskierten Jugendlichen roseten sich in Bogside, einem katholischen Viertel Londonderrys, zusammen und lieferten sich Straßenschlachten mit Polizei und Soldaten, die sie mit Molotow Cocktails und Säurebomben bewarfen. Mit gestohlenen Autos errichteten sie Straßensperren, später steckten sie die Fahrzeuge in Brand. Im Laufe der Nacht griffen die Unruhen dann auch auf ein weiteres Viertel von Londonderry, Gabbinstown, sowie auf die Provinzhauptstadt Belfast und die Städte Newry im Süden und Potadown im Westen über.“

Außerlicher Anlaß für die bisher schwersten Zwischenfälle seit dem neuerlichen Beginn der Unruhen vor über einer Woche, war die Beisetzung der beiden Jugendlichen, die am Ostermontag von einem britischen Militärfahrzeug überfahren worden waren und den dabei erlittenen Verletzungen erlegen waren. Zu Ostern waren im gesamten Irland Tausende von Bürgern im Gedenken an den Osteraufstand von 1916 sowie in Solidarität mit den Hungerstreikern aus der heutigen republikanischen Bewegung auf die Straßen gegangen. Im mehrheitlich katholisch/nationalistischen Derry lieferten sich im Anschluß an die offizielle Parade hunderte von zumeist jugendlichen Demonstranten eine mehrstündige Straßenschlacht mit den britischen Besatzungstruppen und der nordirischen Polizei, der „Royal

nordirischen Polizei, der „Royal Ulster Constabulary“ (R.U.C.). Einen Tag später kam es in Belfast zu ähnlichen Auseinandersetzungen, auch hier waren es wieder zumeist Jugendliche, die Bussen eroberten und anschließend in Brand steckten („Guardian“, 21.4.81). Einer bisher unbestätigten Meldung von BBC (21.4.) zu Folge wurden bei den mittlerweile bereits über eine Woche lang während den Kämpfen in der nationalistischen Hochburg Derry sogenannte „no-go-areas“ errichtet, Zonen, zu denen britische Truppen und der R.U.C. der Zugang versperrt bleibt.

Derweil verschlechtert sich der Gesundheitszustand des republikanischen Hungerstreikers Bobby Sands zusehends: „Angehörige, die Sands im Gefängnis besuchten, berichteten, der 27-jährige leide ständig unter Kopfschmerzen und habe Sehschwierigkeiten. Er wiege jetzt noch etwa 34 Kilo, sei aber noch wie vor entschlossen, seinen Hungerstreik fortzusetzen. Aus Gefängnisreisen verlautete, die Gefahr eines Herzstillstandes nehme ständig zu, und es sei fraglich, ob er das Wochenende noch erleben werde“ („SZ“, 24.4.81).

Sands war am 9. April bei Nachwahlen in Fermanagh/South Tyrone zum Entsetzen der Regierung in London gegen den Kandidaten der Unionist Party, Harry West, mit 30460 Stimmen nach Westminster gewählt worden. Die Aufstellung von Sands zum Kandidaten für das britische Unterhaus hat sich als taktisch kluger Nachzug erwiesen, das überzeugende Votum für den I.R.A. Gefangenen aus „Long Kesh“ hat die Mauer des Schweigens um die realen Zustände in den Konzentrationslagern des britischen Imperialismus in Nordirland erfolgreich durchbrochen. Zudem dürfte es der Regierung in London in Zukunft schwer fallen, die I.R.A. und I.L.N.A. Gefangenen weiterhin gegenüber der Weltöffentlichkeit als „kriminelle“ und „Terroristen“ zu denunzieren. Immerhin konnte Sands in Fermanagh/South Tyrone 10000 Stimmen mehr auf sich verbuchen als Margaret Thatcher in dieser Region bei den letzten Wahlen zum britischen Unterhaus!

Bis zur Stunde (Fr., 24.4., 17 Uhr) demonstriert die britische Regierung in ihren offiziellen Stellungnahmen noch Unnachgiebigkeit. Die Verlautbarungen von Thatcher und Atkins signalisieren keinerlei Bereitschaft zum Einlenken. Die Erfüllung der 5 Forderungen der irisch-republikanischen Gefangenen käme inhaltlich einem „Politischen Status“ gleich. Der „Special Category Status“ (ein verklausulierter Begriff der Briten für den „Politischen Status“) war 1976 den Gefangenen aus der irisch-republikanischen Bewegung im Zuge der „Europäisierung“ des Nord-Irland-Konflikts und auf besonderen Druck der hier mit



Einige Tausend demonstrierten am Ostersonntagabend in Belfast für eine freie Republik Irland, gegen die britischen Kolonialisten und für die Forderungen der gefangenen IRA-Mitglieder.

federführend tätigen BRD-Regierung aberkannt worden.

1972 war der „Special Category Status“ durch einen Hungerstreik in „Long Kesh“, draußen begleitet vom „Aufstand der Ghettos“, erkämpft worden. Am Ostermontag begaben sich die südlichen Europaparlamentarier Blaney, de Valera und O'Connell zu Bobby Sands nach „Long Kesh“. Die Umstände, unter denen der Besuch der drei Parlamentarier stattfand (in Derry war es bereits zu ersten Straßenschlachten gekommen und die drei wurden bei ihrer Anfahrt nach Lisburn von R.U.C. Einheiten eskortiert) ließen vermuten, daß dieser (in Absprache mit London und Dublin sowie mit der Intention erfolgte, Sands zum Abbruch des Hungerstreiks zu bewegen, um somit einer weiteren Eskalation in der „H-Block-Frage“, die mit dem eventuellen Tod von Sands zweifelslos gegeben wäre, zuvorzukommen.

daß sie es nicht als ihre Aufgabe betrachteten würden, Sands zum Abbruch des Hungerstreiks zu bewegen („Guardian“, 21.4.81).

Ein Ersuchen der drei, von der britischen Regierung zwecks Erörterung der Lage empfangen zu werden, wurde von dieser schroff zurückgewiesen.

Die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg lehnte die Aufforderung der drei irischen Abgeordneten, zugunsten von Bobby Sands zu intervenieren, ab. Ein Sprecher der Kommission erklärte gegenüber der Presse, es läge in Straßburg keine Beschwerde oder Klage wegen der Verletzung von Menschenrechten vor. Nur eine Beschwerde des betroffenen Häftlings oder eines Unterzeichnerstaates der Europäischen Menschenrechtskonvention gegen Großbritannien könnte eine solche Intervention rechtfertigen (nach „SZ“, 24.4.81).



Zu schweren Auseinandersetzungen IRA-Anhängern und der britischen Armee kam es in den letzten Tagen in Derry und Belfast, nachdem zwei Jugendliche von einem Militärfahrzeug angefahren wurden und ein Demonstrant durch ein Hartgummigeschoß am Kopf verletzt wurde.

Zumindest Sile de Valera und Neils Blaney sind in Irland als entschiedene Republikaner bekannt. Die Tochter des Republikgründers Eamon de Valera machte im Herbst des vergangenen Jahres bei Nachwahlen zum südlichen Parlament im County Donegal die 5 Forderungen der Gefangenen zu ihrer Wahlplattform und konnte für die Regierungspartei Fianna Fail einen unerwarteten Stimmenzugewinn von 7% verbuchen. Blaney gehörte u.a. der „Wahlkampfmannschaft“ von Bobby Sands an.

Die Vermutungen, Hintergrund und Intention des Besuchs betreffend, konnten sich jedoch im Falle von de Valera und Blaney nicht bestätigen. Beide erklärten gegenüber der Presse,

Eskalation der Gewalt in den 6 Grafschaften der Ulster-Provinz sowie um eine Festigung ihrer Rolle in der irischen Gesellschaft.

Welche Lösung suchen die Imperialisten?

Die zugespitzte Lage, die unmittelbar bevorstehende Eskalation des Konflikts zwingen die britische Regierung, auch nach politischen Lösungsmodellen Ausschau zu halten. Allein durch Anwendung militärischer Gewalt wird das Problem für die Briten kaum lösbar sein; dies nicht nur aufgrund einer Patt-Situation auf militärischer Ebene zwischen britischer Armee und I.R.A., wie sie die Briten selbst vor einiger Zeit im „Document 37“ konstatierten. Eine nur gewaltsame Eindämmung des Konflikts (bzw. der Versuch) dürfte auch den mittel- und langfristigen politischen und ökonomischen Plänen des europäischen Imperialismus, des US-Imperialismus und der südlichen Bourgeoisie abträglich sein. Die südliche Regierung um Charles Haughey spielt in den Plänen der Imperialisten Irland betreffend eine bedeutende Rolle. Ein rein militärisches Vorgehen gegenüber dem nationalistischen Widerstand im Norden würde im Süden zunehmenden Widerstand gegenüber der objektiv kollaboratorischen Praxis der Regierung Haughey provozieren. Der Spielraum der Fianna Fail Regierung würde eine unangenehme Einengung erfahren.

Haughey bevorzugt, gemäß den mittel- und längerfristigen Plänen der südlichen Regierung, eher „sozial demokratische“ Konfliktlösungsstrategien, für die er gerade der rechte Mann zu sein scheint. Aufgrund eines Anfang der 70er Jahre getätigten Waffendeals zu Gunsten der I.R.A. haftet Haughey noch immer bei Teilen der südlichen Bevölkerung ein nationalistisches Image an. Haughey weiß um die Gefahren für seine Politik, die von einer verschärften militärischen Konfrontation im Norden ausgehen würden. So ist denn auch seine eilige Reaktion auf die andauernden und sich ausbreitenden Ausschreitungen in Derry und anderen Orten im Norden zu verstehen: Am Mittwochabend empfing Haughey den britischen Botschafter in Dublin zu einem kurzfristig anberaumten Gespräch („FAZ“, 24.4.81).

Was den Briten allerdings bereits seit Jahren die Durchsetzung einer „politischen Lösung“ im Norden erschwert, ist das objektive Fehlen einer „politischen Mitte“ als Träger einer derartigen Lösungsstrategie. Integrationsparteien vom Schlage der S.D.L.P. oder der Alliance Party haben sich als am wenigsten als Konstruktoren ohne reale Basis erwiesen.

Die I.R.A. hat ihrerseits am Ostersonntag anläßlich einer in aller Öffentlichkeit auf dem Belfast Friedhof abgehaltenen Kundgebung für den Fall des Todes von Bobby Sands angekündigt, daß alles bisher an Gewalt in den 6 Grafschaften dagewesene im Vergleich zu dem, was dann folgen würde, sich lediglich wie eine Teeparty im Buckingham Palace ausnehmen würde („Guardian“, 20.4.81).

KB/Gruppe Frankfurt

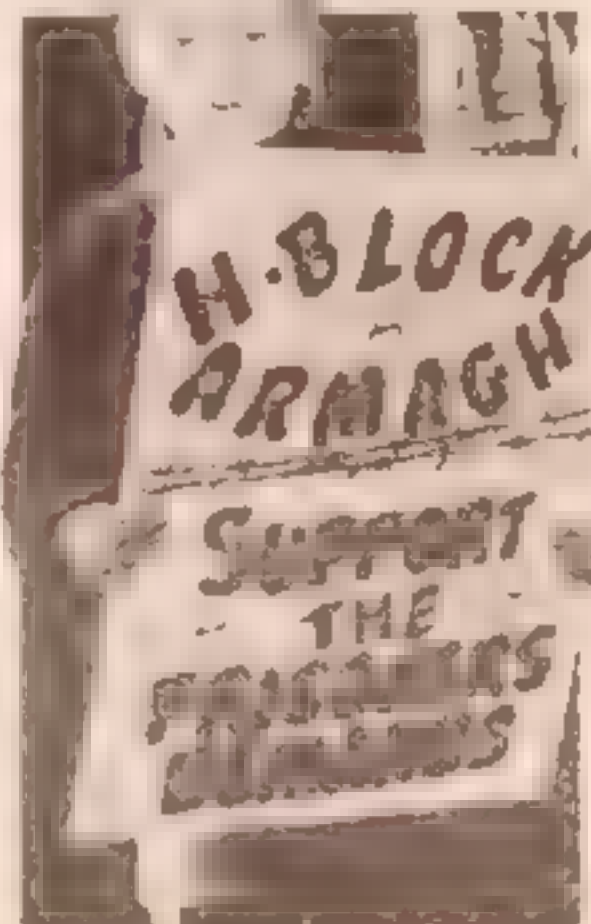
Spendet für den
„Bobby Sands Appeal-Fond“
Bornheimer Volksbank
BLZ 501 90 100
Ktr 500085111

Neues Irland-Info erschienen!

Das „Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee“ hat soeben ein weiteres „Irland-Info“ herausgegeben. „Irland-Info Nr. 14“ enthält außer einem recht ausführlichen und informativen Artikel zur politischen Situation in Irland Berichte über den 8. März in Irland, die Versuche zur militärischen Einbindung der „grünen Insel“ in das westliche „Verteidigungskonzept“ u.a.m.

Das Info ist über folgende Adresse zu beziehen:

Westdeutsches
Irlandsolidaritätskomitee
Postfach 35
637 Oberursel 5



Mit Mord und Todesstrafe gegen die revolutionäre Linke der Türkei

Während deutsche Parlamentarier den fröhlichen Zynismus aufbringen, die Pressepalten mit ihren intellektualistischen Bocksprüngen über den Unterschied von „systematischer“ und „unsystematischer“ Folter zu füllen, während das politisch bedeutungslose Europaparlament einmal mehr eine papierne Resolution verabschiedet in der die Junta zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert wird, an die sich aber selbst keine der Mitglieds-länder halten wird, während vom gleichen SPD-Parlamentarier, der erst kürzlich nach seiner Türkeireise die Finanz-, Wirtschafts- und Mißwirtschaft befürwortete, hierfür jetzt scheinheilig die parlamentarische Unterstützung in Frage gestellt wird, wurde von der Militärjunta die Repression noch weiter verschärft, wovon insbesondere die revolutionäre Linke betroffen ist.

Die letzten von der Junta veröffentlichten Zahlen sprechen für den Zeitraum vom 12. März bis 11. April von 7170 verhafteten mutmaßlichen „Terroristen“, wovon in der Türkei der Generäle noch weit mehr als in der BRD alle oppositionellen Kräfte gefaßt werden. Davon seien 3054 eindeutig links, 644 seien „Sektaristen“ (d.h. in der Regel die um nationale Unabhängigkeit kämpfenden Kurden, also größtenteils ebenfalls Linke); 795 seien Rechte und bei 2677 sei die politische Herkunft nicht bekannt (Zahlenangaben nach „FAZ“, 21.4.81).

Rechnet man die letzte Zahl hoch, so kommt man insgesamt auf das Ergebnis von 5902 verhafteten Linken und 1268 Rechten.

Vergleicht man diese Zahlen mit Angaben früherer Zeiträume, so kann man eine erhebliche Steigerung der Verhaftungszahlen feststellen. So gehen die türkischen Zeitungen für die Zeit vom 12.9. bis Ende November 1980 selbst 11000 Verhaftete an. Für die Zeit vom 12.11. bis 12.12.80 waren es 5018, in der Zeit vom 16.12. bis 30.12.80 2542 (Zahlen nach „Türkei-Information“ Nr. 7, wobei man bedenken muß, daß es sich um offizielle Zahlen handelt).

Die offiziellen Angaben darüber, wieviele Menschen insgesamt seit dem Putsch verhaftet wurden und wieviele heute noch in den Kerkern stecken, gehen weit auseinander. Die „FR“ und die „Welt“ (16.3.) sprechen übereinstimmend von 16888, während die „FAZ“ schon einen Tag später von 45000 weiß. Die gleiche Zeitung verbreitet dann am 21.4. die Zahl von 23500. Eins wird jedoch in allen Berichten übereinstimmend festgestellt: Es sind weitaus mehr Linke als Rechte und Faschisten verhaftet worden. Alle zugänglichen Zahlen ergeben etwa das gleiche Bild wie für den oben aufgeführten Zeitraum, d.h. es wurden etwa vier- bis fünfmal soviel Linke wie Rechte eingekerkert.



Dies ist das erschreckende Dokument eines faschistischen Überfalls auf Mitglieder der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) im September 1979 in Sivas. Ähnlich grausame Überfälle ereignen sich auch heute noch, teilweise schon wieder zusammen mit den Militärs (siehe Meldung in diesem AK).



Die Generäle erklären diese Zahlen lapidar mit dem Hinweis auf deren insgesamt enorme Zahl („FAZ“, womit ja in der BRD auch die weitaus größere Zahl von Berufsverboten gegen Linke begründet wird) und damit, daß die Linke im Gegensatz zu den Faschisten auch nach dem Putsch noch politisch in Erscheinung tritt. Nicht zu bestreiten ist, daß es auch Verhaftungen von Faschisten gibt. Dies aber nur insoweit, wenn Faschistengruppen der Junta in die Quere kommen, wenn sie sich nicht dem Militär unterordnen, während es in anderen Fällen schon wieder eine offene Zusammenarbeit gibt (siehe Meldung zu Kurdistan). Die Linke dagegen wird systematisch gejagt, wobei sich diese Jagd gegenwärtig auf die beiden einflußreichsten und politisch bedeutendsten Organisationen, Dev-Yol und PKK (kurdische Arbeiterpartei), konzentriert. In der Presse und im Fernsehen werden Verhaftungen von Mitgliedern dieser Organisationen ausführlich behandelt.

Gegenwärtig rollt eine Prozeßlawine auf Mitglieder dieser Organisationsen zu. In Kürze soll ein Massenverfahren gegen 1100 Mitglieder von Dev-Yol in Ankara beginnen.

In Diyarbakir findet z.Zt. ein Massenprozeß gegen Mitglieder und Sympathisanten der PKK oder Menschen, bei denen dies vermutet wird, statt. Insgesamt soll dabei 2500 Kurden der Prozeß gemacht werden. Im ersten Schritt wird gegen 447 Personen verhandelt. In der Anklageschrift wird ihnen der Tod von 243 Menschen („Mord“) zur Last gelegt. Gegen 108 der 447 wurde schon jetzt die Todesstrafe beantragt. Die zum Teil schon seit zwei Jahren inhaftierten wurden im Gefängnis gefoltert, um falsche Geständnisse zu erpressen. Eine Verteidigung ist in einem solchen Massenprozeß schon fast unmöglich und wird noch dadurch vollständig vereitelt, daß Verteidiger, die sich für Kurden einsetzen, selbst als „Sektaristen“ angeklagt werden. So findet dieser Prozeß ohne Verteidigung statt.

Insgesamt wurde bisher gegen

13000 Menschen Anklage erhoben, abgeschlossene Verfahren hat es bisher nur 886 gegeben (nach „FR“, 16.3.). In 487 Fällen hat die Militärstaatsanwaltschaft bisher auf die Todesstrafe plädiert, davon sollen 132 gegen Mitglieder von Dev-Yol und 108 gegen Mitglieder von PKK verhängt werden.

(insgesamt 34 Faschisten). Diese Zahlen werden noch erschreckend wachsen, wenn die Massenprozesse abgeschlossen sind (Zahlen nach „Türkei-Information“, Nr. 8).

Aber dies ist nur der legale Teil der Todesstrafe. Seit dem Putsch wurden schon 400 Menschen bei massenweisen Aktionen ermordet. Wie diese Todesstrafe auf der Straße angewandt wird, zeigt folgender Bericht aus der Türkei: „In dieser Zeit gibt es eindeutige Gemetzel. Insbesondere der Vorfall in Bakirköy ist aufschlußreich. Zuvor wurden alle Zeitungs- und Fernsehleute gerufen (angeblich hatten die Gesuchten zwei Polizisten in Usak ermordet). Beim Eintreffen von Polizei, Soldaten und den Journalisten übergeben die Leute ihre Sache den Presseleuten und ergeben sich den Sicherheitskräften. Kaum hatten sie sich ergeben, wurden sie erschossen“ („Türkei-Info“, Nr. 8). Die Junta behauptete später, sie hätten bewaffneten Widerstand geleistet.

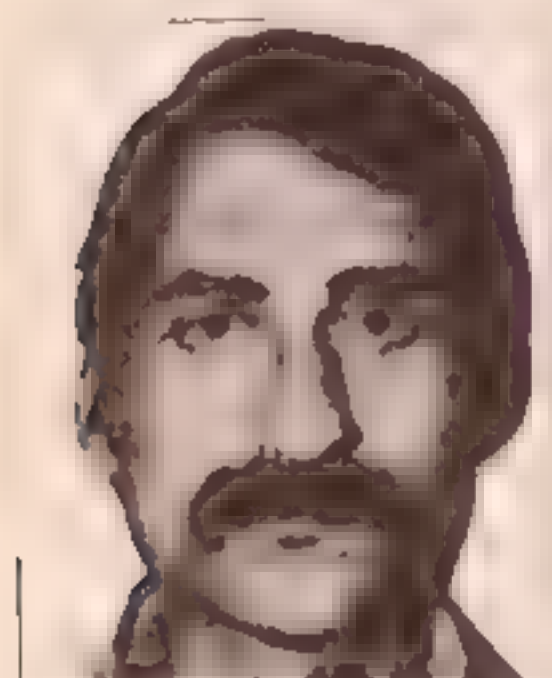
Wofür heute die Linke verhaftet wird, zeigt eine Aufstellung von „politischen Verbrechen“, die ihnen vorgeworfen werden. Im Zeitraum vom

12.11. bis 12.12.80 zählte die Junta 3451 „politische Verbrechen“, wovon 2352 den Linken zugerechnet werden (43 den Rechten). In 1893 Fällen handelte es sich um Flugblattverteilung, 202 nur um Demonstrationen („Türkei-Info“, Nr. 7).

In Izmir wurde Faruk Almar, Gymnasialschüler, zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 8 Monaten verurteilt, weil er während des Unterrichts auf seinem Tisch Slogans gegen die Junta geschrieben hatte („Türkei-Informationsdienst“, 20.4.81).

Die Militärjunta rühmt sich zwar, den „Terror“ im Land beseitigt zu haben (wobei sie in aller Geißeltheit der Herrschenden den eigenen Terror nicht zählt), aber die erhoffte Wirkung, die Zerschlagung der revolutionären Opposition, ist damit noch nicht eingetreten. Zwar ist nach übereinstimmenden Berichten von Mitgliedern türkischer Organisationen die Linke gegenwärtig nicht aktionsfähig, aber das Ausmaß der gegenwärtigen Verhaftungsaktionen zeigt doch, daß die Anhängerschaft dieser Organisationen verbreitert ist als von den Militärs gedacht.

2 ZK-Mitglieder von Dev-Yol in Lebensgefahr



Schon im Januar wurden die Bilder dieser Mitglieder der Leitung von Dev-Yol veröffentlicht und ihre Verhaftung gemeldet. Von Akin Dirik

Akin Dirik und Nasuh Mitap sind bekannte Mitglieder des Zentralkomitees von Dev-Yol. In der türkischen Presse wurde am 25.1.81 ihre Verhaftung – zusammen mit weiteren Dev-Yol-Mitgliedern – gemeldet, wobei es hieß, A.Dirik habe sich seiner Festnahme durch einen Sprung vom Balkon entzogen und sei tot.



wurde behauptet, er habe sich zu Tode gestürzt. Jetzt wurde er schwer verletzt in einem Krankenhaus aufgenommen.

Kurze Zeit später wurde die Meldung verbreitet, er läge im Koma und würde künstlich ernährt. Sein Name wurde weiter genannt als einer der verhafteten ZK-Mitglieder, wobei die Junta stolz meldete, alle bis auf einen in der BRD lebendes Mitglied des ZK von Dev-Yol wären verhaftet (z.B. „Türkei-Info“, 5.3.81).

Seitdem fehlen die Namen von A.Dirik und N.Mitap in den Veröffentlichungen der Junta, bis am 22.4. „Türkei-Info“ meldete, A.Dirik sei soeben verhaftet worden! Sein Name steht als erster von 44 Dev-Yol-Mitgliedern, die in den vergangenen Tagen verhaftet wurden. Auf dem ebenfalls veröffentlichten Gruppenfoto der Verhafteten ist er nicht.

Von Dev-Yol und der „Alternativen Türkische Hilfe“ wurde bekannt, daß Akin Dirik in Istanbul im Militärkrankenhaus im Sterben liegt. Er ist nicht bei Bewußsein, seine Beine sind gebrochen (von seinem als Selbstmord titulierten Sturz), er ist ohne jede medizinische Versorgung!

Nasuh Mitap befindet sich im Krankenhaus im Hacettepe, Ankara. Er wurde so schwer gefoltert, daß er nur noch seinen Vornamen aussprechen kann und im Koma liegt. Ob er medizinisch versorgt wird, ist ungewiß. Wie mit A.Dirik und N.Mitap – als öffentlich bekannte Vertreter der Linken – umgegangen wird, beweist, daß die Folterungen und Morde keinesfalls ohne Kenntnis, sondern durch aktive Betreiben der Junta-Generäle durchgeführt werden.

Es ist derzeit nicht ganz klar, was die Junta mit den neuesten Meldungen

über die soeben erfolgte Verhaftung A.Diriks bezweckt, der sich nach ihren Angaben doch schon am 24.1. selbst zu Tode gestürzt hatte. Da es seit Januar von den beiden kein Lebenszeichen mehr gegeben hat, ist das Schlimmste zu befürchten.

Die „Alternative Türkische Hilfe“ fordert dazu auf, Protesttelegramme und Briefe mit der Forderung nach Aufklärung über den Zustand der beiden und anderer Verschwundenen an das Außenministerium der BRD und der Türkei und an die Bundestagsdelegation zu schicken.

Neues Massaker in Kahramanmaraş

Die türkische Junta setzt die Verhaftungswelle speziell auch in Kurdistan fort. Dabei kommt es immer häufiger dazu, daß bei gezielten Aktionen häufig Dutzende von Menschen erschossen werden. Am 26. März wurden in Kahramanmaraş 27 Angehörige der PKK von Militär- und Milizenheiten ermordet. Ähnliche Fälle hat es schon mehrere gegeben.

Allerdings war es nach Berichten kurdischer Freunde bei dieser Aktion

so, daß das Militär wieder Waffen an die Faschisten ausgegeben haben, also eine gemeinsame und seit längerem vorbereitete Aktion zusammen durchgeführt wurde. Ähnliche Aktionen der Faschisten gegen die PKK mit direkter oder indirekter Unterstützung des Militärs fanden häufiger statt. Es ging dabei in der Regel darum, daß die Faschisten im Solde der Feudalherren Massaker gegen die Bevölkerung und organisierten Linken veranstalteten.

Die kurdische Organisation „Denge Komal“ gab bekannt, daß sich seit dem 12. September der Terror der Militärs nicht nur außerhalb, sondern auch in den Gefängnissen gesteigert hat.

Im Gefängnis von Diyarbakir wurden 13 Gefangene in Todeszellen verlegt und dem Sterben überlassen. Von ihnen gibt es keinerlei Nachrichten. „Denge Komal“ gab die Namen von drei Betroffenen bekannt. Unter ihnen ist Mümtaz Koian, der als Mitglied der fortschrittlichen Anwaltsvereinigung am 17.4.80 ohne Begründung verhaftet wurde und von dem seit einem Jahr jede Nachricht fehlt.

Türkei-Kommission

El Salvador: FDR startet neue Initiative für die politische Lösung

Je mehr die Opposition am Boden gewinnt, desto brutaler übt die Junta ihre Herrschaft aus. Letzter grausamer Höhepunkt war die Hinrichtung von 30 Menschen in einem Vorort San Salvadors, der für die Stärke der linken Kräfte bekannt ist. Angehörige der Zollpolizei holten die Leute nachts aus den Häusern und erschossen sie standrechtlich. Die Junta äußerte dazu in einer Stellungnahme, daß die Verantwortlichen ihr Vorgehen erklären müßten.

Ein Sprecher des Außenministeriums bezeichnet den Überfall in völliger Verdröhnung der Tatsachen als ein „Beispiel für die Tragödie des Landes, in dem die extreme Rechte und die extreme Linke bemüht seien, politische und wirtschaftliche Reformen zu verhindern“ („SZ“, 11/12.4.81).

Berühmte wurde weiter erklärt, daß reguläre Truppen an dem Massaker nicht beteiligt gewesen seien, und die Zollpolizei nicht zu den Kräften gehöre, die von der US-Hilfe profitieren würden.

SPD sondiert politische Lösung

Der in Sonderaufträgen erprobte stellvertretende SPD-Vorsitzende Wischniewski reiste durch 6 lateinamerikanische Länder, um Möglichkeiten für eine Beendigung des Bürgerkrieges zu sondieren. Was er nach Gesprächen „auf höchster Ebene“ in Mexiko, Costa Rica, Panama, Venezuela, Cuba und mit der FDR an Ergebnissen mitbrachte, ist nicht neu. Der Wille, zu einer politischen Lösung

zu kommen, sei stärker geworden, aber der Weg dorthin sei noch recht schwierig („SZ“, 18/19.20.4.81). Eine militärische Lösung zugunsten der Junta heißt Wischniewski berechtigterweise für ausgeschlossen, weil dann ein „permanenten Konflikt“ bleibe.

Am wenigsten Bereitschaft für eine politische Lösung sei bei den Militärs in El Salvador vorhanden. Da es zur Zeit keine Kraft gebe, die die Militärs entmachten könne, sei es notwendig, sie von einer politischen Lösung zu überzeugen. Ob dies gelingen könne, hält Wischniewski selber für fraglich. Außerdem sei es notwendig, die USA in Gespräche einzubeziehen, die seiner Auffassung nach nichts gegen eine politische Lösung einzuwenden hätten. Dies ist – wenigstens bis heute – eindeutig falsch und entspricht ganz dem Bemühen der Bundesregierung, die brutale Linie der Reagan-Regierung zu verharmlosen und herunterzuspielen. Denn bislang sind es die USA, die die Aufnahme von Verhandlungen verhindern.

Erstens wäre es ein Leichtes, die Militärs in El Salvador zu „entmachten“ (wie Wischniewski sagt), indem die Waffenlieferungen und die „Beratung“ eingestellt und die faschistischen Militärs vor Gericht gestellt würden. Zweitens ist es die US-Regierung, die bislang alle Bemühungen um eine Kontaktaufnahme und Gespräche abgeblockt hat, weil es sich hier um innere Angelegenheiten El Salvadors handele, in die man sich nicht einmische (vergl. AK 199). Versuche, die OAS (Organisation

amerikanischer Staaten) als eine Art Vermittler einzuschalten, wurden ebenfalls abgelehnt. Eine Beschwerde Nicaraguas im Ständigen Rat der OAS gegen die US-Waffenlieferungen an die Junta wurde von den USA zurückgewiesen mit dem schlichten Hinweis darauf, daß die Junta die Hilfe angefordert habe. Damit wird die Sache zu einer bilateralen Angelegenheit, in die sich die OAS nicht einzumischen habe.

Die FDR ihrerseits soll in den letzten Tagen ihre Verhandlungsbereitschaft mit den zivilen Mitgliedern der Junta zum Ausdruck gebracht haben, wobei die Militärs ausdrücklich ausgeschlossen wurden. Bisher hatte die FDR Verhandlungen mit Duarte abgelehnt, weil es nur zweckmäßig sei, mit dem Zirkusdirektor (TSA) und nicht mit den Clowns (Duarte) zu noch nicht bestätigten Angeboten zu treffen, so drückt dies das Bemühen der FDR aus, ihr erstes und hauptsächlichstes Ziel zu erreichen: Die Beendigung des täglichen Terrors gegen das Volk.

Die Bedingung, die die FDR stellt, ist die Beteiligung der Volksorganisationen an der zukünftigen politischen Macht („Ides“, 3.4.81).

Duarte hat – jedenfalls bis jetzt – gar nicht den Handlungsspielraum, um ohne die Militärs in Verhandlungen einzutreten und hat eine Verhandlungslösung für „unmöglich“ erklärt („SZ“, 14.4.81). Duartes bisherige Konzeption, die sogenannte Amnestie, kann jedenfalls als völlig geachtet betrachtet werden.

Im Dezember hatte er die bewaffneten Kämpfer aufgefordert, bis 11. März ihre Waffen abzuliefern. Dafür wurde ihnen Straffreiheit zugesichert. Laut Regierungspropaganda hat eine große Anzahl von Guerilleros von diesem Angebot Gebrauch gemacht, was aber mit der Realität wenig zu tun hat. Über ein Beispiel berichtet ein Korrespondent, dem ganze 5 Amnestiewillige in der Garnison San Vicente vorgeführt wurden. Keiner der 5 war Guerillakämpfer, die meisten von ihnen waren Spitzel, die aus ihren Dörfern verjagt wurden. Einer erzählte, er sei Mitglied einer revolutionären Gruppe gewesen, er wußte aber nicht einmal, was die Abkürzung des Namens der Gruppe bedeutete, der er angehört haben will („Was tun“, 3.4.81).

Die militärische Lage

Ebenso lögt die Junta, wenn behauptet wird, sie habe das Land militärisch in der Hand. Täglich gibt es Gefechte in verschiedenen Gebieten. Wochentags kämpfen die Regierungstruppen um den Vulkan von Guazapa, ohne der Guerilla eine Niederlage beibringen zu können. Ein Abziehen größerer Heeresverbände von anderen Kampfschauplätzen würde die dortigen Stellungen der Militärs zu stark schwächen („Ides“, 3.4.81).

Die Blockade von Straßen und Behinderung von Truppentransporten, Gefechte in größeren Städten und auch Anschläge in San Salvador finden ständig statt („Was tun“, 3.4.81).

und „FAZ“, 2.4.81). Trotzdem ist es unumstritten, daß ein militärischer Sieg der Opposition nicht möglich ist.

Gerade hat ein Unterausschuß des US-Senats einstimmig die Freigabe von 32 Mio Dollar Wirtschaftshilfe gebilligt, nachdem zuvor 25 Mio Dollar zusätzlicher Militärhilfe genehmigt worden waren. Gesamt-Kongreß und -Senat müssen hier gar nicht erst eine Zustimmung geben, weil es sich um zusätzliche Mittel handelt. Der Gesamtetat für 1981 beläuft sich inzwischen auf 35 Mio Dollar Militär- und 144 Mio Dollar Wirtschaftshilfe („SZ“, 21.4.81). 343 t Rüstungsmaterial (laut bekannt gewordenen Zahlen) hat die Junta seit Jahresbeginn von den USA erhalten. Aber auch in den USA wächst die Opposition gegen diese Politik. 2000 Menschen demonstrierten mitsamt eines demokratischen Abgeordneten vor dem Weißen Haus („SZ“, 21.4.81). Die 18 schwarzen Abgeordneten im US-Kongreß verurteilten ebenfalls in einer gemeinsamen Erklärung die El Salvador-Politik und den „gefährlichen Konfrontationskurs“ der Reagan-Regierung („SZ“, 14.4.81).

Zum 1. Mai dürfte und muß die Solidarität mit El Salvador überall ein zentrales Thema sein. In Hamburg wird es einen entsprechenden Block in der Demonstration geben. Auf dem traditionellen Volksfest ist El Salvador und die Bedrohung Mittelamerikas ein inhaltlicher Programmpunkt. Der Überschuss des Festes geht an die FDR.

Lateinamerika-Kommission

Nicaragua:

»Wir bereiten uns auf die Verteidigung der Revolution vor« Interview mit Hugo Torres

Hugo Torres war neben Eden Pastora an der – inzwischen legendären – Besetzung des National Palastes in Managua beteiligt. Nach dem Sieg der FSLN wurde er Vizepräsident für Inneres und ist jetzt der Delegierte der Streitkräfte im Staatsoberhaupt.

Das folgende Interview haben wir aus der Zeitung „Servir al Pueblo“ der spanischen Organisation MC (Movimiento Comunista) entnommen und in Auszügen übersetzt.

Das Interview behandelt überwiegend Fragen zur Verteidigung der nicaraguanischen Revolution, Probleme des Volksheeres und der Milizen. Angesichts der direkten Bedrohung Nicaraguas, Cubas und des mittelamerikanischen Raums durch die US-Regierung und angesichts des 20. Jahrestages der gescheiterten US-Invasion in der kubanischen Schweinebucht, der im April in Cuba begangen wurde, schienen uns diese Punkte mehr als aktuell.

Lateinamerika-Kommission

Frage: Seit dem Sieg der nicaraguanischen Revolution und dem Vormarsch des Volkskampfes in verschiedenen Ländern Mittelamerikas vervielfacht der nordamerikanische Imperialismus seine Unterstützung... für die diktatorischen Regierungen der Region. Auch die Möglichkeit einer direkten militärischen Intervention läßt sich nicht ausschließen, im Falle, daß sich diese Hilfe als ungenügend erweist, um den Vormarsch der revolutionären Kräfte aufzuhalten. Wie wird dies von Seiten des freien Nicaragua beurteilt?

Hugo Torres: „Der Imperialismus hat großes Interesse an unserer Region, unter ökonomischen, aber vor allem unter politischem und militärischem Gesichtspunkt. Es ist also logisch, daß sie sich nicht damit abfinden werden, Nicaragua endgültig zu verlieren, noch, daß wir hier den begonnen revolutionären Prozeß weiter vertiefen. Und noch weniger werden sie sich damit abfinden, El Salvador zu verlieren. In diesem Sinne haben sie keinerlei Bedenken zu versichern, daß sie die diktatorischen Regierungen des Gebiets stärken werden. Und es handelt sich dabei nicht um Ankündigungen, sondern um Tatsachen. Da ist die Erhöhung der Militärhilfe für die faschistische Junta in El Salvador, und da sind auch die ökonomischen Druckmittel gegen unser Land, angefangen bei der Streichung der 15 Mio Dollar, Teil des berühmten 75 Mio Dollar-Kredits. Gleichzeitig schützen sie bewaffnete Konspirationen im Inneren Nicaraguas ebenso wie von außen. Außerdem gibt es die reale Möglichkeit einer bewaffneten Aggression in großem Maßstab. Das terroristische Kabinett der Reagan, Bush, Kirkpatrick und Haug – verantwortlich für die Bombardierungen in Vietnam und Kampuchea – und derselbe Reagan haben versichert, daß es notwendig ist, die Interessen und die

Überlegenheit der USA gegen jede andere Sache durchzusetzen... Und unser Land befindet sich kaum zwei Flugstunden von den USA entfernt, es ist eins der wichtigsten Interessengebiete für sie.

Frage: Ist diese Analyse die Grundlage für den Aufruf an das nicaraguanische Volk, sich in die Volksmilizen einzureihen, den die Nationale Sandinistische Leitung kürzlich herausgab?

Hugo Torres: Sicher. In dieser Situation treibt uns die Verantwortung als Avantgarde der Revolution, unser Volk dringend aufzurufen, sich auf die Verteidigung der erkämpften Errungenschaften vorzubereiten. Zwei Ziele wurden festgelegt. Die Erhöhung der Produktion in allen Bereichen unserer Wirtschaft und die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft. Einmal durch die Erhöhung der Kampfkraft unseres sandinistischen Volksheeres, der Hauptstütze unserer Streitkräfte und Speerspitze in der Stunde des Kampfes gegen eine bewaffnete Aggression größeren Maßstabs. Dazu gehört auch die Stärkung der Sicherheitsorgane des Staates, damit sie konterrevolutionäre Aktivitäten verhindern, sie aufdecken, sobald sie beginnen und sie vernichten. Und dazu gehört die Stärkung der Nachhut unserer Streitkräfte, die durch die sandinistischen Volksmilizen gebildet wird. Wegen der besonderen Kennzeichen unserer Wirtschaft und wegen der Tatsache, daß wir ein Land mit weniger als 3 Mio Einwohnern sind, sind wir gezwungen, ein Heer zu schaffen, das der Nation keine großen Kosten bereitet, das aber eine hohe Kampfkraft besitzt... Das erfordert, viele Reserve-Einheiten und Speerspitzen aufzubauen. Reserve-Einheiten sind diejenigen, die bei einer Mobilisierung einen Teil der sandinistischen Volksarmee bilden, die heute zusammengesetzt werden aus Genossen, die in der Landwirtschaft, in der Industrie oder Verwaltung arbeiten oder studieren. Aber im Laufe der Zeit erhalten sie eine Ausbildung genau wie die Soldaten der sandinistischen Volksarmee. Die sandinistischen Volksmilizen sind Ausdruck der breitesten militärischen Organisation des Volkes. In den Reserve-Einheiten sind die militärisch besser geschulten Männer und Frauen zusammengefaßt mit größerer Kampfkraft, einschließlich der physischen Verfassung. In den Milizen dagegen gibt es Platz für das ganze Volk, das nur seine Bereitschaft zum Kampf und zur Verteidigung der Revolution einbringt.

Frage: Wie sind die Milizen organisiert und was ist ihre genaue Aufgabe?

Hugo Torres: Im Falle einer größeren bewaffneten Aggression von außen

muß ein Teil unserer Polizei in den Kampf einbezogen werden. In diesem Fall müssen die Milizen die heutigen Aufgaben der Polizei übernehmen... Sie müssen die Fabriken überwachen, um Sabotage zu verhindern, sie müssen außerdem die Produktion aufrechterhalten und steigern, eine notwendige Sache in Kriegzeiten. Aufgabe der Milizen ist es auch, gemeinsam mit den Massenorganisationen für die Sicherheit auf den Straßen zu sorgen. Die Verantwortung für die Organisation der Milizen liegt bei den Gewerkschaften und den Massenorganisationen im allgemeinen. Die militärische Ausbildung ist Sache des sandinistischen Volksheeres, dies arbeitet die Ausbildungspläne aus, stellt die Ausbilder, Gerät und Bewaffnung. Im Februar dieses Jahres gab es – allein in Managua – 20 000 Milizangehörige in der Ausbildung. Das Ziel, das wir anstreben, ist, daß jeder Nicaraguenser ein Milizionär wird.

Frage: Es ist anzunehmen, daß in den 1 1/2 Jahren Revolution eine der größten Schwierigkeiten für die Nationale Leitung darin bestand, die Guerilla Kräfte umzuwandeln in ein geschultes Heer, das in der Lage ist, all die Aufgaben zu erfüllen, die die Verteidigung der Revolution sowohl gegen den äußeren als auch gegen den inneren Feind erfordert.

Hugo Torres: Diese Aufgabe hat uns zu außergewöhnlichen Anstrengungen gezwungen und viele Probleme gebracht. Die erste Schwierigkeit war folgende. Eine Gruppe schlecht bewaffneter Leute, die den Mangel an technischer Ausrüstung durch ein Übermaß an Kampfkraft, durch bessere Kenntnisse der Gegend und durch den Überraschungseffekt ausgleicht – dies ist etwas ganz anderes als reguläre militärische Strukturen mit den Merkmalen eines konventionellen Heeres.

Von der einen Sache zur anderen überzugehen bedeutet zum einen, einen schnellen Lernprozeß einzuleiten in der Handhabung neuer Waffen wie Artillerie, Panzer, Luftwaffe, und es bedeutet zum zweiten eine wichtige Veränderung der Mentalität. Außerdem mußten wir andere wichtige Teile der bewaffneten Kräfte organisieren: die sandinistische Polizei, die Sicherheitsorgane des Staates. Die Schwierigkeiten waren groß, aber wir haben mit einem lebendigen Element gerechnet der Moral und dem revolutionären Bewußtsein unserer Soldaten. Sie haben große Anstrengungen gemacht, um sich auf die neue Situation einzustellen und die wissenschaftlicheren und komplizierteren militärischen Dinge zu lernen.



Vor genau 20 Jahren, im April 1961, unternahm der US-Imperialismus einen weiteren Versuch Kuba zurückzuerobern. Die berüchtigte Invasion in der Schweinebucht scheiterte.

Heute wird Kuba wieder und immer noch ebenso wie Nicaragua ganz direkt vom US-Imperialismus, von der Reagan-Regierung bedroht. Anlässlich des Jahrestages nahm Fidel Castro in Havanna eine Parade von 60 000 Mitgliedern der Volksmiliz (Frauen und Männern) ab. (Siehe auch das Interview zur Verteidigung der Revolution in Nicaragua.)

Wir haben deswegen in kurzer Zeit große Fortschritte gemacht.

Aber es gibt weiterhin Schwierigkeiten. Da ist das Problem der Schulung von Chefs und Offizieren in der Führung von Kampfseinheiten, die viel größer sind als während des Befreiungskampfes. Ein anderer Punkt, den man in Rechnung stellen muß, ist die Disziplin, die war in der Guerilla eher real als formal. In einem regulären Heer muß beides eng verbunden werden. Andererseits haben wir nicht viel Zeit gehabt, um die Einheiten zu formieren und die Strukturen aufzubauen. Denn gleichzeitig mußten wir uns der militärischen Aktivität des Feindes, der nicht aufgehört hat, uns zu bekämpfen, im Innern und an den Grenzen stellen.

Dies hat uns bei vielen Gelegenheiten daran gehindert, mehr Zeit für die theoretische Ausbildung zu verwenden, aber es hat uns die Gelegenheit gegeben, sie mit der Praxis zu verbinden, eine Sache, die einen wichtigen positiven Aspekt hat.

In bezug auf die Organisation der Polizei und der Staatssicherheit teilen wir uns schwer, weil wir auf diesem Gebiet wenig Erfahrung hatten. Außerdem begannen die konterrevolutionären Aktionen sowohl im Innern als auch die Aktionen von außen geschickter Agenten schon vor dem Sieg der Revolution.

(Es folgen einige Beispiele, die wir hier zusammengefaßt wiedergeben. Die Bildung der Staatssicherheit ging von 6 Genossen aus, die ohne Einrichtung, technische Mittel usw. im Hotel Intercontinental saßen und dabei waren, sich über ihre Aufgaben und Ziele klar zu werden, während Anhänger Somozas noch oder schon wieder ihre Anschläge durchführten. Besonders schwierig war der Aufbau der Polizei, besonders weil die Kriminalität als Folge des Krieges stark an-

gestiegen war. In den Tagen des Sieges gab es viele Leute, die sich eine Uniform, ein Gewehr beschafften und als Kämpfer ausgaben. Es gab regelrechte Banden in Polizeiform, die das Durcheinander nach dem Sieg auszunutzen versuchten. Von 7 000 Mitgliedern wurde die Polizei auf 2 000 reduziert. Außerdem gab es keinerlei Erfahrung im Umgang mit „normaler“ Kriminalität und keine Methode und Klarheit über die Behandlung dieser Art von Widerprüchen.

In einem weiteren Teil des Interviews führt Hugo Torres Beispiele für die Aktionen der Konterrevolution an.

Teilweise haben wir im AK darüber berichtet. Deswegen hier nur einige Beispiele, die die Aufgaben der Milizen verdeutlichen: Verschiedene Banden, die vor dem Sieg Verbindung mit Somozas Nationalgarde hatten, wurden im Norden von den Milizen bekämpft. Viele Zusammenstöße gibt es bis heute an der Grenze zu Honduras. Soldaten und Nationalgardisten, die in Honduras auf Farmen stationiert sind und ausgebildet werden, sichern über die Grenze ein. Diese Gruppen können sich nur durch die Unterstützung der hondurenschen Armee halten. Wie Hugo Torres sagt: „Wir waren Guerilleros und wir wissen wie schwer es ist, sich zu halten, wenn man nicht ein Hinterland hat, logistische Unterstützung, Waffen, Medikamente, Lebensmittel.“

Das Gebiet an der Grenze zu Honduras ist sehr bergig und für größere Truppenbewegungen unzugänglich. Eine Brigade unterstützt von Milizeinheiten hat in diesem Gebiet gekämpft. Es wird mehr und mehr die Aufgabe der Bewohner und Bauern des Gebietes selber, die ihr Land in Milizen zusammengefaßt verteidigen, die Sabotage verhindern, Grenzübertreitte beobachten und melden usw.)

Die DDR auf dem Wege zu einer »modernen Industrienation«: Anmerkungen zum 10. Parteitag der SED

Vom 12. - 17. April fand der 10. Parteitag der SED statt. Wie üblich war dies ein stereotyp ablaufendes Programm ohne einen Hauch kontroverser Diskussionen: Alles, der Rechenschaftsbericht des ZK, die „Direktive“ zum neuen Fünfjahresplan 1981 - 85, die Neuwahlen des ZK und des Politbüros, erfolgten mit einmütigen Zustimmung. Die „Aussprachen“ zu den Berichten des ZK bestanden im wesentlichen darin, die getroffenen Aussagen von Honecker zu „begründen“ oder gleich neue „Verpflichtungen“ zu übernehmen.

Diese Propaganda-Show, die wieder einmal die wachsende Geschlossenheit der Partei und die ganz enge Verbundenheit mit dem Volke demonstrieren sollte, konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der „real existierende Sozialismus“ der DDR schwierigen Zeiten entgegengieht.

SED-Chef Honecker brachte dies kurz und knapp auf die Formel: Die „Sicherung des Erreichten ... sowie seine Mehrung verlangen einen volkswirtschaftlichen Leistungsanstieg wie nie zuvor“ (1). Die Arbeiter sollen weiterhin die Hauptlast der wirtschaftlichen Schwierigkeiten tragen, ohne daß die SED-Führung die Fakten und Entwicklungstendenzen klar benennt. Sie muß gemäß ihrer Ideologie und der angeblichen Gesetzmäßigkeit der „realsozialistischen“ Politökonomie ein stetes Wirtschaftswachstum vortäuschen, um damit die Überlegenheit des „realen Sozialismus“ gegenüber dem kapitalistischen Westen zu beweisen.

I. Zur internationalen Entwicklung

„Im Brennpunkt“ — so Honecker in seinem ZK-Rechenschaftsbericht — stehe „mehr denn je die Sicherung des Friedens“. Zur Politik der friedlichen Koexistenz und Entspannung gebe es keine Alternative; dieser Einsicht könnten sich „auch realistische denkende Staatsmänner ... der westlichen Welt nicht verschließen“. Ansonsten tauchte die Entspannungspolitik angesichts der Hochrüstungs- und Eindämmungspolitik des Imperialismus auch im SED-Rechenschaftsbericht kaum noch auf.

Schwerpunkt wird vielmehr darauf gelegt, die schwere wirtschaftliche Krise des imperialistischen Systems, verbunden mit innenpolitischen Rechtsentwicklungen, zu analysieren. Der Imperialismus befinde sich im Übergang zu einem „Konfrontationskurs“, strebe „militärische Überlegenheit“ an, betreibe „unverhüllte Kriegsvorbereitungen“, und der Kalte Krieg werde in „einem bisher nie dagewesenen Umfang“ neu belebt.

Demgegenüber wird auf die Fortschritte bei der Festigung der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ und besonders den „Bruderbund“ mit der Sowjetunion verwiesen. Zu Polen hielten sich ausnahmslos alle SED-Führer auffallend zurück. Honecker selbst gab zum besten, daß die SED an der Seite der Kommunisten Polens stehe, die dort den „Sozialismus verteidigen“. Nur einige Arbeiter, die nicht der Führung der SED angehören, dürften ihrem Unmut etwas Luft machen und darüber klagen, warum denn nicht schon längst gegen die „antisozialistischen Elemente“ in Polen vorgegangen worden sei.

Differenzierter sind die Töne der SED gegenüber den anderen „sozialistischen Bruderländern“, über die auf dem 10. Parteitag weiter nichts verloren wurde — im Gegensatz zu den vorherigen Parteitagen. Honecker sprach neuerdings von „gleichartigen sozialökonomischen und politischen Grundlagen auf der einheitlichen Grundlage des Marxismus-Leninismus“ (1) und auch KPdSU-Chefideologe Suslow betonte in seiner Rede gleichfalls, daß die „Wege und Formen des sozialistischen Aufbaus unter unterschiedlichen nationalen und historischen Bedingungen“ (2) verlaufen und zog dazu sogar ein Lenin-Zitat heran.

Diese „Feinheiten“ weisen darauf hin, daß die einzelnen RGW-Länder vor dem Hintergrund allgemeiner wirtschaftlicher und auch politischer Schwierigkeiten — bei „Wahrung der Prinzipien“ — gewisse nationale Spielräume erhalten bzw. sich im Rahmen des RGW durchgesetzt haben. Nicht umsonst soll es auf Anregung von Breschnew bald zu einem Treffen auf höchster Ebene zwischen den RGW-Chefs kommen, um über wirtschaftliche Krisenlösungen zu sprechen.

Interessant waren die Äußerungen Honeckers zur VR China. Nach altem Brauch wurde zunächst „Pekings

Antisowjetismus“ und das „außenpolitische Zusammenwirken Chinas mit den USA“ scharf verurteilt — sodann hieß es aber:

„Die Überwindung des maoistischen Erbes, das von den gegenwärtigen Führern Chinas selbst als verhängnisvoll bezeichnet wird, erweist sich als ein komplizierter, widerspruchsvoller Prozeß. Mit welchem

necker — zu „90 % aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität“.

Im klassischen Industrieland DDR kletterte der Automationsgrad in der Produktion von 42 % (1975) auf 49 % im Jahre 1980 (1).

Hierin kommt zum Ausdruck, daß sich die DDR im vergangenen Planjahr fünf voll im Übergang von der extensiven Produktion („Tonnenideolo-

geworden angesichts einer importierten Inflation, vor allem der enormen Verteuerung der Rohstoff- und Erdölpreise seit der ersten sogenannten „Ölkrise“ 1973/74. Die DDR, die stark von Rohstoffimporten abhängig ist, muß die gestiegenen Rohstoffpreise durch bessere und vermehrte Exporte zu decken versuchen, wobei sie unter dem Druck steht, international wettbe-

Schon jetzt arbeiten infolge von Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitskräfteeinsparungen rund 100.000 Arbeiter an der Entwicklung, Produktion und Anwendung von Mikroelektronik (3). Diese Umverteilung und Umschulung von Arbeitskräften soll noch erheblich gesteigert werden.

III.2. Die Hauptdase: Mehr arbeiten!

In Punkt 2 eines zehn Punkte umfassenden Programms der „ökonomischen Strategie“ wird die „Steigerung der Arbeitsproduktivität“ als wesentliches Ziel genannt. Der Hauptaspekt dabei ist ein effektiveres Wirtschaften und enorme Arbeitsplatzerparierungen. 15 - 20 % aller Arbeitskräfte sollen bis 1985 eingespart und umverteilt werden (3). Die Qualität der Produkte sei zu steigern, damit DDR-Artikel zu „einem weltweit anerkannten Markenzeichen“ werden (1). Dabei „muß die Produktion schneller steigen als der Aufwand an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit“ (1).

Dieser rigorosen Sparpolitik sollte der KPdSU-Vertreter Suslow auf dem SED-Parteitag viel Lob. Die Einsparung an gesellschaftlicher Arbeit, von Arbeitszeit insgesamt sei etwas, was Karl Marx „als Hauptkennwert des Fortschritts“ bezeichnet habe (2).

Herr Suslow hat nur geflüstert übersehen, daß die Einsparung von Arbeitszeit in der DDR bei weitem nicht den Arbeitern durch Arbeitszeitverkürzungen zugute kommt. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Sowohl Honecker als auch Stoph verlangten eine Ausweitung der Mehrschichtarbeit! Hier kehrt die herrschende Klasse also den Weg des Abbaus von Mehrschichtarbeit wieder um, damit sie eine höhere Auslastung der Kapazitäten erzielen kann. Wer sich durch die Automation und Einführung von Mikroelektronik eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen erwartet hat — der sieht sich arg getäuscht!

Diese höhere Arbeitsproduktivität, die von den Arbeitern abverlangt werden soll, wird indes nicht höher vergütet. Die Netto-Geld-Einnahmen der Bevölkerung weisen im neuen Fünfjahresplan nur jährliche Wachstumsraten von knapp 4 % auf, während die Exporte um rund 7 % jährlich, die Industrielle Warenproduktion um 5 % steigen sollen. Nach dem Motto „Weniger produzieren mehr“ sollen so über 90 % des Produktionswachstums allein durch Einsparungen an Arbeitskräften, Material und Energie gesichert werden (3).

III.3. Sowjetische Hilfe hat Grenzen ...

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR ergeben sich aus der starken Exportabhängigkeit von Rohstoffen und Erdöl vor allem aus der Sowjetunion. Die DDR muß heutzutage viermal so viele Maschinen für den Export herstellen, um die gleiche Menge sowjetischen Rohöls zu erhalten wie vor zehn Jahren (3). Die Preisrelationen im Außenhandel haben sich also deutlich verschlechtert. In den siebziger Jahren stiegen die Importpreise um 43 %, die Exportpreise für DDR-Waren jedoch nur um 26 % (4).

Seit 1975 ist die Sowjetunion nämlich dazu übergegangen, sogenannte Preisgleitklauseln im Handel mit ihren RGW-Partnern einzuführen, d.h. die Preise für Rohstoffe und Öl sind nicht mehr — wie früher — im Zeitraum eines ganzen Planjahres stabil. Honecker selbst bemerkte, daß „im Handel zwischen den RGW-Ländern diese Preise dennoch beträchtlich steigen“ werden (1). Eine Konsequenz ist, daß die Qualität der Exporte bedeutend erhöht werden soll, um „da für gute Preise erzielen zu können“ (1). Die „Maßstäbe beim Export setzt unbestechlich das internationale Preisniveau“, woraus folgt, daß „noch stärker vom Bedarf der äußeren Märkte ausgegangen und die Absatzorganisation des Außenhandels den Bedingungen des internationalen Marktes angepaßt werden“ müsse (1).

Daraus zieht die SED-Führung die Konsequenz, den Export von Kalidünger und Walzstahl bis 1985 noch einmal zu verdoppeln. Der Maschinenbauexport als Hauptträger soll im gleichen Zeitraum um 41 - 43 % steigen und die Elektroerzeugnisse um über 50 % (1).



„Ach, Erich, mit dir im Amt bin ich unbesorgt“ — „Michail, gib schon mal die Karten beim Poker ums Öl“

Ergebnis die sich jetzt abzeichnenden Veränderungen verlaufen werden, bleibt daher abzuwarten“ (1).

Die Revisionisten nehmen also die Absage der jetzigen chinesischen Machthaber an die „verhängnisvolle“ Kulturrevolution mit Erleichterung auf und scheinen insbesondere gleichartige innenpolitische, vor allem wirtschaftspolitische Entwicklungen in der VR China mit wohlwollendem Interesse und eigenen Hoffnungen zur Kenntnis zu nehmen.

Aufschlußreich ist auch das Verhältnis der herrschenden Klasse in der DDR gegenüber den Revolutionen und Befreiungskämpfen der Völker der „Dritten Welt“. Während es in Ländern wie Äthiopien, Angola, Mosambik und der VR Jemen „Volksevolutionen“ gegeben hat, die bekanntlich massiv von den Ländern des RGW unterstützt werden, hat es in Nicaragua nur „fortschrittliche Veränderungen“ gegeben. Aber Honecker weiß es zu „schätzen, daß sich die revolutionären Kräfte dieser Länder (wie Nicaragua) dem wissenschaftlichen Sozialismus zuwenden und ihren Weg unter Führung von Vorhutparteien beschreiten“ ... (1).

Uneingeschränkte Solidarität also den Ländern der „Dritten Welt“ gegenüber, die einen „Weg zum Sozialismus“ in enger Anlehnung an die Sowjetunion einschlagen — gebremste Solidarität mit den Ländern wie Nicaragua, die ihren eigenen Weg suchen.

II. Die wirtschaftliche Leistungsbilanz der DDR: Auf dem Rücken der Arbeiter...

Die SED-Führung legte auf ihrem 10. Parteitag Rechenschaft ab über die wirtschaftlichen Entwicklungen im Zeitraum des letzten Fünfjahresplanes (1976 - 1980). Honecker gab dabei zu, daß sich die „Preisexplosionen“ auf dem Weltmarkt voll auf die Wirtschaft der DDR auswirkten. Die Belastungen hätten sich als „hoch“ erwiesen (1). Daß vor allem die Arbeiter die Folgen ausbaden mußten, geht aus den wenigen spärlichen Zahlen hervor, die Honecker nannte.

Das gesamte Nationaleinkommen (in etwa vergleichbar mit dem Brutto-sozialprodukt) stieg im genannten Zeitraum um 25,4 %, die industrielle Warenproduktion um 32,2 %. Die Gesamtausfuhr stieg „materiell“ um 40,7 %, sie wuchs also schneller als die Produktion. Der Außenhandelsumsatz stieg 1975 - 1980 um 161 %, mit „nichtssozialistischen Staaten“ 1976 - 1980 um 82 %. Demgegenüber stiegen die Nettoeinnahmen der Bevölkerung in einem Zeitraum von sechs Jahren von 101 Milliarden auf 121,3 Milliarden Mark — also durchschnittlich um ganze 3,7 % jährlich!

Die Arbeitsproduktivität stieg dafür im Vergleich zu 1970 um sage und schreibe 68 %. Der Zuwachs des Nationaleinkommens kommt — so Ho-

gie“) zur intensiven Produktion (nach dem Motto mehr Qualität statt Quantität) befindet und die wesentlichen Wachstumshebel in der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter und einer Rationalisierung größten Umfangs liegen.

Im Bereich Rationalisierung und Investition setzte die DDR-Bürokratie vor allem an zwei zentralen Punkten an: Sie suchte die „Preisexplosionen“ im Energiesektor (Erdöl) und übriger Rohstoffe zum einen durch eine Steigerung ihres devisenbringenden Exportvolumens, zum anderen durch neue Spar- und Rationalisierungspolitik zu bewältigen.

Auf dem Energiesektor konnte Honecker erfreut vermelden, daß der Anteil der Kernenergie von rund 1 % (1970) auf nunmehr 11 % gestiegen sei (1). Bis 1985 soll dieser Anteil auf 12 - 14 % erhöht werden. Der Anteil der Braunkohle an der Primärenergie beträgt mittlerweile rund 60 %, wobei die DDR erhebliche Investitionen zur Neuerschließung und Kapazitätserweiterung der Braunkohleförderung tätigte. Das Erdöl selbst soll hauptsächlich nur noch für die Bereiche der chemischen Industrie zur Verfügung stehen, wo es dringend als Rohstoff für chemische Erzeugnisse benötigt wird.

Besonders stolz ist die SED-Führung auf den rapiden Ausbau ihrer Mikroelektronik und Industrieroboter. 1976 erzeugte die DDR nur einige wenige Mikroprozessoren im Werte von „einigen Millionen Mark“, allein 1980 gab es schon einen Produktionswert von nahezu einer Milliarde Mark. Mikroprozessoren sind nicht nur der Trumpf bei der Rationalisierung im eigenen Staate, sondern auch wichtiger Exportschlüssel vornehmlich im Rahmen der „sozialistischen ökonomischen Integration“ des RGW.

Beachtliches brachte die DDR auch im Bereich des Wohnungsbaus zustande: Im letzten Planjahr fünf wurden insgesamt 813.000 Wohnungen für 4,25 Millionen Menschen neu gebaut. Nicht so beachtlich scheint es in der Landwirtschaft zugegangen zu sein. Honecker beklagte einen Mangel an Zuckerrüben, ein anderer ZK-Sekretär beklagte sich über zu wenig Kartoffeln.

Die SED-Führung betonte, daß die Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten usw. — also Mittel des täglichen Grundbedarfs — konstant geblieben seien. Diese Waren, die immerhin rund 80 % des konsumierten Warenumfangs ausmachen, sollen auch im nächsten Planjahr fünf billig bleiben und dafür staatlich subventioniert werden.

III. Die „Krisenbewältigung“

Die DDR steht vor einschneidenden Veränderungen ihrer gesamten Wirtschaftsstruktur in den 80er Jahren. Die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums ist bedeutend schwieriger

werbsfähig zu bleiben. Dazu ist ein weiterer kräftiger Rationalisierungsschub geplant.

In geradem klassischer Manier betonte Honecker erneut das Primat der Ökonomie: „Das entscheidende Kampffeld für das revolutionäre Handeln der Partei und jedes Kommunisten ist und bleibt die Wirtschaft... Die entscheidende Veränderung des Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis ist das grundlegende Erfordernis der kommenden Jahre“ (1). Der „beherrschende Gesichtspunkt“ sei nunmehr, „durch moderne Wissenschaft ökonomische Effektivität zu gewinnen“ (1).

III.1. Der Boom der Mikroprozessoren

III.1. Der Boom der Mikroprozessoren

Nicht mehr die Arbeiter, sondern die „wissenschaftlich-technische Revolution“ sei nun „unmittelbar zur Hauptreserve für Leistungswachstum und Effektivität unserer Volkswirtschaft geworden“ (1). Immer mehr werde die DDR als „moderner sozialistischer Industriestaat“ von dieser Art „Revolution“ geprägt. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt solle die „gesamte Ökonomie des Landes“ durchdringen (1).

Was unter diesen Schlagworten zu verstehen ist, betrifft vor allem die Entwicklung von Mikroprozessoren und Industrierobotern. Erst relativ spät, nämlich im November 1977, „entdeckte“ das SED-ZK erstmals die Mikroelektronik. Sie wurde rasch ausgebaut und soll zum einen die nötigen Exportdevisen bringen (im Handel vor allem innerhalb des RGW) und zum anderen als wichtiger Hebel einer umfassenden Rationalisierung in der eigenen Industrie dienen.

„Die Maßstäbe setzt unbestechlich das internationale Niveau“, betonte Honecker, und deshalb seien hohe Anforderungen an die Wissenschaft gestellt, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Die DDR-Bürokratie hat sich in der Tat viel vorgenommen:

- Bis 1985 soll die Produktion von Mikroprozessoren verdreifacht werden und der „überwiegende Anteil des ... Bedarfs an Mikroprozessoren aus eigenem Aufkommen“ gedeckt werden. Zugleich sei „internationaler Höchststand“ zu erreichen (1).

- Honecker betonte, daß die gesamte Wirtschaft von den Mikroprozessoren „erfaßt“ werden soll. Bis 1985 will die DDR 50 % aller hergestellten Maschinen mit Mikroprozessoren ausrüsten.

- Mit Hilfe der Einführung der Mikroelektronik in der Industrieproduktion soll ein umfassender Übergang zur Automation erfolgen und bis 1985 die Jahresarbeitszeit von 300.000 Arbeitskräften eingespart werden (1976 - 80 waren es lediglich 180.000).

- Statt der ursprünglich geplanten Produktion von 9.000 sollen nunmehr bis 1985 40 - 45.000 Industrieroboter hergestellt werden.

Dabei muß die DDR das Kunststück fertigbringen, in den nächsten fünf Jahren mit etwa der gleichen Menge an Rohstoffen und Rohöl auszukommen wie 1980, bei kaum erhöhten Investitionsraten, die eigentlich für die Modernisierung erforderlich wären, um „die internationale Konkurrenz mit hochveredelten Erzeugnissen zu schlagen“, wie Honecker verkündete. Die Sowjetunion jedenfalls liefert knallhart 19 Mio Tonnen Rohöl jährlich bis 1985 und keinen Barrel mehr.

III.4. Auch in der DDR: Energiesparen ist Trumpf

Das heißt für die DDR-Führung, die Rohstoffe noch besser als bisher zu verwerten sowie nach eigenen knappen Ressourcen Ausschau zu halten. In der Tat investiert die DDR 7-8 Mrd. Mark für geologische Erkundungen und Erschließungen eigener Rohstoffe.

Auf dem Energiesektor sieht der neue Fünfjahresplan vor, den Energieverbrauch jährlich um insgesamt 3-5,5 % zu senken. Bereits 1980 wies der Energieverbrauch ein Minus-Wachstum von 1 % aus (1). Das so kostbare Rohöl soll fast ausschließlich für die Veredelung in der chemischen Industrie verwendet werden, während die Versorgung mit Primärenergie zu 12-14 % aus Kernkraftwerken, zu 60 % aus den eigenen Braunkohlevorkommen gedeckt werden soll. Für die chemische Industrie hat das bereits die Auswirkung, daß Honecker diesem Bereich „Nullwachstum“ verordnete.

Die Rückbesinnung auf die gute alte Braunkohle als Primärenergieträger bedeutet, daß sich „die gesamte Volkswirtschaft in einem bisher nicht gekannten Umfang auf den direkten Einsatz von Rohbraunkohle einstellen“ müsse. In der chemischen Industrie stammen bereits 25 % der organischen Rohstoffe aus der Braunkohle; die Rohstoffbasis in der Chemie soll durch die produzierten Überschüsse aus der Braunkohleförderung gedeckt werden.

Der Energieverbrauch für Raumheizungen soll in Neubauwohnungen um 40 % gesenkt werden — da freut sich der Ökologe!

Das Dilemma ist, daß es der DDR einerseits an harten Devisen und an Exportkapazität mangelt, um mehr Öl kaufen zu können. Die verstärkte Förderung von Braunkohle erfordert gewaltige Investitionen, da die Förderung schwieriger geworden ist, die Flöze tiefer liegen. Wegen der Rohstoffknappheit geht die DDR außerdem verstärkt dazu über, ihre Sekundär-Rohstoffe zu erhöhen. Sie hat vor, „die Abfallstoffe der Rohstoffe zu verwerten“ und verstärkt dazu über, ihre Sekundär-Rohstoffe zu erhöhen. Sie hat vor, 12,4 % der gesamten Rohstoffe aus Recycling wieder nutzbar zu machen (5).

Erschwerend kommt noch hinzu, daß die großen Steinkohlelieferungen aus Polen im vereinbarten Umfang nicht erfüllt werden und dadurch zusätzliche Engpässe entstehen.

III.5. Preispolitik als „Anreiz“

Die idyllischen Zeiten von stabilen Preisen in den Volkswirtschaften der „realsozialistischen“ Länder sind längst vorbei. Die Anwendung des kapitalistischen Wertgesetzes hat auch in der Preispolitik Einzug gehalten. Seit 1975 — nach der ersten „Ölkrise“ — setzen die Wirtschaftsplaner die Preise für Industriegüter drastisch herauf. Seitdem ist es üblich, daß jeweils am Jahresanfang die Preise zum Teil kräftig erhöht werden. Honecker kündigte die Fortsetzung und den Ausbau dieser Preispolitik auf dem 10. Parteitag an: „Der rasche Preisanstieg für wichtige Energieträger und Rohstoffe macht es notwendig, die Industriepreise in den kommenden Jahren weiter zu erhöhen.“ Dadurch solle „die Qualität der Arbeit in der Preisbildung ein größeres Gewicht erhalten... Preiszuschläge sollen das Interesse des Produzenten an Erzeugnissen... stimulieren“ und den „realen volkswirtschaftlichen Aufwand widerspiegeln“. Honecker forderte außerdem, daß durch die staatliche Preispolitik „mehr Spitzenleistungen gefördert“ und „in dieser Hinsicht... am Verhältnis von Preis und Leistung gearbeitet werden“ müsse (1).

Der Anreiz für die Generaldirektoren in den Industriekombinaten besteht darin, durch Material- und Arbeitskräfteeinsparungen (Rationalisierungen) bei gleichzeitig angehobenen Preisen mehr Kapital zu akkumulieren. Während der Wert der Ware Arbeitskraft relativ sinkt, erhöht sich der Wert bestimmter Industrieerzeugnisse. Das ist teilweise exportbedingt und eine Anpassung an die internationale Preisentwicklung auf dem Weltmarkt — ein Preis, den „reale Sozialismus“ im Konkurrenzkampf mit den kapitalistischen Staaten zu zahlen bereit ist.

Die Preispolitik hat jedoch auch negative Folgen für die DDR-Bevölkerung. Honecker erklärte zwar, daß die

„Verbraucherpreise für die Erzeugnisse des Grundbedarfs unverändert beibehalten (werden). Das umfaßt 80 % des Warenfonds für die Bevölkerung überhaupt“ (1).

Das bedeutet aber gleichzeitig, daß die Bevölkerung für „Waren des gehobenen Bedarfs“ in den „Delikat“- und „Exquisit“-Läden (worunter spezielle Nahrungsmittel ebenso fallen wie z.B. Kühlschränke) mehr bezahlen soll als bisher. Das heißt auch, daß das „Drei-Klassen-Prinzip“ für DDR-Waren sanktioniert wird. Man unterscheidet dabei Preise für Waren des „Grundbedarfs“ (die staatlich subventioniert werden) und Preise für Waren des „gehobenen“ Bedarfs, die künftig noch weiter ansteigen sollen. Damit klappt die Schere weiter auseinander zwischen denjenigen, die sich nicht viel mehr als den „Grundbedarf“ leisten können und einer aristokratischen Schicht der Intelligenz, Meistern, Direktoren und Parteifunktionären.

Die Preispolitik der DDR hat jedoch Auswirkungen auf das staatliche Planungsinstrumentarium. Volkswirtschaftsplaner können nun nicht mehr ohne weiteres detailliert von der Staatlichen Plankommission vorgegeben werden, da sich das Preisgefüge und die Relationen ständig verändern. Deshalb hat die Bürokratie dieses Planungsinstrumentarium „reformiert“.

III.6. Die zentrale Rolle der Industriekombinate

Seit Bestehen der DDR ist das Wirtschaftsgefüge zunehmend zentralisiert worden. Honecker nannte in diesem Zusammenhang neue Zahlen. Anstatt 129 Industriekombinate mit 2,4 Mio Beschäftigten gebe es nunmehr 157 Kombinate mit 2,9 Mio Beschäftigten. Außerdem beabsichtigt die SED-Führung, die bezirklichen Betriebe ebenfalls in „bezirkseigene Kombinate“ zu überführen, um effektiver zu wirtschaften und eine bessere Durchsichtbarkeit zu erzielen.

Aufgrund des schwierigen Unterfangens, bei flexiblen Preisen feste Pläne aufzustellen, und infolge des Anspruchs, daß „die großen Wirtschaftseinheiten in der Lage sein müssen, flexibel auf die Anforderungen der eigenen Volkswirtschaft, des Exports und der Versorgung der Bevölkerung zu reagieren“ (1), haben sich die Herrschenden in der DDR — die Parteiführung samt Staatsapparat und Instrumentarium sowie die leitenden Generaldirektoren — auf einen „historischen Kompromiß“ geeinigt, der durchaus Vorstellungen der polnischen „Reformgruppe“ DIP entspricht:

1. Für die Kombinate besteht „durchgehend ein zweistufiges Leitungssystem“, „Reformgruppe“ DIP entspricht:
1. Für die Kombinate besteht „durchgehend ein zweistufiges Leitungssystem“, „Reformgruppe“ DIP entspricht:
2. Nicht die Staatliche Plankommission arbeitet die Volkswirtschaftsplaner aus, sondern die einzelnen Kombinate als „eigenverantwortlich planende und abrechnende Wirtschaftseinheit“ (1). Damit haben sich im „Kampf der zwei Linien“ innerhalb der Führungsebene der DDR wieder einmal die Direktoren und Wirtschaftsführer gegenüber der Parteiführung durchgesetzt und einen größeren Spielraum erreicht. Grundsätzlich ist dies keine Neuheit: Immer, wenn es in den „realsozialistischen“ Ländern kriselte, reformierten die Herrschenden ihr Leitungs- und Planungssystem. Das war so nach 1956 in der DDR und auch unter Ulbricht: „Neuer ökonomischer Politik der Leitung und Planung“ (NOSPL) Ende der 60er Jahre, ehe Honecker mit dem 8. Parteitag 1971 die Spielräume der Wirtschaftsbosse wieder einschränkte zugunsten staatlicher Leitung.

Die Generaldirektoren einigten sich mit der SED-Führung auch dahingehend, daß sie nunmehr keine langen Berichte mehr an die Ministerien abliefern müssen. Stoph selbst sagte zu der „Direktive“ zum neuen Fünfjahresplan, das „Unwesen“ der Berichte solle drastisch beschnitten werden. Es ist also wieder mehr Pragmatismus gefragt, was die Eigenständigkeit der Kombinate erhöht. Damit soll erreicht werden, daß die Industriebetriebe der DDR „anpassungsfähiger“ an wirtschaftliche Schwankungen und den Exportmarkt sind.

Mit dieser erneuten Hinwendung zum Kombinate-Unternehmer geht auch eine faktische Aufweichung des staatlichen Außenhandelsmonopols einher. Honecker dazu: „Durch die einheitliche und komplexe Leitung von Wissenschaft, Technik, Produktion und Absatz im Rahmen der Kombinate, die nun auch den Außenhandel umfaßt, sind größere Möglichkeiten

für einen bedeutenden Exportzuwachs und seine höhere Effektivität zu erschließen. Mit der doppelten Unterstellung der Außenhandelsbetriebe gehen wir bei strikter Wahrung des staatlichen Außenhandels- und Valutamonoopols einen wichtigen Schritt zur Vervollkommen der Leitung und Planung“ (1).

Obgleich das Außenhandelsmonopol de jure noch besteht, steigt de facto der Einfluß der autonomen Kombinate beträchtlich, da sie letztendlich über Art und Umfang der Produktion und des Handelsvolumens entscheiden müssen. Die Kombinate haben ihrerseits zugesichert, daß sie ihre Bilanzen nach nunmehr drei Plan-Kennziffern, die 1980 eingeführt wurden, abrechnen müssen; neben Quantität und Qualität der erzeugten Waren kam die Sparte „sparsamer Umgang mit Material und Energie“ hinzu.

Festzuhalten bleibt, daß diese schrittweise erfolgte Umorientierung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft in der DDR ein weiterer Schritt hin ist zur Anpassung an den Weltmarkt, zur Vervollkommen des kapitalistischen Wertgesetzes, auch wenn die SED-Ideologen viel von „sozialistischer Warenproduktion“ herumdichten.

Die Arbeiter kommen schlecht weg

Angesichts dieser herrschenden Politik, insbesondere der Politik der steigenden Preise, verwirrt auch die gängige Formel des 9. Parteitages, daß „nur das verbraucht werden kann, was vorher erarbeitet wurde“. Die Arbeiter erhalten alles andere als ein Äquivalent in Form der Erhöhung des Werts der Ware Arbeitskraft. Unumwunden geben auch die Herrschenden zu, daß die Arbeitsproduktivität erheblich höher gestiegen ist.

Auf dem 10. Parteitag stand es auch dürrt mit weiteren materiellen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse. Lautete der Slogan auf dem 8. Parteitag 1971 noch: „alles zum Wohle des Volkes“, und wurde auf dem 9. Parteitag das Prinzip von der „Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ gepriesen, so hieß es diesmal nur, daß man an dieser „Einheit“ festhalten wolle.

Es gibt weder mehr Urlaub noch wesentlich höhere Löhne, noch eine Erhöhung der Mindestrenten — geschweige denn eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Einführung der 40-Stunden-Woche. Nur die Mieten und die Preise für Waren des Grundbedarfs bleiben konstant, der „gehobene Bedarf“ soll teurer werden.

Außerdem erwartet die Arbeiter die bleiben konstant, der „gehobene Bedarf“ soll teurer werden.

Außerdem erwartet die Arbeiter die „Einführung der Produktivitäts- und Gehalts- und die „Anwendung von Leistungskennziffern“ (1). Dies wird ein weiterer Schritt in Richtung „analytischer Arbeitsplatzbewertung“ und „Leistungsbeurteilungen“ nach kapitalistischem Muster sein und soll dazu beitragen, die „materiellen Anreize“ als wirksames Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität einzusetzen.

Die westlichen Medien kommentierten den 10. Parteitag mit Skepsis, ob die Pläne der Bürokratie tatsächlich erfüllt werden können. Und gewisse Skepsis ist angebracht: Die DDR leistete einseitig 250 Millionen Mark Wirtschaftshilfe an Polen. Die enge Verzahnung der RGW-Staaten im Rahmen der „sozialistischen ökonomischen Integration“, die gegenseitigen Abhängigkeiten durch Arbeitsteilung, eine Vielzahl wirtschaftlicher Abkommen und Verflechtungen (die DDR wickelt 70 % ihres Außenhandels innerhalb des RGW ab) usw. wirken negativ zurück, wenn ein Land wie Polen seinen „Verpflichtungen“ nicht mehr voll nachkommen kann. Daß Polen eine entscheidende Rolle bei der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR spielt, geht auch daraus hervor, daß der neue Fünfjahresplan und die „Direktive“ dazu erst auf dem Parteitag selbst vorgelegt wurden. Eine Präzisierung kann allenfalls am Ende dieses Jahres erfolgen, weil sich wegen Polen nicht alles planen läßt.

Die Entwicklungen in Polen und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung auf dem Weltmarkt sind für die „realsozialistischen“ Planer unkalkulierbare Faktoren, die die vielgepriesenen „objektiven Gesetzmäßigkeiten“ der Entwicklung der DDR im „allmählichen Übergang zum Kommunismus“ (Honecker) ad absurdum führen.

DDR-Kommission

Anmerkungen

1. Forschungsbericht des ZK der SED in „Neues Deutschland“, 12.4.81;
2. Ansprache von M. Stowak auf dem 10. SED-Parteitag in „ND“, 13.4.81;
3. „Zeit“, 10.4.81;
4. „Jaz“, 10.4.81;
5. Stoph in „Direktive“ zum Fünfjahresplan 1981-85, „ND“ v. 15.4.81

Der DKP zuliebe: „Gruppe Z“ verzichtet auf Polen-Solidarität

Wie in früheren Jahren findet auch am diesjährigen 1. Mai in Hamburg wieder ein großes, linkes „Volksfest“ statt. Im Unterschied zu 1980 (als die von der Buntten Liste abgespaltene „Bergpartei“ zusammen mit den Grünen im Alleingang als Veranstalter auftrat) wird es diesmal eine breitere Trägerschaft geben: Neben Z, den Grünen und der Buntten Liste-Parlamentsfraktion wird das Fest am 1. Mai 1981 mitgetragen und veranstaltet vom KB, dem SB, den Buntten Liste Initiativen, den Jungdemokraten, einer ganzen Reihe von Basisinitiativen, ausländischen Organisationen — und erstmals auch von der DKP und ihr befreundeter Organisation. Dennoch wird, wie schon 1980, auch in diesem Jahr der äußere Rahmen weitgehend von der Gruppe Z bestimmt, deren Vertreter zugleich noch im Namen des Landesverbands der Grünen und der „Buli-Parlamentsfraktion“ auftreten.

An politischen Inhalten sollten der Friedenskampf (von der Gruppe Z völlig willkürlich und total einseitig auf den „Krefelder Aufruhr“ orientiert) und die Solidarität mit der Widerstandsfront von El Salvador im Mittelpunkt stehen. Uns fehlte in diesem Programm nicht nur die Berücksichtigung der zahlreichen Massenbewegungen, die sich im zurückliegenden Jahr schwunghaft entwickelt haben, sondern auch und gerade die Solidarität mit dem Kampf der polnischen Arbeiter.

Diesen Punkt brachten wir am 2. April in die Verhandlungen um die Gestaltung des Festes als Vorschlag ein; eine Begründung für diesen Vorschlag legten wir auf dem Treffen am 2.4. schriftlich vor. Darin heißt es u.a.: „Die polnischen Arbeiter führen seit nunmehr fast einem 3/4 Jahr einen Kampf, der in seiner Stärke und Breite derzeit in Europa beispiellos ist. Mit diesem Kampf haben sie sich im vergangenen Sommer das Recht auf Bildung autonomer, d.h. von ihnen selbst bestimmter Gewerkschaften genommen. Sie führen diesen Kampf weiter als Kampf gegen die Privilegien und die tyrannische Machtausübung erheblicher Teile der Partei- und Staatsapparate. Dabei zeigt sich mehr und mehr, daß es im Grunde um den Widerspruch zwischen der großen Mehrheit

rats. Dabei zeigt sich mehr und mehr, daß es im Grunde um den Widerspruch zwischen der großen Mehrheit des polnischen Volkes einerseits und einem von diesem Volk nicht selbst bestimmten und nur unzureichend kontrollierbaren Machtmonopol einer Partei andererseits geht. Zugleich geht es aber auch um die Realisierung und Behauptung der nationalen Unabhängigkeit des polnischen Volkes gegen den Anspruch seiner „Brüderländer“, sie könnten die Grenzen des in Polen stattfindenden gesellschaftlichen Prozesses definieren und gegebenenfalls die Einhaltung dieser Grenzen militärisch erzwingen. (...) Im Übrigen ist Polen unserer Ansicht nach nicht bloß Gegenstand der internationalen Solidarität, sondern ist auch engstens verbunden mit dem zentralen Thema unseres Mai-Festes, dem Friedenskampf. In Polen geht es um den Machtanspruch der großen Militärblöcke (NATO und Warschauer Pakt) ein „Ausbrechen“ eines ihrer Mitglieder aus dem eigenen Block mit allen Mitteln zu verhindern. Dabei dient die Repression in dem einen Block jeweils als ideologisches Alibi im anderen Block. Würde es dazu kommen, daß der Warschauer Pakt sein „Recht“ auf Polen mit militärischer Gewalt gegen das polnische Volk demonstriert, so wäre das ein äußerst schwerer Rückschlag auch für unseren eigenen Kampf gegen die Blockbildung der BRD. Darüber hinaus wäre jede repräsentative Entwicklung oder gar Intervention in Polen Wasser auf die Mühlen der imperialistischen Kriegs- und Rüstungspropaganda.“

Konkret wurde deshalb von uns für das Mai-Fest vorgeschlagen: „Die Solidarität mit dem Kampf der polnischen Arbeiter wird ausdrücklich Bestandteil unseres Mai-Festes. Dies wird in geeigneter und angemessener Form auch in der Werbung/Flugblatt-Propaganda für das Fest zum Ausdruck gebracht. Es wird in der weiteren Vorbereitung beraten, ob und wie dieser Punkt durch einen Redner aus Polen und/oder durch einen sachkundigen Referenten auf dem Fest zu manifestieren ist. Für sehr geeignet und interessant halten wir außerdem eine freie Diskussion (keine Podiumsdiskussion o.ä.) zu diesem Thema in einem der kleineren Räume.“

Die DKP erhebt Einspruch

Unter normalen Umständen wäre unser Vorschlag zweifellos ein Selbstgänger gewesen. Dies umso mehr, weil die „Gruppe Z“ selbst noch bis vor ein paar Monaten lautstark verkündet hatte, sie wolle Polen zum Exempel für „ein neues Sozialismusverständnis der Linken“ machen. Die Umstände in diesem Jahr unterscheiden sich jedoch in einem wesentlichen Punkt von allen früheren Mai-Festen: Die DKP ist diesmal mit von der Partie. Zumindest bei den Vorverhandlungen. Zwar wird die DKP in jedem Fall am Vorabend des 1. Mai ihr eigenes Fest veranstalten — und ob und wie sie sich darüber hinaus auch an einem gemeinsamen Fest am 1. Mai tatsächlich beteiligen wird, weiß außer ihr selbst noch kein Mensch. Aber immerhin: Sie sitzt in der gemeinsamen Vorbereitungsrunde und macht ihren Einfluß geltend.

Trotzdem, als wir am 2.4. den Vorschlag zur Polen-Solidarität in die Vorbereitungsrunde trugen, hatten wir offensichtlich den Überraschungseffekt auf unserer Seite: Die SB-Vertreterin stimmte unserem Vorschlag sehr engagiert zu, die Vertreter der „Gruppe Z“ stimmten etwas weniger freudig zu und sogar der DKP-Vertreter schien zunächst nicht abgeneigt zu sein. — Im Konkreten blieb freilich noch alles offen und sollte beim nächsten Treffen, am 9.4., festgelegt werden.

Am 9.4. war die Szene dann erheblich verändert. Der DKP-Vertreter (ein anderer übrigens, als der am 2.4. anwesende) verkündete kurzerhand, Polen-Solidarität auf einem gemeinsamen Mai-Fest komme für seine Partei absolut nicht in Frage. Das sei für sie ein „Essential“. Mit diesem Statement war auch für die „Gruppe Z“ alles klar: Die DKP wünscht keine Polen-Solidarität auf dem Mai-Fest und droht andernfalls mit Ausstieg — also wird es selbstverständlich keine Polen-Solidarität geben! Geben soll es lediglich die von uns vorgeschlagene Diskussion in einem der kleineren Räume, gegen die nämlich auch die DKP nichts einzuwenden hat.

Kuschen vor der DKP?

Kuschen vor der DKP?

Das Verhalten der „Gruppe Z“ in dieser Frage erklärt sich aus ihrem korrupten Verständnis von Bündnispolitik: Nachdem die „Z“-Leitung vor einiger Zeit einen Annäherungskurs an die DKP beschlossen hat, ist man zu erheblichen „Vorleistungen“ bereit, um den angestrebten engen Kontakt zur DKP herzustellen und zu festigen. Zu diesen „Vorleistungen“ gehört beispielsweise das wüste Gekreisch der KB und die Anarchisten seien schuld, wenn Jugendliche die Fenster von „Tante-Emma-Läden“ einwerfen oder PKW's beschädigen; der KB propagiert die Parole „Brennt die Städte nieder!“ usw. usw. Und zu den „Vorleistungen“ gehört selbstverständlich auch das Problem Polen. Das ist einer der Punkte, an denen die DKP — bei aller taktischen Flexibilität, die sie seit einigen Monaten zur Schau stellt — nicht mit sich spaßen läßt. Die „UZ“ (Tageszeitung der DKP) ist täglich voll von Warungen und Drohgebärden gegen die „antisozialistischen Elemente“ in Polen, worunter bei näherem Hinsehen vor allem die polnische Arbeiterbewegung zu verstehen ist. Jedes Sabotageakt der Sowjetunion, DDR und CSSR in Richtung Polen wird von der DKP mit Freuden zitiert. Jede Repression in Polen oder gar eine Militärintervention des Warschauer Paktes würde von der DKP vorbehaltlos unterstützt werden — genauso wie 1968 die Besetzung der CSSR. Mit einer Partei, die so unverhohlen auf Aggression und Repression gegen andere Völker setzt, ist schwer Bündnispolitik zu machen, ohne daß man selbst in seinen Zielen unglaubwürdig wird.

Dies umso mehr, weil die DKP bisher immer und überall darauf bestanden hat, in Bündnissen ihre Bedingungen zu diktieren: Von sowjetischer Atomrüstung darf nicht gesprochen werden, von Afghanistan darf nicht gesprochen werden, von Repression im „realen Sozialismus“ darf nicht gesprochen werden usw. Das funktioniert natürlich nur, solange die DKP noch Partner findet, die sich solche Unverschämlichkeiten gefallen lassen.

Ein ganz subjektiver Beitrag

Selt ein paar Wochen hat sich für mich etwas wesentliches geändert. Die Massenverhaftung in Nürnberg, die Demo darauf in Hamburg und dann das Miterleben des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen: das alles waren für mich ähnliche Schocks wie damals das Kalkar-Erlebnis. Da die Konfrontation mit bürgerkriegstypischen Einsätzen der Polizei (Absperren der Autobahnen, Zugüberfall, MPs, Hunde und Schikanen); hier die Erfahrung totaler Ohnmacht: Sie können willkürlich Leute von uns einknastern, und wir kriegen sie nicht wieder raus. Dazu noch der Eindruck: Je mehr wir uns um sie bemühen, desto provokativ länger behalten sie sie in ihren Gefängnissen. Oder: die nahezu perfekte Nachrichtensperre über den Hintergrund des Hungerstreiks, die Haftbedingungen, deren tödliche Unmenschlichkeit selbst bürgerliche Mediziner schon vor Jahren festgestellt hatten. Auch hier die Ohnmachtserfahrung, daß der Staatsapparat zynischerweise die Nachrichtensperre nur dann lockert, wenn er Nachrichten vom bestehenden Tod verbreiten will.

Ich will jetzt gar nicht so viel über die vielen objektiven Hintergründe und dergleichen reden: darüber z.B., daß - wer sich ernsthaft mit diesem Staat anlegt - damit rechnen muß, bis zum letzten bekämpft zu werden; daß wir für unsere Mühen wenig bürgerliche Anerkennung zu erwarten haben; daß die andere Seite unsere Resignation ja gerade provozieren will usw. ... All das hatte und hab' ich klar im Kopf, aber davon allein kann ich so schlecht leben.

Wenn ich auf die letzten Jahre meiner politischen Entwicklung zurückschaue, merke ich, daß ich mich darin geschult habe, genau hinzuschauen und hinzuhören auf das, was um uns herum geschieht; Vorurteile und Urteile, Entwicklungen und Verhaltensweisen aufmerksam auf ihre menschlichen oder unmenschlichen Wurzeln und Folgen hin zu überprüfen. Und dann auch zu „hinterfragen“, was für mich oft den gleichen Stellenwert wie das scheinbar objektive „überprüfen“ einnahm. Ich hab' zwischen den Zeilen lesen und denken gelernt. Und mit all diesen Fähigkeiten habe ich das Gefühl bekommen, nicht nur mich im Alltag behaupten zu können, sondern auch ein Stück von mir nicht entfremdeter Welt zu bauen. Das alles geschah natürlich nicht so bewußt/kampfhaft, sondern mit viel Spaß und gemeinsam mit vielen entfernten und näheren Freunden.

So bewußt wie hier geschrieben erfahre ich das erst jetzt, wo das alles

nicht mehr hinterfragt; genauer gesagt, wo diese „Fähigkeiten“ größer als ich selbst geworden sind, wo ich sie nicht mehr als „meine Fähigkeiten“ im Griff habe. Wenn ich in letzter Zeit morgens Zeitung lese, nehme ich das alles zwar noch mit dem Kopf auf, aber ich weiß oft nicht mehr, wie ich das verarbeiten soll: Wenn ich in irgendeiner Schlagzeile das Stichwort „Salvador“ lese, weiß ich genau, was das kommen wird: daß sich die USA und Co. wieder ein paar Schweineereien mehr ausgedacht haben, um Menschen umzubringen. Und ich kann und will v.a. das dann nicht abheften unter „Imperialismus“ und „muß ja so kommen“, sondern ich nehme das persönlicher, weil da ja immer auch ein Stück meiner Hoffnung kaputt geht.

Genauso mit dem Hungerstreik: Ich mag's gar nicht mehr lesen, weil ich bei jedem Artikel denke, jetzt ist einer tot. Und mit jedem Satz und jeder Nachricht wird auch unsere/ meine Unfähigkeit dokumentiert, daran was zu ändern. Neulich „erwachte“ ich mich dabei, daß ich nach der Werbung das Radio ausstellte, um nicht Nachrichten hören zu müssen - sonst ist's ja meistens umgekehrt.

Ich hab' für mich immer versucht, Politik nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen zu machen, um nicht in irgendwelche entfremdete und manchmal ja auch sehr lebensfeindliche Räder reinzukommen (ich leb' schließlich ja nur einmal und will für mich/uns jetzt was tun und nicht für ominöse Generationen später). Und nun kann ich eine Trennung zwischen rational denken („Klar, US-Imperialismus...“) und fühlen (Miterleben von Tod z.B.) nicht plötzlich wieder in mir einführen, wo ich merke, ich kann das zweite nicht so schnell verarbeiten wie das erste. Und im Grunde will ich das auch gar nicht.

Bis jetzt dachte ich auch immer, sie, also die „auf der anderen Seite“, kriegen mich, wenn ich mich mal nicht mehr wehre, wenn ich mich nicht anstrengte, „dran zu sein“. Ohne, daß ich das überhaupt als falsch darstellen will, kommt für mich nun dazu, daß sie mich auch dann kriegen können, wenn ich mich wehre. Dadurch nämlich, daß sie mich zwingen - will ich nicht völlig cool werden - auf ihre Schweinereien immer wieder politisch und emotional reagieren. Wo soll ich da die Kraft hernehmen, wenn ich gerade nicht in politische Arbeit und Regenerationszeit trennen kann, jedenfalls nicht besonders gut?

Eben in diese Kerbe haut die

Staatsstrategie aus Nürnberg und aus den Knästen: Mal abgesehen davon, daß sie die Hungerstreikenden lieber tot als lebendig haben wollen, demonstrieren sie uns brutal und zynisch die Machtverhältnisse, und sich selbst, daß sie die Herren über Leben und Tod, Freiheit und Knast in diesem Staat sind.

Und ich merke, daß ich dieser Brutalität und diesem Zynismus nur schwer gewachsen bin. Manchmal weiß ich eben nicht mehr, wohin mit diesen Erfahrungen; ich allein fühl' mich da zu klein.

Wir versuchen ja auch überall, unsere Körpersprache wiederzugewinnen - v.a. dort, wo wir mit ihr viel ehrlicher unsere Gefühle und unser Befinden ausdrücken können als mit dem Kopf. Aber hier? Wohin würde das führen, wenn die Wut und die Demütigungen raus kommen würden? In dem gesellschaftlichen Bereich, in dem ich arbeite (Kirche), würde wahrscheinlich allein die Thematisierung bestenfalls überhaupt kein Verständnis finden; wie gesagt: bestenfalls. Und vor solchen Konsequenzen habe ich auch ziemlich große Angst.

Was übrig bleibt, ist zumindest für mich ein Dilemma. Ich will für mich nicht die Alternative zwischen coolem Verarbeiten einerseits und wärmerer Alternative („aussteigen“) andererseits akzeptieren. Was übrig bleibt, ist, sich wärmer anzupziehen und v.a. auch, ein bißchen näher zusammenzurücken.



P.S. Zunächst hatte ich das eigentlich nur für mich selbst aufgeschrieben, und dann auch mit ein paar Leuten darüber geredet und dabei gemerkt, daß das anscheinend nicht mein alleiniges Problem ist. Wenn's so im AK veröffentlicht werden sollte, will ich zum Schluß noch einen Eindruck zurechnen, der vielen beim Lesen wahrscheinlich gekommen ist: Ich fühle mich keineswegs frustriert, resigniert oder so was. Für mich fällt das viel mehr unter die Rubrik der „alten“ Keimform-Diskussion mit dem Bedürfnis, etwas näher zusammenzurücken, und wenn das erstmal nur heißt, sich auch über die subjektive Seite - d.h. das Erleben - unserer politischen Arbeit auszutauschen.

th.

1. Mai-Kultur gekappt

Presseerklärung der Kulturinitiative e.V. Frankfurt

„Seit sieben Jahren gestaltet unser Verein, der ansonsten auch in vielen Stadtteilen kulturelle Veranstaltungen durchführt, das kulturelle Maiprogramm des DGB-Ffm., damals zu Beginn noch im Auftrag von Friedel Hahn und Willi Reiss (DGB-Vorst.b. 1978). Das Maiprogramm im Ffm. wurde 1975 sogar vom DGB-Bundesvorstand als vorbildlich für die Kreise in der gesamten BRD angegeben und wird seitdem in anderen Städten übernommen.“

In diesem Jahr hat der DGB-Kreis durch seine Hauptamtlichen ohne eingehende Information der Einzelgewerkschaften und ehrenamtlichen Kreisvorstände mitglieder uns „aus seinen Diensten entlassen“. Die Art und Weise dieser „Entlassung“ ist unwürdig für Gewerkschaftsarbeit: nicht einmal ein Wort des Dankes wurde unserem Verein für die letzten 7 Jahre zuteil, in denen wir über 120 Stunden DGB-Kulturveranstaltung mit wachsenden Zuschauerbeteiligungen organisiert hatten. Leider haben sich die hauptamtlichen Kollegen Kieseewetter und Schwarz hier dem ständigen Bohren und Druck der SPD-Rechten gefügt, das Kulturprogramm „abzusetzen“.

Stattdessen wird es 1981 am 1. Mai zu einem nicht angemessenen Ersatz kommen. Statt aktueller Lieder (wie in den Jahren davor) zu den brennenden Problemen in der Frankfurter Region (Startbahn-West, NATO-Raketen-Stationierung in Südhessen, Bewältigung von Arbeitslosigkeit und Preissteigerung, Berufsverbote), flüchtet man sich in „alte Arbeiterlieder“ (Hein & Ossi) und portugiesische Schlager (Manuel Campos). Dieses Programm soll ein gestützter Scheinersatz für die fast 10-stündige Revue auf dem Römerberg und

abends im DGB-Haus der letzten Jahre sein.

In einem persönlichen Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kulturinitiative e.V. Dr. Diether Dehm erläuterte DGB-Chef Manfred Kieseewetter, ihm sei das Publikum am 1. Mai auf dem Römer ohnehin zu linksintellektuell, und daran sei auch das linke Kulturprogramm am Römer schuld, das die „seltsamen Leute anzieht“.

Nun ist es auf einen bloßen „Ausklang zur Kundgebung“ zurückgestutzt.

Aus mehreren Einzelgewerkschaften des Frankfurter DGB kam seit dem Entschluß des Büros des DGB-Ffm., unsere Kulturinitiative „ausen vor“ zu lassen, starker Unmut. Die Kulturinitiative überlegt sich nunmehr, ob sie diese Veranstaltung, die gewerkschaftlich verbundenen Menschen Kraft und Mut gebracht hat, 1982 in eigener Regie durchführt. Veranlaßt sieht sie sich dazu durch eine „wichtige Äußerung“ des Frankfurter DGB-Chefs Kieseewetter auf den Kulturinitiativen-Vorschlag hin, doch eine gemeinsame kulturelle Arbeitsgruppe aus Frankfurter Künstlern und Gewerkschaftern zu bilden: „Eine Arbeitsgruppe ist mir viel zu teuer... Kultur wird bei mir am kleinen linken Finger gemacht...“ Eine solche Äußerung eines DGB-Kreisvorsitzenden, verbunden mit der Entscheidung, das DGB-Kulturprogramm als unbequem zu kappen, muß als Skandal für Gewerkschafter und Kulturschaffende in Frankfurt gewertet werden.

Kieseewitters Einschätzung, das bisherige Programm sei ein Chaoten-Spoti-Programm, deckt sich mit der Beobachtung vieler gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen, die den Frankfurter DGB-Boß überall, nur nie im Hörbereich des Kulturprogramms - weder nachmittags noch abends - gesehen hatten.

Westdeutsche Linke

NAZIM HIKMET MENSCHENLANDSCHAFTEN

Der vierte Band des fünfteiligen Werkes handelt vom Verhältnis der Bauern Anatoliens zu den Agas, von der Zersetzung der Bürokratie durch die Honoratioren, von der Hilflosigkeit des Volkes, zeigt entsetzliche Bilder aus dem Zweiten Weltkrieg, von den Schlachten der Deutschen gegen die Russen und von der Niederlage des Faschismus vor Moskau ...



Erster Band

120 Seiten, DM 14,-
Verlegt von P. P. Zahl
ISBN 3-88653-021-8

Zweiter Band
120 Seiten, DM 15,-
ISBN 3-88653-022-6

Dritter Band
140 Seiten, DM 15,-
ISBN 3-88653-023-4

120 Seiten
Illustriert von Abidin Dino
ISBN 3-88653-024-9

DM 15



Die Türkei ist ein Land, das bei den meisten Menschen in der Bundesrepublik orientalisch-exotische Exotikträume auslöst. Wie sieht die Türkei in Wirklichkeit aus? Dieser Band zeigt und beschreibt die Realität dieses Landes, - die Realität der arbeitenden Bevölkerung der Städte und auf dem Land, schildert die Lage der türkischen Frauen und Kinder, stellt die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der Türkei vom Ausland unter Beweis ..

Türkiye'den Savaş/Neumann Görüntüler Gesichter der Türkei

buntbuch



Ein großformatiger Bild- und Gedichtband, zweisprachig (türkisch/deutsch) und damit gut für den Schulunterricht brauchbar. Mit Gedichten von N. Hikmet und anderen türk. Autoren. Über 100 Fotos auf Bilderdruckpapier.

250 Seiten, DM 45 ISBN 3-88653-009-4

buntbuch

Fortsetzung von Seite 46

Es ist allgemein bekannt und offensichtlich, daß die DKP sich in einer isolierten und schwachen Position befindet. Wesentlich dazu beigetragen hat ihre provokatorisch-feindselige Haltung gegen die neuen Protestbewegungen und gegen die alternativen Wahllisten. Den Schaden, den sie sich selbst damit zugefügt hat, versucht die DKP seit einigen Monaten durch eine flexible, „freundlichere“ Haltung wieder wettzumachen. Eine Selbstkritik an ihrer bisherigen Politik der Feindseligkeit, der Beschimpfung und nicht selten sogar Gewalttätigkeiten gegen Alternative, „Chaoten“ usw. hat die DKP indessen nicht geübt. Die Linke hat demnach allen Grund, auf die neue Haltung der DKP mit der gebotenen Wachsamkeit einzugehen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu nutzen - aber sie hat überhaupt keinen vernünftigen Grund, sich ausgerechnet von der DKP Vorschriften machen zu lassen und sich von dieser Partei beispielsweise die Solidarität mit den polnischen Arbeitern verbieten zu lassen.

In der Ausgabe des ARBEITER-KAMPF vom 16.6.1980 veröffentlichten wir innerhalb eines Berichts über das VDS-Festival in Bonn ein Bild der Rahmen dieses Festivals gelaufenen Demonstration. Durch ein Versehen unterließ es, den Fotografen zu nennen. Es war Michael Meyborg, der das Foto schloß; übernommen haben wir es aus der „xas“ (Zeitung des Hamburger AStA) vom Juni 1980.

